



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 20. Sitzung
- Endgültige Fassung -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 6. November 2014, 12:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt	Seite
<i>Öffentliche Zeugenvernehmung</i>	
- Herr T. B., Bundesnachrichtendienst (Beweisbeschluss Z-41)	4
- Frau G. L., Bundesnachrichtendienst (Beweisbeschluss Z-42)	103



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Kiesewetter, Roderich Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick	Ostermann, Dr. Tim Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian	Mittag, Susanne
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von Cossel, Claudia von Feser, Dr. Andreas Fischer, Sebastian D. Kühnau, Dan Wendt, Dr. Christina
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Dr. Harald Etzkorn, Irene Hanke, Christian Diego Heyer, Christian Olechnowicz, Christin
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Lehmann, Dr. Jens Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Busold, Christian Kant, Martina Leopold, Nils Pohl, Jörn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Brunst, Dr. Phillip Heinemann, Martin Pferr, Dr. Ulrich Wolff, Philipp Zygojannis, Dr. Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Fremke, Eva Gierth, Sonja Hauer, Florian Jacobi, Stephan Weiss, Jochen
Bundesministerium für Verteidigung	Henschen, Elmar Rauch, Rüdiger Theis, Björn Voigt, Björn
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Rosenberg, Dr. Malte
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd

Teilnehmer Bundesrat

LV Bayern	Luderschmid, Florian
LV Hessen	Rüffer, Cai
LV Sachsen	Lang, Julia



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.03 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 20. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Nach Artikel 44 Absatz 1 des Grundgesetzes erhebt der Untersuchungsausschuss seine Beweise in öffentlicher Verhandlung. Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist. Ich freue mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Sie alle gekommen sind. Die Öffentlichkeit und die Pressevertreter darf ich an dieser Stelle besonders herzlich begrüßen. Ich danke, wie auch bei den letzten Malen, herzlich für die informative Berichterstattung.

Ich darf auf der Tribüne besonders Frau Birgit Sippel, Mitglied des Europaparlaments, begrüßen; sie kommt gerade herein. Ich freue mich, dass auch Sie heute unserer öffentlichen Sitzung bewohnen. Sie haben sich ja auch im Europaparlament intensiv mit den Vorgängen beschäftigt. Ich freue mich, dass hier so eine enge Verbindung ist. Frau Sippel, seien Sie herzlich begrüßt!

Ich wundere mich etwas, dass die Bundesregierung noch nicht in größerer Zahl vertreten ist. Die Frist war 12 Uhr; so ist das mit Fristen. Ich hoffe, dass sich die Reihen der Bundesregierung im Laufe der nächsten Minuten etwas stärker füllen werden.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen. - Die meisten von Ihnen, habe ich gerade festgestellt, kennen die Vorbemerkungen; nichtsdestotrotz bitte ich, sie zu beachten. - Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauerhaften Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung:

- Herr T. B., Bundesnachrichtendienst (Beweisbeschluss Z-41)
- Frau G. L., Bundesnachrichtendienst (Beweisbeschluss Z-42)

Die entsprechenden Beweisbeschlüsse stammen vom 25. September 2014. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung von Herrn T. B. und Frau G. L. als Zeugen.

Vernehmung des Zeugen T. B.

Herr T. B., ich begrüße Sie ganz herzlich hier im Untersuchungsausschuss.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr B., Sie haben die Ladung am 28. Oktober 2014 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge T. B.: Nein, keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet werden. Ich darf den Rechtsbeistand bitten, sich kurz vorzustellen.

RAn Dr. Stefanie Schork: Dr. Schork, Rechtsanwältin aus Berlin.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Frau Rechtsanwältin Dr. Schork, ich muss Sie darauf hinweisen, dass Sie den Zeugen beraten dürfen, Ihnen selbst jedoch kein Rede- oder Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während der Aussage keinerlei Hinweise geben. Gegebenenfalls kann Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zweck der Beratung mit Ihnen beantragen, aber wir wollen natürlich die Zeugenaussage des Mandanten hören.

Herr T. B., vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann und dann dementsprechend die Sitzung in nicht-öffentlicher oder eingestufte Sitzung fortsetzen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge T. B.: Nein, keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Sollten Fragen in nichtöffentlicher Sitzung zu beantworten sein, wird der Ausschuss zunächst die zweite Zeugin am heutigen Tage in öffentlicher Sitzung vernehmen und Sie im Anschluss daran in nichtöffentlicher Sitzung oder eingestufte Sitzung hören, sodass wir den öffentlichen Teil en bloc durchführen können. Ich bitte Sie, sich während der zweiten Vernehmung zur Verfügung zu halten, sodass wir im Anschluss in eine nichtöffentliche oder eingestufte Sitzung eintreten und fortfahren können.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Danach werde zunächst ich Sie befragen, anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge T. B.: Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich darf Sie bitten, sich zu Beginn Ihrer Ausführungen dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügen die Angabe der Initialen sowie die Anschrift Ihrer Dienststelle, über die wir Sie erreichen.

Zeuge T. B.: T. B., Bundesnachrichtendienst, Gardeschützenweg 71-101, 12203 Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen nun, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Bitte schön.

Zeuge T. B.: Ist dieses Mal nicht notwendig. Ich habe mich beim letzten Gespräch vorgestellt. Das



Nur zur dienstlichen Verwendung

kann man in der gleichen Art und Weise auch hier wieder als Eingangsstatement nehmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Ganz herzlichen Dank. - Dann würde ich gerne einige Fragen an Sie richten. Zuerst würde ich noch mal - wir haben das ja schon in der letzten Sitzungswoche begonnen - etwas über Ihre technische Kompetenz erfahren. Woraus resultiert Ihre technische Kompetenz?

Zeuge T. B.: Meine technische Kompetenz resultiert aus dem Studium der Informatik, aus der Ausbildung zum Fernmeldeoffizier und anschließend aus den entsprechenden Weiterbildungen zu den jeweiligen Themen, zu denen ich gearbeitet habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie mir sagen, welche Themen das waren?

Zeuge T. B.: Für den Untersuchungszeitraum: Während meiner Tätigkeit in Aibling habe ich beispielsweise verschiedene Fortbildungen besucht bezüglich Nachrichtentechnik, Kodierungstechniken und auch technischer Abläufe in der Erfassung von Fernmeldesignalen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie das noch ein bisschen konkreter schildern? Ich bin nicht Techniker. Was heißt das genau?

Zeuge T. B.: Gut. Im Endeffekt - - Wir hatten beim letzten Mal gesprochen über den Ablauf insgesamt einer Erfassung, also von dem Bereitstellen eines Signals oder Erfassen eines Signals, dem Verarbeiten, Aufbereiten zu einer Rohnachricht. In diesen Teilbereichen sind erhebliche technische Anstrengungen zu unternehmen. Es sind an diesen Dingen nachrichtentechnische Maßnahmen zu erstellen. Beispielsweise was bei uns ganz selbstverständlich vorausgesetzt ist, ist, dass bei einer Übertragung auch wirklich das ankommt, was man zu übertragen versucht. Aber was technisch dann dahintersteckt, sind beispielsweise Aspekte, die eine Fehlerkorrektur des übertragenen Materials beinhalten. Wenn ich ein Signal aufbereiten will, muss ich diesen Overhead der Fehlerkorrektur runternehmen. Ein Übertragen von Signalen - - Im Endeffekt, was Sie

haben, wenn ich jetzt mit Ihnen spreche, das ist eine Kommunikation, die analog abläuft. Das sind Schallwellen. Diese Schallwellen müssen in irgendeiner Form aufgenommen werden. Früher hat man es analog übertragen; Sie kennen sicher noch Kurzwellenempfänger oder derartige Dinge. Heute wird das Ganze digitalisiert.

Bei einer Übertragung eines digitalen Signals müssen Sie sich unter anderem auch darüber Gedanken machen, dass Sie das Signal möglichst gleichförmig machen. Wenn Sie nur Nullen oder nur Einsen übertragen als digitales Ding, haben Sie technische Probleme, das Ganze auf eine Welle aufzumodulieren. Das sind einfach die technischen Hintergründe. Das heißt, man versucht, auch solche Dinge zu randomisieren, also quasi Zufall mit einzubauen, dass Sie möglichst eine Abfolge von Nullen und Einsen haben. Das sind diese technischen Aspekte, die dahinterstecken. Auch solche Aspekte müssen berücksichtigt werden und dann bei einer Aufbereitung eines Signals entfernt werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich würde da gern noch etwas detaillierter nachfragen. Der Grund meiner Frage - dass Sie das verstehen - ist: Wir reden vom Erfassen von 500 Millionen Verbindungsdaten. Das ist die Zahl, die ja auch zum Beispiel in der Presse stand. Jetzt geht es um Signalüberwachung. In Bad Aibling ist eine Schüssel, die Funkwellen von einem Satelliten erfasst. Richtig?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie geht der Prozess denn jetzt, sehr kleinteilig beschrieben, weiter? Das hat eigentlich gar nichts mit nachrichtendienstlicher Tätigkeit im Kern zu tun; das könnte uns wahrscheinlich jeder, der mit Fernmeldetechnik bei der Telekom oder sonst wo beschäftigt ist, erklären. Nur, mir geht es darum: Wie werden diese Funkwellen verschiedener Frequenzbereiche, die von einem Satelliten ausgestrahlt werden, die ich mit einer Schüssel in einem bestimmten Bereich empfangen kann, wie werden die - sehr kleinteilig jetzt bitte - weiterbehandelt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Im Grundsatz wird aufgrund der Frequenz ein gewisses Signal ja schon ausgewählt. Diese Frequenz wird dann entsprechend runtergebrochen. Das ist etwas, was beispielsweise auch bei Satelliten-TV passiert. Sie haben eine bestimmte Frequenz - das ist irgendwo im 12-Gigahertz-Bereich -, und das wird dann runtergebrochen. Dort werden dann von dieser Trägerfrequenz auch die Nutzdaten quasi sichtbar gemacht. Die sind aufmoduliert auf diese Frequenzen. Da gibt es verschiedenste Verfahren, um möglichst viel übertragen zu können und auch möglichst fehlerfrei übertragen zu können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, der erste Schritt ist, aus der Funkwelle einen lesbaren Inhalt wieder zu machen, was auch immer das ist. Das kann ein Fernsehprogramm sein mit meinem Receiver, den ich im Zweifel habe, das kann aber auch ein E-Mail-Verkehr sein, das kann eine Telefonie sein. Es wird erst mal aus der Funkwelle etwas wieder Lesbares gemacht. Ist das richtig?

Zeuge T. B.: Ja. Auch das ist ein erheblicher Aufwand, der da im Grundsatz dahintersteckt; denn Sie müssen aus dieser Funkwelle erst mal die Nullen und Einsen rausbrechen, rausgreifen. Dann müssen Sie im Endeffekt sehen: Was davon ist Information zur Aufbereitung dieses Signals? Welche Technik steckt dahinter? Im Grundsatz haben Sie das Ganze schon vor 20 Jahren gehabt: Wenn Sie ein Faxgerät gekauft haben, stand außen auf der Verpackung: Ist geeignet für dieses, dieses oder dieses Faxverfahren. - Genauso ist diese Information, wie dieses Signal zusammengesetzt ist, in entsprechenden Teilen, Teilbereichen dieses Signals selbst enthalten. Das müssen Sie im Grundsatz auslesen. Das ist ein automatischer Prozess bei dem autorisierten Empfänger und ein zum Teil manueller Prozess in dem Moment, wo Sie nachrichtentechnisch drangehen.

Dann müssen Sie wirklich diese entsprechenden Teile rausnehmen, beispielsweise die Fehlerkorrektur runternehmen, beispielsweise das Randomisieren entsprechend runternehmen, bis Sie dann wirklich auch die Bit-Folge haben, die für Ihre spezifische Nachricht, für das zu Übermit-

telnde, dann auch zuständig ist, für diese Teilbereiche. Dann erst können Sie sagen: Okay, das ist jetzt diese oder jene Kodierung. - Aus dieser Kodierung ergibt sich dann beispielsweise ein IP-Verkehr oder ein Fax oder Sprachübertragung usw. Dann können Sie anhand der nachfolgenden Dinge sagen: Okay, das muss ich jetzt so oder so aufbereiten, bis ich wirklich ein lesbares oder hörbares Produkt habe. - Weil Sie nach Kleinteiligkeit gefragt haben: Dieser Prozess ist relativ komplex und auch wirklich kleinteilig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir haben heute Zeit mitgebracht. Von daher: Ich komme noch mal auf die einzelnen Schritte. Der erste Schritt ist also, aus der Funkwelle wieder lesbare Signale zu machen. Richtig?

Zeuge T. B.: Aus der Funkwelle machen Sie eine Folge von Nullen und Einsen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, danke schön. - Das ist auch das, was ein Provider zum Beispiel - - Nicht nur der BND hat ja dementsprechende Schüsseln; hat ja auch zum Beispiel die Deutsche Telekom und wer auch immer. Die machen das genauso?

Zeuge T. B.: Ja, natürlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das ist die Technik, die jeder hat, der zum Beispiel Telefonie betreibt. Der würde das dann genauso machen und an seine Kunden weiterleiten?

Zeuge T. B.: Im Prinzip ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: „Im Prinzip“ heißt? Was läuft bei Ihnen anders in diesem ersten Schritt?

Zeuge T. B.: Bei uns läuft nichts anderes. Aber ich möchte da wieder dieses Beispiel Fax nehmen. Es gab durchaus auch Faxgeräte, die dann, wenn sie einer gleichen Firma angehörten und auch festgestellt haben, das Gegengerät ist quasi das gleiche Modell, auf Nichtstandardsignale umgeschwenkt sind und einfach schneller übertragen haben mit etwas, das nicht dem Standard entsprochen hat. Also, von dieser Seite her kann



Nur zur dienstlichen Verwendung

es im Prinzip jeder machen, der diese Standardsignale verarbeitet. Aber wenn Sie irgendwas haben, was nicht dem Standard entspricht, dann ist das ein erheblicher manueller Aufwand, das nachzuarbeiten, soweit es nicht in der Software des entsprechenden Gerätes verbaut ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, dieser erste Schritt ist schon etwas komplizierter.

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das könnte ich jetzt nicht? Wenn ich mir bei einem großen Elektronikanbieter einen Bausatz kaufe, kriege ich das jetzt nicht so einfach hin mit einer gekauften Schüssel?

Zeuge T. B.: Ein Standardsignal ja, aber nicht mit dem gesamten Spektrum, das über eine Frequenz dann wirklich läuft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was ist ein Standardsignal? Was ist das zum Beispiel? Ist das Telefon? Was ist ein Standardsignal? Was geht relativ einfach, und was braucht erhöhtes technisches Know-how?

Zeuge T. B.: Wieder Beispiel Fax: In dem Moment, wo Sie sagen: „Okay, das, das, das“ - diese drei Standards waren zum Teil aufgedruckt; das ist das, was auf jeden Fall funktioniert -, in dem dann auch das Gerät aufgrund der Übertragungsbandbreite bzw. der Signalqualität gesagt hat: „Okay, das kommt nicht in dieser Qualität an, ich muss eventuell langsamer übertragen“, das wären dann so Standards, die mit dabei sind. Wenn aber das Gerät feststellt, auf der Gegenseite ist ein identisches Gerät, und ich dann ein Verfahren habe, was ein kleines bisschen schneller geht, dann habe ich Nichtstandard. Das bedeutet im Grundsatz: Sie haben sowohl Standardsignale als auch Nichtstandardsignale. An der Stelle muss man wirklich auch sagen: Zeit ist Geld. Ein Provider versucht, über seine Verbindungen möglichst viel abzuwickeln. Das heißt, wenn er irgendeine Idee hat, wie das Ganze schneller, besser funktioniert, dann wird er auch das auf ein Standardsignal aufsetzen, wenn er dadurch 20 Prozent Übertragungskosten sparen kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Verstanden. - Das, was Sie abgreifen können - das haben ja auch andere Zeugen schon gesagt -, ist Telefon, ist E-Mail, sind Internetseitenaufrufe, sind aber nicht zum Beispiel soziale Netzwerke, weil die irgendeine Art von Kodierung, Bepackung der Daten oder was auch immer machen. Was sind die Dinge, die Sie abrufen können, die Sie also wieder sichtbar machen aus den Funkfrequenzen, dieser erste Schritt? Telefon ist klar, E-Mail ist nach meiner Information klar. Was noch?

Zeuge T. B.: Die einzelnen Protokolle bitte nur nichtöffentlich.

(Martina Renner (DIE LINKE): Warum?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Jetzt kommen wir mal zu dem zweiten Schritt. Jetzt habe ich die Einsen und Nullen. Was passiert dann damit bei Ihnen in Bad Aibling? Es ist ja schön, Einsen und Nullen zu haben; aber daraus kann man nichts sehen, da kann man Kunstwerke ausdrucken. Aber was machen Sie damit?

Zeuge T. B.: Das ist der nächste Schritt. Sie müssen dann feststellen: Wie gehören diese Einsen und Nullen zusammen? Sie können ja über einen Kanal mehrere, ich sage jetzt einmal, Faxsendungen oder Gespräche übermitteln. Das wird ja zusammen multigeplext. Das sind auch Dinge, die uralt sind, die man im analogen Bereich auch gemacht hat, einfach um die Frequenzen besser ausnutzen zu können. Das heißt, Sie müssen dann bestimmen: Die ersten 25 Bit gehören zu der einen Sendung, die nächsten gehören zu dem nächsten usw. Sie müssen da versuchen, diese Strukturen, die dahinterliegen, herunterzubrechen. Wenn Sie diese Strukturen haben, dann müssen Sie sagen: „Wie ist das Ganze jetzt kodiert?“ und diese Kodierung entfernen, damit Sie dann wirklich auch auf den Inhalt kommen. Das sind einfach alle Aspekte, die passieren müssen, bevor Sie überhaupt dann anschließend sagen: Mit diesen Nullen und Einsen, wenn ich die über einen bestimmten Prozess führe, habe ich dann anschließend ein Fax, eine E-Mail, eventuell ein Gespräch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, der zweite Schritt ist dann, aus den Einsen und Nullen in sich geschlossene Daten - für mich jetzt mal einfach gesagt: Dokumente, Inhalte - zu machen, die wieder überhaupt lesbar sind.

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Was ist jetzt der dritte Schritt? Jetzt haben Sie unzählige Dokumente - wahrscheinlich auch unheimlich viel Quatsch dabei -, die keinen interessieren, also den Empfänger vielleicht schon, aber uns eben nicht. Richtig? Da ist ja erst mal alles dabei. In der Funkwelle kommt alles an, das wird in Einsen und Nullen umgewandelt, Sie machen es wieder in eine verwertbare Information, zum Beispiel ein Word-Dokument, und jetzt müssen wir irgendwo aus dieser Riesenmasse etwas Sinnvolles rauskriegen, vermute ich mal. Was kommt als nächster Schritt?

Zeuge T. B.: Sie haben während dieser Aufbereitung ja auch Informationen zu dieser Kommunikation. Das wäre im Grundsatz der nächste Schritt, dass Sie dann sagen aufgrund der Metainformationen: interessiert mich/interessiert mich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie läuft das bei Ihnen ab? Das kann man ja nicht händisch machen, dafür muss es ja Software geben. Was für Programme machen das? Ich will jetzt keine Markenrechtsverletzungen haben, sondern der erste Teil interessiert mich jetzt mal nicht, mich interessiert insbesondere der dritte Teil, also sprich: Wie, mit welcher Software wählen Sie jetzt aus den lesbar gemachten Dokumenten aus, welche etwas für Sie sind und welche nicht? - Keine Sorge, wir kennen da inzwischen eine Vielzahl von Programmen, hat jetzt nichts Geheimnes.

Zeuge T. B.: Nein, das ist auch nicht der Punkt, warum ich an der Stelle überlege. Die Sache ist nur die: Sie haben je nach Material, was kommt, verschiedene Aufbereitungsschritte, verschiedene Geräte, Softwarepartikel, die dahinterstecken. Von der Seite einfach zu sagen: „Das ist diese oder jene Software“, funktioniert so einfach

nicht. Es gibt dann eine Selektion und Filterung, aber das bitte nur im nichtöffentlichen Teil. Da geht es dann sehr in das Detail.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann frage ich mal unkonkret: Das geht aber softwarebasiert? Die Einsen und Nullen kommen rein, werden in verwertbare Dokumentformate umgewandelt, und dann wird quasi gefiltert, was relevant ist und was nicht. Das ist ein, sage ich mal, sekundenschneller Prozess, oder wie muss ich mir das vorstellen? Sie brauchen nicht auf die Programmnamen eingehen. Nur: Guckt sich das einer noch mal an bei Ihnen? Das müssen ja gigantische Mengen sein, wenn es noch nicht gefiltert ist, wenn ich mir dieses Funksignal vorstelle. Oder läuft da automatisch eine Software rüber und selektiert schon mal aus einem großen Batzen einen kleinen heraus?

Zeuge T. B.: Ja, auf jeden Fall.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja, ich hätte an Ihrer Stelle jetzt auch nicht anders geantwortet.

Zeuge T. B.: Nein, es ist wirklich so, dass Sie gezielt nach den Informationen suchen, die Sie interessieren, und der Rest läuft quasi durch und wird gleich wieder gelöscht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach, der wird gelöscht?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo ist der denn vorher?

Zeuge T. B.: Nein, er läuft. Das sind einfach nur durchlaufende Daten. Da wird nicht gespeichert, sondern quasi nur das, was selektiert wird, wird gespeichert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und was wird dann gelöscht?

Zeuge T. B.: Das ist vielleicht der falsche Ausdruck; aber das, was nicht gespeichert wird, ist damit nur flüchtig und nicht permanent.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie mögen verstehen, dass das ein wesentlicher Teil ist, warum ich diese ganzen Fragen hier gerade stelle, weil ich natürlich wissen will: Von der Funkwelle an, diese relativ vielen Daten, die da ankommen, welcher Teil wird denn gespeichert?

Zeuge T. B.: Der selektierte Teil.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der selektierte Teil.

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also nicht die Einsen und Nullen, auf die ich dann hinterher zugreife und aus den Einsen und Nullen lesbare Dokumente mache, auch nicht die lesbar gemachten Dokumente, sondern erst die aus verschiedenen Filterungen herausurrogierten - ich nenne das jetzt mal so -, herausgefilterten Dokumente, erst die werden gespeichert?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich kann also nicht nach einem Monat sagen: „Ich habe einen neuen Filter oder einen neuen Selektor, und jetzt möchte ich mir doch mal die Kommunikation, bezogen auf diesen Selektor, herauswerfen lassen“?

Zeuge T. B.: Wenn ein anderer Selektor getroffen hat, können Sie natürlich in den Meldungen schauen: Ist dieser neue Selektor zusätzlich enthalten? Aber auf das vor vier Wochen erfasste Material haben Sie keinen Zugriff mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und auf das vor zwei Tagen erfasste Material?

Zeuge T. B.: Auch nicht. In der Produktion nicht, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Kann man einordnen - -

Zeuge T. B.: Entschuldigung, muss ich qualifizieren: Zu meiner Zeit gab es das nicht; als ich in Aibling draußen war, gab es das nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, nehme ich mal so an. - Wenn wir jetzt mal probieren, das Volumen einzuordnen von dem, was aus den Funkwellen in Einsen und Nullen umgewandelt wird, was nicht gespeichert wird, von wie viel Datenvolumen reden wir denn da, was die Software handeln muss, damit sie effektiv herausfiltert? Ich stelle mir vor: So eine Software muss ja richtig was leisten; weil, was ein Satellit so als Funkwellen abstrahlt, das ist ja schon erheblich viel, sonst bräuchten wir ja unendlich viele Satelliten. Also, die können richtig was.

Dann müssen also diese Filter - so nenne ich es jetzt mal -, erst mal die Umwandlung in Lesbares und dann die Filter, relativ große Datenmengen handeln können. Von welchen Datenmengen reden wir denn dann so im Durchschnitt? Mir ist auch klar, dass man das nicht am Tag punktgenau sagen kann, weil das wahrscheinlich schwanken wird. Aber von welchen Größen reden wir grob? Nur, was überhaupt ankommt, was Sie handeln müssen, um auf das, was für Sie interessant ist, herunterzubrechen. Das ist keine nachrichtendienstlich relevante Frage. Es geht mir nur darum: Wie groß ist das Datenvolumen, was da so auf eine Satellitenschüssel einprasselt? Ich weiß es nicht.

Zeuge T. B.: Kann ich jetzt einfach überschlägig nicht sagen; tut mir leid.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie sollen auch nicht raten, das ist hier nicht Sinn. Wenn Sie es nicht wissen, ist es auch okay. Dann müssen wir noch jemand anderen dazu fragen. Mich würde es schon interessieren, welches Datenvolumen auf eine Schüssel kommt.

Wissen Sie denn, wie groß das Datenvolumen ungefähr ist, was dann an verwertbaren Daten, sprich: Dokumenten, nenne ich das jetzt mal etwas laienhaft, bei Ihnen nicht gespeichert wird, aber aufläuft, was Sie dann noch mal durch Ihre BND-spezifischen Filter jagen müssen? Das müsste man ja ungefähr benennen können, weil danach müssen Sie Ihre technischen Filter ausrichten, dass die das schaffen. Wenn Sie das gar nicht wüssten, dann frage ich mich, wie Sie diese



Nur zur dienstlichen Verwendung

Filter basteln. Da muss man doch wissen, was da reinkommt.

Zeuge T. B.: Gut, es gab dazu Tests; das weiß ich. Aber das ist in dem Bereich Technik und Selektion gelaufen und nicht in meinem Bereich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Mich würde das interessieren, was für ein Datenvolumen das ist, was bei Ihnen rein theoretisch aufläuft - nicht das, was Sie nutzen, nur was bei Ihnen aufläuft. Und das wird dann automatisch über Software, über Systeme oder wie auch immer gefiltert?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie viele Filter gibt es denn da? Was für Filter sind das alles?

Zeuge T. B.: Auch das ist schwierig, so einfach zu sagen. Ich sage Ihnen ganz einfach, warum ich sage: „Das ist schwierig“: In dem Moment, wo Sie eine Frequenz auswählen, in dem Moment, wo Sie einen Satelliten auswählen, ist das ja schon Filterung, weil Sie ja viele andere Frequenzen, viele andere Satelliten einfach ausblenden und das Material, was dort läuft, überhaupt nicht betrachten. Das heißt, die Filterung beginnt ja schon an einer ganz anderen Stelle.

Dann geht es weiter in die Richtung: Sie können ja auch Materialien haben, die Sie gar nicht aufbereiten, weil Sie sagen, dieses Material interessiert Sie nicht. Damit reduzieren Sie ja den Anteil auch. Es kommt immer darauf an: Was ist wirklich in diesem Frequenzspektrum, das Sie aufnehmen, drin? Wie groß ist der Anteil dessen, was Sie überhaupt dann verarbeiten, aufbereiten? Was ist dann da drin, was Sie entsprechend auch verwerten können? Das ist ja nicht nur eine Sache dessen, was rein technisch drinsteckt, sondern das ist natürlich dann auch eine Sache, die inhaltlich ein Problem ist. Sie können durchaus auch Ressourcen nutzen, in denen sehr wenig von der Menge her herauskommt, was aber von der Qualität her sehr gut ist, und dann nehmen Sie das einfach in Kauf. Auch das sind Dinge, die entsprechend abzuschätzen sind, dass Sie sagen: „Okay, es kommt zwar nicht viel, aber das, was

kommt, ist qualitativ sehr hochwertig“, und darum bleiben Sie nach wie vor auf diesem Signal, obwohl Sie sagen, auf einem anderen Signal könnten Sie sehr viel mehr produzieren. Darum sage ich: Einen typischen Wert - soundso viel kommt rein, und soundso viel kommt raus - gibt es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer trifft denn die Entscheidung, welche Frequenzen abgerufen werden und welche Satelliten? Sie können ja anscheinend mehrere Satelliten ansteuern. Wer trifft denn die Entscheidung? Wird die auf der operativen Ebene getroffen, oder ist das Abteilungsleiterbene?

Zeuge T. B.: Nein. Diese Entscheidungen werden runtergebrochen vom Großen, im Grundsatz aus den Aufträgen, die der BND insgesamt hat, die dann entsprechend weitergeleitet werden und wo man dann sagt: Okay, an dieser oder jener Stelle wird dieses oder jenes aufgenommen und erfasst und weiterverarbeitet. - Auch das ist ein mehrstufiger Prozess.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wenn wir jetzt bei den Meldungen angelangt sind: Nach verschiedener Filterung, dem Einsatz von Selektoren: In der Woche, wie viele Meldungen wurden bei Ihnen erstellt? Aus diesen wahnsinnig vielen Daten auf der Frequenz, durch die verschiedenen Filter, Blick auf die Selektoren, was man sich so anschauen will: Wie viele Meldungen kamen denn bei Ihnen pro Woche dabei heraus oder am Tag oder in einer Stunde? Auch nur Pi mal Daumen.

Zeuge T. B.: Pi mal Daumen waren es über das Jahr durchschnittlich 20 Meldungen am Tag.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Diese Meldungen setzen sich vermutlich aus unterschiedlichen Komponenten zusammen, die alle vielleicht ein Telefongespräch betreffen bis hin zum Inhalt, vielleicht eine Übersetzung, vielleicht sonst alle möglichen Informationen. Dann könnte das ja eine Meldung sein. Im Vorfeld: Die gesamten lesbaren Daten, die Sie nicht speichern, teilen Sie diese mit irgendwem? Die sind ja jetzt einmal



Nur zur dienstlichen Verwendung

als Einsen und Nullen zumindest in einer juristischen Sekunde da, bis sie gefiltert werden und ein Endprodukt entsteht. Es wäre ja unheimlich spannend, wenn Sie es nicht machen, wenn jemand anders diese große Menge an Daten nutzen würde. Sie wissen, worauf ich hinauswill?

Zeuge T. B.: Nein, die sind nicht geteilt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zu Ihrer Zeit nie? Da hat nicht einer die Einsen und Nullen mal eben abgegriffen, in eine andere Leitung, irgendwo anders hin, und bei Ihnen kamen dann die 20 Meldungen am Tag im Durchschnitt heraus? Was jemand anders mit der großen Datenmenge gemacht hat, wäre ja dann mal beachtlich. Also, das hat nicht stattgefunden?

Zeuge T. B.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das waren Ihre Daten, die Sie dann umgewandelt haben und zu Meldungen gemacht haben. - Haben Sie diese Meldungen denn mal ausgetauscht oder den Inhalt der Meldungen - kleben Sie bitte nicht an meiner genauen Wortwahl; Sie können etwas abweichen, um die Frage sinngemäß zu beantworten -, zum Beispiel auf einem USB-Stick?

Zeuge T. B.: Nein. Zu Details, wie diese Informationen geteilt wurden, aufgeteilt wurden, bitte nichtöffentlich. Da kann ich dann detaillierter dazu Stellung nehmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil Sie jetzt Nein sagten: Nach Ihrer Erkenntnis sind nie Meldungen auf einen USB-Stick geladen worden und händisch in eine andere Dienststelle verbracht worden und zur Nutzung ausgetauscht worden? Das wäre interessant.

Zeuge T. B.: Nein. Also, auf USB-Stick auf keinen Fall. Und wenn ausgetauscht wurde: Das war nicht unsere Aufgabe. Dafür gibt es einen Zentralbereich, der dann auch Informationen tauscht. In welcher Form, ist dann Angelegenheit des Zentralbereiches.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich eine Anmerkung machen?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gerne. Konstantin von Notz, eine Anmerkung von Ihnen. Ich brauche auch nicht mehr allzu lange.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will das auch gar nicht unterbrechen. Aber ich will noch mal sagen, Herr Zeuge: Es geht jetzt nicht nur immer um die Bereiche, für die Sie zuständig sind, es geht hier darum, was Sie wissen. Das ist Ihre Aufgabe. Sie müssen uns alles sagen, was Sie wissen. Weil Sie vorhin auch einleitend von einem Gespräch sprachen, das hier das letzte Mal stattgefunden hätte: Das ist kein Gespräch. Sie sind hier bei einer Zeugenvernehmung. Sie müssen uns einfach sagen, was Sie wissen, selbst wenn das nicht in Ihrem Bereich lag oder Sie nicht direkt zuständig waren. Insofern: Es geht um die Erkenntnisse, die Sie haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank für die Klarstellung und den Hinweis. Ich bin bis jetzt davon ausgegangen, dass der Zeuge das hoffentlich auch so macht.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte nicht so den Eindruck!)

Wir sind ja auch noch lange nicht am Ende. Sie haben noch ganz viel Gelegenheit, Dinge richtig einzuordnen.

Ich gehe mal weg von dem Austausch von Daten, komme aber noch mal zu den Meldungen. 20 Meldungen am Tag: Können Sie grob sagen - ich will nicht die Inhalte exemplarischer Meldungen wissen -: Was verbirgt sich dahinter? Ganz grob nur zur Einordnung: Sind das unsere Telefongespräche hier der Abgeordneten des Untersuchungsausschusses? Was sind Meldungen? Geht es da um Kunduz? Um was geht es da grob? Was ist der Hintergrund dieser Meldungen?

Zeuge T. B.: Der Hintergrund dieser Meldungen ist im Grundsatz in dem Auftrag der Dienststelle



Nur zur dienstlichen Verwendung

beschrieben und in den gemeinsam ausgehandelten Anhängen zu dem entsprechenden Memorandum of Agreement. Details dazu bitte gerne auch in nichtöffentlicher Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na klar. - Das kennen Sie auch auf der operativen Ebene? Da wissen Sie genau: Das machen Sie, das ist Ihr Auftrag, das dürfen Sie, und das sind Sachen, das gehört nicht mehr dazu. Das weiß auch jeder, der im operativen Geschäft in einem Sachgebiet arbeitet und quasi im täglichen Geschäft unterwegs ist? Der kennt so ein Memorandum of Agreement? Das kennt er alles?

Zeuge T. B.: Er muss es nicht im Detail wissen; aber er kennt die Aufträge, die sich daraus generieren. Damit gibt es automatisch auch eine linke und eine rechte Grenze von Dingen, die in diesem gemeinsamen Bereich einfach kein Thema waren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Vielleicht abschließend zu diesem Bereich: Wir haben ja jetzt lange darüber diskutiert, wie aus Funkwellen 20 Meldungen pro Tag - - Pi mal Daumen, Sie sollen nicht darauf festgenagelt werden; 20 Meldungen pro Tag, das war jetzt ein geschätzter Durchschnittswert, so habe ich Sie verstanden. Aber wie kommt aus diesem Hinweis oder diesem Pressebericht, der ja aufgrund einer bestimmten Folie entstanden ist, wo diese Zahl 500 Millionen Verbindungsdaten draufstand, jetzt zustande, dass wir von 500 Millionen Verbindungsdaten reden und auf der anderen Seite von 20 Meldungen pro Tag? Wo ist dieser Gap dazwischen, diese Gedankenlücke, die ich noch nicht geschlossen habe? Können Sie das erklären? Sind das die 500 Millionen Verbindungsdaten, erst die Einsen und Nullen, oder ist das der nächste Schritt, der quasi in Dokumente lesbar gemacht wird? Wo ist dieser Unterschied zwischen der hohen Zahl 500 Millionen Verbindungsdaten und 20 Meldungen pro Tag? Wenn ich das nämlich mit einem Jahr hochrechne, dann ist die Zahl auch noch nicht so groß für mich.

Zeuge T. B.: Nein, also, diese 500 Millionen Verbindungsdaten hatten wir zu meiner Zeit nicht.

Was ich an der Stelle auch noch mal versuchen will, anhand der Analogie, die wir im Grundsatz auch beim letzten Mal schon hatten, ein bisschen fortzuführen, ist: Wir hatten uns damals - einfach analog; was sind Metadaten? - über Metadaten auf einem Briefumschlag unterhalten. Wenn Sie jetzt keine Ahnung haben, wie Post insgesamt funktioniert, und Sie ein Fahrzeug haben, in dem fünf Postsäcke mit Briefen liegen, und Sie sich das einfach mal anschauen und sortieren und mal schauen, was kommt denn dazu - - Es ist ein großer Unterschied, ob Sie ein Fahrzeug quasi haben, das gerade die verschiedenen Briefkästen hier in Berlin geleert hat - oder nehmen Sie Paris oder was auch immer -, oder ob Sie ein Fahrzeug nehmen, das quasi gerade in der Postauslieferung ist. In dem einen Fall haben Sie Postleitzahlen oder vergleichbare Größen, die quasi alle zusammenhängen, nämlich bei der Postauslieferung, weil es ja eine Region betrifft. Im anderen Fall haben Sie Informationen, die völlig wirr durcheinander sind. Das heißt, wenn Sie kein Vorwissen haben, müssen Sie versuchen, Informationen erst mal zu sammeln, damit Sie anschließend wissen: An welcher Stelle können Sie weiterbohren. Das sind dann Dinge, die mit Metadaten entsprechend sind. Wenn man das dann fortführt, dass man versucht, Metadaten entsprechend aufzubereiten und weiterzuführen, dann kann es von wenigen Metadaten, die bis 2007 entsprechend erfasst sind, durchaus zu einer größeren Zahl kommen, die dann 2013 erfasst wurde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Diskrepanz ist ja schon recht augenscheinlich. Sie haben von 20 Meldungen gesprochen; die Zahl der Metadaten ist ja natürlich viel größer bei 20 Meldungen. Das haben wir in der letzten Sitzung schon herausgearbeitet, dass, wenn wir über ein Datum reden, wir da ganz unterschiedliche Begrifflichkeiten haben. Aber ich sage mal: 500 Millionen Verbindungsdaten pro Monat und 20 Meldungen mal 30: 600. Da ist bei mir immer noch eine Lücke. Oder ist das 2013 so explodiert, die Datenerfassung beim BND? Bei Ihnen ist das ja mehr so eine gemütliche Sache, die Meldungen kann man sich ja entspannt durchlesen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Die Meldungen kann man sich auf jeden Fall entspannt durchlesen. Aber es wird nicht aus jedem Metadatum eine Meldung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: An welcher Stelle dieses Prozesses, den ich eben mit Ihnen zusammen herausgefunden habe - Sie kannten ihn; ich habe ihn jetzt hoffentlich verstanden -, reden wir im Jahr 2013 von 500 Millionen Verbindungsdaten? Das stand in diesem Artikel. An welcher Stelle? Hinten ja nicht - es sind keine 500 Millionen Meldungen gewesen; das wäre überhaupt nicht handelbar. An welcher Stelle dieses Prozesses reden wir von diesen 500 Millionen Verbindungsdaten?

Zeuge T. B.: Also, diese 500 Millionen sind immer wieder angesprochen worden; die sind im Grundsatz in der Zeitung gestanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die sind im September 2012 so angefallen, stand 2013 in der Zeitung.

Zeuge T. B.: Wie gesagt, zu meiner Zeit haben wir angefangen mit Metadatenerfassung, Verbindungsdatenerfassung, um erst mal das Ganze sortieren zu können. Dann wird aus diesem Prozess der Analyse noch nicht eine Meldung. Diese Menge hatten wir nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hatte ja eben mal gefragt zu den Mengen, die nach der Schüssel - ich drücke das mal so bildlich aus - wieder umgewandelt werden in Einsen und Nullen. Da konnten Sie sagen: Das kann ich nicht sagen; das ist schwer auszudrücken. - Da hatte ich ja mal nach dem Datenvolumen gefragt. Woher wissen Sie, dass es damals nicht so viel war zu Ihrer Zeit, wenn Sie mir das Datenvolumen eben gar nicht sagen konnten?

Zeuge T. B.: Zum einen: Eine massenhafte Metadatenerfassung gab es noch nicht, weil wir mit den Metadaten im ersten Ansatz noch nichts anfangen konnten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ab wann gab es denn die massenhafte Metadatenerfassung?

Zeuge T. B.: Tut mir leid, weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, aber zumindest wissen wir schon mal, dass es sie gab.

(Zuruf des Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber zu Ihrer Zeit. Also, wir können das Datenvolumen zu Ihrer Zeit nicht einordnen, okay. Sie können auch nicht erklären - Sie müssen nicht einen Zeitungsartikel erklären; das erwarte ich gar nicht -, wie es zu so einer Meldung - 500 Millionen Verbindungsdaten - kommen kann; damit ich Sie richtig verstehe. Ich habe kein Problem damit, wenn Sie 20 Meldungen pro Tag erstellen. Dann erwarte ich das allein von einem Bundesnachrichtendienst, weil das die Aufgabe ist. Zum Beispiel zum Schutz unserer Soldaten in Afghanistan, für Erkenntnisgewinnung zum Beispiel im Irak, da erwarte ich 20 Meldungen pro Tag. Ich erwarte aber nicht 500 Millionen Verbindungsdaten.

Jetzt habe ich diese beiden Werte. Ich probiere, die irgendwie in Einklang zu bringen, und ich hoffe, Sie können mir irgendwie helfen. Auch wenn Sie nicht zu der Zeit, im Dezember 2012, in dieser Funktion waren, muss es für Sie doch irgendwo aus Ihrer Erfahrung eine Erklärung geben, warum wir von zwei so unterschiedlichen Zahlen reden. Sie sagten ja auch: Zu meiner Zeit gab es die massenhafte Erfassung von Metadaten nicht. - Was ist denn der Ansatzpunkt gewesen, hier eine Praxis zu ändern? Und an welcher Stelle - das ist immer noch nicht klar - fallen diese massenhaften Metadaten denn an? Bei den Einsen und Nullen? Bei der Entschlüsselung bzw. Lesbarmachung oder nach der Selektierung? Deswegen haben wir das doch eben so kleinteilig gemeinsam erklärt.

Jetzt probiere ich, es einzuordnen. Ich habe mir hier so ein Bildchen gemalt: Die Schüssel; das erste Umwandeln von Einsen und Nullen; dann den zweiten Bereich, in dem wir die einzelnen Dokumente ausfiltern, was wir nicht brauchen; dann kommen die einzelnen Selektoren. Das pas-



Nur zur dienstlichen Verwendung

siert alles in einer theoretisch gedachten Sekunde, weil das ja Software ist und Systeme sind, die das machen, und nicht händisch. Irgendwann kommt auch Händisches dazu: Wir haben von anderen Zeugen schon gehört, dass Sachbearbeiter drübergucken und Dinge noch ausscheiden. Es kommt die G-10-Filterung. Dann komme ich zu 20 Meldungen.

An welcher Stelle könnten hier die 500 Millionen Verbindungsdaten, die bei Ihnen nicht waren, aber gemeint sein? An welcher Stelle dieses Prozesses lagen die vor oder könnten die vorgelegen haben?

Zeuge T. B.: Wenn Sie Metadaten versuchen auszufiltern, dann ist das Teil des Selektionsprozesses.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das erscheint mir logisch. Gut, da will ich mal nicht weiter nachbohren. - Ich komme noch zu einem anderen kleinen Bereich, das ist die G-10-Filterung. An welcher Stelle in diesem Prozess schauen Sie, ob deutsche Verbindungsdaten betroffen sind, also ob zum Beispiel jemand von einem deutschen Mobiltelefon telefoniert?

Zeuge T. B.: Nach den entsprechenden Vorgaben ist die G-10-Filterung das, was als Erstes einsetzen muss nach einer Möglichkeit, dass ich das entsprechend erkenne. Das heißt, dass die Aufbereitungsschritte - - Die Nullen und Einsen kann ich noch nicht G-10-filtern, sondern erst in dem Moment, wo ich auch ein Quasiprodukt habe, in dem ich mit Automatismen erkennen kann, dass es sich um eine geschützte Kommunikation handelt. An der Stelle muss ich damit anfangen. Wie das Ganze in diesem Teilbereich Bad Aibling zu gestalten war, das war eines der schwierigsten Probleme insgesamt - würde ich aber im Detail dann in nichtöffentlicher Sitzung besprechen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das finde ich schon relativ relevant, dass der G-10-Filter von Ihnen als einer der ersten, die erste Filterung, beschrieben wird. Mich würde dann in geheimer Sitzung sicherlich interessieren, wie das detailliert erfolgt und wie Sie gewährleisten, dass die

G-10-Filterung auch klappt. Das ist für mich eine ganz wichtige Frage.

Die Daten, die durch den G-10-Filter herausgefiltert werden als nicht von Ihnen weiter nutzbar, werden die automatisch systemisch gelöscht? Also, jetzt nicht gelöscht - ich will Ihnen damit nicht unterstellen, dass die gespeichert werden -, aber sind die weg?

Zeuge T. B.: Sie werden gar nicht gespeichert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Aber sie sind dann sofort nach diesem Prozess weg aus der weiteren möglichen Bearbeitung?

Zeuge T. B.: In dieser Prozesskette ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehen Sie die irgendwie? Also, kann da ein Sachbearbeiter zum Beispiel draufgucken, kann der schauen, welche Sachen vom G-10-Filter rausgefiltert wurden? Ich stelle mir das immer vor wie so einen Spam-Filter. Da kann ich gucken: Was ist bei mir an einem Tag herausgefiltert worden? - Geht das da auch?

Zeuge T. B.: Auch da muss man jetzt wieder diese verschiedenen Filter im Detail betrachten. In einem ganz speziellen Bereich ist es möglich, aber im Grundsatz durch organisatorische Maßnahmen ausgehebelt, und wird in Einzelfällen unter juristischer Begleitung, wenn irgendwelche Probleme in der Prozessverarbeitung sind, getan. Aber im Grundsatz: nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat es zu Ihrer Zeit irgendeine Weiterleitung von Daten gegeben, bei denen der G-10-Filter gegriffen hat?

Zeuge T. B.: Also, die positiv G-10-markiert wurden?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge T. B.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ist Ihnen bekannt, ob es nach Ihrer Zeit eine Weiterleitung von dementsprechend herausgefilterten



Nur zur dienstlichen Verwendung

G-10-Daten - also nach Ihren Worten: die positiv markiert worden sind - gegeben hat?

Zeuge T. B.: Nein, nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Welche weiteren, ähnlichen Filter wie den G-10-Filter kennen Sie? Gibt es da noch weitere, ähnliche Filter, zum Beispiel auch, wo Kommunikation bestimmter anderer Staaten betroffen ist, die wir 100

Zeuge T. B.: Im Grundsatz ist die Technik, die dahintersteckt, die gleiche. Zum Ausfiltern brauchen Sie ein gewisses Profil. Ob in dem Profil steht: „a oder b“ oder „a, b und c“ oder „in der Verknüpfung wird entsprechend ausgefiltert“, das ist Einstellung der Filter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sind zu Ihrer Zeit auch die Kommunikationen anderer Staaten herausgefiltert worden, zum Beispiel, wenn eine französische, italienische, griechische, englische, britische Vorwahl im Spiel ist, dass man dann gesagt hat: „Die Nummern auch nicht“, also nicht nur +49 und dann eine deutsche Handynummer, sondern auch zum Beispiel +33 oder irgendwas anderes und eine französische Handynummer? Sind Ihnen da andere Staaten bekannt, die per se erst mal herausgefiltert wurden, wo gesagt wurde: „Da gucken wir gar nicht mehr hin“?

Zeuge T. B.: Es gab zu jeder Zeit verschiedene Bereiche, die je nach Dienststelle ausgefiltert wurden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das liegt dann auch wahrscheinlich am Datenvolumen, dass jede Dienststelle einen bestimmten Blick auf einen Bereich hat: Das ist der Auftrag, und alles andere ist nicht auftragsgemäß, und dann filtere ich alles andere heraus, um mit meinem Auftrag und dem Datenvolumen arbeiten zu können.

Das erscheint für mich sehr logisch. Da wird für uns natürlich interessant sein: Welche Dienststelle macht was? - Können Sie sagen, dass diese G-10-Filterung zuverlässig funktioniert?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ja, warum und wie?

Zeuge T. B.: Die Filterung funktioniert zuverlässig. Das ist auf jeden Fall - - In den internen Prozessen sind auch Korrekturmöglichkeiten mit festgehalten. Das größte Problem in Bad Aibling war natürlich die Geschichte: Ein automatisches System kann nicht zu hundert Prozent funktionieren. Das hat dazu geführt, dass es in der Zeit, in der ich dort war, keine automatisierte Weiterleitung gab. Das führte natürlich dann auch dazu, dass entsprechend wenig Material weitergeleitet werden durfte - jetzt gerade auch inhaltmäßige Dinge. Darum kamen auch entsprechend niedrige Zahlen raus, weil halt noch jemand drübergucken musste.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das aus Ihrer Sicht effektiv?

Zeuge T. B.: Natürlich ist das nicht effizient. Das war auch eines der ganz großen Probleme: Wie kriegt man mehr aus diesem Ansatz heraus?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich komme mal zu einem anderen Bereich. Das war ja jetzt Signalauswertung, also Funkzellen. Nicht nur das ist ja in Bad Aibling zu Ihrer Zeit gemacht worden, sondern auch die leitungsvermittelte Kommunikation. Diese Daten haben Sie dann nach Bad Aibling gekriegt. Die wurden ausgewertet, wenn ich es richtig verstehe, weil Sie technisches Know-how dazu hatten oder weil es im Sachzusammenhang zum Beispiel für ein Sachgebiet dementsprechend liegt. Ist das richtig?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die leitungsvermittelten Kommunikationsdaten, in welcher Form haben Sie die dann in Bad Aibling gekriegt? Waren die schon umgewandelt in diese lesbaren Dokumentformate, Kommunikationsformate, sodass Sie die Filterungen drübergehen lassen konnten, oder waren die schon gefiltert?

Zeuge T. B.: Teils, teils. Aber da Details bitte nichtöffentlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Können Sie denn in öffentlicher Sitzung sagen, wo die Daten herkamen, also jetzt von welcher Dienststelle? Oder sind die auch gar nicht von Dienststellen, sondern aus Datennetzen direkt nach Bad Aibling gekommen? Ich denke hier besonders an die Daten von dem Internetknotenpunkt DE-CIX in Frankfurt.

Zeuge T. B.: Da Abläufe an diesen Stellen, wie insgesamt auch diese Dinge, entsprechend zusammenspielen - was bedeutet Ableitung, bzw. wie ist ein Zugriff auf Netze oder derartige Dinge? -, bitte nur nichtöffentlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hätte jetzt gar nicht gefragt, wie das technisch geht, aus einem Glasfaserkabel leitungsgebundene Kommunikation herauszuholen. Dafür brauche ich wahrscheinlich auch wieder eine Stunde, um mir das wie eben bei dem anderen Thema erklären zu lassen. Ich hätte nur gefragt: Geht das über den Umweg von Berlin, Pullach oder sonst woher, oder geht das direkt nach Bad Aibling? Das können wir auch gern in nichtöffentlicher Sitzung machen, obwohl die Information - -

Zeuge T. B.: Direkt zu uns ist nichts gegangen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Aber Sie haben dann in Bad Aibling mit dem, wie Sie es auch bei der Signalkommunikation gemacht haben, weil Sie die Tools haben, dann die weitere Verwertung der kabelgebundenen Kommunikation gemacht?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sonst müsste ja an verschiedenen Standorten immer wieder das Gleiche vorgehalten sein. So verstehe ich das, den Grund dafür.

Zeuge T. B.: Ja. Das ist ja irgendwo sinnig wahrscheinlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das der größere Teil der Daten, mit denen Sie in Bad Aibling zu tun hatten, oder war der größere Teil das,

was Sie über die Satelliten bei der Signalerfassung selber erfasst haben? Was war im Endeffekt mehr? Weil wenn Sie eben sagen: Das vom Satelliten war ja gar nicht so - - Sie hatten „effizient“ gesagt. War der andere Teil dann effizienter?

Zeuge T. B.: Nein. Er war im Grundsatz noch schlimmer, weil einfach das Risiko an der Stelle noch größer war und damit auch der Druck, hundert Prozent filtern zu müssen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das verstehe ich. Klar, wenn wir Daten aus Kabeln in Deutschland auslesen, ist es nicht ganz unwahrscheinlich, dass wir deutsche Kommunikation da mit drinhaben. Da Sie die nicht dürfen, müssen Sie einen hohen Grad an Filterung betreiben, um G 10 rauszufiltern. Das war aufwendig.

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie keine Angst gehabt, dass Bad Aibling irgendwann zugemacht wird, wenn der Effizienzgrad so hoch ist? - Nicht? Warum nicht? Was haben Sie denn da sonst noch so gemacht? Haben Sie die Daten vielleicht mit anderen geteilt, die dann mit den Daten ja sehr wohl was gemacht haben? Sprich: Bei der kabelgebundenen Kommunikation, sind da Daten deutscher Bürger mit Dritten ausgetauscht worden, sodass man sagen kann: Das lohnt sich ja doch, diese Dinge in Bad Aibling zu machen?

Zeuge T. B.: Nein.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zu Ihrer Zeit nein?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Ich hätte jetzt noch ganz viele Fragen, aber ich möchte nicht alleine fragen, weil ich weiß: Auch die Fraktionen haben sicherlich viele Fragen. Ich erlaube mir dann, mich in den Fragerunden noch



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal einzuklinken. Ich habe erst einen kleinen Teil meiner Fragen gestellt.

Ich möchte aber jetzt den Fraktionen das Wort geben. Nur zu Ihrer Erklärung: Für die Fraktionen ergibt sich - Sie wissen das vielleicht vom letzten Mal noch - nach der sogenannten Berliner Stunde ein festes Zeitbudget für die Fragen und Antworten: für die Union 27 Minuten, für die SPD 17 Minuten, für die Fraktion Die Linke 8 Minuten, und das Gleiche gilt für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen: auch 8 Minuten. Die Reihenfolge richtet sich nach dem Prinzip von Rede und Gegenrede, und in der ersten Frageunde würde die Fraktion Die Linke beginnen; dann kommen die Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU/CSU. In der zweiten Fragerunde haben wir dann wieder die Reihenfolge: Fraktion Die Linke, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und dann die SPD, und dann würde es in jeder weiteren Fragerunde reihum gehen. Das ist, glaube ich, verstanden, und Sie kennen es ja auch schon.

Ich gehe davon aus, dass wir heute in mehr als eine Fragerunde eintreten werden, und ich freue mich auf die Fragen von Frau Kollegin Renner von der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, Sie haben vorhin auf die Frage, welche Arten von Metadaten erfasst werden, also Telefonie, E-Mail oder anderes, geantwortet: Einzelne Protokolle können hier nur in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden. - Können Sie mir sagen, auf welchen Teil der Aussagegenehmigung Sie verweisen bei der Verweigerung der Auskunft in öffentlicher Sitzung?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Das geht jetzt aber nicht von meiner Fragezeit ab.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir machen ja mehrere Runden. Prinzipiell ja, außer das wäre jetzt besonders signifikant. Ich hoffe ja, dass wir

gleich auch noch in die inhaltlichen Fragen einsteigen und nicht nur in die Diskussion um Aussagegenehmigungen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde gerne inhaltliche Fragen stellen, da ich aber vermute, dass diese wieder in öffentlicher Sitzung abgelehnt werden, möchte ich erst einmal die Grundsatfrage hier klären.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na klar. Ich habe gerade die Uhr gestoppt. - Frau Rechtsanwältin.

RA n Dr. Stefanie Schork: Sie können ja inhaltliche Fragen stellen, aber Sie dürfen keine Fragen stellen nach Methodik. Und genau das ist der Inbegriff. Wenn Sie sagen: „Was sind die Parameter?“, und er soll die im Einzelnen benennen, dann sagt er - - dann wird er das machen, aber eben nicht öffentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage nicht nach der Methodik der Erfassung, sondern ich frage: Welche Arten von Metadaten werden erfasst? Da geht es noch nicht um Methodik. Ich möchte wissen, ob Telefonie, E-Mail-Verkehr, Aufrufe von Internetseiten, Besuch von sozialen Netzwerken, GPS, Ähnliches - - Das sind reine Sachinformationen, keine Informationen zur Methodik.

Zeuge T. B.: Es sind durchaus Informationen zur Methodik. Denn daraus wird klar, welche Möglichkeiten der BND insgesamt hat, und das sollte nicht in öffentlicher Sitzung behandelt werden.

Martina Renner (DIE LINKE): So, und das steht in der Aussagegenehmigung wo, bitte?

RA n Dr. Stefanie Schork: Also, ich kann Ihnen gerne die Stelle jetzt noch mal raussuchen. Da brauche ich zwei Minuten Pause. Aber es ist doch völlig klar, dass diese - -

Martina Renner (DIE LINKE): Dann suchen Sie die bitte raus und dann auch gleich noch zu der Verweigerung der Auskunft nach den Selektoren oder der Methodik der Selektion. Dann wurde verweigert - - Wie Informationen geteilt werden,



Nur zur dienstlichen Verwendung

könne nicht in öffentlicher Sitzung geteilt werden, und was Ableitung bedeutet. Also, zu den vier Punkten würde ich gerne genau wissen, auf welchem Teil der Aussagegenehmigung die Verweigerung in öffentlicher Sitzung beruht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin, ich habe eine Wortmeldung von Herrn Wolff von der Bundesregierung. Ich würde gerne Herrn Wolff das Wort geben. Vielleicht kann das zur Klärung beitragen, Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Danke. - Also, das ist Ziffer 5, der erste Punkt. Das sind natürlich Staatswohlgründe, die eine Geheimhaltung rechtfertigen. Es geht ja hier nicht darum, dass der Zeuge dazu gar nichts sagen will; es geht nur darum - wie er auch dargelegt hat -, dass natürlich beispielsweise die Protokollerfassung - was für Protokolle - durchaus Aufschluss darüber geben kann, wie die Kompetenzenfähigkeiten des BND sind. Das ist VS-einstufungswürdig, und da sagt der Zeuge aus meiner Sicht völlig zu Recht: Das nur in nicht offener Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde vielleicht einfach darum bitten - - Es ist ja auch ein bisschen Art und Weise der Befragung, an Informationen ranzukommen, und ich habe den Eindruck, dass der Zeuge relativ viel sagen kann. Bewerten müssen wir das. Und bezüglich der Aussagegenehmigung können wir ja auch noch mal in eine Diskussion mit der Bundesregierung eintreten. Ich würde nur jetzt nicht gerne unterbrechen und die Befragung unterbrechen. Weil wir haben hier einen Zeugen in öffentlicher Sitzung, wo wir sicherlich noch viele Fragen stellen können, auch mal Fragen, die ich gestellt habe, noch mal aufgreifen, wo ich mir Erkenntnisse verspreche. Und wir haben ja auch noch die nichtöffentliche oder geheime Sitzung, und ein Zeuge kann auch zweimal kommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber gut, wir arbeiten vielleicht unter unterschiedlichen Zielstellungen. Ich möchte große Gegenstände in öffentlicher Sitzung hier behandelt wissen, und deswegen bitte ich dann auch Herrn Wolff, noch mal darzulegen - - Nicht nur den Verweis auf die Ziffer 5, sondern er müsste dann im Einzelnen auch

darlegen, wie sich hier konkret die einzelnen Gegenstände, die verweigert werden, denn unter diesen Punkt subsumieren, also substantiiert sagen, worin denn tatsächlich hier die Staatswohlgefährdung liegt, wenn wir hier zum Beispiel ganz allgemein erfahren, welche Arten von Metadaten erfasst werden oder wie Selektion funktioniert, ganz allgemein, wie Informationen geteilt werden. Ganz allgemein: Wo wird das Staatswohl tangiert? Das möchte ich gerne wissen.

RD Philipp Wolff (BK): Ich habe versucht, das schon darzulegen. Die Sachen sind natürlich auch in den Schriftstücken entsprechend eingestuft, und es ist durchaus VS-einstufungswürdig, in dem entsprechenden VS-Grad, wenn die Fähigkeiten des Bundesnachrichtendienstes - - Was kann er beispielsweise auslegen? Wie sind einzelne technische Abläufe, Ableitungen zum Beispiel? Wenn diese Fähigkeiten in öffentlicher Sitzung dargelegt werden, dann ist das in hohem Maße nachteilhaft für das Wohl der Bundesrepublik Deutschland. Denn es ermöglicht Menschen, die uns nicht so wohlgesonnen sind - mir und Ihnen, Frau Renner -, dass sie entsprechende Aufklärungsmethoden umgehen können. Insofern ist es für mich selbstverständlich, dass man das einstuft. Der Zeuge kann dazu etwas sagen, aber eben nicht in öffentlicher Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das Nichtwissen zu solchen Vorgängen, ob zum Beispiel Selektion und Filterung tatsächlich funktioniert, ist möglicherweise zum Nachteil der Bevölkerung, da es dann irgendwie zu Grundrechtsverletzungen kommt. Was ist damit? Ist das nicht Gegenstand des Staatswohls?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es geht jetzt hier ein bisschen in eine Diskussion mit der Bundesregierung. Ich würde gerne den Zeugen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hat sich gemeldet. Ich hatte nicht Herrn Wolff gebeten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, klar. Sie hat ja auch geantwortet. Wir haben nun einen Zeugen hier. Ich würde ganz gerne mit der Zeugenbefragung weitermachen. Sollen wir das machen?

Martina Renner (DIE LINKE): Dann stelle ich in den laufenden Runden diese Fragen erneut. Das müssen wir dann in dem Falle tun.

Aber ich will noch mal ganz konkret vorab ein paar Dinge klären. Sie sprachen von den sogenannten durchlaufenden Daten, die flüchtig seien, zu denen Sie nicht wissen, wie viele es sind, und aus denen dann per Automatismen überhaupt erst Daten gewonnen werden, die bearbeitbar sind. Welchen Begriff von Datenverarbeitung haben Sie? Also, was fällt bei Ihnen unter Datenverarbeitung? Fällt die Erfassung unter Datenverarbeitung?

Zeuge T. B.: Ich verstehe die Frage nicht, aber das kommt vielleicht daher, dass ich aus dem Bereich der Datenverarbeitung komme. Im Endeffekt haben Sie immer den Prozess: Eingang, entsprechende Verarbeitung und Ausgabe von Daten. Und wenn Sie das im Grundsatz in einem, ich sage jetzt mal, Satellitenreceiver haben, haben Sie die Eingangsdaten - das ist das Signal, das von der Schüssel kommt, das, was verarbeitet wird ... (akustisch unverständlich) das Umsetzen in ein Signal, das der Fernseher lesen kann -, und Ausgabe ist das Fernsehsignal. Also, von der Seite her haben Sie auch in einem Prozess, der die Daten quasi aufbereitet, eine Datenverarbeitung.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, also von der Erfassung über die Speicherung, Verarbeitung und Auswertung ist es alles Datenverarbeitung, und für die Datenverarbeitung gelten gesetzliche Grundlagen?

Zeuge T. B.: Ja, natürlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch für die Erfassung?

Zeuge T. B.: Ja, natürlich. Auch für die Erfassung.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann möchte ich noch mal zu den durchlaufenden Daten kommen, die Sie nannten. Diese durchlaufenden Daten, werden die in einem Puffer abgelegt?

Zeuge T. B.: Teilweise ja, je nachdem, in welcher Art und Weise sie aufbereitet werden müssen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie lange verbleiben die Daten in diesem Puffer? Zu Ihrer Zeit?

Zeuge T. B.: Das ist eben abhängig von den Daten, und das sind Millisekunden bis wenige Sekunden.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie groß ist der Puffer?

Zeuge T. B.: Auch das ist wieder systemabhängig.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann für die verschiedenen Systeme: Erklären Sie mir, über welche Größenordnungen wir hier reden.

Zeuge T. B.: Wenn Sie entsprechend Sprachkanäle aufbereiten und Sie haben ein Bündel von 30 Sprachkanälen, dann müssen Sie so viel Puffer vorhalten, damit diese Dinge entsprechend aufbereitet werden können, dass Sie dann auch wirklich entsprechend die Metadaten mit den Daten, mit den Inhaltsdaten, verknüpfen können und anschließend auch selektieren können. Sonst macht der ganze Prozess keinen Sinn.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hatten ja eine verantwortliche Position in Bad Aibling. Können Sie etwa sagen, wie groß das Datenvolumen war, das in diesem Datenpuffer gelandet ist? Sie können jetzt die Zeiteinheit wählen: Sekunde, Stunde, Tag, Monat, Jahr.

Zeuge T. B.: Wie viel darin gelandet ist?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge T. B.: Tut mir leid. Wie gesagt, es gibt ja verschiedene Systeme in dem Ganzen. Das sind durchlaufende Daten im Sinne der Aufbereitung. Wenn man sicherstellt, dass ein System vernünft-



Nur zur dienstlichen Verwendung

tig konfiguriert ist - und das war in dem Fall gegeben -, dann werden Sie nicht für einen Schritt, der eine halbe Sekunde beispielsweise benötigt, einen Datenpuffer vorhalten, der einen halben Tag speichert. Das macht einfach keinen Sinn, weil Sie mit den Daten, die dort zwischengepuffert sind für diese halbe Sekunde, überhaupt nichts anfangen können - sonst, außerhalb dieses Prozesses.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hatte aber nicht nach dem - - Ich hatte jetzt nach der Menge gefragt. Also, wie groß war der Puffer?

Zeuge T. B.: Tut mir leid. Genau auf diesen Prozess zugeschnitten. Aber wie groß der jetzt von der technischen Seite her war, kann ich Ihnen nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie nicht sagen?

Zeuge T. B.: Kann ich nicht sagen. Weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie waren kommissarischer Dienststellenleiter in Bad Aibling?

Zeuge T. B.: Für acht Monate, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Kapazitätsfragen, technische Anschaffungen, die möglicherweise ja auch mit Geld verbunden sind usw.: Geht über welchen Tisch?

Zeuge T. B.: Über die des Projektleiters.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Dann sind Sie ja in doppelter Hinsicht möglicherweise auch mit solchen Fragen befasst gewesen.

Zeuge T. B.: Nein. Die entsprechenden Systeme sind über den beteiligten AND zugeflossen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das ist dann so eine Blackbox, die stellt man da hin, sagt: „Schließt mal an! Stromkabel dran, funktioniert; was das ist, will ich nicht wissen“?

Zeuge T. B.: Doch. Wir wollten durchaus an der einen oder anderen Stelle wissen, wie es funktioniert, und dann ist aber sehr schnell auch herausgekommen, dass es selbst die Mitarbeiter des anderen Partners nicht wussten. Im Grundsatz muss jemand, der ein Formel-1-Auto fährt, es nicht konstruieren können. Und das war für uns der wesentliche Punkt, an dem wir gesagt haben: Wenn wir die Systeme einzeln nicht verstehen, dann müssen wir ganz knallhart alles das, was diese Blackbox verlässt, uns anschauen und genauestens filtern. - Und das war dann der Punkt, an dem wir einfach unseren Schwerpunkt gesetzt haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, die NSA liefert irgendetwas, eine Blackbox, die Daten speichern kann, ja? Sie wissen nicht, wie es funktioniert, aber Sie nehmen an irgendeiner Stelle Daten, die dort ausfließen, auf, um sie weiterzuarbeiten. Ob es Abgänge aus dieser Blackbox gibt, wie sie konfiguriert ist, auf welcher Grundlage sie arbeitet, ob da ein Router drinsteckt oder so was, haben Sie nicht angeguckt, weil das ist Formel 1, und Sie fahren nur VW Polo?

Zeuge T. B.: Nein. Das ist so nicht richtig, und das habe ich so auch nicht gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Dann erklären Sie mir noch mal: Was wusste man über diese Hard- und Software, um auch möglicherweise - - Ich habe am Anfang bewusst mit der Frage der Datenverarbeitung begonnen, um auch sozusagen die dahinterliegenden gesetzlichen Fragen beurteilen zu können. Da spreche ich Sie auch sozusagen als Verantwortlichen auch für die Fachaufsicht an.

Zeuge T. B.: Jedes System hat entsprechende Eingangs- und Ausgangsschnittstellen und hat eine Beschreibung: Wie funktioniert es? Die Details waren zum großen Teil nicht bekannt.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Hintertür der
NSA!)

Was bekannt war, waren aber diese Schnittstellen. Und in dem Moment, wo Sie genau wissen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

an der Stelle kommt das und das raus, und es gibt keine andere Schnittstelle, und Sie können den Ausgang kontrollieren, weil Sie an der Stelle nämlich genau das auch überreißen und auch nachlesen, was da alles rauskommt, wirklich kontrollieren bis auf das letzte Bit, hat der AND keine Möglichkeit, irgendetwas da rauszuholen an uns vorbei.

Das war auch einer der Aspekte, der grundsätzlich von uns sehr stark betrieben wurde. Es gab keine Fernsteuerung der Systeme, es gab auch keine Schnittstelle nach außerhalb, die nicht von uns kontrolliert wurde und entsprechend auch gefiltert wurde. Darum kann ich mich jetzt auch hier hinstellen und sagen: An der Stelle hat nichts die Dienststelle zu einem AND verlassen, was deutschem Recht widersprochen hätte. Wenn ich das nicht in dieser Form konfiguriert hätte und auch entsprechend drauf geschaut hätte, dass es immer wieder so ist, würde ich diese Aussage heute hier so nicht treffen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt kommen wir zu den Fragen der Fraktion der SPD, und ich gebe Herrn Kollegen Flisek das Wort.

Christian Flisek (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich würde es gerne mal so probieren: Wir hatten ja Ihren Nachfolger auch schon mal hier in dieser Funktion im Ausschuss gehabt. Das war Herr R. U., genauso wie Sie aus B. A. Er hat uns einiges Interessantes geschildert. Er hat uns zum Beispiel gesagt über die Frage, warum man da überhaupt mit den Amerikanern kooperiert hat, das sei ein Tauschgeschäft gewesen: Information gegen Technik. Trifft diese Einschätzung eigentlich auch auf Ihre Zeit zu?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Können Sie das erläutern? In welchem Umfang fand das statt? Also, man hat Informationen gegeben und hat dafür Technik bekommen. In Ihrer Zeit, was haben Sie an Technik bekommen? Was gab es da sozusagen beschaffungswesenmäßig, was für den BND interessant war?

Zeuge T. B.: Es gibt im Grundsatz zwei verschiedene Aspekte an dieser Stelle. Das eine ist Technik, die durchaus handelsüblich ist und auch von uns hätte beschafft werden können, die mangels Masse, sprich: Finanzen, nicht beschafft werden konnte - - und man da quasi sagen kann: Da haben wir zusätzliche Fähigkeiten mengenmäßiger Art erworben. Und es gibt dann auch die Aspekte der Technik in den Dingen, in denen einfach der Partner aufgrund des größeren menschlichen Ansatzes - Anzahl an Ingenieuren für Entwicklungsaufgaben - uns voraus war. Sie sind nicht besser; sie sind an manchen Stellen einfach nur mehr. Und das hat auch an der Stelle zu Dingen geführt, dass wir Techniken dann erhalten haben, die wir mangels eigener Ingenieurkapazitäten nicht haben entwickeln können.

Christian Flisek (SPD): Können Sie da konkret werden? Was für Technologie war das? War das Hardware, Software, beides? In welchen Bereichen?

Zeuge T. B.: Beides, es war durchaus Hard- und Software. Details gerne in nichtöffentlicher Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Okay. Auch ist es nicht möglich, in öffentlicher Sitzung Bereiche zu skizzieren, also Funktionsbereiche der jeweiligen Software, die Sie bekommen haben, ohne jetzt konkret die Funktionsweise zu erläutern? - Weil Sie müssen ja sehen, Herr Zeuge, wir haben natürlich auch ein Interesse, weitestgehend, was möglich ist, in öffentlicher Verhandlung hier zu verhandeln. Dass wir dann in die Details gehen in der geheimen Sitzung, dafür habe ich ja großes Verständnis. Die Frage ist halt, ob man zum Beispiel mal skizzieren kann, welche Funktionsbereiche die Software im Einsatz dann hatte, ohne jetzt konkrete Details zu nennen der einzelnen Funktionen.

Zeuge T. B.: Funktionsbereiche, Software beispielsweise - - sind Programme mit übergeben worden, in denen man sehr viel schneller Signalanalyseprozesse behandeln konnte. Das ist ein Beispiel.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Können Sie weitere Beispiele nennen?

Zeuge T. B.: Zu Hardware: Es sind entsprechende Geräte beschafft worden oder bereitgestellt worden, die uns einfach erlaubten, zusätzliche Signale aufzubereiten.

Christian Flisek (SPD): Wenn so etwas geliefert wurde, wie fand das dann statt? Muss ich mir das so vorstellen, wie wenn ich was bestelle und dann kriege ich das per Post zugeschickt? Oder kamen die dann mit einem Team, haben das installiert, es gab eine Einweisung? Oder wer hat dann sozusagen das Ganze installiert?

Zeuge T. B.: Gut. Es ging in beide Richtungen. Man muss sich vor Augen halten, dass dieser Aufbau der gemeinsamen Dienststelle einherging mit dem Abbau der Bad Aibling Station, indem der Dienst, der AND, eigenständig vertreten Aufklärung gemacht hat. Und das hat man aufgrund der Souveränität Deutschlands eingestellt. Und in diesem Zusammenhang ist angeboten worden, eine gemeinsame Dienststelle zu schaffen, und damit ist auch Material aus dieser anderen Dienststelle mit übergeben worden, und die Details sind in diesen MOAs und in Annexen entsprechend verhackstückt worden. Und daher kommt es dann dazu, dass zum Teil Material wirklich auch auf der einen Stelle abgebaut wurde und bei uns eingebaut wurde, immer auch unter deutscher Begleitung; denn es geht ja da teilweise um ganz primitiv einfache Aspekte, dass Sie ein Gerät haben, das in der Bad Aibling Station auf 110 V gelaufen ist und bei uns bei 220 V laufen muss, weil einfach dort auch die entsprechende Gesetzgebung elektrotechnischer Art entsprechend eingehalten werden muss. Ich kann dort nicht irgendetwas verbauen, was diesen Dingen nicht entspricht. Da hat sich unser Technikbereich intensiv darum gekümmert. Also ist es immer auch in der Begleitung - - oder mit uns gemeinsam sind solche Dinge gemacht worden. Man hat gesagt: Okay, was können wir machen? Welches Gerät brauchen wir dazu? Welche Techniken brauchen wir dazu? Welche Software ist notwendig? Und das ist Teil dieser Gemeinsamkeit gewesen, und an der Stelle haben wir auch einiges gelernt, wie man an bestimmte

Punkte rangeht. Und das war dieser Gewinn im Endeffekt dann auch auf unserer Seite.

Christian Flisek (SPD): Das ist auch aus meiner Sicht sehr interessant, weil - - Ich halte jetzt mal fest: Also, zumindest war es nicht so, dass Hardware, Software, was immer jetzt geliefert wurde, ankam und ausschließlich von Mitarbeitern des Bundesnachrichtendienstes dann eingesetzt, installiert wurde, sondern Sie haben gesagt: in deutscher Begleitung. Das ist jetzt ein Begriff, der darauf hin - -

Zeuge T. B.: In Federführung der Deutschen.

Christian Flisek (SPD): In Federführung der Deutschen.

Zeuge T. B.: Grundsätzlich war der ganze Bereich federführend von Deutschen geleitet.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Sind denn die Mitarbeiter des AND, die an solchen Prozessen beteiligt waren, von Ihnen sicherheitsüberprüft worden in irgendeiner Weise?

(Zuruf des Abg. Dr. André Hahn (DIE LINKE))

- Herr Hahn, gemacht! - Die Frage hat eine Berechtigung aus meiner Sicht dahin gehend: Welche Maßnahmen sind vonseiten des BND getroffen worden, um sicherzustellen, dass gerade dann, wenn es um die Lieferung von Hardware und Software im Tauschgeschäft Information gegen Technik kam, sozusagen nicht gleich von vornweg, mit der Lieferung, der Partner Möglichkeiten sich dort eröffnet hat, die am Ende aller Tage - -

(Susanne Mittag (SPD):
Überraschend sind!)

- Die Kollegin Mittag hat es schön formuliert: die überraschend sein könnten. Welche Maßnahmen wurden da ergriffen? Gab es für dieses Thema eine Sensibilität überhaupt? Fangen wir mal so an. Gab es für diese Fragestellung, dass man eventuell hier Maßnahmen zu ergreifen hat, um die Strukturen, die IT-Strukturen - - dass man die



Nur zur dienstlichen Verwendung

IT-Sicherheit zu gewährleisten hat, dieser Strukturen, gab es dafür eine Sensibilität?

Zeuge T. B.: Ja, natürlich gab es die, und auch an der Stelle waren die entsprechenden Stellen bei uns mit eingebunden. Die Aspekte, die beidseitig interessant waren, sind in entsprechenden Anhängen mit verarbeitet worden, und zusätzlich haben wir natürlich mit unseren Sicherheitsbereichen engen Kontakt gehalten, damit wir sicherstellten, dass es keine Vermischung der entsprechenden Bereiche gab. Auch die Netze waren entsprechend getrennt. Und darum kann ich eben sagen: Diese Blackbox war ein abgeschotteter Bereich. Der war nicht vermascht mit unserem eigenen System, und natürlich hat auch der Partner, der AND, wie auch immer, auf seiner Seite entsprechende Vorsorge getroffen, dass aus der Seite nichts rauskam. Die Details dazu waren uns nicht bekannt. Aber das wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, im Endeffekt, dass man seinen eigenen Teilbereich auf jeden Fall auch absichert. Es war die Sensibilität da.

Christian Flisek (SPD): Würden Sie denn in Ihrer Bewertung sagen - - weil Sie sagen ja auch selber - zumindest habe ich Sie so verstanden -: Es gab in den Kapazitäten des AND, also konkret: der Amerikaner, und des eigenen Dienstes doch gravierende Unterschiede.

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Dem stimmen Sie ja noch mal zu, ausdrücklich. Würden Sie denn so bewerten, dass Ihre Kapazitäten in Ihrem Hause zu hundert Prozent sicherstellen konnten - bei diesem Kapazitätsgefälle -, dass Sie wirklich in der Lage waren, State of the Art, alle Möglichkeiten, die eventuell der AND hätte treffen können, um Sie vielleicht doch aufs Glatteis zu führen - - dass die verhindert werden könnten? Das ist eine Bewertungsfrage, die Sie in Ihrer Wahrnehmung vielleicht beantworten können.

Zeuge T. B.: Ja. Und ich möchte diese Frage ausdrücklich auch mit Ja beantworten. Es gab Teilbereiche, an denen wir wussten: Wir können nicht alles hundert Prozent kontrollieren. Das heißt, Sie müssen sich sehr früh Gedanken machen:

Was können Sie mit dem entsprechenden eigenen Personalansatz stemmen? Und dann müssen Sie dort die Schwerpunkte sich rauspicken und müssen dann sagen, an der einen oder anderen Stelle können Sie sporadisch kontrollieren, und an den Stellen, an denen es wirklich heikel ist, müssen Sie permanent kontrollieren. Und das haben wir auch getan, und in den Fragen, die auch juristisch heikel waren, haben wir uns auch den entsprechenden Beistand unserer Juristen gesichert, und auch die waren sehr viel häufiger vor Ort als an jeder anderen Stelle, weil es halt viele Fragen zu klären gab. Die entsprechenden Sicherheitsbereiche waren natürlich auch mit eingebunden. Auch an der Stelle haben wir die eigenen Ressourcen etwas stärker strapaziert als eine andere routinemäßige Außenstelle.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Diese Kooperation, über die wir uns ja jetzt unterhalten: Nach Ihrem Informationsstand, welchen Nutzen hatte diese Kooperation denn für den BND und für die NSA, ich sage mal jetzt, über eine allgemeine verbesserte Sicherheitslage hinaus? Weil wenn man kooperiert, Informationen austauscht, Technik austauscht, dann kann man immer sagen: Das führt insgesamt dazu, dass eben Meldungen, Informationen und Technik die Kapazitäten erhöhen und dass sich dadurch irgendwie abstrakt die Sicherheitslage verbessert. Aber was waren konkrete Nutzen für beide Partner aus Ihrer Bewertung?

Zeuge T. B.: Der konkrete Nutzen für uns war, dass wir Zugang zu Material und Techniken erhielten, die uns vorgebracht haben und dann eigentlich auch Dinge waren, die wir dann nicht selber von Grund auf neu entwickeln mussten, sondern auf einer bestimmten Basis aufsetzen konnten. Der Nutzen für den AND war natürlich, dass sie weiterhin bestimmte Ressourcen innerhalb Deutschlands nutzen konnten.

Christian Flisek (SPD): Also doch so eine Art Outsourcing? Ist das treffend, dass man sagt: Eigentlich, das was wir machen wollen - - Wir haben aber auch nur ein beschränktes Budget, und jetzt haben wir einen zuverlässigen Partner, den weisen wir da ein, dem liefern wir das, was wir für notwendig erachten, und der macht das dann für uns zuverlässig?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Man kann es auch in diese Richtung sehen. Ja.

Christian Flisek (SPD): „Voranbringen“ haben Sie gesagt; die Lieferungen haben „uns vorangebracht“. - Können Sie das irgendwie auch noch mal einordnen? War das jetzt ein Meilenstein? Also, ist das im Hinblick zu dem - - Wenn man sich anschaut, was ohne Kooperation vorher da war: Hat Sie das richtig nach vorne gebracht? Können Sie dazu was Qualifiziertes sagen? Welches Ausmaß hatte dieses Voranbringen in Bezug auf die Kapazitäten beim BND?

Zeuge T. B.: Gut. Ich habe da ein paar Gedanken dazu, aber das wäre sehr detailliert in die Verfahren, Möglichkeiten - - würde ich Ihnen gerne in nichtöffentlicher Sitzung beantworten.

Christian Flisek (SPD): Darf ich Sie fragen, was Ihre Aufgabe momentan ist beim BND?

Zeuge T. B.: Ich bin in einem Bereich, der nichts mehr mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat.

Christian Flisek (SPD): Okay. Gut. Das reicht mir in der Tat erst einmal.

Es steht ja der Vorwurf doch auch massiv im Raum, und das ist ja auch Gegenstand unseres Untersuchungsausschusses, dass es eine anlasslose Massenüberwachung in Bad Aibling gegeben haben soll. Ich will jetzt noch mal, auch um irgendwelche Verwirrungen zu vermeiden, weil ich ja gerade zumindest einen Bereich aus dem aus meiner Sicht öffentlichen Protokoll zitiert habe - - Das muss schon, denke ich, auch weiterhin möglich sein. Ich würde Ihnen gerne noch mal eine Stelle vorhalten. Da hat der Zeuge R. U. gesagt: Aufgrund der sehr beschränkten Ressourcen in technischer und personeller Hinsicht kann man von Massenerfassung hier nicht sprechen. Es werden nur wenige Kommunikationskanäle zielgerichtet verfolgt. Von der theoretischen erfassbaren Kommunikation erfassen wir in Bad Aibling nur einen Promillebereich.

Trifft diese Einschätzung des Zeugen R. U. auch auf den Zeitraum zu, in dem Sie in Bad Aibling

oder in Pullach für die Selektion kabelgebundener Daten zuständig waren?

Zeuge T. B.: Ja. Uneingeschränkt.

Christian Flisek (SPD): Uneingeschränkt? Also auch Sie würden hier von einem Promillebereich in dieser Quantifizierung sprechen?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie denn Anhaltspunkte dafür, dass zu irgendeinem Zeitpunkt von Bad Aibling aus eine anlasslose massenhafte Erfassung und Weiterleitung von Kommunikationsdaten stattgefunden hat? Ich ordne jetzt noch mal die Frage ein. Insofern möchte ich Bezug nehmen auf das, was der Kollege von Notz gesagt hat. Da geht es natürlich um Ihre Wahrnehmung nicht nur in Ihrem eigenen von Ihnen verantworteten Bereich, sondern generell, soweit es unseren Untersuchungsgegenstand natürlich betrifft. Das ist klar. Haben Sie Wahrnehmungen dahin gehend, Anhaltspunkte dafür?

Zeuge T. B.: Nein, habe ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Sie mussten jetzt überlegen. War das noch mal - -

Zeuge T. B.: Nein, das war jetzt keine Überlegung im Sinne von „Gibt es da irgendwas?“, sondern wirklich in diesem Sinne: Was ist anlasslos? Was ist Massendatenüberwachung? Und kann ich diese Frage guten Gewissens beantworten? Und das kann ich.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Ich möchte noch mal eingehen auf den Punkt der Selektoren, die von US-amerikanischer Seite dann auch gestellt worden sind. Da hatte auch der Zeuge R. U. gesagt: Bevor die Amerikaner Selektoren bei uns einstellen dürfen, werden diese bei uns in der Zentrale G-10-geprüft, und die weiteren auch auf weitere politische Interessen geprüft und erst dann eingestellt.

Können Sie uns zu diesem Prüfungsprozess was sagen? Es ist ja offensichtlich nicht so - ich gehe davon aus, dass es auch in Ihrer Amtszeit so



Nur zur dienstlichen Verwendung

war -, dass nicht einfach Selektoren, die von den Amerikanern gestellt worden sind, eingesetzt worden sind, sondern einer Prüfung unterzogen wurden.

Zeuge T. B.: Ja. Also, bevor irgendwelche Selektoren eingestellt wurden, wurden diese immer geprüft, damit man einfach diejenigen Selektoren rausgefiltert hat, die rechtlichen Interessen oder eben auch Interessen der Bundesrepublik Deutschland entgegenstanden.

Ein Beispiel dazu ist eine ganz einfache Geschichte: Wenn Sie sagen, es geht ja um deutsche Interessen, aber nicht G 10, dann kann ich Ihnen sagen: EADS zum Beispiel ist nur zu 40 Prozent deutsch und unterfällt damit nicht dem G-10-Regime, es wäre aber äußerst dämlich, wenn die Deutschen mit Amerikanern gemeinsam Erfassung zu EADS betreiben würden, als unmittelbarem Konkurrenten zu Boeing. Nicht, dass es in der Form versucht worden wäre. Ist nicht passiert. Aber das wäre ein typisches Beispiel für deutsche Interessen, die nicht G-10-geschützt sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Ich muss auf die Zeit gucken. Wir sind über eine Minute drüber.

Christian Flisek (SPD): Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank für die Fragen der Fraktion der SPD. - Wir kommen damit zu den Fragen von Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich will erst noch mal bezüglich Ihrer Tätigkeiten nachfragen, Ihrer Stellung in der Behörde. Ist es richtig, dass Sie vom 01.11.2003 bis 30.09.2007 der Leiter der JSA waren?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie in diesem Zeitraum vielleicht noch eine andere wichtige Aufgabe innerhalb der Einrichtung Bad Aibling, die darüber hinausging?

Wenn Sie das jetzt nicht beantworten wollen, muss ich Sie das nachher noch mal fragen.

Zeuge T. B.: Andere Aufgabe?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine darüber hinausgehende.

Zeuge T. B.: Nein, ich hatte darüber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie die - - Ich frage das jetzt einfach. Haben Sie die Einrichtung mal geleitet? Die ganze Einrichtung? Kommissarisch?

Zeuge T. B.: Zu diesem Zeitpunkt nicht. Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, schon klar. Davor.

Zeuge T. B.: Davor, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, ja. Also Sie haben die ganze Einrichtung Bad Aibling mal kommissarisch für ein paar Monate geleitet?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut. Jetzt frage ich mich schon, was Sie heute machen, und ich überlege, ob Ihre Aussage richtig war, dass das gar nichts mit dem zu tun hat, was wir hier besprechen. Deswegen gebe ich Ihnen die Möglichkeit, das noch mal zu spezifizieren, ob das nicht vielleicht doch irgendwie sogar ganz konkret mit den Fragestellungen zu tun hat, die wir hier heute besprechen.

Zeuge T. B.: Nein.

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat mit dem Beweisgegenstand nichts zu tun!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist schon interessant. Wenn der Zeuge sozusagen heute in einem Bereich tätig ist, Herr Rechtsanwalt, der für uns hier eine Rolle spielt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wäre das schon schön zu wissen. Ich werde nachher im nichtöffentlichen Teil gerne noch mal nachfragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Lieber Kollege von Notz, ich halte mal ganz kurz die Zeit an, weil der Rechtsbeistand von unserem Zeugen ja gewechselt hat. Herr Rechtsanwalt, wir kennen Sie, aber ob Sie sich noch mal kurz vorstellen hier in dem Raum? Eben war Ihre Kollegin da. Herr Rechtsanwalt Eisenberg, einmal ganz kurz - -

RA Johannes Eisenberg: Ja. Rechtsanwalt Eisenberg aus Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Sie haben jetzt den Zeugenbeistand für unseren Zeugen übernommen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Rechtsanwalt ist aber noch falsch gekennzeichnet! Darauf wollte ich nur hinweisen!)

- Diese Änderung wird gerade unmittelbar übernommen. Ich wollte nur eben die Befragung nicht unterbrechen, aber jetzt, wo sich der Zeugenbeistand zu Wort gemeldet hat, möchte ich doch, dass er sich vorstellt. Das hat er jetzt gemacht, und jetzt darf ich den Kollegen von Notz auch weiter bitten, Fragen zu stellen, und die Zeit läuft auch jetzt wieder.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was mir bisher auf jeden Fall aufgefallen ist, Herr Zeuge, ist, dass nach meinem Empfinden die Dinge, die wir bisher besprochen haben, zwischen Satellitenabschöpfung, Glasfaser - - alles so ein bisschen diffus bleibt. Deswegen würde ich gerne immer wissen, wovon Sie konkret sprechen, von welcher Datenabschöpfung Sie sprechen, wenn Sie mir antworten. Es wäre nett, wenn Sie das dazusagen würden.

Ich möchte Ihnen aber aus der letzten Sitzung, die wir hier hatten, Ihr erstes öffentlichkeitswirksames Statement noch mal vorhalten, das Sie hier gemacht haben. Ich zitiere:

Das Einzige, was ich noch feststellen möchte, ist: Im Regelfall kommentiere ich nichts, was in der Presse steht. Nur, diese Aussagen, wir hätten massenhaft Daten von Deutschen gesetzeswidrig weitergegeben, möchte ich auf jeden Fall korrigieren.

Und jetzt kommt es:

In der Zeit, in der ich verantwortlich war

- also in der Zeit, die ich eben benannt habe -

da draußen, ist kein Datum eines Deutschen an einen anderen Nachrichtendienst geflossen.

Das haben Sie so gesagt.

Ich sage das noch mal - ich will das nicht so pathetisch machen -, aber Sie müssen ja hier die Wahrheit sagen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Das hat Ihnen bestimmt Herr Eisenberg auch gerade noch mal gesagt.

(RA Johannes Eisenberg: Nein! - Heiterkeit)

Deswegen die Frage - das frage ich auch vor der Aktenlage, die wir haben -: Stehen Sie zu dieser Aussage, dass kein Datum eines Deutschen an einen anderen Nachrichtendienst geflossen ist?

Zeuge T. B.: In diesem Zusammenhang, wie es in der Presse genannt wurde, nämlich dass Erfassungsdaten genommen sind -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, nein!

Zeuge T. B.: - und dass die dann weitergegeben sind, ja. Wenn Sie sagen: Datum und auch weiter - - In diesem Protokoll steht auch drin, wie ein Datum definiert ist. Da ist ein Name ein Datum. Wenn wir gemeinsam in einem Sachgebiet



Nur zur dienstlichen Verwendung

zusammengearbeitet haben, war natürlich das Datum - dieser Mitarbeiter ist für jene Aufgabe zuständig - - ist natürlich in diesem Kreis bekannt gewesen, aber das hat mit dieser Aussage am Anfang, nämlich: „Im Zusammenhang mit der Erfassung sind keine Daten weitergegeben worden“, nichts zu tun. Da sollte man den Kontext entsprechend trennen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das tue ich ja sehr gerne. Ich frage Sie jetzt noch mal: Ist in der Zeit, in der Sie für die JSA diese Einheit geleitet haben, kein Datum eines Deutschen an einen ausländischen Nachrichtendienst weitergegeben worden, ja oder nein?

Zeuge T. B.: Meines Wissens aus der Erfassung nein.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus welcher Erfassung?)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus welcher Erfassung?

Zeuge T. B.: Es ist völlig egal, welche Sie da nehmen, ob Sie da die leitungsgebundenen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus allen Erfassungen - Glasfaser, Satellit - ist nach Ihrer Kenntnis kein einziges Datum weitergegeben worden?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine steile These angesichts der Aktenlage, die wir haben, Herr Zeuge. Das sage ich Ihnen. Das ist meiner Ansicht nach ein echtes Problem. Aber der Vorsitzende hat da ja ein scharfes Auge drauf.

Ich wollte noch eine philosophische Frage stellen: War es zu Ihrer Zeit möglich, Echtzeitüberwachung zu machen - ich spezifiziere das -, an der Glasfaser Echtzeitüberwachung zu machen? Konnten Sie in Echtzeit die Daten auslesen?

Zeuge T. B.: Ich verstehe die Frage nicht. Was verstehen Sie unter „Echtzeitauslesung“?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne dass eine Zwischenspeicherung der Daten nötig ist.

Zeuge T. B.: Wie genau dieser Abgriff funktioniert, da müssen Sie die Techniker, die diesen Abgriff entsprechend realisiert haben, fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr B., Sie haben diese Einheit geleitet, und Sie tragen hier mit Vehemenz vor, dass hier alle rechtlichen Grundlagen eingehalten worden sind, und jetzt können Sie mir nicht mit der Antwort kommen: Da muss ich jetzt mal einen Techniker fragen. - Sondern Sie haben ja Ihren technischen Sachverstand hier eben beschrieben, und deswegen möchte ich von Ihnen wissen, wie diese Filter, wie diese Selektoren - - an welcher Stelle die ansetzen. Ich würde nämlich die Behauptung aufstellen, dass Sie die Filter gar nicht ansetzen können, ohne zwischenzuspeichern, weil Sie nicht in der Lage sind, in Echtzeit das Netz auszulesen. Und das heißt, dass Sie eben Milliarden von Daten erfassen. Da das eine wesentliche Frage ist, die wir hier heute Morgen diskutieren, kommt es schon darauf an, was Sie dazu sagen, und da können Sie jetzt nicht sagen: Für die muss man einen Techniker einladen.

Zeuge T. B.: Gut. Also, Sie meinen es im Grundsatz, anschließend, nach einer eventuellen Ableitung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau oder im Prozess der Ableitung. - Also, jetzt wird es ja ganz semantisch! Dann müssen wir ja darüber reden, was eine Ableitung ist. - Können Sie in den aktuellen Datenstrom, der durch die Glasfaser „fibert“, Ihre Selektoren reinhalten? Das können Sie nicht! Sie müssen das ja ausleiten, und das bedarf einer Zwischenspeicherung, logischerweise. Ich bin auch kein Techniker, aber so viel habe ich begriffen. Deswegen die Frage: Bei jedem Selektor, den Sie irgendwie - - Sie müssen das vorher doch zwischenspeichern.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Nein. Also, im Grundsatz gibt es dort verschiedene Stufen, die ich gerne in nichtöffentlicher Sitzung mit Ihnen diskutiere.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das geht leider nicht. Sie müssen diese schlichte Frage, die ja wirklich von einer bestechenden Einfachheit ist, einfach mit Ja oder Nein beantworten. Können Sie in Echtzeit Daten auslesen, selektieren, oder müssen Sie zwischenspeichern?

Zeuge T. B.: An der Stelle mussten wir nicht zwischenspeichern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt denn „an der Stelle“? Was soll das bedeuten?

Zeuge T. B.: Gut. An der Stelle, die in unserer Verantwortung, in unserem Teilbereich war, mussten wir nicht zwischenspeichern, und an der vorgelagerten Stelle wurde auch nicht zwischengespeichert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „An unserer Stelle“ heißt „bei der JSA“?

Zeuge T. B.: Mit den entsprechenden vorgelagerten Erfassungsköpfen, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müssen Sie noch mal wiederholen: mit den - -

Zeuge T. B.: Entsprechend vorgelagerten Erfassungsköpfen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erfassungsköpfe. Und was sind Erfassungsköpfe? Zwischenspeicher wahrscheinlich jetzt.

Zeuge T. B.: Nein, das sind keine Zwischenspeicher. Wenn Sie eine Antenne 500 Meter weit weg stehen haben - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, wir reden jetzt von der Glasfaser! Hören Sie: Das habe ich jetzt glasklar gesagt.

Sie können jetzt auf die Satelliten switchen, aber das ist nicht das, was ich gefragt habe. Ich frage Sie: An der Glasfaser - - Wenn Sie an der Glasfaser Daten ausleiten, dann müssen Sie die zwischenspei- - Ich frage Sie jetzt, und ich bitte um eine Ja- oder Nein-Antwort. Sie müssen die Daten, die Sie ausleiten, zwischenspeichern?

Zeuge T. B.: Für die Übertragung muss ich sie zwischenspeichern, nicht für die Verarbeitung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen Sie zwischenspeichern!

Zeuge T. B.: Um sie übertragen zu können, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also, Sie speichern sie zwischen. - Finden Sie das Gespräch genauso anstrengend wie ich?

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nicht wegen der Frage, aber weil die Zeit jetzt um ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch, um eine Minute und jetzt um zwei Minuten. Ich habe extra noch ein bisschen laufen lassen, weil ich es spannend fand.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu meiner entscheidenden Frage komme ich jetzt erst noch!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sorry.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ich muss mich über trivialste Dinge hier minutenlang unterhalten!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen habe ich ja die zwei Minuten schon über die Zeit laufen lassen, weil ich gesehen habe, dass es nicht ganz einfach ist, zum Fragepunkt durchzudringen. Aber es gibt eben diese Kontingentierung. Ich kann jetzt nicht - - Vielleicht - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Roderich Kiesewetter
(CDU/CSU): Ich gebe ihm
zwei Minuten!)

- Der Kollege Kiesewetter gibt zwei Minuten ab.
Das finde ich sehr kollegial. Super!

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ausgesprochen nett.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auf geht's!

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie speichern zwischen, und dann gehen sozusagen die Selektoren da durch, und das, was im Netz hängen bleibt, das bleibt hängen, und der Rest wird verworfen?

Zeuge T. B.: Wie gesagt: Die genauen Prozesse, wo was passiert, erläutere ich Ihnen gerne in nichtöffentlicher Sitzung, und dann erledigt sich auch die Frage nach der Zwischenspeicherung und wird glasklar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, ich halte Ihre Antworten für massiv irreführend und Ihre Aussagen vom letzten Mal für falsch, und ich finde, deswegen sollten Sie schon die Möglichkeit haben, das hier in öffentlicher Sitzung richtigzustellen; sonst könnte man den Eindruck bekommen: Der BND kommt hierhin und verbreitet semantischen Nebel, irgendwelche Umdefinitionen schlichtester Sachverhalte. - Ich finde, das sollte so nicht stehen bleiben. - Sie schon, offenbar.

(RA Johannes Eisenberg: Es
ist ja keine Frage!)

- Ach so. Na gut. - Dann danke ich sehr für die zwei Minuten von Herrn Kiesewetter und werde aber hier intensiv nachfragen, wenn wir wieder drankommen. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Herr Kollege von Notz. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der CDU/CSU. Herr Kollege Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Zeuge! Zunächst eine Anmerkung zu den Einlassungen des Kollegen von Notz eben. In unserer Arbeitsgruppe haben wir bisher keinerlei Hinweis, keinen zumindest belastbaren Nachweis in den Akten gefunden, dass es Weitergabe von Daten deutscher Staatsbürger entgegen gesetzlichen Regelungen gab. Ich will hier deshalb nicht die Spekulation weiter befördern. Aber dafür haben wir ja den Untersuchungsausschuss.

Zweitens möchte ich gerne in Anlehnung an die Fragen vom Herrn Flisek etwas aufgreifen, nämlich zum Thema der anlasslosen Massenüberwachung, die Sie verneint haben. Was wären denn aus Ihrer Sicht die technischen Voraussetzungen einer anlasslosen Massenüberwachung? - Wie dimensioniert müsste denn dann zum Beispiel Bad Aibling sein bzw. was hätte das für einen Personalfaktor oder für einen Aufwandsfaktor zur Folge?

Zeuge T. B.: Ich möchte es mal etwas einfacher gestalten. Mit Kabel wird es noch mal schwieriger. Aber wenn man sich nur mal die Satelliten als solche vornimmt: Es gibt über 300 stationäre Satelliten, auf denen Fernmeldeverkehre stattfinden, die ja auch nicht von nur einer Stelle beobachtet werden können, weil sie einfach rund um die Erde verteilt sind. Das heißt, Sie müssen dann mindestens an drei verschiedenen Stellen entsprechende Stationen vorhalten, und Sie müssten dann zu quasi gut hundert Satelliten von einer dieser Stellen - - aufnehmen und bearbeiten. Das heißt, je nachdem, welche Übertragungsmöglichkeiten dazugehören, sind Sie - ich sage mal - bei vielleicht über 250 Satellitenschüsseln in der Größenordnung von 10 Millionen pro Satellitenschüssel, Pi mal Daumen. Dann haben Sie auf den verschiedenen Satelliten teilweise bis zu 500 Träger, also Frequenzen, die Inhalte beinhalten. Wenn Sie „pro Frequenz“ sagen, brauchen Sie in einer Kette einen Downconverter, zwei Modems. Dann können Sie sich ausrechnen, was es bedeuten würde, wenn Sie 250 Satellitenschüsseln, eine entsprechende Anzahl an Downconvertern - da kostet einer 20 000 Euro - und Modems entsprechend dann vorhalten wollten,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und dann brauchen Sie noch dazu die entsprechenden Rechnerkapazitäten. Sie können dann sagen, dass Sie locker neben jeder dieser Stellen ein Atomkraftwerk bauen können, damit Sie nur einfach Strom und Kühlung gewährleisten. Das wäre dann eine Massenüberwachung, nur auf dem Satellitenbereich.

Wenn Sie dann noch den Kabelbereich mit den etwas größeren Bandbreiten betrachten, dann sage ich: Wenn wir in der Größenordnung eines russischen Geheimdienstes wären, hätten wir immer noch nicht genug Personal. Da muss man vielleicht den, den amerikanischen und den chinesischen zusammenwerfen, und dann könnte man vielleicht so was gewährleisten.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Aus Ihrer Aussage schließe ich zwei Punkte: Erstens. Der BND ist zur anlasslosen Massenüberwachung nicht in der Lage. Ist das richtig?

Zeuge T. B.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Zweitens. Ist die NSA zur anlasslosen Massenüberwachung in der Lage - nach den Kenntnissen, die Sie haben, wo Sie eben ansprachen, dass man die Kapazität verschiedener Dienste zusammenlegen müsste?

Zeuge T. B.: Nach meiner Einschätzung: anlasslos über den gesamten Erdball, nein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das möchte ich gerne so festgehalten haben.

Nun aber zu Ihrer eigentlichen Tätigkeit. Ich gehe mal auch auf die Infrastrukturen in Bad Aibling ein, zumal Sie ja offensichtlich in einer spannenden Übergangszeit dort in Verantwortung waren.

Die Medien berichten von zwei Joint Ventures zwischen Deutschen und Amerikanern in Bad Aibling, einer Arbeitsgruppe zur gemeinsamen technischen Aufklärung, die Joint SIGINT Activity, und einer zur Auswertung abgefangener Signale, das sogenannte Joint Analysis Center; sie seien in einem bestimmten Zeitraum eingestellt worden. Das war nach Ihrer Zeit.

In einem anderen Artikel wurde präzisiert, dass das Joint Analysis Center mit fünf zivilen NSA- und BND-Experten besetzt gewesen sei, die auf Russland spezialisiert seien, während die 2004 gegründete JSA sich gegen Terrorismus, Proliferation und andere ausländische Ziele gerichtet habe. - Alles den Medien entnommen. - Es habe eine direkte elektronische Verbindung zum NSA-Netz bestanden.

Jetzt zu meinen Fragen: Verbergen sich hinter diesen Bezeichnungen tatsächlich Arbeitsgruppen, die gemischt mit amerikanischen und deutschen Mitarbeitern besetzt waren?

Zeuge T. B.: JSA, das war ein gemeinsames Sachgebiet, war auch gemischt besetzt von Deutschen und Amerikanern. Bei diesem anderen Joint Venture gab es auch entsprechende Vereinbarungen. Im ersten Ansatz sind bestimmte Fähigkeiten und Kenntnisse übergeben worden und nur exklusiv von den Deutschen bearbeitet worden. Als dann noch zusätzliche Fähigkeiten, Möglichkeiten, die ganz spezielle Fähigkeiten des Partners zur Verfügung gestellt haben, dazukamen, hat man dieses Ganze in diesem Joint Venture mit JAC bezeichnet, und dort waren dann Mitarbeiter des AND auch entsprechend eingebunden in die Schichten - aber, wie gesagt: eingebunden in die Schichten - und haben nicht eigenständig gearbeitet, sondern nur mit diesem ganz speziellen Bereich etwas zu tun gehabt. Details nichtöffentlich!

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Bestanden diese Zusammenarbeitsformen während Ihrer Einsatzzeit in Bad Aibling?

Zeuge T. B.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Dann möchte ich auch gerne wissen: Wie lautete denn der Auftrag dieser Gruppen, und was war das Ergebnis dieser Arbeit?

Zeuge T. B.: Die Aufträge sind jeweils in den Vereinbarungen zur Einrichtung dieser Dinge vereinbart worden und sind auch entsprechend eingestuft; würde ich im Detail bitte auch nur in nicht-



Nur zur dienstlichen Verwendung

öffentlicher Sitzung besprechen. Und die Ergebnisse waren so, dass beide Bereiche zumindest zu der Zeit gesagt haben: Wir wollen entsprechend weiterarbeiten. - Zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt wurde dann der eine Teilbereich aufgelöst. War aber auf deutsche Initiative hin, um einfach Personal zu sparen. Und der zweite Aspekt war einfach: Es kam zu wenig dabei heraus. Ist auch ganz klar: wenn ich wirklich alles per Hand prüfen muss, bevor ich es weitergeben kann.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Sie haben persönlich geprüft?

Zeuge T. B.: Teilweise ja, teilweise Mitarbeiter von mir. Also, es ist, gerade wenn wir jetzt wieder auf Kabel spezifizieren, gerade aus diesem sensiblen Bereich nicht ein einziges Datum oder eine einzige Meldung rausgegangen, Information rausgegangen, die nicht geprüft waren. Zu meiner Zeit.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Würden Sie in nichtöffentlicher Sitzung konkrete Fälle benennen, an denen die Gruppen gemeinsam gearbeitet haben?

Zeuge T. B.: Die Gruppen haben nicht gemeinsam - - also nicht zusammengearbeitet in dem Sinne. Sie hatten getrennte Aufträge und haben jeweils an ihren eigenen Aufträgen gearbeitet. In der Signalanalyse gab es Berührungspunkte, aber auch nur peripher.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke schön. - Den Medien ist ferner zu entnehmen, dass es für die deutsche Seite keine Möglichkeit und auch kein Anrecht, heißt es, gegeben habe, zu kontrollieren, welche Aufklärungsoperationen die Amerikaner in Bad Aibling durchführten. - So der *Spiegel* am 5. August: „Daten aus der Blechdose“. Gehen Sie persönlich davon aus, dass die Amerikaner in Bad Aibling eigene Aufklärungsoperationen zu Ihrer Zeit betrieben haben?

Zeuge T. B.: Nein. Es war einfach aus der Konstruktion her nicht gegeben, und in dem Moment, wo die Selektoren des anderen geprüft werden, kriegt man unmittelbar mit, was er erfassen will.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das heißt, Sie hatten die Möglichkeit, die amerikanischen Selektoren zu prüfen?

Zeuge T. B.: Ja, bevor sie eingestellt wurden.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Bestand auf deutscher Seite ein Recht, die Tätigkeiten der Amerikaner auf dem Gelände der Mangfall-Kaserne zu kontrollieren, oder hatten Sie einfach den Einblick aufgrund der Einsichtnahme in die Selektoren?

Zeuge T. B.: Die Zusammenarbeit war eine Zusammenarbeit innerhalb eines Sachgebietes. Das heißt, es ist ein amerikanischer Mitarbeiter neben einem deutschen Mitarbeiter gesessen und haben gemeinsam an bestimmten Problemen gearbeitet. Eine eigenständige - im Sinne von: von den Deutschen unabhängige - Arbeit war in dem Fall nicht gegeben. Dass man sich zusammengesetzt hat, dass man gesagt hat: „Okay, jetzt wollen wir dieses oder jenes erledigen. Wer hat denn die Expertise dazu?“ - - und wenn es dann der Amerikaner war, dass der dann - ich sage mal - eine Datenbank konfiguriert hat, ist eine ganz andere Geschichte. Aber das ist einfach nur das tägliche Zusammenleben gewesen. Aber eine Eigenständigkeit im Sinne von „In die drei Büros kommst du nicht rein, und da machst du nichts im Sinne der Erfassung“ gab es nicht. Der Bereich, der eigenständig war, war der Teilbereich, der sich verwaltungstechnisch um die Mitarbeiter gekümmert hat und der auch quasi eine direkte Verbindung zu dem Hauptquartier hatte; aber dieser Teilbereich war ja auch explizit getrennt von dem Teilbereich, der Erfassung gestaltet hat.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Da möchte ich gleich drauf kommen. Mich interessiert noch: Mit welchen Daten haben Sie da gemeinsam nach dem Vieraugenprinzip gearbeitet? Waren das Daten aus Einsatzgebieten, oder was waren das für Daten?

Zeuge T. B.: Daten aus der Erfassung. Da waren beispielsweise Einsatzgebiete mit dabei, ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke schön. - Es geht mir noch mal um die Phase so ab



Nur zur dienstlichen Verwendung

2004 in Bad Aibling. Da heißt es, die USA hätten ihr Personal zwar massiv reduziert, seien aber weiter in einem kleinen Team präsent gewesen; in einem eigens errichteten sogenannten Blechdosengebäude, einen fensterlosen Gebäude, sei die Special US Liaison Activity Germany untergebracht gewesen.

Bitte beschreiben Sie uns die baulichen Gegebenheiten, in denen Ihre Dienststelle untergebracht war! Welche Dienststellen waren denn insgesamt auf dem Gelände der Mangfall-Kaserne während Ihrer Verantwortung präsent?

Zeuge T. B.: Als ich 2002 nach Aibling ging, war innerhalb der Mangfall-Kaserne noch ein Teilbereich der Bundeswehr. Durch diesen Bundeswehrteilbereich musste man, wenn man in die Dienststelle des BND ging. Die Bundeswehr hat diese Dienststelle aufgelöst zum 31.12.2002, und damit ging der gesamte Bereich, gesamte Kasernenbereich über in die Hand der Bundesrepublik, und dann gab es auch die Planungen, die Dienststelle entsprechend zu erweitern. Mit der Auflösung der Bad Aibling Station ist dann das Verbindungselement des AND auch quasi in die Mangfall-Kaserne umgezogen. Das ist die sogenannte Blechdose, die einmal Verbindungsfunktionen hatte, vergleichbar den Residenturen des BND in anderen Ländern, und eben dann die administrative Unterstützung der Mitarbeiter des AND, die in JSA eingesetzt waren.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Auf Bildern des Feldes mit den Radoms, die ja auch zugänglich sind, sieht man, dass sich Gebäude anschließen. Was ist in diesen Gebäuden, die sich an diese Radoms anschließen, untergebracht?

Zeuge T. B.: Das waren Teile der Bad Aibling Station.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Der was, bitte? Der Bad Aibling - -

Zeuge T. B.: Der Bad Aibling Station.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): US?

Zeuge T. B.: US, ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): In welchen Räumlichkeiten arbeiten deutsche und amerikanische Mitarbeiter gemeinsam zusammen? - Immer in Ihrem Zeitraum.

Zeuge T. B.: Das ist das alte Dienststellengebäude der Außenstelle, weil es einmal entsprechend abgesichert war und man nicht zusätzliche Maßnahmen ergreifen musste und zum Zweiten weil man dann auch sehr genau kontrollieren konnte aufgrund der eingeschränkten Anbindung, was über diese Leitung das Gebäude verlässt. Also, es waren zwei Aspekte, die da dran sind. Und Dinge, die dann national gelaufen sind, beispielsweise die eigene nationale Verwaltung oder auch eine Nachrichtenbearbeitung, die es an Außenstellen bei dem AND nicht gibt - - und die ja dann quasi auch zusammengearbeitet hat mit der Zentrale, das waren dann Bereiche, die außerhalb dieses binationalen Gebietes waren und die nur Deutschen zugänglich waren.

Also, es gab im Grundsatz drei Bereiche. Ein Bereich war nur den Amerikanern zugänglich, ein Bereich war der gemeinsame Bereich, in dem gemeinsam auch an diesen Projekten gearbeitet wurde, und ein Bereich war nur den Deutschen zugänglich, und Zutritt ging nur über den Bereich, der nur Deutschen zugänglich war. Also, man konnte genau kontrollieren, wer rein- oder rausging.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das ist sehr interessant. - Wie wurde dann im Rahmen dieser Zusammenarbeit darauf geachtet, dass die amerikanischen Kollegen eben keine Daten aus Kommunikation deutscher Staatsbürger oder mit Anfangs- und Endpunkt in Deutschland erhielten? In welcher Weise konnte hier die Kontrolle erfolgen, dass dies nicht stattfand, wenn eben auch separierte Bereiche vorhanden waren?

Zeuge T. B.: Die Erfassung ging exklusiv in diesen gemeinsamen Bereich, also in quasi den Bereich, den wir nur gemeinsam genutzt haben, und die Ausgänge da raus wurden intensiv überwacht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Sie schließen also aus, dass es hier einen gesonderten Zugang der Amerikaner gegeben hat - zu Daten?

Zeuge T. B.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Weiter heißt es, dass in der Mangfall-Kaserne auch der Deutschlandchef der NSA stationiert gewesen sein soll. War das zu Ihrer Zeit der Fall?

Zeuge T. B.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie war das - auch zu Ihrer Zeit -, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von BND, NSA, US-Privatfirmen waren auf dem Gelände der Mangfall-Kaserne, über den Daumen?

Zeuge T. B.: Nichtöffentlich!

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ist es richtig, dass die NSA während ihres Einsatzes in Bad Aibling auch ihre deutsche Zentrale hatte, dass also nicht nur der Leiter dort war, sondern auch die NSA-Zentrale Deutschlands in Bad Aibling war?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge T. B.: Wie genau es organisiert ist, welche Tätigkeiten wo dann wahrgenommen wurden in dem Bereich des AND, kann ich nicht sagen, zumindest auch nicht - - Die Spekulationen, was sein könnte, nicht in öffentlicher Sitzung, nur in nichtöffentlicher Sitzung!

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich will eigentlich gar nicht spekulieren, weder öffentlich noch nichtöffentlich. Aber danke für den Hinweis. Dann nehmen wir das nachher auf.

Bevor ich an meinen Kollegen Tim Ostermann übergebe, noch ein Punkt zu dem Abkommen aus dem Jahr 2002, das die Zusammenarbeit in Bad Aibling regelt. In diesem Abkommen würden sich die Partner streng auf die Beachtung und Einhaltung gesetzlicher Vorgaben usw. verpflichten. Hiervon seien aber im Falle terroristischer

Aktivitäten Ausnahmen zugelassen. Durch diese Ausnahme sei es möglich, dass abgefangene Signale, auch wenn sie von Deutschen stammen, mit Zustimmung des deutschen Partners verwendet werden dürften. Hiermit sei dem BND die Hintertür eröffnet worden, um von der NSA Daten über die Kommunikation Deutscher erhalten zu können. - Auch dies vom Juni dieses Jahres aus deutschen Medien.

Sind Ihnen Abkommen, in denen die Zusammenarbeit von Deutschen und Amerikanern in Bad Aibling geregelt ist, generell bekannt?

Zeuge T. B.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wann und zwischen wem wurden solche Abkommen nach Ihrer Kenntnis geschlossen: zwischen den Nachrichtendiensten, oder waren das Regierungsabkommen?

Zeuge T. B.: Die Vereinbarungen waren zwischen den Nachrichtendiensten.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Sieht ein Abkommen - oder kennen Sie ein Abkommen? -, das die Zusammenarbeit zwischen der NSA und dem BND in Bad Aibling regelt, Ausnahmen für den Informationsaustausch vor, mit denen die gesetzlichen Vorgaben des G-10-Gesetzes umgangen werden können?

Zeuge T. B.: Meines Wissens nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Eröffnet die Zusammenarbeit mit der NSA in Bad Aibling der einen oder der anderen Seite die Möglichkeit, die Kommunikation der eigenen Bürger abzuhören? Ich frage das bewusst noch mal.

Zeuge T. B.: Nein. Es wurde explizit ausgeschlossen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie haben Sie denn dann sichergestellt, dass weder Ihre Mitarbeiter noch die Amerikaner Daten aus Kommunikation mit Deutschlandbezug mitschnitten oder mit verwendeten? - „Mitschnitten“ jetzt im weitesten Sinne.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Im Endeffekt ist durch die Gestaltung des Prozesses, indem wir an jeder Stelle versucht haben, Kommunikation von Grundrechtsträgern auszufiltern oder überhaupt nicht erst zu erfassen - - Durch die Gestaltung der Prozesse und durch Kontrolle der Ausgangsstelle haben wir sichergestellt, dass nichts rausgeht aus dem Bereich, was Grundrechtsträger betrifft. Wenn Sie jetzt darauf hinauswollen, dass einer eventuell einen USB-Stick mit in das Betriebsgebäude nimmt und ob wir jeden Tag einen Scan durchgeführt haben: Nein, das haben wir nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich halte also fest, dass aus den Antworten, die ich hier vernehme, erstens keine G-10-Verletzung in dem Zeitraum, wo Sie dort vor Ort waren, zumindest erkennbar ist und zweitens dass der BND zumindest zu Ihrer Zeit in diesem Umfeld keinerlei Möglichkeiten zu einer anlasslosen Massenüberwachung auch nur in Ansätzen gehabt hat.

Zeuge T. B.: Ja, das ist richtig.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Dann übergebe ich an meinen Kollegen Tim Ostermann. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kollege Ostermann.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr B., in einem Bericht aus dem Jahr 2005 heißt es, dass Schulungen von BND-Mitarbeitern durch NSA-Personal stattgefunden hätten im Verlauf realer Auftragsausführungen, und aktuell, das heißt also im Jahr 2005, seien dies ein NSA- und zwei BND-Aufträge. Können Sie das so bestätigen?

Zeuge T. B.: Es gab Schulungen, und natürlich sind Schulungen immer am interessantesten, wenn man am Livematerial arbeiten konnte.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Haben Sie selbst an diesen Schulungen teilgenommen?

Zeuge T. B.: Ich habe auch an Schulungen teilgenommen, an denen dann Kopien von aufgezeichneten Signalen verwendet wurden, ja.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Worin wurden die Teilnehmer konkret geschult?

Zeuge T. B.: An den verschiedensten Systemen, die dort zum Einsatz kamen. Also, das ging los mit Signalanalyse, Protokollanalysen und dann auch weiter in die Bereiche: Wie bediene ich die Systeme richtig?

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay. - Dann eine weitere Frage zu einem weiteren Dokument aus dem Mai 2006, zu einem Erfahrungsaustausch zwischen BND- und NSA-Mitarbeitern in Bad Aibling. Da soll es um die unterschiedlichen Methoden der Auswahl und Filterung von Daten gegangen sein, und aus Sicht der NSA, so heißt es in dem Bericht, müsse der BND sich dem Vorgehen der NSA anpassen. Die NSA wolle künftig das Programm Turmoil für die Verarbeitung von DNI - „DNI“ steht wohl für „Digital Network Intelligence“ - nutzen. Können Sie uns erläutern, Herr B., inwiefern sich die Herangehensweisen von BND und NSA bei der Auswahl und Filterung von Daten grundlegend unterscheiden?

Zeuge T. B.: Ja, das kann ich, möchte ich aber in den nichtöffentlichen Teil schieben, aus Methodenschutzgründen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ich starte einen weiteren Versuch in der Hoffnung, dass Sie dies in öffentlicher Sitzung sagen können, nämlich dazu, ob es aufgrund dieser unterschiedlichen Ansätze, die Sie uns dann ja im nichtöffentlichen Teil näher erläutern werden, zu Komplikationen bei der Zusammenarbeit zwischen BND und NSA gekommen ist.

Zeuge T. B.: Im Sinne der Zusammenarbeit vor Ort, nein. An der Stelle haben wir intensiv diskutiert über die verschiedenen Möglichkeiten, aber an der Stelle war auch klar, dass die Mitarbeiter - - und selbst der Dienststellenleiter nicht die Macht hat, irgendwelche Veränderungen herbeizuführen, sondern dass das nur über den juristischen Bereich geht und über die höhere Führungsebene. Und an den Stellen haben wir natürlich immer klargemacht: Wir kommen aus dem G-10-Gesetz nicht heraus, und das müssen wir zu hundert Prozent befolgen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, das war so dieser Kernpunkt der Bereiche und im Wesentlichen dann auch: Wie sicher muss eine Filterung sein? Und die Aussagen der betroffenen Juristen waren damals: Eine Filterung muss zu hundert Prozent sichergestellt werden, was eben dazu führte, dass man diese Dinge gerade aus den Kabelansätzen Meldung für Meldung oder Information für Information, die freigegeben werden sollte, durchblättern musste - - und halt dann auch zu dieser geringen Zahl von übermittelten Informationen, von denen man dann auch sagen kann: Sie sind wirklich frei von Grundrechtsträgern oder Informationen zu Grundrechtsträgern gewesen. - Das war so dieser Knackpunkt, aber dieser Knackpunkt als solcher war dann eher auf der Führungsebene, dass diskutiert wurde: Wie kommt man aus diesem Dilemma heraus, dass einfach mehr Informationen aufgenommen werden, dass sich das wirklich rechnet?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Zeit wäre jetzt abgelaufen; denn die Union hat zwei Minuten abgegeben. Die wären dann jetzt abzuziehen.

Von daher darf ich jetzt in die nächste Frageunde eintreten. In der kommenden Fragerunde fängt auch wieder die Fraktion Die Linke an, dann geht es an die Fraktion CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und dann an die SPD. Ich darf jetzt Frau Kollegin Renner, vermute ich, das Wort wieder geben für die Fraktion Die Linke.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich muss jetzt noch mal zurückkommen - so ist das hier - zu Dingen, die wir vorhin erörtert haben. Sie haben auf die Frage nach dem Abfassen von kabelgebundener Datenübertragung gesagt - und Sie wägen ja jedes Wort gut ab -: Direkt zu uns ist nichts gegangen. - Deswegen jetzt meine Frage: Was ist denn indirekt zu Ihnen gegangen?

Zeuge T. B.: Wie der Aufbau dieses Ansatzes war, im Detail, kann ich in öffentlicher Sitzung Ihnen leider nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Was ist das jetzt? Staatswohl? Methodenschutz? Darf ich jetzt wählen?

Zeuge T. B.: Staatswohl.

Martina Renner (DIE LINKE): Staatswohl? Machen wir jetzt hier Multiple Choice, ja? - Nein, da muss ich widersprechen. Ich glaube, dass das nicht Teile betrifft, die, wenn sie anderen, Dritten zur Kenntnis gelangen, Sicherheitsinteressen oder Ähnliches tangieren. Ich will nur wissen - Sie müssen es ja wenigstens sozusagen summarisch darstellen können -: Was heißt es, wenn Sie sagen: „Direkt ist zu uns nichts gegangen“? Ist denn indirekt zu Ihnen Datenverkehr aus Kabelabfassung gegangen?

Zeuge T. B.: Lassen Sie mich so sagen: Der Datenstrom ist aufgesplittet worden, und bereits an der Stelle hat eine gewisse Filterung angesetzt. Darum kann ich sagen: direkt nichts. Aber die Details des Indirekten sind wieder eine Sache, die einerseits nicht in meiner Verantwortung lag - denn diese Steuerung hat man explizit aus dem JSA-Bereich herausgenommen - und zum anderen auch Bereiche betrifft, die in ganz andere Richtung gehen. Darum kann ich sagen: Direkt ist nichts abgeflossen. Wir haben nur einen Teilbereich, der bereits entsprechend nach bestimmten Vorgaben gefiltert an uns weitergegeben wurde.

Martina Renner (DIE LINKE): Von wem?

Zeuge T. B.: Von dem Bereich, der dafür verantwortlich war.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer ist das? - Warum muss ich eigentlich immer diese Nachfragen stellen? Wenn ich frage: „Von wem?“, dann sagen Sie: Von dem, der zuständig ist. - Das ist hier echt Zeitschinderei. Also, von wem? Von einem AND, von einer Dienststelle des BND?

Zeuge T. B.: Von einer Dienststelle des BND.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Von einer Dienststelle des BND, die diese Daten irgendwo erfasst hat und zur Verarbeitung Ihnen weitergegeben hat, glasfaserübermittelte Daten. Habe ich das richtig verstanden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Es war eine Dienststelle des BND, die für die Aufsplittung zuständig war und uns entsprechende Daten, die eine Vorfilterung bereits hinter sich hatten, bereitgestellt hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Nur Ihnen oder auch der NSA?

Zeuge T. B.: Der gemeinsamen Dienststelle und damit auch der NSA.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Damit sind Daten, die der BND erfasst hat, an einem Kabel, der NSA zur Verfügung gestellt worden?

Zeuge T. B.: Nein, so habe ich es nicht gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Zeuge T. B.: Sie wurden der gemeinsamen Dienststelle, die unter Kontrolle der Deutschen stand, zur Verfügung gestellt. Und „unter dieser Kontrolle“ heißt auch: deutsche Filterung und Entfernen der möglicherweise enthaltenen Grundrechtsträger, und das führt wieder zu dem Punkt, den ich vorhin gesagt habe: In dem Moment musste wirklich auch jede einzelne Information händisch durchsucht werden, damit man sicher war, dass nichts rausgeht.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei der Kontrolle würde ich gerne weitermachen. Sie hatten ja verantwortliche Position, damit auch zuständig für Rechts- und Fachaufsicht. Die Module und Programme, die die NSA geliefert hat, wurden dort Funktionstests durchgeführt?

Zeuge T. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei allen, vollständig?

Zeuge T. B.: Was verstehen Sie unter vollständigem Funktionstest?

Martina Renner (DIE LINKE): Ob zu jedem Modul oder jedem Programm so ein Funktionstest dokumentiert durchgeführt wurde. Das verstehe ich darunter.

Zeuge T. B.: Wir haben nicht für jedes neu eingesetzte Modul oder verbesserte Modul einen umfangreichen Test über ein halbes Jahr gefahren. Das wäre nicht möglich gewesen und auch nicht zielführend.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie sahen die Tests aus? Also: Zu jedem Modul und Programm wurde dokumentiert ein Funktionstest gemacht? Ob über ein halbes Jahr, interessiert mich nicht; kann auch ein Tag gewesen sein. Gab es diese Funktionstests zu allen eingesetzten Modulen und Programmen?

Zeuge T. B.: Es gab Tests dieser Module, ob sie genau ihre Aufgabe erfüllen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das ist dokumentiert?

Zeuge T. B.: Das habe ich nicht gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Würde es zur Kontrolle gehören, dass man so etwas auch dokumentiert?

Zeuge T. B.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, gehört nicht dazu. - Wie sieht es denn aus mit Quellcodes: Wurden die Quellcodes der Programme mit übergeben?

Zeuge T. B. (lacht): Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum lachen Sie dabei?

(RA Johannes Eisenberg: Er muss doch nicht erklären, warum er lacht!)

- Ist das so eine abwegige Frage, ob, wenn man Kontrolle ausüben will - -

(RA Johannes Eisenberg: Er muss aber nicht erklären, warum er lacht!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bei der Kontrolle gehört natürlich auch dazu - bei der Software sozusagen - eine technisch-organisatorische Prüfung. Da finde ich die Frage nach den Quellcodes - - Also, kein Datenschutzbeauftragter hätte jetzt gelacht. Ich frage mich, warum Sie jetzt lachen.

(RA Johannes Eisenberg: Er kann ja trotzdem lachen! Er muss sich doch nicht dafür rechtfertigen, dass er lacht! - Gegenruf des Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er muss sich nicht rechtfertigen, er muss nur beantworten! - Gegenruf von RA Johannes Eisenberg: Hat er doch gemacht!)

Warum ist das so abwegig,

(RA Johannes Eisenberg: Er hat doch gar nicht gesagt, dass es abwegig ist, er hat nur gelacht! Wo sind wir hier eigentlich?!)

zu erwarten, wenn man kontrollieren will, dass man auch die Quellcodes bekommt? Ich muss ja sicherstellen, dass das Programm nicht noch was anderes macht als das, was es zu tun vorgibt.

Zeuge T. B.: Das hatte ich vorher bereits angesprochen. Es war sehr schnell klar, dass wir nicht jedes Programm bis in die Details kontrollieren können.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Zeuge T. B.: Daher haben wir die Ausgänge entsprechend kontrolliert: dass nicht irgendetwas an uns vorbei rausgeht aus diesem gemeinsamen Bereich.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann reden wir jetzt über die Ausgänge. Ist Ihnen bekannt, dass in den durch die NSA gelieferten Modulen verdeckte Umleitungen möglich waren?

Zeuge T. B.: Diese Frage verstehe ich in der Form nicht. Wenn Sie einen physikalischen Ausgang

haben, über den alles drüberläuft, und Sie bestimmte Datenformate und bestimmte Aspekte entsprechend erwarten - alles, was nicht diesen entsprechenden vereinbarten Formaten entspricht, wird gedroppt -, wie wollen Sie dann irgendwo eine Umleitung fahren? Wenn innerhalb des Systems eine Umleitung ist, ist das völlig egal: Wenn der Ausgang kontrolliert wird, haben Sie eine Sackgasse.

Martina Renner (DIE LINKE): Per Router, per Funkausleitungen - Sie waren ja in derselben Einheit -, man kann auch Daten physikalisch heraustragen, Schnittstellen - -

Zeuge T. B.: Funk kann ich mit Sicherheit ausschließen. Router: Brauche ich wieder eine physikalische Verbindung. Und wenn Sie darauf hinauswollen, dass jemand einen USB-Stick mitgenommen hat: Nein, das kann ich nicht zu hundert Prozent ausschließen. Allerdings muss ich auch dazu sagen: Wir haben nebeneinander gearbeitet. Wenn einer irgendetwas gemacht hätte, was in dieser Form verdächtig gewesen wäre, dann wäre er gefragt worden: Was machst du denn da? - Das ist der eine Aspekt. Der zweite Aspekt: *Ein* solcher Vorfall hätte die Kooperation beendet, weil es dann aus politischen Gründen einfach nicht mehr haltbar gewesen wäre. Das ist der Aspekt, der einen wesentlich größeren Schutz bietet, weil man einfach wirklich sagen muss: Nur wenn ich zusammenarbeite, kann ich auch miteinander diese Probleme lösen, und in dem Moment, wo so ein Vorfall gewesen wäre, hätte das diese Kooperation beendet, weil man dann einfach gesagt hätte: Das Vertrauen ist nicht da.

Martina Renner (DIE LINKE): Vertrauen unter Geheimdiensten? Da hat uns ja Markus R. irgendwie sozusagen einen Beweis geliefert, wie weit man mit dem Vertrauen unter Geheimdiensten gehen kann.

Aber ich will mal ganz konkret fragen: Sie haben da Module stehen, Hardware, da läuft Software drauf, von der Sie nicht genau wissen, was es ist, wie sie funktioniert, wie die Quellcodes aussehen, und dann sind da Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die Zugang haben, die nicht vom BND



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind, richtig? Waren die auch alleine mit der Technik -

Zeuge T. B.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - oder stand immer ein BND-Mitarbeiter daneben, von morgens bis abends?

Zeuge T. B.: So können Sie eine Dienststelle nicht führen. Sie können - - Wenn Sie verschiedene Aufgaben haben, müssen Sie die verschiedenen Aufgaben verteilen.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge T. B.: An der Stelle gibt es dann aber auch Organigramme, in denen fest steht: Da ist ein BND-Mitarbeiter, da ist ein AND-Mitarbeiter, die haben die gemeinsame Aufgabe, dieses oder jenes zu tun. - Damit habe ich eine Kontrollfunktion zwischen den Mitarbeitern.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber die sind keine siamesischen Zwillinge - morgens gemeinsam gekommen und abends gemeinsam gegangen -, sondern man konnte auch mit der Technik, der Software und den Daten jeweils alleine operieren?

Zeuge T. B.: Prinzipiell ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und praktisch?

Zeuge T. B.: Praktisch natürlich an bestimmten Stellen auch, -

Martina Renner (DIE LINKE): Guck!

Zeuge T. B.: - weil ich bestimmte Aufgaben habe, und wenn er entsprechend ein Update einspielt, dann muss ich nicht daneben einen Zweiten sitzen haben, der auch schaut: Was läuft jetzt über den Bildschirm runter? - Also, von der Seite her - -

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Also wäre - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die weiteren Details müssten dann in der nächsten Frageunde - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich wollte nur noch mal feststellen: Es ist optional die Möglichkeit, dass zum Beispiel ein Datenabfluss auch über die Mitarbeiter hätte organisiert werden können, optional.

Zeuge T. B.: Bei entsprechender krimineller Energie kann ich das nicht ausschließen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Herzlichen Dank. - In der zweiten Runde kommen wir jetzt zur CDU/CSU als den Zweitfragenden. Ich darf zuerst dem Obmann der CDU/CSU, Herrn Kollegen Kieseewetter, das Wort geben.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte noch einen Punkt aufgreifen, der in der letzten Fragerunde quasi zeitlich beendet werden musste: Das Thema geht um Turmoil. Würden Sie bitte das Programm Turmoil beschreiben, Herr Zeuge: Was leistet es? Wer arbeitet dort zusammen? Was sind die Parameter?

Zeuge T. B.: Tut mir leid, dieses Programm kenne ich nicht. Sagt mir jetzt - - sagt mir nichts.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Okay, dann werden wir weiterbohren, wo wir das dann finden. Jedenfalls halte ich fest: Für Ihren Zeitraum, wo Sie in Verantwortung waren, ist Ihnen das Programm Turmoil kein Begriff. Passt ja eigentlich auch nicht zum BND, weil es ja „Aufruhr“ heißt, wenn man es übersetzt - Spaß beiseite.

Ich komme zu weiteren Fragen: In einem der sogenannten Snowden-Dokumente vom 10. Juni 2005 heißt es, das FORNSAT- und SCS Mission Management habe der JSA die primäre Verantwortung für zehn Beams auf sieben Satelliten übertragen und die JSA überwache diese Beams fortlaufend und speise die daraus resultierenden Metadaten in die Systeme der NSA ein. Dies geschehe laut Dokument über eine sichere Leitung, und diese Leitung sei eine Leitung der JSA zum



Nur zur dienstlichen Verwendung

European Technical Center der NSA in Wiesbaden/Mainz-Kastel, und durch das sogenannte Third Party Guard Device System des ETC flößen die Daten auf das NSA-Net. - So in dem entsprechenden Dokument vom 10. Juni 2005.

Werden bzw. wurden nach Ihrer Kenntnis die so erhobenen Metadaten nur in die Systeme der NSA eingespeist, oder haben Sie Kenntnis davon, dass davon auch die Datenbanken des BND Vorteile hatten?

Zeuge T. B.: Die bei der JSA erhobenen Daten waren zum Vorteil beider Nationen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also bedeutet das, dass BND-Mitarbeiter auf die so gefüllten Datenbanken der NSA zugreifen konnten?

Zeuge T. B.: Nein. Auf die Datenbanken der NSA hatten wir keinen Zugriff. Wir hatten Zugriff auf die gemeinsamen Datenbanken, die in dem abgeschotteten Bereich waren, die quasi den gemeinsamen Partikel beinhalteten, und diese Dinge konnten dann auch weitergeben werden - das waren Abklärungsdaten - an den entsprechend zuständigen BND-Bereich in der Zentrale ebenso wie quasi an den entsprechend zuständigen Bereich der NSA.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): In einem weiteren Snowden-Dokument, dem sogenannten Bericht über die NSA/BND-Kooperation Joint SIGINT Activity, heißt es - stammt vermutlich vom Beginn des Jahres 2008 -, die JSA übermittle seit 2007 SMS-Daten aus Juggernaut. Im April 2007 habe die JSA zudem zwei neue SMS-Datenströme für NSA-Analysten initiiert. Die SMS-Daten, täglich etwa 330 000 SMS-Ereignisse, flößen in DISHFIRE, die dazugehörigen Daten der Anruf-Ereignisse in Fascia. - Bei DISHFIRE handle es sich seiner Kenntnis nach um eine Datenbank, die wohl von der NSA und dem britischen Nachrichtendienst GCHQ gemeinsam betrieben werde. Fascia ist wohl eine NSA-Datenbank für Metadaten. - Wie kann man sich den Datenfluss in die genannten Datenbanken vorstellen?

Zeuge T. B.: Das ist ein Teilbereich, -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- den wir in nichtöffentlicher Sitzung vertiefen können.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay, dann greifen wir das dann wieder auf. - Wurden oder werden die von der JSA - also von BND und NSA gemeinsam - erhobenen Daten vor der Einspeisung in diese Datenbanken gefiltert?

Zeuge T. B.: Natürlich.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): G-10-Filterung?

Zeuge T. B.: Natürlich.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie wurde oder wie wird sichergestellt, dass keine Daten von deutschen Staatsbürgern in diese entsprechenden Datenbanken gegebenenfalls auch des britischen Dienstes eingespeist werden? Reicht da Ihre Selektoren- bzw. Filterfunktion aus?

Zeuge T. B.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): In einem weiteren Snowden-Dokument, dem Bericht über die NSA/BND-Kooperation, heißt es - vermutlich vom Beginn des Jahres 2008 wiederum -, dass das Programm Tropic Puma installiert worden sei. Ist Ihnen Tropic Puma ein Begriff?

Zeuge T. B.: Leider nicht, nein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ferner heißt es dort, die Faxverarbeitungsmöglichkeiten von Tropic Puma hätten ESOC - European Security Operations Center - und BND wertvolle geheimdienstliche Erkenntnisse geliefert. Nun sagen Sie, Sie kennen das Programm Tropic Puma nicht. Ist das möglicherweise eine NSA-Software, oder können Sie das generell einschätzen, bzw. wen könnten Sie uns benennen, der das einschätzen könnte?

Zeuge T. B.: Im Zweifelsfall die Mitarbeiter, die nach meiner Zeit bei der JSA gearbeitet haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn es dort eingesetzt worden sein soll, dann müssten die darüber Kenntnis haben.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Es sei wohl im Dezember 2007 installiert worden.

Zeuge T. B.: Da war ich bereits weg.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Dann prüfen wir das in nächster Fragerunde. - In einem anderen Dokument heißt es, dass man sich bei der JSA auf US-amerikanischer Seite dazu entschlossen habe, die Zahl der Zivilangestellten und auch die der sogenannten Contractors zu reduzieren. Es heißt dann auch, dass eine Ausweitung der JSA-Partnerschaften mit dem SSO erfolgt sei; dieses SSO sei Special Source Operations. Ist das eine Abteilung der NSA, die sich um Partnerschaften der NSA mit privaten Unternehmen kümmert?

Zeuge T. B.: Tut mir leid, ich weiß nicht, wie die NSA in diesem Bereich aufgestellt ist.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): In einem Snowden-Dokument - Boundless Informant, Statistik für Deutschland - werden Angaben gemacht zum Datenaufkommen der NSA. Hier geht es auch um die sogenannte Zahl der 500 Millionen. Wenn man von diesen 500 Millionen Datensätzen spricht, spricht man da von 500 Millionen Datensätzen pro Jahr oder pro Monat?

Zeuge T. B.: Tut mir leid, weiß ich nicht. Boundless Informant ist auch mir nur über die Presse ein Begriff. Dieses System war nicht in Betrieb bzw. war auch nicht in Einführung in irgendeiner Form, als ich da draußen war.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gut, dann werden wir Ihren Nachfolger in dieser Richtung noch befragen. Herzlichen Dank. - Ich gebe weiter an Kollegen Ostermann - mit Billigung des Vorsitzenden.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Schönen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr B., der *Spiegel* berichtete im Juni dieses Jahres, dass das betreffende Programm erkläre, dass die Daten „against“, also gegen das jeweilige Land eingesetzt würden, gesammelt und eingesetzt. Die Bundesregierung hat

hingegen bestätigt, dass die genannten Daten aus Bad Aibling und aus der Fernmeldeaufklärung in Afghanistan stammen. Können Sie uns sagen, auf welcher Grundlage diese Daten von deutschen Stellen an amerikanische Stellen weitergegeben worden sind?

Zeuge T. B.: Von welchen Daten sprechen Sie jetzt? Von den 500 Millionen?

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja.

Zeuge T. B.: Tut mir leid, da müssen Sie einen Juristen fragen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Dazu können Sie nichts sagen, was hier die Grundlage ist? Das ist auch nicht Teil Ihres Auftrages gewesen?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay, dann lasse ich die nächste Frage auch weg und stelle sie gegebenenfalls einem Juristen.

Dann zur kabelgebundenen Erfassung, Codewort „Eikonol“. Da gab es auch Presseberichterstattung, zum Beispiel ein Artikel der *Süddeutschen Zeitung* vom 4. Oktober 2014 mit dem Titel „Codewort Eikonol“: Praxis der Datenweitergabe in den Jahren 2004 bis 2007. Das möchte ich der Reihe nach ein wenig mit Ihnen durchgehen. Es wird darin behauptet, dass das Codewort „Eikonol“ für den Zugriff von BND und NSA auf einen der wichtigsten Kommunikationsknotenpunkte der Welt, nämlich in Frankfurt, stehe. Die Operation, um Internet- und Telefonverkehr abzufangen, habe mindestens drei Jahre andauert. Meine erste Frage ist, ob Ihnen eine Operation mit dem Namen „Eikonol“ bekannt ist.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge T. B.: Bekannt ja - Details nichtöffentlich.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Dann wäre ich auch erst mal durch. Alles andere dann nicht-öffentlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, so weit die Fraktion der CDU/CSU. - Wir kommen nun zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann kann ich da gleich anschließen, Herr Zeuge. Sie haben vorhin auf eine Frage des Kollegen von Notz so ein nettes Beispiel gebildet - erinnern Sie sich noch? -, da haben Sie zunächst gesagt, Sie können ausschließen oder es sei ausgeschlossen, dass Daten von Grundrechtsträgern an die US-Behörden weitergegeben werden, und dann haben Sie hinzugefügt, dass auch Daten nicht weitergegeben würden, die gar nichts mit Grundrechtsträgern zu tun haben, sondern die möglicherweise deutschen Interessen schaden, und dann haben Sie, wie Sie gesagt haben, ein ganz theoretisches Beispiel gebildet, wo man sich fragt: „Wie kommen Sie da drauf?“, EADS, und haben hinzugefügt, das sei aber reine Theorie, das sei natürlich nicht vorgekommen. Bleiben Sie dabei? War das reine Theorie, oder war es Praxis?

Zeuge T. B.: Was meinen Sie jetzt? Das exklusive Beispiel oder insgesamt?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Beispiel.

Zeuge T. B.: Das Beispiel war Theorie.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war reine Theorie? Kann es nicht sein, dass im Jahr 2005 - seien Sie vorsichtig; wir haben die Akten - tatsächlich dem BND das aufgefallen ist - ich weiß jetzt nicht, wem -, dass Sie sich sogar beschwert haben bei den Amerikanern, kann das sein?

Zeuge T. B.: Von den Abläufen her: Wenn wir Selektoren kriegen, haben wir die weitergegeben an den zuständigen Bereich in der Zentrale. Dort wurden diese Dinge dann gefiltert bzw. durchgesehen. Wenn es dort aufgefallen ist, dann wird das Ganze nicht über die Dienststelle, sondern auf der nächsthöheren Ebene mit dem entsprechenden Mitarbeiter innerhalb der NSA verhackstückt. Es kann sein, dass es aufgetreten ist; dann

würde es aber nicht über uns zurückgehen, sondern dann würde es quasi über die nächste oder übernächste Ebene angesprochen werden und nicht bei uns.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, warum haben Sie denn vorhin gesagt, das sei was ganz Theoretisches, es sei nur ein Beispiel, das keine Realität habe? Jetzt räumen Sie ja schon ein, es könne auch anders gewesen sein.

Zeuge T. B.: Ich habe ein Beispiel gesucht, an dem es - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil ich gesagt habe: „Wir haben die Akten“?

Zeuge T. B.: Nein. Ich habe ein Beispiel gesucht, an dem man so was festmachen kann.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, zufällig sind Sie auf EADS gekommen?

Zeuge T. B.: Das ist eines der möglichen Beispiele. Sie können auch deutsche Firmen nehmen - die jeweils mit einem Zeitstempel versehen werden müssen, weil sie abwechselnd in dieser oder jener Hand sind; dann ist es einmal G 10 und einmal nicht G 10.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber dass Sie nun gerade auf EADS kommen. Ich will Ihnen sagen, warum. Der Kollege hat Ihnen ja jetzt gerade aus einem Zeitungsartikel vorgehalten. Da steht das übrigens auch drin. 2005 ist das aufgefallen, und Sie haben sich anschließend bei den Amerikanern darüber beschwert - nicht Sie persönlich, sondern der BND hätte protestiert. Ich nehme mal an, Sie gehören ja dazu; deshalb ist es richtig, wenn ich sage: Sie. - Haben Sie uns vorhin belogen?

Zeuge T. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Absichtlich?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Nein, ganz bestimmt nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie kommen Sie denn gerade auf das Beispiel? Es gibt viele Firmen, haben Sie ja gesagt. Zufällig kommen Sie gerade auf das Gleiche, auf das Beispiel, was möglicherweise sich sogar in den Akten befindet.

Zeuge T. B.: Ich sage einfach, dieses Beispiel ist sehr eingängig, weil die Konkurrenz Boeing/EADS auch bekannt ist. Wenn Sie ein Beispiel über TGV und Siemens haben wollten - gut, da funktioniert es nicht, weil Siemens wirklich auch G-10-geschützt ist -, dann wäre es ein anderer Aspekt. Aber das funktioniert an der Stelle nicht. Von der Seite her war es ein Beispiel, was einfach eingängig ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja wie sind die denn da rangekommen? Sie haben doch gesagt, Sie können ausschließen - - Das war ja Ihre Aussage: Sie haben gesagt, Sie können ausschließen, dass solche den deutschen Interessen zuwiderlaufende Informationen weitergehen. So sind wir überhaupt drauf gekommen. Und jetzt sagen Sie: Haben die halt gehabt. - Wie haben sie das denn gehabt? Können Sie es immer noch ausschließen?

Zeuge T. B.: Wie gesagt, es ist ein entsprechender Bereich in der Zentrale dafür zuständig, solche Dinge zu sammeln.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben es ausgeschlossen, Herr Zeuge, hier in der Zeugenaussage. Wenn wir die Verhandlung jetzt abgebrochen hätten, weil wir gesagt hätten: „Jetzt gucken wir mal in die Akte“, und Sie wären nach Hause gegangen, dann hätten wir anschließend dem Staatsanwalt Bescheid sagen können. Sie müssen hier immer in allem, was wir sagen, wenn Sie so ein Beispiel bilden - - Aufgrund der Erfahrungen, der Kenntnisse, die Sie haben, können Sie nicht sagen: „Das ist reine Theorie“, wenn es ein praktisches Beispiel war.

Aber ich komme jetzt zu einem viel wichtigeren Punkt. Wollen Sie tatsächlich weiterhin ausschließen, dass jemals, auch in den Jahren 2007

bis 2008, also von 2003 insgesamt bis 2007, Daten über Grundrechtsträger weitergegangen sind - trotz all dem, was Sie erzählt haben - an die US-Amerikaner? Und wollen Sie ausschließen, dass das sogar dem Bundesnachrichtendienst aufgefallen ist und dass der Bundesnachrichtendienst das lange Monate erörtert hat und der Bundesnachrichtendienst dann deshalb diese Weitergabe von Informationen an die US-Amerikaner beendet hat? Wollen Sie das - - Wissen Sie nichts davon?

Zeuge T. B.: Meines Wissens: Aus der Dienststelle Bad Aibling wurde dort nichts weitergeleitet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von „Eikonol“ über Bad Aibling, aus dem Glasfaserknotenpunkt?

Zeuge T. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nie was von gehört?

Zeuge T. B.: Dass dort Grundrechtsträger weitergegeben worden wären?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Dass man das zunächst befürchtete, den Verdacht hatte, dass der Verdacht sich dann bestätigt hat und dass deshalb die Beziehung abgebrochen worden ist, zum Leidwesen der Amerikaner. Wissen Sie nichts von?

Zeuge T. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nie gehört?

Zeuge T. B.: Meines Wissens nach nicht, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht? Dann sollten wir vielleicht tatsächlich die Verhandlung mal abbrechen und uns die Akten kommen lassen, und dann werden wir Ihnen das vorlesen können, ja?

(Christian Flisek (SPD): Das können wir machen, weil



Nur zur dienstlichen Verwendung

das nur in der
Süddeutschen steht und
nicht in den Akten!)

- Nein, das steht nicht nur in der *Süddeutschen*, Herr Kollege, sondern ich empfehle Aktenstudium. Wir können uns ja mal gemeinsam hinsetzen, mit dem Kollegen Kiesewetter, und Akten zu dritt lesen, mit verteilten Rollen oder so; dann wissen wir alle das Gleiche.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das Aktenstudium ist natürlich eine wesentliche Voraussetzung für die Befragung, und die Zeit für die Befragung für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist jetzt um. Gleich in der nächsten Runde kann es dann ja weitergehen. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion der SPD. Ich darf dem Kollegen Flisek jetzt das Wort geben.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich würde jetzt noch mal zum Einstieg, bevor ich dann noch mal da ansetze, wo ich vorhin aufgehört habe bei meiner Runde, Sie fragen - ich weiß, dass Sie kein Jurist sind; aber Sie haben eine Leitungsfunktion gehabt in Bad Aibling -: Können Sie uns noch einmal die wesentlichen rechtlichen Rahmenbedingungen skizzieren, unter denen Sie Daten erfasst, verarbeitet und dann gegebenenfalls auch weitergeleitet haben? - Daten.

Zeuge T. B.: Die Grundlage der Datenerfassung oder -beschaffung in Gänze richtet sich nach dem BND-Gesetz. Eingeschränkt sind wir in der Fernmeldeaufklärung durch das G-10-Gesetz. Im Endeffekt dürfen ja Grundrechtsträger nicht erfasst werden. Es war relativ schnell klar in den Vorbereitungen für diese gemeinsame Dienststelle, dass es bei uns keine G-10-Erfassung wird geben oder geben können, weil wir es nicht schaffen, bestimmte Voraussetzungen, beispielsweise Analyse der Software der entsprechenden Systeme, zeitgerecht vorzulegen. Da dazu auch noch der Gesichtspunkt kam, dass man gesagt hat: „Man arbeitet ja mit einem anderen Nachrichtendienst zusammen“, hat man das von vornherein ausgeschlossen und sich auf die G-10-Unterdrückung/-Filterung beschränkt und genau diese Dinge auch

festgehalten. Das war dann eine der Hauptaufgaben gerade in dem Aufbau des Ganzen: diese Dinge so zu gestalten, dass es an der Stelle eben nicht zu irgendwelchen Abflüssen kommen kann. Das waren so diese juristischen Voraussetzungen. Dass man dann gesagt hat: „Okay, man nimmt jetzt Bereiche, die für beide Teile interessant sind, damit auch für beide eine Motivation ist, entsprechend Personal und Geld reinzustecken“, ist eine ganz andere Geschichte, hat aber mit dem rechtlichen Rahmen weniger zu tun.

Christian Flisek (SPD): Wie verhält es sich denn mit reinen Auslands-Auslands-Daten, also Daten, die aus einer reinen Auslands-Auslands-Beziehung resultieren?

Zeuge T. B.: Solange kein Grundrechtsträger betroffen ist, sind die zum Abschluss freigegeben.

(Lachen bei der LINKEN
und beim BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Christian Flisek (SPD): Das, finde ich, ist eine schöne Formulierung.

Zeuge T. B.: Ich möchte es ein kleines bisschen qualifizieren: Ist in dem Moment freigegeben, in dem ein bestimmtes Ziel dahintersteckt; denn ansonsten wären wir wieder bei der anlasslosen Geschichte. Das heißt, Sie brauchen eine entsprechende Steuerung, Sie brauchen zusätzliche Informationen, und dann können Sie danach suchen. Also, von dieser Seite her können Sie in diesem Teilbereich - -

Christian Flisek (SPD): Ich frage jetzt noch mal nach, weil Sie gesagt haben - ich halte Ihnen jetzt nicht vor, dass Sie das so formuliert haben -: „zum Abschluss freigegeben“; Sie haben das ja jetzt auch noch mal aus Ihrer Sicht nachgebessert. Aber heißt das denn im Umkehrschluss, dass die Meinung - auch im täglichen Geschäft - die war, dass solche Daten an keiner datenschutzrechtlichen Befugnisnorm zu messen sind, sondern es sich eben um Daten handelt - ich glaube, so ist das Verständnis -, die Nichtgrundrechtsträger betreffen, wo auch einschlägige



Nur zur dienstlichen Verwendung

Grundrechte - korrigieren Sie mich, wenn ich falsch formuliere - keine Wirkung entfalten?

Zeuge T. B.: Nein. An der Stelle gab es auch Diskussionen gerade mit dem Datenschutz, und an dieser Stelle ist dann auch die entsprechende Vorgabe: Datenschutz richtet sich nach §§ 1, 2 Grundgesetz, sind daher universell gültig, bedeutet: Auch der Taliban-Kommandeur in Afghanistan ist datenschutzrechtlich entsprechend zu behandeln. Das heißt, ich darf sein Datum persönlicher Art abspeichern, ich muss aber nach Datenschutz und den Wiedervorlagefristen prüfen, ob ich die Information, die ich abgespeichert habe, weiterhin benötige und ob ich ihn weiterhin in der Erfassung halte. Also: Datenschutzrechtliche Normen sind davon nicht ausgenommen. Auch das ist eine rechtliche Grenze, die an dieser Stelle mit besteht.

Christian Flisek (SPD): Wir hatten bereits aus anderen Zeugenvernehmungen gehört, dass es erhebliche Diskussionen dazu gab und dass es wohl offensichtlich im Hause eine herrschende Meinung gab, die darauf fußte, dass man gesagt hat, für reine Auslands-Auslands-Kommunikation brauche man keine Befugnisnorm, eine Aufgabenbeschreibung, wie man sie ja im BND findet, reiche dafür aus. Ich sage das jetzt mal sehr juristisch. Wenn Sie selber sagen, dem können Sie jetzt vielleicht gar nicht folgen, dann sagen Sie mir Bescheid. Aber ich gehe davon aus: Dadurch, dass Sie eine Leitungsfunktion natürlich hatten, haben Sie sich auch mit den Juristen des Hauses intensiv beschäftigt hinsichtlich dessen, was Sie da tun.

Zeuge T. B.: Wir haben uns immer wieder besprochen, ja.

Christian Flisek (SPD): Können Sie mal schildern, wie das ablief? Die Filterung, haben wir ja auch gehört, war ja notfalls am Ende sogar auch eine manuelle, eine händische Filterung.

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wie ist da zum Beispiel bei Zweifelsfällen vorgegangen worden? Gab es

eine Hotline zum Juristen, zum G-10-Juristen, oder - -

Zeuge T. B.: Das wäre die Möglichkeit gewesen, wenn es wirklich heißes Material - im Sinne von: in einer halben Stunde erfolgt ein Anschlag um N. - gewesen wäre. Aber im Regelfall waren die Informationen nicht so brisant, dass eine unmittelbare, sofortige Entscheidung notwendig gewesen wäre. Man hätte diese Dinge, wenn es wirklich kritisch oder im eigenen Haus nicht entscheidbar gewesen wäre, den Juristen vorgelegt; das sahen die Prozeduren so vor. Im Endeffekt ist das, was quasi vor Ort erkannt wurde als Grundrechtsträger, entsprechend gelöscht worden. Zweifelsfälle sind, wenn es nicht bei uns überprüft werden konnte, der juristischen Bearbeitung in der Zentrale vorgelegt worden.

Christian Flisek (SPD): Dass ich das mal greifbar bekomme: Was könnte so ein Zweifelsfall sein? Ich meine, man hat Selektionsparameter - so stelle ich mir das vor -: Vorwahlen, also Telefonnummern, oder IP-Adressen. Wir wissen alle, dass das natürlich zum Teil nur bedingt tauglich ist, -

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): - bis hin, ich sage jetzt mal, vielleicht zu einem Fall, dass zwei deutsche Grundrechtsträger mit Telefonkarten aus Afghanistan zum Beispiel telefonieren - könnte so ein konstruierter Fall sein, vielleicht auch ein Fall, der gar nicht so unwahrscheinlich ist, weil natürlich die einschlägigen, ja, potenziellen Terroristen sich auch entsprechend vorbereiten. Aber ich sage jetzt mal: Es ist ja theoretisch auch möglich, dass deutsche Soldaten, beispielsweise in Afghanistan oder wo immer sie stationiert sind, mit ausländischen Telefonkarten telefonieren. Dann funktioniert zumindest mal so ein mechanischer, automatisierter Abgleich nur sehr schwer.

Zeuge T. B.: Im Beispiel der deutschen Soldaten in Afghanistan ist es relativ einfach: Die führen selten Gespräche untereinander, dass sie sich anrufen, sondern die telefonieren mit der Heimat, und damit haben Sie einen der Gesprächspartner, der mit der 049 anfängt; damit ist die Sache



Nur zur dienstlichen Verwendung

eigentlich schon wieder gestorben. Aber natürlich haben Sie in der anderen Richtung recht: Es ist sehr schwierig. Im Extremfall ist es beispielsweise auch der Inhalt. Also, wenn da deutsch gesprochen wird, dann sollte man davon ausgehen, dass da zwei Grundrechtsträger miteinander kommunizieren, wenn ich nicht aufgrund des -

Christian Flisek (SPD): Na ja, es können auch Österreicher sein.

Zeuge T. B.: - Akzents feststellen kann, es sind ein Schweizer und ein Österreicher, ja. Aber im Ernstfall wird dann so was weggeschmissen, weil man eher davon ausgeht: Der Schaden ist geringer, wenn ich einen Nichtgrundrechtsträger fälschlicherweise wegschmeiße, als wenn ich einen Grundrechtsträger fälschlicherweise behalte. Da muss man einfach von den Schadensereignissen ausgehen, und dann muss man sagen: Dann verliere ich lieber eine Information, als dass ich das Gesetz verletze.

Christian Flisek (SPD): Wobei man erst mal dahin kommen muss. Es gibt sicherlich auch deutsche Grundrechtsträger, die sich nicht auf Deutsch unterhalten, aus verschiedenen Gründen sehr mobil in der Welt unterwegs sind, nicht mit deutschen Telefonnummern, auch nicht immer nur in die Heimat telefonieren, auch untereinander telefonieren. Ich frage deswegen, weil ich natürlich - - Oder: Wir als Politiker haben die Aufgabe, herauszufinden, wie hoch die potenzielle Fehlerquote ist. Weil wir unterhalten uns hier zwar dauernd über 500, 600 Millionen Metadaten, wir dürfen aber eines nicht aus den Augen verlieren: dass im Zweifel jede einzelne Grundrechtsverletzung bereits dann erfüllt ist, wenn ein konkreter Fall verletzt ist. Das ist für die Betroffenen dann eine Grundrechtsverletzung, individuell. Das mag in der Masse der Fälle, die ein BND vor Augen hat, keine Rolle spielen; aber wir als Gesetzgeber haben natürlich schon auch die Aufgabe, zu schauen - auch wenn es um große Zahlen geht -, was hier am Ende aller Tage sozusagen an Fehlerquellen übrig bleibt. Dahinter steht jetzt nicht der Vorwurf, dass man kein hundertprozentiges System hat, aber natürlich die Ermittlung: Wie fehleranfällig ist diese Filterung?

Zeuge T. B.: Ich habe auch beim letzten Mal schon gesagt, wir können uns über die Details der Filterung, wie bestimmte Dinge dann laufen, welche Stufen es hat, wie man wirklich dann versucht, möglichst genau, zielgenau - - das Ganze trifft, in nichtöffentlicher Sitzung diskutieren.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Nochmals zu den Selektoren; da war ich in der letzten Runde noch mal stehen geblieben. Könnten Sie noch mal schildern, wie der Ablauf ausgesehen hat? Die Amerikaner kamen mit einem Selektorvorschlag, nenne ich das jetzt mal. Der ist ja dann geprüft worden. Wie lief das ab: Wo wurde geprüft? Welche Instanzschritte der Prüfung gab es da, bis dann ein solcher Selektor gegebenenfalls zum Einsatz kam?

Zeuge T. B.: Wurde bei uns entgegengenommen und wurde im Grundsatz dann weitergeschickt an den zuständigen Bereich innerhalb der Zentrale.

Christian Flisek (SPD): Ich frage gerade noch mal nach: „Wurde bei uns entgegengenommen“, das heißt, der Kontakt zu den USA fand unmittelbar in Bad Aibling, -

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): - über die Kollegen, über die Verbindungsleute der NSA in Bad Aibling, statt, die kamen zu Ihnen und haben gesagt: „Here, we want that“?

Zeuge T. B.: Es geht um die Steuerung der Systeme in Bad Aibling.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge T. B.: Damit waren das auch dann Steuerungswünsche des Kollegen. Diese Dinge wurden entgegengenommen, wurden quasi in die Zentrale geschauelt, wurden dort entsprechend überprüft.

Christian Flisek (SPD): Von wem?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Von dem dort fachlich zuständigen Bereich, anhand bestimmter Kriterien, die ja dann auch bei der Filterung - -

Christian Flisek (SPD): Ist das der G-10-Jurist, oder wer ist das gewesen?

Zeuge T. B.: Das ist der Bereich, der auch die G-10-Filterung dann vornimmt, ja. Und ist dann anschließend mit den entsprechenden Korrekturen zurückgekommen, und die unbeanstandeten Datensätze, also diejenigen, die als in Ordnung gekennzeichnet waren, die konnten dann in der Fassung eingestellt werden.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, ich höre jetzt raus, es gibt drei Möglichkeiten der Reaktion von der Zentrale: Die haben gesagt: „Geht gar nicht“, „Geht komplett“ oder - Sie haben jetzt auch gesagt - drittens: „Es sind Korrekturen möglich.“

Zeuge T. B.: Nein, der Datenbestand als solcher ist korrigiert worden. Der ist um die Sätze, Datensätze, korrigiert worden, die sind rausgestrichen worden, die aus Sicht BND nicht für die Erfassung freigegeben sind in diesem internationalen Bereich.

Christian Flisek (SPD): Also, jetzt nur, damit ich nicht auf dem Schlauch stehe und es auch richtig verstehe: Das heißt, der Selektor ist erst mal eingesetzt worden bei Ihnen, man hat dann sozusagen das Ergebnis nach - -

Zeuge T. B.: Nein, die Selektoren wurden vorab geprüft, bevor sie in die Erfassungssysteme gingen.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge T. B.: Wenn es dann dazu Erfassungen gab, ist jede Erfassung noch mal über die G-10-Prüfung gelaufen. Also, man muss unterscheiden: einmal, was ist gesteuert - das ist nämlich das, was in den Selektoren stand -, und dann das Ergebnis, eine Erfassung aus dieser Steuerung; denn es könnte ja auch sein, dass Sie zwar den entsprechenden Teilnehmer gesteuert haben und auch sagen: „Wunderbar, passt, das ist ein Taliban-Kommandeur“, aber wenn der mit jemandem

innerhalb Deutschlands telefoniert, dann hat der einen Grundrechtsbezug, und damit wird dann diese Kommunikation gelöscht nach der Erfassung im G-10-Filter. Wenn dieser Gesprächspartner in Deutschland quasi schon gesteuert wäre, würde der schon bei der Selektorüberprüfung rausfliegen.

Christian Flisek (SPD): Wie oft kam das denn vor, dass bereits bei der Prüfung des Selektors sozusagen die Amerikaner die Nachricht bekommen haben, der geht nicht?

Zeuge T. B.: Ich möchte es mal so ausdrücken: Es gab fast immer zu beanstandende Selektoren; der Bereich, in dem sich das normalerweise bewegte, war ein niedriger Promillebereich an beanstandeten.

Christian Flisek (SPD): An beanstandeten Selektoren?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das war im niedrigen Promillebereich; aber es gab immer Probleme, haben Sie gesagt, mit-

Zeuge T. B.: Nein, es gab keine Probleme, sondern es gab immer wieder Selektoren, die rausgeschmissen wurden, also entfernt wurden, wo wir gesagt haben, entweder: „Es ist geschützt“, oder: „Wir sind uns nicht ganz sicher, dass es geschützt ist“; auch in solchen Fällen haben wir die Dinge dann lieber entfernt, als dass wir sie wirklich eingestellt haben.

Christian Flisek (SPD): Waren Sie selbst an dieser Überprüfung beteiligt?

Zeuge T. B.: In der Funktion in Aibling nicht, erst anschließend.

Christian Flisek (SPD): Erst anschließend. Es taucht ja da immer der Begriff auch auf, dass man das dann überprüft hat im Hinblick auf deutsche Interessen. Das ist ja etwas weiter gehender oder vielleicht sogar viel weiter gehender als jetzt zum Beispiel das Kriterium G 10.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wie würden Sie denn das Kriterium „deutsche Interessen“ im Rahmen einer solchen Überprüfung eines Selektors fassen, konkretisieren?

Zeuge T. B.: Im Extremfall, gerade für diesen Ansatz, sind deutsche Interessen Dinge, die nicht in der Zusammenarbeit vereinbart sind. Also konkret: Wenn jetzt irgendwelche Aspekte, die in Richtung Industriespionage deuten könnten, drinstehen, das wäre etwas, was im Sinne von deutschem Interesse einfach auch ausgefiltert würde, weil es nicht Aufgabe des BND ist, Industriespionage zu betreiben bzw. zu helfen dabei. Das wäre ein klassischer Bereich, wo man dann sagt: sind deutsche Interessen, muss rausfliegen.

Christian Flisek (SPD): Sehr weitreichend, nicht?

Zeuge T. B.: Natürlich ist das weitreichend.

Christian Flisek (SPD): Und insofern auch in der Prüfung, in der operativen Handhabung natürlich hochkomplex, so was. Und das Beurteilungsrisiko -

Zeuge T. B.: Ist auch entsprechend, ja.

Christian Flisek (SPD): Also, ich möchte nicht in Bad Aibling sitzen oder wo immer und dann prüfen müssen, was ist deutsches Interesse und was nicht. Also, ich stelle mir das sehr schwer vor.

Zeuge T. B.: Ja, ist aber immer nachgelagert gewesen hinter dem G-10-Schutz.

Christian Flisek (SPD): Das ist klar.

Zeuge T. B.: Das war der Schwerpunkt, und deutsches Interesse war an dieser Stelle einfach auch nachgelagert.

Christian Flisek (SPD): Meine Zeit ist vorbei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank der Fraktion der SPD. - Und wir beginnen mit einer neuen Fragerunde.

Jetzt frage ich erst mal, weil wir jetzt rund drei Stunden intensive Zeugenvernehmung hatten und ich davon ausgehe, dass wir auch noch ein bisschen weitermachen werden: Sind Sie versorgt mit Getränken, auch mit einem kleinen Imbiss? Weil wir essen Ihnen hier alle was vor und Sie gucken zu; das ist nicht ganz schön. Sind Sie versorgt, oder brauchen Sie irgendwas?

Zeuge T. B.: Nein, momentan ist das alles noch okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich möchte, dass Sie fit bleiben, damit Sie uns hier qualitativ gut aussagen können. - Gut, okay, Sie geben dann aber ein Zeichen? - Der Dussmann-Wagen ist nämlich auch gerade draußen. Jetzt wäre die Chance.

Gut, wenn Sie kein Zeichen geben, bin ich aber umso dankbarer. Dann kann die Fraktion Die Linke mit Fragen weitermachen. Und ich glaube, der Kollege Hahn möchte die nächsten Fragen stellen. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte zu zwei Dingen noch nachfragen, die schon angesprochen worden sind, und dann noch mal auf „Eikonol“ zurückkommen.

Der Kollege Flisek hat vorhin den Begriff Outsourcing verwandt, wo es um die Maschinen ging oder die Technik und die Hardware, die die Amerikaner geliefert haben und die die Deutschen jetzt nutzen konnten in Bad Aibling. Da schließt sich für mich die Frage an: Konnte die NSA die früher ihr gehörenden oder immer noch gehörenden - weiß ich ja gar nicht; vielleicht können Sie das auch noch mal sagen - eigenständig weiter nutzen, also zum Beispiel sagen: „Wir brauchen jetzt für ein bestimmtes Programm etwas, da wollen wir was durchschicken, Materialien, die wir irgendwo gesammelt haben auf der Welt“? Konnte die NSA das weiter nutzen, die Programme, die jetzt eigentlich im Besitz zumindest des BND waren?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Nein, im Rahmen dieser Zusammenarbeit nicht. Wenn die irgendetwas an einer anderen Stelle aufgenommen hätten, dann hätten die das nicht nach Bad Aibling geschickt, in diese Richtung, und dort von uns bearbeiten lassen, weil automatisch klar war: Das, was dort bearbeitet wird, ist das, was im Rahmen der Vereinbarungen gemeinsam bearbeitet werden soll.

Und dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder es kann bei uns eingestellt werden und wird entsprechend gesteuert und durchgeführt - dann wird es gemeinsam durchgeführt -, oder es ist nicht in diesem Teilbereich entsprechend drin, wird irgendwo anders aufgenommen und dann woanders auch verarbeitet. Aber wir haben nicht jetzt Auftragsarbeiten für die NSA in Bad Aibling durchgeführt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber wenn die Amerikaner etwas einstellen konnten, wie Sie eben sagen, dann kommen sie doch auch an die Computer und an andere Dateien und Ähnliches ran.

Zeuge T. B.: Ja, das war die Steuerung, denen dann gesagt wurde: Okay, wir wollen dieses oder jenes erfassen. - Damit kommen die Selektoren, weil eine Steuerung bedingt, dass anschließend Selektoren ausgewählt werden. Diese Selektoren werden überprüft, und anschließend wird das in die Erfassungssysteme eingestellt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann habe ich noch eine zweite Frage. Sie haben vorhin von Übergaben gesprochen von Hard- und Software; manchmal war auch von Geschenken die Rede. Sie haben immer von AND gesprochen; Sie haben nicht genau gesagt: NSA. Deshalb wollte ich noch mal nachfragen: Haben Sie auch Geschenke von anderen Nachrichtendiensten bekommen in Bad Aibling, also nicht nur von der NSA? Da gibt es ja noch ein paar. Also haben Sie andere Geschenke erhalten?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann würde ich zu „Eikonal“ gerne noch mal zurückkommen und an das anschließen, was Kollege Ströbele gefragt hat,

weil Sie ja immer wieder betont haben, deutsche Grundrechtsträger und Daten von Deutschen seien - - Es sei fast auszuschließen, dass das irgendwie weitergegeben worden ist. Wir wissen ja nun eigentlich - zumindest müssten Sie es auch wissen -, dass von 2004 bis 2008 in Frankfurt am DE-CIX-Internetknoten abgefangene Rohdaten an die NSA weitergegeben worden sind, und diese Daten liefen nach allem, was wir wissen, über Bad Aibling, also über die Dienststelle, wo Sie auch tätig gewesen sind. Es hat ja mindestens drei Jahre gedauert; Sie müssen ja davon eigentlich irgendetwas mitbekommen haben, von dem Abfang von Internet- und Telefonverkehr. Und Sie haben auf G 10 mehrfach zu Recht heute hingewiesen. Da gibt es ja die Möglichkeit, im Einzelfall und unter bestimmten Voraussetzungen auch Daten von Deutschen an ausländische Dienste weiterzugeben, in absoluten Einzelfällen und Ausnahmefällen. Bei „Eikonal“ ging es nicht um Einzelfälle; da ging es um, ja, Hunderttausende, millionenfache Daten.

Da brauchen wir nicht die Akten, weil Herr Ströbele darauf hingewiesen hat: Ich kann ja aus den Medienberichten zitieren und Ihnen dann die Frage stellen. Da ist ja dargestellt worden, dass der konstruierte Filter, den es dort gegeben hat, mit Namen „DAFIS“, nur „unzulänglich“ - war die Formulierung - funktioniert hätte, und bei ersten Tests konnten nur 95 Prozent der Daten Deutscher herausgefiltert werden. Das heißt also, 5 Prozent liefen immer durch bei jedem dieser Tests und sind an die Amerikaner gegebenenfalls weitergegeben worden. Und als man das Ganze bilanziert hat, ist dann festgestellt worden - ich zitiere da die *Tagesschau*, tagesschau.de -, dass bis zum Schluss „eine ‚absolute und fehlerfreie‘ Trennung zwischen deutscher und ausländischer Telekommunikation nicht möglich gewesen“ wäre. Und es gab immer wieder Probleme, heißt es zum Beispiel bei der *Süddeutschen*, mit den deutschen Daten bis zur Einstellung der Operation im Juli 2008. Und in den Akten steht auch, dass es Warnungen von Insidern gab, die Operation sei nicht rechtmäßig; man befürchte politischen Schaden und unabsehbare Folgen.

Das alles ist über Bad Aibling gelaufen, und deshalb frage ich Sie: Waren Sie mit der Operation,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Projekt „Eikonol“, befasst? Wenn ja, wie, wann, in welcher Form? Oder es soll ja anders auch als „Granat“ bezeichnet worden sein nachher. Wenn Sie „Eikonol“ nicht kennen, kennen Sie vielleicht „Granat“. Dann wäre es also ganz nett, Sie würden uns dort mal kundig machen, weil natürlich in Ihrer Funktion und Ihrer Tätigkeit das alles nicht an Ihnen vorbeigegangen sein kann.

Zeuge T. B.: Gut. Natürlich sagt mir die Operation „Eikonol“ etwas. Das, was in der Presse kolportiert wird, ist eine Mischung aus verschiedenen Systemen, verschiedenen zusammengestellten Organisationen und auch von verschiedenen Aspekten, die da dranhängen, die so in diesem Zusammenhang einfach nicht richtig sind, die ein schönes Bild machen, die sich auch gut lesen, aber eigentlich mehrere Fehler enthalten.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, was ist denn falsch, und was ist richtig? -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Sie sagen, das ist so nicht richtig.

(Zuruf von RA Johannes Eisenberg)

Sagen Sie doch mal bitte: Was ist falsch an den Berichten, und was ist daran richtig?

(Der Zeuge berät sich erneut mit seinem Rechtsbeistand - RA Johannes Eisenberg: Wir brauchen mal eine kleine Pause!)

- Sie wollen doch nur den Zeugen schützen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich muss mal eben ganz kurz den Zeugenbeistand fragen - ich habe es akustisch nicht gehört -: War das ein Wunsch nach einer Pause?

RA Johannes Eisenberg: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Viertelstunde? - Gut, dann machen wir eine Viertelstunde Unterbrechung. Ganz herzlichen Dank. Das gibt allen, auch den Gästen und Zuhörern, die Möglichkeit, sich noch mal mit Getränken und Speisen zu versorgen. Wir machen in einer Viertelstunde weiter.

(Unterbrechung von
15.09 bis 15.38 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es kehrt Ruhe ein; so ruhig war es selten in den letzten Stunden und Minuten. Ich freue mich, dass Sie alle wieder da sind. Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich würde es so handhaben, dass der Kollege Hahn jetzt außerhalb des laufenden Zeitbudgets noch einmal seine Frage wiederholt, damit der Zeuge auch antworten kann, weil ich glaube, durch die Pause ist die Frage nicht mehr so eins zu eins präsent.

(RA Johannes Eisenberg:
Der Zeuge kennt die Frage
noch!)

- Aber ich möchte sie gern noch mal hören und die anderen auch. Das gibt auch die Möglichkeit des Zeugen, die Frage hier noch einmal wahrzunehmen. - Herr Kollege Hahn, ohne dass die Zeit läuft.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Also, ich habe die Frage gestellt danach, inwieweit der Zeuge mit der Operation, dem Projekt „Eikonol“ befasst war, wie er dort eingebunden war, wenn ja, in welcher Weise, in welcher Form. Ich habe ihm auch gesagt, dass das Projekt ja auch anders, beim BND zum Teil „Granat“ hieß. Falls er sagt, das eine kennt er gar nicht mehr, ist also die Möglichkeit, zu beiden Stellung zu nehmen. - Das war der erste Punkt.

Dann hatten Sie begonnen, zu antworten dahin gehend auf die Vorhalte von Presseberichten zu gravierenden Fehlern bei der Ausfilterung deutscher Daten, dass die Berichte, die ich zitiert habe aus *Tagesschau* und *Süddeutscher Zeitung*, zum Teil fehlerhaft sind, dass die zum Teil was vermischen und dass manche Dinge dort unwahr



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind. Und da habe ich Sie gefragt: Was ist denn nun davon wahr, und was ist falsch, was ist richtig, und wie ist es denn nun gewesen im Zusammenhang mit dem Bericht zur Bilanz der Operation „Eikonol“, wo ja möglicherweise solche Pannen auch aufgelistet sind und den Sie ja eigentlich kennen müssten? - Das war der Komplex, zu dem ich Sie gefragt habe.

Zeuge T. B.: Gut. Ich möchte die Dinge insoweit korrigieren: Es gab mal eine Zahl von 95 Prozent. Das war eine Zahl aus der Entwicklung dieses speziellen Filters, der dort oben zum Einsatz kam, am Anfang der Entwicklung. Als wir dann wirklich in Betrieb gegangen sind, hatten wir eine Sicherheit von 99 Prozent an dieser Stelle. Anschließend ist das Material abgeleitet worden und wurde aufbereitet und entsprechend noch mal gefiltert über eine G-10-Identifizierung mit einer Sicherheit von mehr als 99 Prozent. Und da wir auch diesen technischen Systemen nicht zu 100 Prozent vertraut haben, haben wir das, was da noch rauskam, über einen menschlichen Filter geleitet. Und damit kann ich sagen: Meines Wissens wurde aus diesem Ansatz kein Datum eines Deutschen abgeleitet. - So viel zu dieser Presseberichterstattung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und zum Abschlussbericht war die Frage noch; den haben Sie ja, den müssten Sie eigentlich kennen, die Bilanz dieser Operation, wo ja auch verschiedene Dinge drinstehen und wo bis zum Schluss die Rede davon ist, dass es erhebliche Fehler gegeben hat.

RD Philipp Wolff (BK): Hier muss ich intervenieren. Das ist geheim, was Herr Hahn jetzt gerade zitiert.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe das zitiert von tagesschau.de - das ist nun öffentlich zugänglich -, dass in der Bilanz der Operation, in der schriftlichen Bilanz beim BND, das drinsteht, und dann kann ich ihn das auch in öffentlicher Sitzung fragen, ob das zutrifft, ob er das kennt und wie er das bewertet. Das ist ja mit Ihrer Aussage nicht in Übereinstimmung.

Zeuge T. B.: Welche Bilanz war das? Also, was für einen Bericht meinen Sie an der Stelle? - Es

gab mal einen Geheim eingestuften Bericht, der diese gesamte Geschichte beleuchtet hat. Da gab es Risiken und auch mögliche Probleme und auch mögliche Chancen, die da aufgelistet wurden; aber das stellte die Meinung des Herausgebers dar und ist nicht unbedingt ein Tatsachenbericht in der Hinsicht. Näheres können wir, glaube ich, dann in nichtöffentlicher Sitzung vertiefen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und wer ist der Herausgeber? Entschuldigung jetzt, wenn Sie das so sagen.

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist ja geheim! Er darf
doch keine Akten überrei-
chen!)

- Er hat gerade verwiesen auf jemand anders, dass das nicht bei ihm ist. Aber die Frage ist noch offen, was seine eigene Einbindung angeht. - Inwiefern waren Sie mit dem Projekt befasst, was haben Sie dort konkret gemacht, was wussten Sie davon, wie waren Sie eingebunden?

Zeuge T. B.: Im Endeffekt waren wir der Empfänger der entsprechend ausgefilterten Daten, die nicht Grundrechtsträger betrafen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, herzlichen Dank. Alle weiteren Fragen müssten dann in der nächsten Runde gestellt werden. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion CDU/CSU. Es scheint der Kollege Kiesewetter anzufangen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, Sie haben eben auf die Frage des Kollegen Hahn geantwortet, dass Sie quasi eine doppelte 99-prozentige Filtersicherheit eingesetzt haben und dann letzte mögliche Lücken mit menschlicher Prüfung versucht haben auszuschließen. Sie haben in einer früheren Befragung heute Ihre Zuversicht zum Ausdruck gebracht, dass keine deutschen G-10-Daten aus Bad Aibling an die NSA gegangen sind. Würden Sie bitte mal sehr detailliert, weil jetzt ja Aussagen im Raum stehen, schildern mit Blick auf die Vorkehrungen, beispielsweise Missbrauch



Nur zur dienstlichen Verwendung

oder auch Schwachstellen im laufenden Betrieb auszuschließen, worauf Sie Ihre Aussage stützen? - Danke schön.

Zeuge T. B.: Gut. Der grundsätzliche Aspekt ist einfach, dass diese Filterstufen mehrstufig greifen. Einige Filterstufen hatten wir schon besprochen, einige andere Details kann ich gern nicht-öffentlich vertiefen; aber an der Stelle ist es einfach, wenn ich an der ersten Stelle 99 Prozent Sicherheit habe, dann entsprechend noch mal 99 Prozent oder mehr als 99 Prozent - es war noch mal ein kleines bisschen detaillierter - Sicherheit habe und dann noch einen Menschen dransetze an dem, bevor ich das Ganze freigebe, dann kann ich an der Stelle schon sagen: Aus diesem Ansatz, von diesen gesamten Daten, die dort reinlaufen, geht kein G-10-Datum weiter.

Die anderen Vorkehrungen, die getroffen wurden - - ist einfach der Bereich, dass man einen Eingang aus einer Signalquelle hat in dieses gemeinsame Bearbeitungszentrum, in dem die Mitarbeiter sich gegenseitig auch kontrolliert haben, weil sie eben nebeneinandersaßen, gleiche Tätigkeiten, gleiche Aufgaben zum Teil wahrgenommen haben. Und aus diesem Komplex gab es physikalisch nur eine Übertragungsmöglichkeit, die von BND-Seite entsprechend kontrolliert wurde, an der an unserer Seite die Filter auch eingesetzt wurden und dann auch die menschlichen Filter dahinter hingen.

Dazu kam noch was, das war aus dem Bereich Satelliten - weil ich vorhin gebeten wurde, das ein bisschen zu trennen: Satelliten und Kabel. Dinge, die dort selektiert wurden, wurden gesammelt nach der entsprechenden Filterung und nur einmal am Tag weitergegeben an den AND. Und in dieser Zeit hatten wir die Möglichkeit, in dieses gesammelte Material auch Einblick zu nehmen und es zu prüfen. Und in dem Moment, wo wir festgestellt hätten, dass dort G-10-Daten enthalten sind, wäre es quasi eine der Möglichkeiten - ist extra eingebaut worden, haben wir extra auch versucht, entsprechend zu realisieren -, dass man auf einen Knopf drückt und sagt: diesen Datensatz, also diese Sammlung von 24 Stunden nicht übermitteln, wird weggeschrieben auf

eine Platte, muss erst bereinigt werden, bevor es übermittelt werden kann.

Also, das waren die Aspekte, die wir jeweils versucht haben da mit reinzugeben. Darum kann ich auch nur so sicher sagen, dass meines Wissens nichts übermittelt wurde, was dem Grundgesetz widerspricht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich möchte deswegen gleich weiter zu Fragen zur Filterung und auch zu Selektoren kommen. Sie haben das dreistufige Filterungsverfahren geschildert. Seit wann wird dieses Filtersystem angewendet: die Bereinigung Absender, Empfänger, die Erkenntnisse über ausländische formale Kriterien und dann schließlich die Bereinigung der Internetverkehre?

Zeuge T. B.: Die Bereitstellung der jeweiligen Filter war Voraussetzung für eine Betriebsaufnahme, Produktionsaufnahme.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wann war das?

Zeuge T. B.: In diesen - - Also, wenn ich mich richtig erinnere, ist das erste Datum irgendwann Mitte 2004 übermittelt worden. Aber nageln Sie mich nicht fest; ich weiß es wirklich nicht mehr ganz genau, welches Datum oder welcher Teilbereich wann den Betrieb aufgenommen hat.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie war denn die Arbeitsweise bei der Filterung der Daten, als das noch nicht so gemacht wurde? Wie wurde früher gefiltert?

Zeuge T. B.: Bevor diese Filterung nicht getestet und freigegeben war, ist nichts in die Produktion gegangen; da hat man einfach nur die Systeme, die davorgeschaltet waren, aufgebaut, die Arbeitsweisen versucht zu verstehen, getestet, dann geschaut: Was kommt denn wirklich hinten raus, ist die Beschreibung mit dem, was quasi dann auch - Erfahrungswert - als Datum wirklich am Ende erscheint, ist das in sich stimmig, passen die Wandlungsschritte, passen anschließend die Filterschritte? Und erst, als diese Dinge alle von, Anfang bis Ende durchgetestet sind, konnte man



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann sagen: Jetzt können wir die Produktion aufnehmen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Einer Ihrer Vorgänger, der Leiter der BND-Außenstelle, der Herr Zeuge R. U. - das war nicht einer Ihrer Vorgänger, einer Ihrer Kollegen - hat in der Sitzung vom 25. September 2014 zur Frage des Verhältnisses von Filtern und Selektoren Folgendes gesagt:

Filtermechanismen greifen noch ein Stück weiter vorne unter Umständen an, auf einer größeren Anzahl von Daten. Aus dieser größeren Anzahl von Daten werden die G-10-Daten ausgefiltert, und danach greifen die Selektoren. Das sind also aktiv vom BND - - als Beispiel die Steuer-, die Telefonnummern - - um dann aus der Datenmenge ein für uns vermeintlich interessantes und relevantes Telefongespräch auszufiltern.

Sind Sie persönlich mit der Prüfung und Einstellung von Selektoren befasst gewesen in Ihrer Zeit in Bad Aibling?

Zeuge T. B.: Indirekt natürlich schon, weil es in dem Bereich ja durchgesprochen wurde. Ich habe auch das eine und andere Mal in die Selektoren mit reingeschaut; aber eine dauernde Tätigkeit war es nicht. Da hatten wir entsprechende Mitarbeiter, die damit beschäftigt waren in diesem ganzen Bereich, weil es eine Aufgabe ist, die man nicht nur so nebenbei auf fünf Minuten macht, sondern wirklich intensiver draufschauen muss, wenn man das Ganze ernst nimmt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Können Sie uns mal dieses Verhältnis zwischen Filtersystem und Selektoreneinsatz erläutern? Wie hängt das zusammen? Greifen die Selektoren zuerst und dann der Filter, oder wie funktioniert das?

Zeuge T. B.: Ja, wenn ich jetzt noch mal zurückgehe auf das, was ich am Anfang gesagt habe: In dem Moment, wo Sie quasi einen Satelliten auswählen, ist das die erste Filterung, weil Sie dann

ausschließen, etwas, was auf einem anderen Satelliten ist, überhaupt aufzunehmen. Wenn Sie eine Frequenz dann auswählen aus diesem Satelliten, haben Sie die nächste Filterstufe. Es ist schwierig, da jetzt wirklich ein Zahlenverhältnis festzuschreiben, das jetzt sehr plakativ und einfach das Ganze darstellt, weil es viele Schritte gibt, die einfach hintereinander greifen, wo man dann sagen muss: In dem Zusammenspiel entsteht dort dann die entsprechende Filterung bzw. auch Selektion. In dem Moment, wo Sie eine Strecke haben, in der 50 Prozent Grundrechtsträger drinstecken, ist es wesentlich schwieriger, etwas sauber zu filtern, als in einem Teilbereich, in dem Sie vielleicht noch 1 Prozent haben. - Also, das mal zu diesen ganzen Aspekten, die da mit dranstehen.

Es kommt also auch auf die Strecke selber an, was darauf läuft, was da inhaltlich drin ist, dass Sie dort entsprechend dann sagen: Wie sieht jetzt die Filterung, die Selektion aus? - Daher sind hier Dinge, dass man sagt: Okay, ich möchte wissen: Was steckt denn in einem möglichen Kommunikationsstrang, ist das deckungsgleich mit dem, was ich erfassen will, und rentiert es sich, den aufzulegen oder nicht? - Dann komme ich auch wieder zu einem Bereich. Es kann sein, dass da zwei Hochwertziele drin sind, und Sie sagen: Auch wenn ich nur fünf Meldungen die Woche kriege aus diesem Bereich, dann spendiere ich trotzdem diese Ressource. - Oder Sie sagen: „Nee, also das, was da drin ist, macht überhaupt keinen Sinn“, und suchen nach höherwertigen Zielen. Also, darum tue ich mich so schwer, jetzt zu sagen, soundso viel Prozent oder das oder das. Das wäre zu plakativ und würde diesem ganzen Bereich nicht gerecht werden.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Dann möchte ich da noch mal nachhaken. Der Zeuge R. U. sagte uns in gleicher Sitzung Folgendes - Zitat -:

In Bad Aibling geben wir keine Daten, keine Telefonnummern an die Amerikaner weiter, keine Selektoren. Wir bekommen nur welche von den Amerikanern und stellen die in unseren Systemen ein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zitat Ende. - Er führte dann weiter aus - Zitat -:

Wir holen aktiv von einem amerikanischen Server in gewissen Rhythmen - ich glaube, zwei-, drei-, viermal am Tag - Daten ab, Selektoren, die wir dann einstellen. Bevor diese Selektoren eingestellt werden, werden die auf G-10-Schutz überprüft, also die Selektoren selbst schon. Und das geschieht in regelmäßigen Abständen bei uns in der Zentrale. Und dann werden die, wenn die Zentrale diese amerikanischen Selektoren freigibt, bei uns in die Erfassungssysteme eingestellt.

Zitat Ende. - Können Sie uns sagen, welchen Anteil von den Amerikanern gelieferte Selektoren an den Selektoren insgesamt haben?

Zeuge T. B.: Gut. Also, in dem jetzigen Zeitrahmen, also dem, den der Zeuge R. U. anspricht, nicht; da habe ich keine Kenntnis, wie die Verhältnisse sind. Als wir angefangen haben, war das Verhältnis etwa 1 : 4.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also ein amerikanischer Selektor und vier - -

(Zuruf: Umgekehrt!)

Zeuge T. B.: Nein, vier amerikanische auf einen deutschen Selektor.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay, 4 : 1. Wie viele Selektoren amerikanischer Herkunft sind etwa in den deutschen Systemen eingestellt? Oder variiert das?

Zeuge T. B.: Das variiert.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Woran liegt das? Jeweils nach Aufklärungsziel oder - -

Zeuge T. B.: Aufklärungsziel und Strecken.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie viele - zumindest zu Ihrer Zeit - neu hinzukommende Selektoren waren täglich zu prüfen?

(RA Johannes Eisenberg: Ist das zitiert aus einem öffentlichen Protokoll, oder - -)

- Ja.

(RA Johannes Eisenberg: Der Vorhalt ist aus einem öffentlichen? Ist das Öffentlich eingestuft?)

- Ja.

Zeuge T. B.: Tut mir leid; weiß ich nicht mehr, wie viele.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ist sichergestellt, dass tatsächlich alle von den Amerikanern gelieferten Selektoren zunächst G-10-überprüft wurden, bevor sie in das deutsche System eingestellt wurden?

Zeuge T. B.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie hoch ist der Anteil von Selektoren, die nach dieser Überprüfung nicht G-10-konform waren? Können Sie dazu etwas sagen? Also, die nicht eingestellt wurden, weil sie nicht G-10-konform waren.

Zeuge T. B.: Also, im Endeffekt: Die Erstbefüllung war sehr, sehr gering an Fehlern. Das war etwas, was uns ein kleines bisschen überrascht hat; aber da war sehr sorgfältig gearbeitet worden und - man muss da sagen - vermutlich auch einiges an Informationen vorhanden. Wie, entzieht sich natürlich meiner Kenntnis. In den folgenden Updates: im Regelfall unter 1 Prozent, eher unter 1 Promille insgesamt, also von der Größenordnung her.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ja, okay. - Durch wen erfolgt die Überprüfung? Haben Sie da juristische Expertise in Bad Aibling zu Ihrer Zeit gehabt?

Zeuge T. B.: Wir hatten juristische Unterstützung; aber diese Überprüfung fand in der Zentrale statt, auch unter Aufsicht von Juristen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also, in Bad Aibling selbst fand die G-10-Überprüfung nicht statt, sondern in der Zentrale?

Zeuge T. B.: Die Vorwegüberprüfung der Selektoren fand in der Zentrale statt. Das Endprüfen der Ausgangsprodukte fand in Bad Aibling statt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Haben Sie in Bad Aibling selbst oder Mitarbeiter von Ihnen solche Endprüfungen vorgenommen?

Zeuge T. B.: Ein Mitarbeiter von mir hat diese Endprüfung vorgenommen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich möchte weiterhin bei der Anhörung des Zeugen R. U. bleiben. Er hat uns in gleicher Sitzung gesagt - Zitat -:

Bevor die Amerikaner Selektoren bei uns einstellen dürfen, werden diese G-10-geprüft bei uns ... Und die werden nicht nur G-10-geprüft, sondern auch auf weitere politische Interessen geprüft und dadurch bereinigt und erst dann eingestellt.

Zitat Ende. - Können Sie uns sagen, wie und durch wen diese über das rein Juristische hinausgehende Überprüfung auf weitere politische Interessen hin erfolgt bzw. um welche politischen Interessen es sich dabei gehandelt hat, auch wenn es abstrakt darzustellen ist?

Zeuge T. B.: Wie ich im Grundsatz auf eine der vorherigen Fragen schon gesagt habe: Es geht dort um Interessen außerhalb des gemeinsamen Arbeitsbereiches. Plakatativ hatte ich damals angesprochen: Wirtschaftsspionage ist nicht unser Auftrag, ist auch nicht die Aufgabe, dass es dort unterstützt wird. Das wäre ein politisches Interesse.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wissen Sie, ob die Überprüfung in der Zentrale, diese Überprüfung anhand zusätzlicher Kriterien, durch den gleichen Bereich oder gar die gleiche Person vorgenommen wird, die auch die juristische Überprüfung auf G-10-Konformität vornimmt?

Zeuge T. B.: Wird in dem gleichen Bereich gemacht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gleicher Bereich. Danke schön. - Nun zum Thema Auslandsaufklärung BND. Es ist ja Gegenstand einer Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. In dem Verfahren habe der BND zugegeben, dass auch nach der Filterung der Fernmeldeaufklärung manche Daten erst durch eine manuelle Prüfung als Daten von Deutschen zu identifizieren sind. Das zeige die Fehleranfälligkeit des Systems, heißt es in den Medien, *Zeit Online* vom Juni.

Nun haben Sie uns dargestellt, dass es ja geradezu sinnvoll war, nach der Prüfung 99 Prozent und nochmaliger 99-prozentiger Prüfung die manuelle Prüfung noch mit einzuschalten. Also kann es sich ja eigentlich nicht um die Fehleranfälligkeit handeln, sondern es kann sich letztlich nur darum handeln, Fehler auszuschließen. Können Sie uns die Art und Weise der Filterung noch einmal beschreiben, wie Sie diese Fehler ausschließen? Denn es zeigt ja weniger aus meiner Sicht die Fehleranfälligkeit des Systems als bewusst die Absicht, Fehler zu verhindern. Wie schätzen Sie das ein?

Zeuge T. B.: Das Hauptproblem ist: Die Welt ist und die Kommunikationsbeziehungen innerhalb der Welt sind sehr viel komplexer geworden. Zu Zeiten von Fax und Telefon war es relativ einfach, G 10 auszuschließen. Sie haben - ich sage mal - 98, 99 Prozent durch die Prüfung auf 049 als Länderkenner schon ausschließen können. Und dann gab es noch ein paar Auslandsdeutsche, die Sie irgendwann dann auch noch ausgeschlossen haben.

Heute ist es einfach nicht mehr so leicht. Gerade in Bereichen wie beispielsweise E-Mail gibt es erhebliche Probleme an der Stelle, und an diesen Bereichen kommen Sie mit rein technischen Systemen nur bis zum bestimmten Prozentsatz eines definitiven Ausschlusses. Das heißt, selbst wenn Sie irgendein Datum finden, was aufgrund des Inhalts sich als geschützt zeigt, können Sie nicht mal die Metadaten, die sich darum kringeln, als



Nur zur dienstlichen Verwendung

Anhaltspunkt nehmen, weil eventuell diese Person irgendwo von einem Internetcafé die Mail geschickt hat, und Sie können dann nicht sagen: Okay, dieses Ding schließe ich jetzt einfach aus. - Das heißt, es gibt Dinge, die sind einfach aufgrund des Wissens und des Nachziehens des Filters bereinigbar.

Das bedeutet, ich habe beim Telefon, Fax einen Auslandsdeutschen oder eine Firma, von der ich feststelle, ist deutsch; dann muss ich halt schauen, welche Kommunikationsmittel benutzt sie, und das entsprechend in einer Liste mitführen und sagen: Okay, in dem Moment, wo ich da einen Treffer habe, fliegt das Ganze weg. - Und es gibt Dinge, die Sie aufgrund der Fehleranfälligkeit, aufgrund des Kommunikationsverhaltens durch solche Metadaten nicht eindeutig ausschließen können, und dafür brauchen Sie dann den Menschen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also, das zeigt aus meiner Sicht eben nicht die Fehleranfälligkeit, sondern zeigt, dass aufgrund der Komplexität es im Grunde genommen auch auf menschliche Einsichtnahme ankommt.

Zeuge T. B.: Im Endeffekt ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie werden denn die - - Wird das Personal, das dafür verantwortlich ist, denn dafür geschult?

Zeuge T. B.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie geschieht das? Sind das kurze Einweisungen, oder ist das ein mehrmonatiger Lehrgang? Wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge T. B.: Nein, innerhalb des Bereiches, der dann diese Nachrichten zu Meldungen verdichtet. Die werden entsprechend geschult von den Juristen, die erhalten die entsprechenden G-10-Einweisungen und -Belehrungen. Diese Dinge werden immer wieder wiederholt. Es gibt dann auch einen Teilbereich, an den man sich wenden kann oder auch mal ein Dokument schicken kann, bei dem man sich nicht sicher ist, und dann wird weiterrecherchiert, beispielsweise

über den Firmennamen: Welche Besitzverhältnisse stehen dahinter? Ist es jetzt wirklich ein G-10-Datum oder nicht? - Aber so was tut man dann natürlich auch nur, wenn der Inhalt eigentlich es rechtfertigt. Wenn man sieht, es ist sowieso kein wichtiger Inhalt, wird es weggeschmissen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Heißt das, dass es eine sogenannte Clearing- oder Vertrauensstelle gibt, an die sich dann entsprechende Fachleute wenden können in Zweifelsfragen?

Zeuge T. B.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ist diese in der Zentrale?

Zeuge T. B.: Die ist in der Zentrale und steht unter enger juristischer Begleitung.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke schön. - Ich möchte nun zu den Daten von Amerikanern kommen. In der Presse wurde berichtet, dass der BND bei der Filterung nicht die Daten von US-Amerikanern entferne; diese dürften an die NSA aber nicht weitergegeben werden. In der Presse heißt es, dies sei ein Indiz für Ringtausch, bei dem ein Dienst Daten über Bürger eines anderen Landes sammelt, diese dem anderen Land übermittelt und dafür Daten zu Bürgern des eigenen Landes erhält, die er selbst nicht sammeln darf. Beweise für Ringtausch in der Zeit von 2004 bis 2007 lägen allerdings nicht vor, berichtet *Zeit Online*. Erstens: Ist es richtig, dass Daten von Amerikanern nicht aus den gesammelten Daten herausgefiltert werden?

Zeuge T. B.: Wir haben keine Daten von Amerikanern gesammelt.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nicht die Frage!)

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich habe gefragt, ob - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Das heißt im Grundsatz: Wir haben genauso in dem Selektionsbereich, der von beiden Seiten befüttert wird, explizit die Dinge rausgenommen, die auf einen amerikanischen Treffer hindeuten könnten. Bedeutet auch: Unsere Selektoren sind geprüft worden auf Verletzung amerikanischer Interessen im Sinne von „Da steckt ein Amerikaner dahinter“.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet also, dass von Bad Aibling aus von deutscher Seite keine Daten von Amerikanern an die NSA weitergeleitet wurden?

Zeuge T. B.: Ja, ist richtig.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Würde, wenn es so gewesen wäre, der BND einen Rechtsbruch begangen haben? Nun sind Sie kein Jurist; aber war das in den entsprechenden Auflagen, wäre das als Rechtsbruch bewertet worden?

Zeuge T. B.: Also, kann ich nicht bewerten. Es ist von den gesamten Abläufen her vorgesehen gewesen, dass ein bestimmter Teilbereich, der deutschen Interessen widerspricht, rausgenommen wird und nicht aufgenommen wird und ein bestimmter Teilbereich, der den USA-Interessen widerspricht, nicht gesteuert und nicht aufgenommen wird.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das heißt - -

Zeuge T. B.: Daher hat man wirklich auch diese Dinge mit rausgefiltert in den Front-End-Systemen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet also, Sie können für Ihre Amtszeit dort ausschließen, dass bewusst Daten von Amerikanern an US-Behörden, also sprich: an die NSA, übergeben wurden?

Zeuge T. B.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke schön. - In einem nicht datierten Snowden-Dokument - hier für die Fachleute: MAT A Sek-4-1m - steht, die JSA sei eine COMSAT-Einrichtung, die einzigartige Zugriffsmöglichkeiten bietet, doch

seien einige Einschränkungen zu beachten; so dürfe kein sensibler Nationalitätsselektor ins Visier genommen werden. Aufgelistet sind dazu die Top-Level-Domains de, uk, us und andere. Die NSA-Bearbeiter haben zudem von der JSA eine Liste mit Internetadressen erhalten, die nicht als Ziele genutzt werden dürfen, unter anderem basf.com, bundeswehr.org, siemens.com usw. - Wie verstehen Sie dieses Dokument? - Mir persönlich erscheint es unklar, ob sich diese Ausführungen gewissermaßen als Handlungsanweisung an die NSA-Analysten richten, die mit den JSA-erhobenen Daten arbeiten, oder ob sie auf den vorgelagerten Prozess der Datenerhebung abstellen. Wie ist das einzuschätzen?

Zeuge T. B.: Dieses Papier ist ein Papier, das für die Steuerung der amerikanischen Selektoren an die amerikanischen Analysten gerichtet war. Damit die wissen, welche ihrer Quellen sie wie steuern dürfen, wo es eventuelle Vorbehalte gibt, ist dieses Papier quasi intern an die Analysten weitergegeben worden. Und dort steckt im Grundsatz einiges davon drin, was in den rechtlichen Anlagen innerhalb der Vereinbarungen drinsteckt: eben dass keine Deutschen gesteuert werden dürfen.

Und diese Domains, die da beispielhaft angeführt wurden, das waren Domains, die dann sehr weit vorne in dem Filterprozess, schon in dem Bereich, wo gemeinsam noch zugegriffen wurde, eingestellt wurden, und es ist keine vollständige Liste. Und dass es gut war, dass wir diese vollständige Liste nicht in den gemeinsamen Bereich, sondern in den Filterbereich am Ende des Ganzen, also bevor es dann weiter gesplittet wurde, reingesetzt haben, zeigt ja auch die Veröffentlichung dieses Papiers.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Zeuge. Ich gebe weiter an meinen Kollegen Ostermann. Danke schön.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Herr B., meine wenigen Fragen richten sich auf die weiteren NSA-Softwareprodukte, also neben XKeyscore, die zum Einsatz gekommen sind in Bad Aibling. Es ist unklar, wie viele Produkte es tatsächlich sind. Ihr Nachfolger R. U. sagte uns, dass es die



Nur zur dienstlichen Verwendung

amerikanischen Systeme deshalb gegeben hat im Einsatz des BND, weil sie höherwertiger gewesen seien in technischer Hinsicht als das, was man sonst im BND einsetzen würde, und dass man diese Systeme, was man nachvollziehen kann, nicht einfach bei Firmen kaufen könne. Ich möchte jetzt von Ihnen wissen, welche weiteren funktional unterschiedlichen Systeme der NSA in Bad Aibling zum Einsatz gekommen sind.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge T. B.: Das kann ich in nichtöffentlicher Sitzung sagen. - Aber vom Grundsatz her möchte ich das auch wieder an einem analogen Beispiel nehmen. Wenn Sie in Ihrem Werkzeugkasten einen Hammer und eine Wasserrohrzange haben, dann können Sie damit 90 Prozent der Arbeiten erledigen. Wenn Sie aber wirklich versuchen, eine Zündkerze zu wechseln, ist es eher etwas kritisch, wenn Sie da mit einer Wasserrohrzange drangehen. Das heißt, Sie brauchen für bestimmte Aufgaben einfach auch angepasstes Werkzeug; und genau dieses ist an vielen Stellen passiert. Der Vorteil, den einfach die Zusammenarbeit brachte, war, dass Sie auch Werkzeuge hatten, die Sie sehr selten nutzen konnten, die aber relativ aufwendig sind. Wenn Sie nur zweimal im Jahr die Winterreifen oder Sommerreifen wechseln und sich dafür einen Drehmoment-schlüssel, der relativ teuer ist, besorgen, dann ist es eben die Frage: Machen Sie das, oder ziehen Sie einfach die Räder Pi mal Daumen fest?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank.

(Dr. Tim Ostermann
(CDU/CSU): Eine weitere
Frage noch!)

- Eine!

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Eigentlich schon größtenteils beantwortet, aber noch einmal zur Klarstellung, ob Sie die Einschätzung haben, ob die Systeme, die von der NSA kamen, die dann eingesetzt worden sind, auch hätten ersetzt werden können durch deutsche Eigenentwicklungen,

also entweder BND-Eigenentwicklungen oder durch Eigenentwicklungen deutscher Firmen, ob das diskutiert worden ist, ob das überhaupt möglich gewesen ist.

Zeuge T. B.: Es ist prinzipiell möglich, einfach deswegen, weil unsere Ingenieure nicht schlechter sind wie die amerikanischen. Warum ich trotzdem nur „prinzipiell“ sage, ist: Die Ressourcen, die an der Stelle dahinterstecken, sind halt um ein Vielfaches größer wie bei uns. Bei uns wird nach Prioritäten gesteuert, und da wird das entwickelt, was einfach prioritär wichtig ist, und die Dinge, die spezielle, nur in Einzelfällen zu nutzende Werkzeuge betreffen oder Signalarten oder was auch immer Sie da einsetzen wollen, werden halt dann in der Priorität so weit nach hinten geschoben, dass es nicht entwickelt wird. Darum sage ich: Prinzipiell ja, wir könnten es, aber der Aufwand ist überproportional hoch. Da müsste das Budget mit Sicherheit verdoppelt werden.

(Zuruf: Mindestens wahrscheinlich!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz klasse. - Danke schön für die Fragen der CDU/CSU-Fraktion.

Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. - Der Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe zahlreiche Fragen. Ich will noch mal zurückkommen auf die Frage, was Sie heute machen; da habe ich ja vorhin nachgefragt. Und zwar haben Sie gesagt, dass Sie heute etwas tun, das mit all dem gar nichts mehr zu tun hat. Richtig?

Zeuge T. B.: Ja.

(RA Johannes Eisenberg:
Mit dem Beweisgegenstand!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, mit dem Beweisgegenstand, genau. -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber die interessante Frage ist, seit wann Sie denn in dieser neuen Stelle sind.

Ich mache es Ihnen mal unkomplizierter; Sie können einfach nicken. Ich habe die Information, dass Sie wenige Tage vor dem ersten Auftritt hier eine neue Stelle angetreten haben. Ist das so?

Zeuge T. B.: Im Grundsatz gibt es immer wieder Wechsel innerhalb des BND. Das geht mit der Personal-

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese allgemeinen Ausführungen sind hochinteressant; aber meine Zeit ist zu kostbar, als dass ich mich damit aufhalten würde. Ich würde gerne ein Ja oder ein Nein hören.

Zeuge T. B.: Hat das mit dem Beweisgegenstand zu tun?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

(Zuruf: Na, dann ist es gut! - Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge T. B.: Ja, ich bin relativ kurz erst auf der neuen Stelle.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenige Tage vor Ihrem Auftreten hier?

Zeuge T. B.: Anfang Oktober bin ich versetzt worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 5. Oktober. Was heißt 5. Oktober?

Zeuge T. B.: Ich arbeite regelmäßig nicht am Sonntag.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Aber man wechselt ja eigentlich nicht immer so zum 5. Deswegen ist es schon eine interessante Frage, warum Sie so kurz vor der Vernehmung eine neue Position antreten. Gibt es dafür einen interessanten Grund, den wir wissen sollten?

Zeuge T. B.: Ich war insgesamt sieben Jahre auf der vorherigen Stelle, und es war Zeit für einen Wechsel.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenige Tage, bevor Sie hier in den Ausschuss kommen?

Zeuge T. B.: Also - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Finde nur ich das kurios?

Zeuge T. B.: Als der Wechsel entsprechend eingeplant wurde, war der Ausschuss oder die Ausschussaufnahme bzw. Zeugenbefragung noch überhaupt nicht im Gespräch.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sind eben neugierig! - RA Johannes Eisenberg: Fragen Sie doch den Dienstherrn! Ich meine, was hat das hier mit dem Beweisgegenstand zu tun? Das sind alles Fragen, die dem Zeugen zur Unehre gereichen!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die was, bitte?

(RA Johannes Eisenberg: Die dem Zeugen zur Unehre gereichen!)

- Zur Unehre gereichen?

(RA Johannes Eisenberg: Sie tun ja so, als würde der Zeuge entscheiden, wo er eingesetzt wird und wann er abgeordnet wird!)

- Das tue ich überhaupt nicht.

(RA Johannes Eisenberg: Dann ist es ja gut!)

- Ich frage ihn, welchen Grund - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

(RA Johannes Eisenberg: Ja, dann sagen Sie mal, was das mit dem Beweisgegenstand zu tun hat!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich aber das bilaterale Gespräch, sei es auch noch so interessant, abbrechen.

RA Johannes Eisenberg: Entschuldigen Sie, Herr Vorsitzender, der Zeuge unterliegt seiner Zeugnispflicht hier nur, wenn er zu dem Beweisgegenstand, den das Parlament bestimmt hat, befragt werden soll. Warum er wann irgendeine Diensttätigkeit ändert, hat doch damit überhaupt nichts zu tun, zumal es fernliegt, dass der Zeuge das entscheidet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen hat er ja auch einen Zeugenbeistand dabei, dass, wenn Fragen darüber hinausgehend sind, Sie mit Ihrem Mandanten beraten können, ob das mit dem Beweisgegenstand zu tun hat oder nicht. Die Frage lasse ich zu. Wenn Sie sagen: „Es hat damit nichts zu tun, sehe ich auch keinen Bezug“, dann können Sie das ja jeweils anmerken; und deswegen sitzen Sie ja auch hier.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich mache mir ein Gesamtbild vom Zeugen. Das kennt der Kollege Eisenberg gut, dass man das macht. Und wenn jemand vor einer so wichtigen Zeugenaussage hier wenige Tage vorher auf eine neue Dienststelle versetzt wird, nachdem er vorher viele Jahre mit genau diesen Fragen befasst war, ist das zumindest kurios und sollte hier einmal festgehalten werden. Herr Eisenberg, das ist sozusagen Teil unserer Arbeit. Und ich mache dem Zeugen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zumindest wollte ich ganz kurz noch anmerken, weil das auch sicherlich Gegenstand ist, dass der Zeuge auch gesagt hat, die Einplanung ist weitaus früher bereits erfolgt, die Planung für diesen neuen Stellen-/Dienstantritt, wie wir das dann auch immer bewerten mögen. Ich wollte es nur der Vollständigkeit halber sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schön, dass Sie es noch mal sagen. Das würde mich jetzt dazu veranlassen, da diverse Rückfragen noch zu stellen, weil das natürlich alles und nichts heißen kann.

(Zuruf von
RD Philipp Wolff (BK))

- Ja, Herr Wolff, ich spare es mir; ich habe zu wenig Zeit für so was. Aber ich bleibe dabei: Das ist hochkurios.

Herr Zeuge, was mich wirklich interessiert, ist, wie wir hier vom Filtern reden. Und - ich habe das ja vorhin schon angemerkt - ich bleibe dabei: Sie wechseln häufig zwischen Filtern, die einmal die Glasfaser betreffen, dann reden Sie wieder von Satelliten. Alles geht so durcheinander, und weil Sie ein kompetenter, hoher BND-Beamter sind, vermute ich Vorsatz. Das darf ich an dieser Stelle mal sagen.

Deswegen frage ich Sie, wenn Sie hier von diesen 95- und dann 99-Prozent-Filtern reden: Von welchen Filtern reden Sie denn eigentlich? Welche Filter in diesem Verfahren sind das? Ist das ein Filter, der angewendet wird, wenn am DE-CIX-Knotenpunkt die Daten abgegriffen werden?

Zeuge T. B.: In 99 Prozent ist die erste Ableitung, an denen Daten abgeleitet wurden, in diese gemeinsame Dienststelle.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Satz habe ich überhaupt nicht verstanden. Ich habe das bisher so begriffen, dass die Daten nach Bad Aibling erst in der zweiten Runde gekommen sind und dass die von einer anderen Stelle des BND gekommen sind.

Zeuge T. B.: Ja, über - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Haben Sie mit diesen Filterungen, die vorher stattfinden, irgendetwas zu tun, oder haben Sie über diese Filterungen, die dort stattfinden bei der Ausleitung der Daten, überhaupt heute irgendetwas gesagt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Ich habe gesagt, dass die Aussagen der Zeitungen mit 95 Prozent nicht stimmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das habe ich nicht gefragt. Ich habe gefragt, wovon - - Wenn Sie von Filtern sprechen, dann sprechen Sie von den Filtern, die Sie in Bad Aibling anwenden. Korrekt?

Zeuge T. B.: Nein. Es war - - Es wurde mir dieser Zeitungsartikel vor die Nase gehalten, und ich sollte dazu Stellung nehmen. Damit habe ich Stellung genommen. Es ist in der ersten Stufe am Abgriffspunkt ein Filter gewesen mit 99 Prozent. Der war nicht in der Hand von unserer Stelle; das war explizit von der Konstruktion so vorgegeben, damit wir nicht fehlerhafterweise dort Einfluss nehmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie jetzt sagen „wir“, dann meinen Sie damit nicht die JSA, damit meinen Sie den BND „tutto completo“?

Zeuge T. B.: JSA.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): JSA?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also haben Sie etwas mit dem Abgriff der Daten am DE-CIX-Knotenpunkt zu tun?

Zeuge T. B.: Der BND als solcher hat mit diesem Filter zu tun, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge T. B.: - aber JSA nicht.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja genau die Frage, Herr Zeuge. Also ich frage mich, wie ich das formulieren kann.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Herr Eisenberg, machen Sie doch das Mikrofon an, wenn Sie sprechen; dann geht es zu Protokoll.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein, das sollten Sie gar nicht hören, was ich jetzt dem Zeugen gesagt habe!)

- Ach so, aha. - Herr Zeuge, wir versuchen es noch mal, ja? Die Daten werden ausgeleitet in Frankfurt; da hat die JSA noch gar nichts damit zu tun. Korrekt?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie noch gar nichts damit zu tun. Korrekt?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie von - -

Zeuge T. B.: Wenn Sie mich als JSA-Angehörigen ansprechen, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage Sie als Zeugen, und ich frage Sie nach Ihrer Kenntnis; und da Sie es gerade so spitz sagen: Ich habe die ganze Zeit schon die Vermutung, dass Sie jedes Mal, wenn Sie sagen „meines Wissens, ja“, dass Sie diesen Begriff sehr bewusst verwenden, weil Sie von positivem Wissen sprechen.

Ich frage Sie aber, wenn Sie davon - - also ob Sie über eine Sache Erkenntnisse haben, dass Sie es nicht positiv zu 100 Prozent wissen müssen, sondern, ob Sie schon mal davon gehört haben. Verstehen Sie meine Definition?

Zeuge T. B.: Ja. Ich muss aber nur das sagen, was ich weiß, nicht das, was ich spekuliere.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber was Sie gehört haben. Ihre Erkenntnisse müssen nicht prozentig sein.

(RA Johannes Eisenberg:
Ja!)

- Was „ja“, Herr Eisenberg? Sehen Sie das anders, ja?

(RA Johannes Eisenberg:
Das sehe ich anders!)

- Aha. Das ist ja interessant.

(RA Johannes Eisenberg:
Was er nicht weiß ... (akustisch unverständlich)!)

Das relativiert aber auch - ich sage es Ihnen mal - alle Aussagen, die wir hier bisher gehört haben. Wenn wir davon reden, dass hier ein hoher BND-Mitarbeiter nur sagt, was er zu 100 Prozent weiß - im Sinne von Wissen, wie seine Mutter heißt -, dann ist es natürlich erkenntnismäßig schwierig, wenn es darum geht, ob er es schon mal gehört hat - Herr Zeuge, Sie lächeln so, als wüssten Sie genau, wovon ich spreche -, dann relativiert das den ganzen Zinnober, den wir hier machen, ja, weil man natürlich viele Dinge nicht weiß, wie man den Namen seiner Mutter weiß.

(RA Johannes Eisenberg:
Aber den Wissens... (akustisch unverständlich) mit dem Namen seiner Mutter haben Sie jetzt hier eingeführt! Den hat der Zeuge Ihnen nicht entgegengehalten!)

- Nein, das stimmt; den habe ich eingeführt. Sehr aufmerksam!

So. Also, ich möchte noch mal anfangen: Die JSA hat mit dem Filtern der Daten bei der Erhebung am DE-CIX-Knotenpunkt nichts zu tun gehabt. Korrekt?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie im Sinne von sicherem Wissen, eigener Erkenntnis, so, wie Sie Dinge einfach wissen in Ihrem Leben, was genau dort passiert ist?

Zeuge T. B.: Wie diese Trennung vonstattenging?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ob und wie diese Trennung vonstattengeht.

Zeuge T. B.: Ja, erläutere ich Ihnen gerne in nichtöffentlicher Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Aber Sie wissen das.

Zeuge T. B.: Ich weiß, was dort geplant war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Jetzt reden wir ja immer von Filtern oder Selektoren. Letztlich sind das Rastermerkmale, die da eingegeben werden. Jetzt haben Sie vorhin auf die Frage von dem Kollegen Kiesewetter gesagt, Sie wissen nicht, um wie viele es sich handelt. Ja? Jetzt frage ich Sie noch mal: Um wie viele handelt es sich denn ungefähr?

(Martina Renner (DIE LINKE): 100 oder 1 000? - Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge T. B.: In welchem Bereich jetzt?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Ja!

Zeuge T. B.: Nein. In welchem Bereich?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In dem, in dem Sie verantwortlich waren bei der JSA, in Bad Aibling, da draußen in Bad Aibling.

Zeuge T. B.: Nein. Sprechen wir von Selektoren im Rahmen von Telefonnummern, Faxnummern?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, wir reden von der Glasfaser im Augenblick.

Zeuge T. B.: Ja, auch auf Glasfaser gibt es Fax.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber von den Daten, die Sie bei der Glasfaser ab- - Da wird es ja eine eigene, die nichts mit dem Satelliten zu tun hat, Filterauswahl geben. Und um wie viele Filter reden wir hier?

Zeuge T. B.: Wie viele Selektoren in diesem Filter drin sind?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sie können meine Frage auch noch mal wiederholen. Genau.

Zeuge T. B.: Tut mir leid, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ungefähr?

Zeuge T. B.: Ich weiß es auch nicht ungefähr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 17 Millionen?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, weniger. - 17?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Hören Sie, Herr B., Sie sind Zeuge hier, und Sie müssen uns die Wahrheit sagen. Sie müssen uns die Wahrheit sagen, -

Zeuge T. B.: Aus genau diesem Grund - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und Sie können nicht hier so tun, als hätten Sie keine Idee, um wie viele Selektoren es geht. Das ist eine Unverschämtheit gegenüber diesem Gremium hier. - Unfassbar!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich aber aus zwei Gründen einschreiten: einmal wegen der Zeit, die jetzt über zwei Minuten abgelaufen ist, und zum Zweiten auch: Wir wollen die Zeugenaussage haben und nicht den Zeugen einschüchtern. Das ist nicht - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hört es aber auf, wirklich!)

- Nein.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann unterbrechen wir jetzt!)

- Nein, wir unterbrechen auch nicht, sondern wir machen jetzt weiter. - Ich bitte noch mal, hier im Stil eine gewisse Begrenzung, gerne eine sehr forsche Zeugenbefragung, aber nicht eine Beschimpfung der Zeugen - -

(RA Johannes Eisenberg:
Der Zeuge würde gern die Frage noch beantworten!)

- Das darf er auch, nachdem ich ausgedet habe.

(RA Johannes Eisenberg:
So! Also, er weiß es nicht!)

Aber diesen Punkt möchte ich doch hier klarstellen, dass es eine gewisse Grenze bei der Befragung der Zeugen hat.

Jetzt darf der Zeuge gern die Frage beantworten, die mich natürlich auch interessiert. Aber bitte keine Spekulationen, sondern wir möchten das hören, was Sie wissen.

Zeuge T. B.: Nein, ich weiß es nicht. Ich weiß nicht, wie viele Selektoren an dieser Stelle eingestellt wurden. Wir sind im Endeffekt in einem Testbetrieb gefahren, und der Test war noch nicht freigegeben für die Produktion, weil wir einfach noch getestet haben: Wie funktionieren die Filter? Können wir wirklich in Produktion ge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

hen? - Für einen Test haben Sie auch eine bestimmte Anzahl an Selektoren. Aber das heißt noch nicht unbedingt, dass diese Anzahl genauso groß ist wie dann im Produktionsbetrieb, und ich kann mich nicht erinnern, wie hoch die Anzahl für diesen Test Glasfaser war. Es tut mir leid.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, wir nehmen das so hin, und es muss ja auch stimmen. Es wird sich ja sicherlich auch im Rahmen der Vernehmungen weiterer Zeugen so rausstellen.

Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion der SPD. Ich darf Herrn Kollegen Flisek das Wort für die Fragen geben.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich möchte noch mal auf eine Frage vom Kollegen Kiesewetter zurückkommen. Da ging es nämlich um die Frage, wo diese Selektorenprüfung stattfindet, und - korrigieren Sie mich, ob ich Sie richtig verstanden hatte - Ihre Antwort war - und dann ging das auch gleich weiter zum nächsten Thema -: Das findet in der G-10-Abteilung statt.

Zeuge T. B.: Nein, es findet in der Zentrale statt, in einem Bereich, der auch für die Unterdrückung der G-10-Kriterien oder G-10-selektierten Materialien ist, weil ich dort natürlich auch die entsprechenden Daten habe für die Unterdrückung. Heißt: In dieser Stelle gibt es die juristische Begleitung in diesen ganzen Prozessen, denn nur wenn diese Selektoren oder diese Begriffe, die unterdrückt werden müssen, auch von den Juristen freigegeben werden, dann geht es in den weiteren Verarbeitungsprozess, dass man dann anschließend sagen kann: So, und an der Stelle XY greift jetzt dieser G-10-Identifizierungsfiler.

Christian Flisek (SPD): Aber der Maßstab für die Selektorenprüfung ist noch mal weitergehend?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Er ist ja nicht nur auf G 10 beschränkt, sondern umfasst das, was wir als deutsche Interessen herausgearbeitet haben.

Da waren wir ja stehen geblieben, weil dann meine Zeit auch abgelaufen war. Ich wollte darauf jetzt noch mal sozusagen zurückkommen.

Versuchen Sie mir doch mal zu erläutern, wie man so was wie „deutsche Interessen“ überhaupt operativ handelbar macht bei der Prüfung von Selektoren und bei der Frage, wie dann die Entscheidungsfindung - findet ein Selektoreinsatz statt oder nicht? - läuft.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge T. B.: Gut, die Details dazu sollten wir in die nichtöffentliche Sitzung nehmen.

Christian Flisek (SPD): Okay, dafür habe ich Verständnis. - Ich würde aber jetzt dann sozusagen noch mal einen Einwurf von Ihnen, der auch in der Presse war - - Heute ist ja das Stichwort EADS gefallen. Also offensichtlich gab es wohl mal einen Fall, wo Amerikaner hergegangen sind und einen Selektor, der einen EADS-Bezug hat, in den Raum geworfen haben, gesagt haben: Das hätten wir gern. - Ist das richtig?

Zeuge T. B.: Ich habe es als fiktives Beispiel genannt.

Christian Flisek (SPD): Aha.

Zeuge T. B.: Ich bin nicht sicher, ob es irgendwo auch mal aufgetaucht ist. Es ist halt plakativ, weil es leicht nachvollziehbar ist.

Christian Flisek (SPD): Also, das heißt, Sie - - Das war fiktiv?

Zeuge T. B.: Als ich es angesprochen habe, war es - -

Christian Flisek (SPD): Das haben Sie sich heute spontan ausgedacht?

Zeuge T. B.: Nach dem, was ich hier so in Erinnerung habe, ja. Falls es wirklich vor sieben, acht, neun Jahren mal aufgetreten ist, weiß ich es nicht mehr.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ein schöner Zufall.

Zeuge T. B.: Vielleicht war es auch im Hinterkopf - -

Christian Flisek (SPD): Also, ich habe Verständnis dafür - -

Zeuge T. B.: Ich sage, vielleicht - -

Christian Flisek (SPD): Ich sage, ich hätte Verständnis dafür, wenn Sie sagen: Dazu sage ich etwas in der nichtöffentlichen Sitzung. - Dafür habe ich Verständnis. Aber wenn Sie jetzt sagen, das war jetzt nur irgendein fiktives Beispiel, und eigentlich wissen Sie darüber nichts - -

Also, ich möchte auf einen anderen Punkt jetzt noch mal hinaus. Wir haben ja in der transatlantischen Debatte, die wir hier gerade auch mehr oder weniger intensiv führen, eine Aussage des US-amerikanischen Präsidenten Obama, der gesagt hat: Also wir machen Spionage insbesondere bei der NSA nur für unsere Sicherheitszwecke, und Wirtschaftsspionage schließen wir aus. - Jetzt interessiert mich natürlich, ob es Selektoren gibt oder gab, die beispielsweise irgendeinen wirtschaftsrelevanten Bezug hatten. Und EADS ist zumindest mal einer der ganz wesentlichen wirtschaftsrelevanten Bezüge, die ich mir im transatlantischen Verhältnis vorstellen kann. Wenn Sie mir jetzt natürlich sagen, das ist einfach nur ein fiktives Beispiel, das Sie sich ausgedacht haben - -

Zeuge T. B.: Wie gesagt, ich bin mir nicht ganz sicher. Ich bin der Meinung, es wäre ein fiktives Beispiel gewesen.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge T. B.: Falls es wirklich aufgetaucht wäre, so wie ich diese Abläufe kenne - es wird abgelehnt -, wird so etwas in Zukunft nicht mehr - - Oder dann ist es durchgerutscht an einer Prüfungsstelle, an der anderen Stelle.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so!)

Christian Flisek (SPD): Gut.

Zeuge T. B.: Denn es ist - - Wenn überhaupt, ist es dann maximal einmal aufgetreten, und irgendwo im Hinterkopf war es, und dann war es vielleicht dieses fiktive Beispiel. Aber ich kann mich jetzt nicht erinnern, dass es wirklich aufgetreten wäre.

Christian Flisek (SPD): Dann frage ich mal so: Wie viele Fälle sind Ihnen in Ihrer Tätigkeit denn bekannt, wo Selektoren von den Amerikanern vorgelegt worden sind, die wirtschaftliche Bezüge hatten und die dann natürlich richtigerweise wegen deutscher Interessen zwar nicht zum Einsatz kamen, was ich hoffe, aber die von den Amerikanern vorgelegt worden sind?

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Zeuge T. B.: Ich kann mich jetzt an kein Beispiel erinnern in dieser Richtung.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur fiktiv!)

Es ist aber auch so, dass ich nicht jede Ablehnung gelesen habe. Das ist ein Prozess, den habe ich begleitet, aber nicht jeden einzelnen Datensatz, der in die Zentrale gegeben wurde oder wieder rauskommt, auch gegengeprüft, muss ich sagen. Nachdem man gesehen hat, es funktioniert, es ist auch dieser Ablauf vernünftig, war es für mich etwas, wo man dann nur noch sporadisch draufschauen muss, und in diesen Prüfungen gab es für mich nicht sichtbar, dass etwas aus wirtschaftlichen Interessen abgelehnt wurde. Also, falls es wirklich auch dieses Beispiel real gegeben haben sollte, dann ist es bei dem AND, bei dem Partner, durchgerutscht und quasi aus deren Endprüfung gefallen, bevor diese Selektoren an uns übermittelt haben. Dass sie eine Endprüfung gemacht haben, erklärt auch, dass eigentlich relativ wenige Deutsche in diesen an uns übermittelten Bereichen enthalten waren.

Christian Flisek (SPD): Also, die AND-Endprüfung, haben Sie darüber Erkenntnisse, wie die



Nur zur dienstlichen Verwendung

ausgesehen hat? Hat man Ihnen das - - Sie bringen das ja jetzt hier - - Also Sie sagen, bevor so ein Selektor bei Ihnen ankam, gab es eine AND-Endprüfung?

Zeuge T. B.: Ja. Diese AND-Endprüfung gab es, weil es trotz des Snowden-Papiers, das als Arbeitsanweisung für die Analysten zu verstehen ist, immer wieder auch Analysten gab, die dann bestimmte Selektoren gesteuert haben, die auch einen deutschen Bezug hatten. Diese Endprüfung fand in der sogenannten Blechdose statt, und die haben dort auch die Selektoren, die reinkamen, aus ihrer Sicht schon mal gefiltert und dann erst an uns weitergegeben.

Christian Flisek (SPD): Auf der Grundlage des Memorandum of Agreement?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Also, die waren gehalten sozusagen, eventuelle Fehler ihrer Kollegen in den USA noch mal sozusagen auszumerzen, -

Zeuge T. B.: Ja, natürlich, damit wir - -

Christian Flisek (SPD): - bevor das dann sozusagen zu Ihnen kam, damit man sich nicht sozusagen bei der Selektorenübergabe blamiert, weil man sich dann vertragswidrig verhalten würde, oder?

Zeuge T. B.: Es sind da drei Dinge dabei. Einmal ist es natürlich ein Verstoß gegen das Memorandum. Der zweite Punkt ist: Es ist ja auch ein Darlegen der eigenen Interessen, und auch das wollte man ja tunlichst vermeiden. Und zum Dritten war es einfach aus der Zusammenarbeit einfacher, wenn diese Dinge schon vorab entfernt waren, weil die Prüfungen dann schneller gelauften sind.

Christian Flisek (SPD): Jetzt frage ich noch mal allgemeiner: Aus Ihrer gesamten Tätigkeit beim Bundesnachrichtendienst, sind Ihnen Bestrebungen des AND, in dem Fall der US-Amerikaner, bekannt, die darauf zielten, gegenüber Deutschland wirtschaftsrelevante Spionage zu betreiben?

Zeuge T. B.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Kein einziger Fall?

Zeuge T. B.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Die Frage - - Ich konkretisiere das deswegen - - Das ist kein Misstrauen; insofern unterscheide ich mich jetzt auch ein bisschen von den Vorhaltungen der Kollegen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das weise ich auf das Schärfste zurück! -
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig!)

Mir geht es in der Tat nicht nur darum, dass es Ihren Verantwortungsbereich betrifft, sondern auch, ob Sie Kenntnis aus anderen Abteilungen haben, die Sie aufgrund Ihrer Tätigkeit beim BND erlangt haben. Also, das ist durchaus jetzt eine weitreichende Frage.

Zeuge T. B.: Ja, es ist mir bewusst, dass es eine weitreichende Frage ist. Ich war sehr lange in den Bereichen, in denen die SIGINT-Dienste zusammenarbeiten, und an diesen Stellen wird die Zusammenarbeit thematisiert, und da gibt es bestimmte Aspekte, die nicht angesprochen werden in diesen Zirkeln, und da gehören die nationalen Interessen der einzelnen Nationen auch dazu. Das sind alles Dinge, die nicht angesprochen werden, wo man sich auch tunlichst fernhält von bestimmten Argumentationsketten. Das heißt, in diesen Bereichen, weil ich einfach immer wieder auch mit den Nationen zusammen war, hatte ich keine Kenntnis, denn dort hätte man auch denjenigen gesteinigt, wenn irgendeiner da was Falsches gesagt hätte.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie im Laufe Ihrer Zeit irgendwelche Veränderungen in der Politik im Verhältnis zu den Amerikanern wahrgenommen? Also, es gab sicherlich, auch was unseren Untersuchungszeitraum markiert, ja zwei große Zäsuren: 9/11 einerseits, was dann sicherlich zu einer anderen Sicherheitspolitik geführt hat, und jetzt auch auf der anderen Seite die Enthüllungen



Nur zur dienstlichen Verwendung

durch Edward Snowden. Wenn man mal diese Zäsuren als Eckpunkte nimmt: Gab es signifikante Änderungen, die Konsequenzen hatten für Ihre alltägliche Arbeit mit den Amerikanern in dieser Zeit?

Zeuge T. B.: Gut, unmittelbare Auswirkungen hatte 9/11 darin, dass die entsprechende Stelle in Bad Aibling, die Bad Aibling Station, statt 2002 2004 zugemacht wurde. Das war eine Konsequenz daraus. Wie weit das auch zu dem Angebot beigetragen hat, die gemeinsame Dienststelle aufzubauen, weiß ich nicht. Wäre denkbar, aber das ist reine Spekulation.

Der andere Bereich - Snowden - hat natürlich auch Veränderungen herbeigeführt, weil es in der Zusammenarbeit bestimmte technische Einschränkungen gab, in die man dann in der Herausforderung gehen musste, sei es, dass irgendwelche Verbindungen getroffen sind oder, oder, oder. Das geht einfach darum: Wenn Sie in einem größeren Bereich zusammenarbeiten und plötzlich auf der anderen Seite aufgrund der verschärften Sicherheitsvorgaben die Administratoren nur noch im Vieraugenprinzip arbeiten dürfen, dann hat es natürlich Auswirkungen auf den Gesamtkomplex im internationalen Bereich. Also, da ist der BND dann betroffen.

Aber in der Froschperspektive Bad Aibling waren die größeren Misstöne eher zu sehen 2007, als man so langsam erkannt hat, dass man aufgrund der Filterphilosophien und auch aufgrund der Einschränkungen des deutschen Rechtes nicht zu den Ergebnissen kommen wird, die man sich erwartet oder erhofft hat. Das war eigentlich die größere Zäsur, auch spürbarere Zäsur aus meiner Froschperspektive von da draußen.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Jetzt komme ich noch mal auf das, was Sie jetzt gesagt haben, zu sprechen. Die *Süddeutsche Zeitung* hat ja geschrieben, die Zusammenarbeit

scheiterte daran, dass es technisch nicht möglich ist,

- ich zitiere jetzt -

eine absolute und fehlerfreie Trennung von geschützter und ungeschützter Kommunikation zu erreichen.

Teilen Sie diese Einschätzung? Trifft das zu? Oder sind - habe ich Sie jetzt richtig verstanden? Gerade haben Sie das ja gesagt - diese Misstöne und damit eine viel entscheidendere Zäsur im Laufe dieser Zeit dadurch zustande gekommen, dass eben aufgrund der geschilderten Filtertätigkeit - wie soll man formulieren? - die Amerikaner eher enttäuscht waren, dass sie nicht diese Ergebnisse erzielt haben, die sie sich eigentlich am Anfang erwartet haben?

Zeuge T. B.: Es wird eine Mischung aus diesen ganzen Dingen sein. Wenn Sie nur aus einer Sicht das Ganze betrachten, dann sehen Sie natürlich diese Dinge, dass Sie enttäuschte Mitarbeiter in dem Sinne haben, so nach dem Motto „Wir haben viel Geld und Energie reingesteckt, und es kommt nichts dabei raus“, was wir ja für unsere Seite in der gleichen Art und Weise argumentativ vertreten mussten. Und der andere Aspekt, dass man sagt, okay, wie in der *Süddeutschen* dargestellt - - Können Sie diesen Absatz noch mal lesen, bitte?

Christian Flisek (SPD): Also, ich zitiere jetzt noch mal:

Das Vorhaben scheiterte daran, dass es technisch nicht möglich ist, eine absolute und fehlerfreie Trennung von geschützter und ungeschützter Kommunikation zu erreichen.

Also im Endeffekt ist das die Behauptung, die Filter hätten eben nicht funktioniert, und dann hätte die Konsequenz gelautet: Die deutsche Seite hat die kalten Füße bekommen und hat gesagt: Jetzt machen wir den Laden aber ganz schnell dicht.

Zeuge T. B.: Also, ob die deutsche Seite soweit kalte Füße bekommen hat, müssen Sie die Abteilungsleiter fragen oder so was in der Richtung.

Christian Flisek (SPD): Das werden wir tun.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Aber an der Stelle: Es ist aus rein technischer Sicht, wie ich vorhin erläutert habe, nicht möglich, eine hundertprozentige Trennung herbeizuführen. An der Stelle gibt es ein politisches Risiko. Ob dieses politische Risiko der Führung des BND zu heiß geworden ist und sie daher die Notbremse gezogen haben oder ob der Amerikaner gesagt hat: „Es kommt zu wenig raus; ich mag nicht mehr, ich kann das nicht mehr in der Form weiterführen“, das weiß ich nicht. Aber es kommt im Endeffekt auf das gleiche Ergebnis: Es gibt keine hundertprozentige Filterung. - Wenn ich darauf sage - politisch gesehen -: „Es muss 100 Prozent gefiltert werden“, dann kann ich eine solche Kooperation in diesem Rahmen nicht führen.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie halten beide Möglichkeiten als Gründe für eine Beendigung oder eine Kombination von beidem auch für möglich?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aber was es am Ende war, entzieht sich Ihrer Kenntnis?

Zeuge T. B.: Was es wirklich war, entzieht sich meiner Kenntnis.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Ich habe im öffentlichen Teil jetzt keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Herr Kollege Flisek. - Wir kommen damit zur nächsten Fragerunde. Ich darf wieder Frau Kollegin Renner von der Fraktion Die Linke das Wort geben.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Zeuge, was war denn die Dienstsprache, also die dienstlich verwendete Sprache in der JSA?

Zeuge T. B.: Englisch.

Martina Renner (DIE LINKE): Wurden auch alle Dokumente in Englisch abgefasst oder in beiden Sprachen?

Zeuge T. B.: Die Vertragsdokumente waren zweisprachig. Die Dinge, die den BND betroffen haben, wurden in Deutsch formuliert, und es gab auch die eine oder andere Sache, die dann in Englisch formuliert wurde. Dann gab es, wenn es quasi einen hochrangigen Besuch aus dem eigenen Bereich oder aus dem Partnerbereich gab, natürlich auch entsprechend angepasste Vorträge, also vom AND-Bereich dann in Englisch, im deutschen Bereich auf Deutsch.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Dokumente, die die JSA betrafen, auf Englisch überwiegend?

Zeuge T. B.: In dem Moment, wo es Dinge betraf, die sich um Filterung, um Selektion, um G 10 kringelten, waren das alles Dokumente, die ja BND-intern waren, und die waren in Deutsch.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe jetzt aber nicht - - Sie haben ja vorhin dargestellt, dass es eine gemeinsam betriebene Dienststelle war. Ich frage nach der gemeinsam betriebenen Dienststelle. In welcher Sprache waren die Dokumente abgefasst?

Zeuge T. B.: Wenn es Sitzungen der Managementebene waren, waren diese Protokolle in Englisch.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut; auch ganz interessant. - Hat die NSA eigentlich auch mit Contractors, bezogen auf die JSA, zusammengearbeitet?

Zeuge T. B.: Ich verstehe den Sinn der Frage nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen, was ein Contractor ist? Muss ich das erklären?

Zeuge T. B.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Muss ich nicht. Danke, gut. - Hat die NSA bezüglich der Aktivitäten in der JSA mit Contractors zusammengearbeitet?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Die Mitarbeiter der gemeinsamen Dienststelle waren teilweise hauptamtliche Mitarbeiter der NSA und teilweise Contractors.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Um welche Contractor-Firmen handelt es sich hierbei?

Zeuge T. B.: Die dahinter liegenden Firmen waren uns nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen in der gemeinsam betriebenen Dienststelle nicht, wer aufseiten der NSA dort als Contractor tätig wird, also Software liefert, Hardware liefert, Leitungssysteme liefert etc.?

Zeuge T. B.: Nein, nein, nein, ich glaube, da verstehen wir uns jetzt falsch. Contractor ist ein Zivilangestellter, in dem mal - -

Martina Renner (DIE LINKE): Oder eine Firma.

Zeuge T. B.: Es waren Personen, es waren keine Firmen. Die Mitarbeiter bei uns waren Personen, die von der entsprechenden Firma zur Arbeit bei JSA abgestellt waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Welche Firmen waren das?

(RA Johannes Eisenberg:
Das weiß er doch nicht!)

Zeuge T. B.: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen nicht, welche Firmen dort gearbeitet haben?

Zeuge T. B.: Nein.

(RA Johannes Eisenberg: Ja,
das weiß er nicht!)

Martina Renner (DIE LINKE): Unglaublich. Also, ich meine, wir wissen ja, dass - -

(RA Johannes Eisenberg: Er
soll Ihnen doch nur sagen,
was er weiß und was er
nicht weiß!)

- Ja, ja, genau.

(Zuruf von
RA Johannes Eisenberg)

- Ich habe nur gedacht - er war ja Leiter dieser Einrichtung - ,

(RA Johannes Eisenberg: Ja!
... (akustisch unverständlich))

dass man weiß, wer in dem Haus ein und aus geht. Das würde ich bei einer sicherheitsrelevanten Stelle wie einem Geheimdienst annehmen, dass man so was weiß als Leiter.

(RA Johannes Eisenberg:
Dann machen Sie Ihren Geheimdienst eben besser das nächste Mal!)

- Ja, der Geheimdienst will das anscheinend nicht wissen.

Zeuge T. B.: Die Contractors waren namentlich und von der Funktion her vom Partner benannt. Der Partner stand ein für die entsprechende Sicherheitsüberprüfung. Das waren die Dinge, die für uns wichtig waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Also da haben private Firmen gearbeitet, aber Sie wissen nicht, welche?

(RA Johannes Eisenberg:
Nein!)

Zeuge T. B.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Private Mitarbeiter - -

Zeuge T. B.: Private Firmen haben dort nicht gearbeitet.

Martina Renner (DIE LINKE): Also private Mitarbeiter privater Firmen haben dort gearbeitet, um in Ihrer Figur zu bleiben, weil da waren ja nur Menschen und keine Firmen. Also private



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitarbeiter privater Firmen haben in der JSA gearbeitet?

Zeuge T. B.: Sie müssen sich das vorstellen wie eine Zeitarbeitsfirma. In dem Moment, wo der Zeitarbeitsfirmennehmer bei einer Firma einen Vertrag über sechs Monate hat, dann ist er dort Firmenmitarbeiter und ist auch den entsprechenden Regularien dieser Firma unterworfen. Und in der gleichen Art und Weise war der Contractor den Regularien der NSA unterworfen, die auch in der Zusammenarbeit mit uns bestimmte Restriktionen hatte.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Sie wissen anscheinend die Vertragsform, aber nicht die Firma, bei der der Vertrag geschlossen war.

Testbetrieb: Also, irgendwie habe ich vorhin so ein bisschen als Ergebnis herausgehört: War alles kein Problem, war Testbetrieb. - Ist denn dieser Testbetrieb an realen Daten ausgeführt worden? Also sind real Daten erhoben worden in dem Testbetrieb, oder hat man Daten simuliert?

Zeuge T. B.: Im Testbetrieb sind scharfe Daten verwendet worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, das ist ja interessant. Dann würden doch auch dann im Testbetrieb sämtliche, sage ich mal, Gesetzlichkeiten, Vorschriften aus dem Datenschutz greifen?

Zeuge T. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, gut. Das heißt irgendwie, dass es - - Sie haben vorhin gesagt: Nur 95 Prozent Sicherheit war herzustellen im Testbetrieb.

Zeuge T. B.: Nein.

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat der aus der *Süd-
deutschen* vorgelesen!)

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Aber im Testbetrieb ist es zu massiven Problemen gekommen.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein, das hat er gar nicht
gesagt!)

Zeuge T. B.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein?

(RA Johannes Eisenberg:
Das stand in der
Süddeutschen!)

- Nicht? Gut, das stand nur in der *Süddeutschen*.

Dann will ich Sie mal konkret fragen: Paketvermittelte Kommunikation, also E-Mail-Verkehre, wie hoch, würden Sie sagen, ist in dem Bereich die Abweichung zu den Vorschriften aus den G-10-Gesetzlichkeiten?

(RA Johannes Eisenberg: Es
gab gar keine
Abweichungen!)

Zeuge T. B.: Es gibt dort keine Abweichungen. Was verstehen Sie unter Abweichungen zu G-10-Gesetzlichkeiten?

Martina Renner (DIE LINKE): Also, bei E-Mail-Verkehr ist es ja ziemlich schwer durch die Verwendung von sozusagen verschiedenen Domains, die ich haben kann, herauszufiltern, ob nicht dabei auch Grundrechtsträger E-Mails versenden, weil es reicht ja nicht alleine, „.de“, „.com“, „.eu“ oder Sonstiges auszuschließen. Wir wissen, da gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, wie man eine E-Mail-Adresse heute wählt, und deswegen - das haben Sie vorhin auch selbst dargestellt - ist im E-Mail-Bereich eben besonders aufwendig, Grundrechtsträgerschutz zu organisieren.

(RA Johannes Eisenberg: Ja,
und?)

Ist das so richtig wiedergegeben?

Zeuge T. B.: Es ist aufwendiger als in anderen Bereichen, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und Sie kommen auch in dem Bereich dann zu 100 Prozent.

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat er gar nicht gesagt!)

Zeuge T. B.: Nein. Das war ja dieser Aspekt, dass man wirklich auf die Daten geschaut hat und als menschliche Überprüfung noch mal ranging, Millionen von E-Mails - -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und jetzt möchte ich mal gerne wissen: Bei E-Mail-Verkehren, also paketvermittelter Kommunikation - - diese Menschen, die da draufgucken, auf wie viele E-Mails gucken die pro Tag?

Zeuge T. B.: Das war im Sommer 2007. Mit dem Testbetrieb waren das 3 000 E-Mails in der Woche.

Martina Renner (DIE LINKE): Auf die geguckt wurde. Und wie viele wurden erfasst im Testbetrieb?

Zeuge T. B.: Das waren genau die, die angekommen sind. Davon waren echt 30 E-Mails noch dahinter, standen noch dahinter.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie haben im Testbetrieb 3 000 E-Mails erfasst in der Woche?

Zeuge T. B.: Pro Woche. Das war die eine Woche, wo der Test gelaufen ist. Da waren 3 000 Kommunikationsvorgänge, die E-Mail-Funktionalität hatten, also ausgesehen haben wie E-Mails. Was wirklich an E-Mail dahintersteckte, waren 10 Prozent, also 300, und die sind in dieser einen Woche dann auch abgeblättert worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das ist alles, was Sie in diesem Testbetrieb erfasst haben?

Zeuge T. B.: Wir haben den Testbetrieb dann noch einige Wochen weiter betrieben.

Martina Renner (DIE LINKE): Wunderbar.

Zeuge T. B.: Die Zahlen sind nicht besser geworden.

Martina Renner (DIE LINKE): Und da sind auch nur 3 000 E-Mails pro Woche erfasst worden?

Zeuge T. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Können wir ja uns noch mal angucken. - Ich habe noch eine Frage; das passt zu den Contractors. Welche Gebäude, Gebäudeteile, Einrichtungen in Bad Aibling waren an das NSA-Net angeschlossen?

Zeuge T. B.: Nur das Gebäude, in dem die Residentur saß.

Martina Renner (DIE LINKE): Nur die Blechdose?

Zeuge T. B.: Nur die Blechdose, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Keine weiteren Gebäude?

Zeuge T. B.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie sich sozusagen auch dort Lagepläne und Ähnliches verschafft? Also konnte der BND einsehen, wie die Leerrohre gelegt waren, wie die Kabel gelegt waren?

Zeuge T. B.: Es gibt einen Postübergabepunkt, und an diesem Postübergabepunkt wurde die Leitung quasi von außen in den Bereich gelegt. Und dann gab es auch Pläne, wie diese Leitungen weitergeführt wurden in die Blechdose, und an diesen Stellen kann man sicher sagen, dass dieser Anschluss, der an die NSA ging, nur in diese Blechdose reinging und nirgends anders hin.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich komme mal zu der letzten Vernehmung zurück, die ja dann endete. Da hatte ich Sie ja gefragt, ob Sie sich vorbereitet haben. Sie haben bejaht, Sie haben sich mit Akten vorbereitet. Es ging dann um die Signatur der Akten und darum, ob wir diese haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber ich würde gerne jetzt noch mal eins weiter fragen. Sie sind ja heute in einer anderen Verwendung. Also, diese Akten stehen Ihnen ja dienstlich nicht mehr zur Verfügung. Sie haben diese Akten im Vorfeld zur Verfügung gestellt bekommen durch den BND zur Vorbereitung?

Zeuge T. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Durch wen?

Zeuge T. B.: Im Endeffekt durch den Bereich, der die Akten dann anschließend weitergegeben hat.

(Hans-Christian Ströbele
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr interessant!

Martina Renner (DIE LINKE): Ist die Person hier im Raum?

Zeuge T. B.: Das ist keine einzelne Person, das ist ein Bereich.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Ist eine Person aus diesem Bereich, von dem Sie die Akten bekommen haben, hier im Raum?

(Der Zeuge nickt - RA Johannes Eisenberg: Also, da stellt sich ja schon wieder die Frage, was das mit dem Beweisgegenstand zu tun hat!)

- Er ist da.

(Ein Vertreter der Bundesregierung hebt den Arm)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da gibt es eine Wortmeldung. Oder was ist das?

(Zuruf: Nein, er winkt! Er ist da!)

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Also, die Person - - Also, es gibt eine - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also eine Art Selbstidentifikation findet hier statt.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr schön.

Martina Renner (DIE LINKE): Also es gibt eine gewisse Identität zwischen der Stelle, die die Akten für den Untersuchungsausschuss bereitstellt, und der, die die Akten für den Zeugen bereitstellt. Gab es darüber hinaus auch Gespräche - -

(RA Johannes Eisenberg:
Das kann aber der Zeuge
nicht beantworten!)

- Nein, das kann er nicht. Das war auch eine Feststellung von mir und keine Frage; sonst hätte man das hinten gemerkt.

Gab es zu der Aktenübergabe oder in Vorbereitung des heutigen Termins oder auch des letzten Termins auch Gespräche, die mit Ihnen geführt wurden?

Zeuge T. B.: Ja, mit meinem Rechtsanwalt.

Martina Renner (DIE LINKE): Lediglich mit Ihrem Rechtsanwalt? Also es gab kein Gespräch in Ihrer Dienststelle?

(RA Johannes Eisenberg:
BND-Chef!)

Zeuge T. B.: Ja, meine Dienststelle konnte dazu nichts mehr sagen, meine aktuelle.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nicht Ihre aktuelle. Ich habe gedacht, Ihre Dienststelle ist der BND; das haben Sie auf jeden Fall am Anfang gesagt, als Sie sich hier vorgestellt haben. - Gab es Gespräche zu der Thematik heute oder in der letzten Vernehmung im Vorfeld der Zeugenbefragung?

Zeuge T. B.: Ja, ich habe gefragt, wie diese Dinge hier ablaufen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, es wurden nur organisatorische Fragen geklärt?

Zeuge T. B.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Wie kommen Sie hierher? Wie lange dauert das?

(RA Johannes Eisenberg:
Das wusste ja keiner!)

Gab es inhaltliche Gespräche zu den Gegenständen, die erörtert werden?

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Zeuge T. B.: Was ist inhaltliches Gespräch? Wenn ich sage: „Ich brauche zu diesen und jenen Teilbereichen das, was vorgelegt wurde, damit ich noch mal die Dinge mir anschauen kann, was war denn damals, damit ich mein Gedächtnis unterstütze“, dann ist das natürlich ein Gespräch in dem Bereich, der die Akten bereitstellt.

(Zuruf: Eine Art Coaching,
oder?)

- Nein, das ist kein Coaching; das ist die Bitte um Bereitstellung der Akten beispielsweise zum BND-9, weil es da intensiv um Bad Aibling geht.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, Sie haben also um die Bereitstellung der Akten gebeten. Man hat Ihnen die Akten übergeben. Bei sich in Ihrer Dienststelle?

Zeuge T. B.: Nein, ich bin hier hoch gefahren und habe mir diese Akten in dem Bereich auch angeguckt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal gucken, weil die Zeit um eine Minute überschritten ist, um vielleicht ein bisschen Klarheit hier reinzubringen: Kann uns jemand von der Bundesregierung etwas über die beamtenrechtliche Pflicht zur Vorbereitung auf eine Zeugenaussage sagen? Weil das ist kein Coaching; es gibt eine Pflicht von Beamten, sich auf eine Zeugenaussage vorzubereiten,

(Zuruf von RA Johannes
Eisenberg)

und deswegen hätte ich gerne hier mal eine Klarstellung, wo im Beamtenrecht die Pflicht eines

beamteten Zeugen steht, sich auf eine Zeugenvernehmung vorzubereiten. Dazu gibt es dezidierte Gerichtsentscheidungen, die sich auch nicht mit Coachings beschäftigen. Ich denke, die Bundesregierung kennt sich da aus, sollte es zumindest.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich glaube, da steht nur ...
(akustisch unverständlich!)

Martina Renner (DIE LINKE): Aber, Herr Vorsitzender, es gab aber auch Vorfälle zum Beispiel im NSU-Untersuchungsausschuss oder in anderen Untersuchungsausschüssen, wo Zeugen im Vorfeld beeinflusst wurden, zum Beispiel durch - -

(Zuruf von MR Torsten Ak-
mann (BMI))

- Genau. Nein, ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Keine bilaterales - -

(MR Torsten Akmann
(BMI): Danach haben Sie
nicht gefragt! Fragen Sie
doch mal den Zeugen!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ich arbeite hier nicht mit Unterstellungen, sondern ich wollte einfach wissen, mit wem er zu was vorher gesprochen hat.

(MR Torsten Akmann
(BMI): Fragen Sie nach der
Einflussnahme!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber kein bilaterales Gespräch; sonst muss ich unterbrechen, wenn Sie sich gerne individuell austauschen wollen. Das finde ich grundsätzlich schön. Ich hätte jetzt aber gern ein bisschen Klarheit hier erst mal - da läuft auch keine Zeit -, wie die beamtenrechtliche Verpflichtung zur Vorbereitung lautet, wenn ein beamteter Zeuge aussagt.

(Martina Renner (DIE
LINKE): Das wissen wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

doch! - RA Johannes Eisenberg: Das ergibt sich aus der Strafprozessordnung! - Gegenruf der Abg. Martina Renner (DIE LINKE): Darum ging es doch gar nicht!

RD Philipp Wolff (BK): Da gibt es Rechtsprechung des BGH in Strafsachen; das sagte der Rechtsanwalt gerade richtig.

(RA Johannes Eisenberg: So ist es! Er muss sich vorbereiten und sich anstrengen! Das tut er ja!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, Herr Eisenberg, Sie haben das Wort. Herr Eisenberg, einmal auf den Knopf drücken; dann hören wir Sie auch.

RA Johannes Eisenberg: Der Zeuge muss sich vorbereiten und sich anstrengen. Hat er es zu wenig getan, dann kritisiert Frau Renner ihn, dass er irgendwas nicht weiß, was er aber zu wissen hätte. Weiß er wieder zu viel, ist es auch nicht recht. Es ist schwer.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das sehe ich anders. Frau Renner kritisiert dann, wenn es berechtigt ist. Also, von daher wollte ich nur festgestellt haben, dass wir hier keine Coachings haben, dass wir aber sicherlich aufmerksam schauen, inwieweit ein Zeuge beeinflusst wird; den Teil finde ich nämlich sehr wichtig.

Es bedarf einer Vorbereitung, selbstverständlich. Das ist Ihre Pflicht, und da müssen Sie sich auch aus allen Ihnen zugänglichen Quellen über einen Beweisgegenstand informieren. Aber was natürlich nicht sein darf, ist, dass Sie darüber hinaus beeinflusst werden. Das teile ich mit der Frau Kollegin Renner. Deswegen dementsprechend auch die Unterscheidung, die mir wichtig war.

Ich wollte aber nicht die Zeugenvernehmung unterbrechen. Die Zeit für diesen Teil der Fraktion Die Linke war um. Wir kommen jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. - Ich sehe gerade eine Wortmeldung.

Zeuge T. B.: Entschuldigung, aber da kann ich schon noch etwas dazu sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gerne.

Zeuge T. B.: Ich habe gestern die Akten eingesehen. Ich war in einem eigenen Raum gesessen. Die einzige Einflussnahme - in Anführungsstrichen -, die Kontakte, die es gab, war zum einen, als ein Mitarbeiter kam und mir mitteilte, dass die Sitzung heute nicht um zehn, sondern erst um zwölf stattfindet, und das andere war, dass ich immer wieder in den Aktensicherungsraum gegangen bin und dort gebeten habe, dass ich die Folgeakten, den Folgeordner noch erhalte. Dann habe ich mich wieder zurückgenommen in mein Kämmerchen und habe in den Akten geblättert und gesagt: Ja, okay, kenne ich, habe ich gesehen, habe ich gesehen, habe ich gesehen, ja oder nein. - Aber ein Coaching im Sinne von Einflussnahme gab es nicht.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht während des Tages heute? - Zuruf: Gibt es nie! Gibt es nie!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, jetzt aber der Kollege Kiesewetter für die Fraktion der CDU/CSU.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das passt ja jetzt wirklich. Ich habe mir überlegt, wie ich unsere Statements abschließen kann; aber das passt ja wie die Faust aufs Auge. Einer der Vertreter der Arbeitsgruppen sprach vorhin von einem Zinnober, der hier veranstaltet würde. Bei Zinnober handelt es sich um ein quecksilberhaltiges Gift, das insbesondere Grün entfärbt und errötet.

(Heiterkeit)

Solche Umweltgifte haben, glaube ich, in unserem Untersuchungsausschuss nichts zu tun und nichts zu suchen.

Ich möchte Ihnen, Herr Zeuge, danken. Es war sehr erkenntnisreich. Ich halte für unsere Arbeitsgruppe vier Punkte fest.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Erstens. Wir haben heute keinen Nachweis dafür erhalten, dass es eine anlasslose Massenüberwachung in Bad Aibling im Zeitraum von 2003 bis 2007 gegeben hat.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Keine Beweismwürdigung!)

Zweitens halte ich für unsere Arbeitsgruppe fest, dass der Bundesnachrichtendienst einen eigenen und großen Schwerpunkt auf die G-10-Filterung gelegt hat.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist völlig unzulässig!)

Drittens - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege Hahn, ich rufe Sie zur Ordnung.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die Beweiswürdigung findet hinterher statt und nicht in der Zeugenvernehmung!)

- Herr Kollege Hahn, ich rufe Sie zur Ordnung. Das ist ein offizieller Ordnungsruf.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich rufe Sie zur Ordnung!)

- Herr Kollege Hahn!

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie sollen neutral leiten! Da gehört das dazu!)

Herr Kollege Hahn, es ist doch besser, jetzt auch wirklich den Kollegen Kieseewetter ausreden zu lassen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, eben nicht!)

Es blamiert doch ein wenig.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie! Ja, das stimmt!)

- Herr Kollege Hahn, ich danke Ihnen. - Herr Kollege Kieseewetter.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): So läuft Propaganda.

(Lachen bei der LINKEN und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens stelle ich für meine Arbeitsgruppe fest, dass wir keinen Verdacht unrechtmäßiger Datenweitergabe bestätigt sehen, und viertens, dass eher die Arbeit hinsichtlich der Effektivität angezweifelt wurde. Ich bin gespannt, welche zusätzlichen Erkenntnisse wir in der nichtöffentlichen Anhörung erfahren. Aber vielleicht erklärt die Erregung hier auch, dass erstaunlich wenig von dem, was öffentlich dem BND oder der Bundesregierung vorgeworfen wurde, auch nur in Ansätzen nachweisfähig war. Deswegen habe ich auch Nachsehen mit den Einwürfen der Opposition. Wir jedenfalls als Union danken Ihnen für Ihre Aussagen in öffentlicher Sitzung und freuen uns auf die Zeugin G. L. in öffentlicher Sitzung. - Danke schön.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe einen Antrag zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sofort, Herr Kollege von Notz. - Das waren jetzt keine Fragen. Das war schon quasi eine Abschlussbewertung. Ich glaube, dass wir aber noch in den Fragerunden grundsätzlich sind, und ich könnte mir vorstellen, dass die anderen Fraktionen noch Fragen haben. - Zuvor aber ein Geschäftsordnungsantrag des Kollegen von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich finde das einen unmöglichen Vorgang, werter Kollege Kieseewetter, dass Sie hier sozusagen vor Redaktionsschluss in der Beweiswürdigung dieses Ausschusses zur Beweis-



Nur zur dienstlichen Verwendung

würdigung übergehen. Das ist ein Unding sondergleichen. Also, Sie haben das Wort „Propaganda“ genannt. Deswegen - - nicht? Da muss man wirklich sich mal fragen, was hier eigentlich abgeht. Dass man die Sachen unterschiedlich bewertet, das steht ja uns allen hier frei zu. Aber das machen wir da draußen. Sie können hier nicht sozusagen die finale Segensabteilung der Bundesregierung einnehmen. Das ist auch diesem Parlament gegenüber unwürdig. Ich beantrage Unterbrechung der Sitzung, um das zu klären. So geht es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe zwei Wortmeldungen zu diesem Geschäftsordnungsantrag: Kollege Kiesewetter und Kollege Ströbele. Dann werde ich entscheiden, ob wir unterbrechen. Ich halte die weitere Diskussion im Detail besser in einer Beratungssitzung aufgehoben als hier im Bereich der öffentlichen Zeugenvernehmung. Aber die beiden Wortmeldungen, die gestellt worden sind, lasse ich natürlich noch zu. Herr Kollege Kiesewetter, Herr Kollege Ströbele.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Aufgrund der lauten Einlassungen habe ich meine Schlussfrage nicht stellen können. Ich halte aber fest, dass diese vier Punkte die Bewertung meiner Arbeitsgruppe sind, und frage den Zeugen, ob er diese Bewertung teilt. - Vielen Dank.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Warum hat er sich denn mit der Arbeitsgruppe beraten?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir haben aber zuerst den Geschäftsordnungsantrag. - Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Kiesewetter, Sie bestätigen mich und meine Auffassung in vollem Umfang. Ich habe während der letzten Pause schon überall erklärt, dass ich die Befürchtung habe oder den Eindruck habe, dass der Zeuge uns hier in der öffentlichen Verhandlung alles dementiert, und nachher in der geheimen Verhandlung wird er das dann relativieren, damit er nicht mit dem Ge-

setz in Konflikt kommt. Genau das haben Sie bestätigt. Es ging hier offenbar in der öffentlichen Sitzung Ihnen erklärtermaßen als Mitglied der Koalition, die die Bundesregierung trägt, eigentlich nur darum, um reinzuwaschen, und nicht, um die Wahrheit festzustellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war jetzt nach meinem Empfinden nicht direkt zum Geschäftsordnungsantrag. Aber ich belehre ja jeden Zeugen vor seiner Aussage, und dann müssen wir schauen, ob sich die Aussage in der öffentlichen Sitzung mit dem deckt, was gegebenenfalls in nichtöffentlicher oder geheimer Sitzung gesagt wird. Da sind ja auch erfahrene Juristen unter uns, die als Anwalt bereits Erfahrung haben. Von daher wird sicherlich dann hier, wenn es so wäre, eine entsprechende Würdigung erfolgen müssen. Wir haben jetzt erst Unterbrechung der Sitzung beantragt vom Kollegen von Notz. Sollen wir die Sitzung unterbrechen?

(Zuruf: Abstimmen!)

- Okay. Dann stimmen jetzt über den Antrag des Kollegen von Notz ab, die Sitzung zu unterbrechen. Ich würde - damit wir auch wissen, über was wir abstimmen - dann gegebenenfalls für eine Viertelstunde plädieren. Wer ist für die Unterbrechung der Sitzung jetzt für eine Viertelstunde? - Ich sehe zwei. Wer ist gegen die Unterbrechung der Sitzung? - Wer enthält sich? - Damit ist es mehrheitlich abgestimmt worden, dass wir die Sitzung an dieser Stelle nicht unterbrechen.

Wir führen daher die Zeugenvernehmung weiter. Jetzt hatte der Kollege Kiesewetter noch eine Frage gestellt, die Sie, Herr Zeuge, bitte noch beantworten.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wie soll denn das der Zeuge beantworten?)

- Herr Kollege Hahn. Ich finde das sehr gut, dass wir zu so später Stunde noch so elanvoll sind. Das lässt hoffen, dass auch die kommende Zeugenvernehmung noch intensiv stattfinden kann, wenn so viel Energie bei jedem vorhanden ist. Aber ich würde es ein bisschen haushalten. Nach



Nur zur dienstlichen Verwendung

der nächsten öffentlichen Zeugenvernehmung haben wir noch eine geheime Zeugenvernehmung oder nichtöffentliche Zeugenvernehmung. Von daher: Haushalten mit der eigenen Energie ist vielleicht gar kein schlechter Ansatz. - Herr Zeuge, Sie haben das Wort.

Zeuge T. B.: Diese vier Punkte fassen die heutige Vernehmung aus meiner Sicht zusammen,

(Lachen des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Habe ich mir fast gedacht!)

also die Aussagen, dass wir gegen kein Recht und Gesetz verstoßen haben und dass wir auch alles versucht haben in diesen ganzen Bereichen; war ja einer der Schwerpunkte dieser Aussagen. Also, das kann ich so unterstreichen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Als nächste Fraktion hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort und damit die Chance, vielleicht auch andere Fragen zu stellen. Herr Kollege Ströbele, wenn ich das richtig sehe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Zunächst habe ich eine Frage zu Ihrer Vorbereitung noch mal. Sie haben ja vorhin schon was hinzugefügt. Beim letzten Mal mussten wir ja leider die Befragung abbrechen, weil rauskam, dass Sie eine Akte zur Vorbereitung genutzt haben, die wir nicht kannten. Das ist wahrscheinlich jetzt anders. Deshalb nur eine ganz kurze Frage. Damals haben Sie davon gesprochen - also bei der letzten Sitzung -, es waren einzelne Teile, beispielsweise ein Bericht, der zusammenfassend bewertet hat, was bis 2007 entsprechend gelaufen ist, eine Mitarbeit des BND im Auftrag des Abteilungsleiters. War das ein Bericht zu dem Projekt „Granat“?

Zeuge T. B.: „Granat“ war mit Sicherheit auch ein Thema in diesem Bericht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Bundesregierung winkt. Kann mir nicht - - sagen, warum

sie winkt. Ich meine, schön, dass Sie winken. Aber winken Sie zu Ihrem Zeugen, wenn Sie ihn meinen.

RD Philipp Wolff (BK): Der Bericht ist eingestuft. Ich weise nur darauf hin. Ich weise auch Herrn Ströbele darauf hin, dem das auch bewusst sein sollte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte was habe ich?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er sagt, der Bericht ist eingestuft!)

RD Philipp Wolff (BK): Der ist eingestuft.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich will ja jetzt nach dem Bericht - - inhaltlich werde ich jetzt gar nicht - - Das frage ich dann woanders.

Das, was Sie gestern gelesen haben, war das der gleiche Bericht oder ein späterer Bericht?

Zeuge T. B.: Nein, also diesen Bericht habe ich gestern nicht mehr gelesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, aus welchem Jahr der war, wenn er zusammengefasst hat die Bewertungen bis 2007?

Zeuge T. B.: Müsste im Frühjahr 2007 entstanden sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut. - Ich war ja nicht dabei.

Dann habe ich dazu jetzt die Frage. Vorhin ist ja schon mal darauf hingewiesen worden, dass in dem Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* das etwas anders dargestellt wird. Da wurde dann von Ihnen, glaube ich, gesagt - wenn ich das richtig in Erinnerung habe -, da müssen wir den Abteilungsleiter fragen, was denn die Auffassung des BND damals gewesen ist. Da frage ich jetzt mal den Abteilungsleiter. Hier steht:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Als der Abteilungsleiter der Technischen Aufklärung ...

Den meinen Sie, ja? Ist das der Abteilungsleiter, den man fragen müsste, ja?

Als der Abteilungsleiter der Technischen Aufklärung beim BND im Juli 2008 ein Resümee der Operation zog, räumte er ein,

- jetzt kommt das Interessante; da haben Sie ja auch schon drüber berichtet -

dass der Filter, der die Rechte der Deutschen sichern sollte, nie richtig funktionierte.

Haben Sie mal eine solche Auffassung Ihres Abteilungsleiters oder des damaligen Abteilungsleiters zur Kenntnis bekommen in irgendeiner Weise, dass Ihnen jemand darüber berichtet hat oder Sie mit ihm selber gesprochen haben oder das gelesen haben, in den Akten zum Beispiel, Resümee?

Zeuge T. B.: In der Vorbereitung der Akten habe ich mit dem Zeitpunkt aufgehört, in dem ich die Dienststelle verlassen habe. Also, diesen Bericht als solches oder dieses Resümee des Abteilungsleiters kenne ich maximal vom Hörensagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann sagen Sie doch mal, vom Hören.

Zeuge T. B.: Also, maximal vom Hörensagen, dass ich mal davon gehört habe, aber nie die Details des Inhaltes.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach nee. Was haben Sie denn davon gehört, Herr T. B.? - Das würde ja, wenn das so stimmt hier, ganz entscheidend Ihrer bisherigen Aussage, dass der Filter 99-prozentig funktionierte - - Dann haben Sie noch mal einen mit 99 Prozent, und dann haben Sie noch mal nachgesehen. Dann würden Sie - - würde das ja so ganz nicht stimmen können, also nie richtig funktionierte.

Zeuge T. B.: Die Frage ist - es sollte eventuell dann in nichtöffentlicher Sitzung geklärt werden -, wie der Bericht eingestuft ist, an wen dieser Bericht ging und was für ein Interesse an so einer Aussage war. Aber ich vermute, dass der Bericht eher nach außen ging und nicht nach innen gedacht war; denn in dem Moment, wo er nach innen gedacht gewesen wäre, hätte daraus eine anschließende Weisung erfolgen müssen im Sinne von technischer und/oder organisatorischer Nachbesserung der Filter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kam es häufiger vor, dass der Abteilungsleiter - - Berichte, die nach außen gerichtet waren, was Falsches geschrieben hat, was überhaupt nicht mit dem übereinstimmte, was Sie festgestellt haben? Kam das häufig vor?

Zeuge T. B.: Ich kann nicht beurteilen, weil ich diese entsprechenden Dinge nicht kenne. Ich kenne auch nicht jede Aussage des Abteilungsleiters. Ich weiß, dass ein Abteilungsleiter auch politische Aussagen trifft und nicht nur rein faktische Aussagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja faktisch. Das ist ja jetzt nicht politisch, sondern ist ja faktisch.

Zeuge T. B.: Ist die Frage, an wen er gerichtet war. Wenn es eine Begründung ist für die Einstellung des Dings, muss ich entsprechend anders formulieren, als wenn ich sage, das muss unbedingt fortgeführt werden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und an wen nach außen war der jetzt gerichtet?

Zeuge T. B.: Weiß ich nicht. Ich habe diesen Bericht nicht gesehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An die NSA? - Na, wissen wir nicht. Gut.

Dann habe ich eine zweite Frage dazu. Zum damaligen Zeitpunkt, solange Sie damit zu tun hatten, 2003 bis 2007, gab es da noch eine andere



Nur zur dienstlichen Verwendung

Quelle, nicht nur Frankfurt, von der Sie Datenverkehre bekommen haben, von denen Sie dann Teile natürlich nach 99-prozentiger Filterung an die NSA weitergeleitet haben?

Zeuge T. B.: Die Antennen, die eigenen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Ich meine jetzt andere leitungsgebundene.

Zeuge T. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine?

Zeuge T. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, ob es danach andere leitungsgebundene Quellen gab, aus denen geschöpft wurde und dann an die NSA weitergeleitet wurde? Also, nach 2007/2008 soll das ja dann eingestellt worden sein, diese Quelle hier.

Zeuge T. B.: Nichtöffentlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nichtöffentlich. - Kann ich dem entnehmen, dass da was dran ist?

Zeuge T. B.: Nichtöffentlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt habe ich abschließend noch eine Frage auch zu dem Disput vorhin, der gewesen ist, dass Sie von einem Mitarbeiter die Akten zur Verfügung gestellt bekommen haben. Es ist ja richtig, dass Sie sich vorbereiten sollen. Das verlangen wir ja von allen Zeugen immer. Aber eins sollte der nicht tun, und in der Regel dient das auch nicht zur Vorbereitung oder jedenfalls nicht zu einer zulässigen Vorbereitung. Hat denn der Mitarbeiter, der dahinten die Hand gehoben hat und gesagt hat, er war das, Ihnen auch über die bisherigen Vernehmungsergebnisse - er sitzt ja offenbar immer hier - was mitgeteilt, also was jetzt Ihre Kollegen gesagt haben, wo eine Problematik ist oder nicht?

Zeuge T. B.: Nein, hat er nicht. Ich persönlich habe unter netzpolitik.org die Blogs der öffentlichen Verhandlungen teilweise mitgelesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie mitgelesen, die Blogs?

Zeuge T. B.: Die Blogs.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Na ja, gut. - Sie dürfen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ihre Zeit ist jetzt gleich um. Also, jetzt müsste eine zügige Frage kommen, um in der Zeit zu bleiben. - Okay. Das sollte jetzt nicht abwürgen. In zehn Sekunden ist aber die Zeit um, und ich freue mich, dass wir die Möglichkeit haben oder Sie die Möglichkeit haben, über diesen erwähnten Blog dann auch sich zu informieren. Das scheint ja eine gute Quelle zu sein.

Wir kommen jetzt zu den Fragen der nächsten Fraktion. Als nächste Fraktion hat die Fraktion der SPD die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Ich habe eigentlich nur noch eine Frage, auch noch mal im Nachgang zur letzten Runde. Ich zitiere Sie noch mal. Sie hatten von Misstönen gesprochen damals zwischen den Amerikanern und den Deutschen, als es 2007 zu Ende ging. Wie haben sich denn diese Misstöne konkretisiert? Also, was waren das - - Haben sich - - Kamen die Amerikaner zu Ihnen und haben gesagt: „Was macht ihr denn da mit eurer Filtereier?“, oder haben die sich beschwert, oder gab es Misstöne von deutscher Seite, dass die Amerikaner zu viel fordern? Was waren das für Misstöne?

Zeuge T. B.: Nein, das waren - - In der täglichen Zusammenarbeit spüren Sie im Endeffekt, wie die Mitarbeiter den Erfolg oder auch das gemeinsame Projekt sehen. Da kam es doch auch immer wieder zu Gesprächen: „Es kommt zu wenig dabei raus. Die Filter müssten anders gestaltet werden. Es müsste mehr Material bei uns aufschlagen“, weil einfach diese Dinge immer weniger wurden. Also, diese so zwangsläufigen Dinge, die



Nur zur dienstlichen Verwendung

einfach in der täglichen Arbeit dann mit auftreten, wo man dann spürt, der Enthusiasmus wäre zwar eigentlich noch da, aber im Grunde genommen ist das, was rauskommt, und das, was reinfließt an Aufwand, in keinem Verhältnis. Das sind so die Dinge, die man dann über die Zeit schon spürt, so nach dem Motto: Ja, und muss jetzt noch ein Test - - Und müssen wir da jetzt noch mal manuell draufschauen? Dann kann man nur sagen: „Das ist halt unser Recht und unser Gesetz, und das verlangt dieses“, und dann sind die Dinge da. Dann buhlt man so ein bisschen um Verständnis an der einen oder anderen Stelle, weil man bemerkt schon, dass ein kleines bisschen mehr Ungeduld aufkommt. Also, das war - -

Christian Flisek (SPD): Sie reden jetzt über Ihre amerikanischen Kollegen, dass die da enttäuscht waren?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge T. B.: Und natürlich, wenn man dann mit den eigenen Bereichen redet und sagt, es muss da mehr rauskommen aus diesem und jenem, kommen da natürlich dann auch die Dinge, dass man sagt: Solange es rechtlich nicht einwandfrei ist, können wir nichts anderes machen. - Das ist dann eine Sache, wo man sagt: Okay, das ist ja nachvollziehbar. Muss ich so hinnehmen. Muss ich halt versuchen, dem AND entsprechend zu verkaufen.

Christian Flisek (SPD): Sind diese Misstöne oder Enttäuschungen, die da artikuliert worden sind, nur auf der Mitarbeiterebene geblieben, oder haben Sie das sozusagen in der Hierarchie dann auch mal nach oben gemeldet und haben gesagt, frühzeitig - - weil Sie haben ja gesagt, das war eine Zäsur aus Sicht von Bad Aibling -, dass man vielleicht eine Art Frühwarnung nach oben gemacht hat und gesagt hat: „Na ja, wenn wir hier so weitermachen, dann gehen uns die Amerikaner von der Stange, und dann ist das nichts mehr mit Technik gegen Information“?

Zeuge T. B.: Natürlich ist es nach oben getragen worden und ist ja auch dann thematisiert worden

in den verschiedenen Gesprächen, die auf höherer Ebene stattgefunden haben. Es gab ja Hierarchien in diesen Besprechungen von der Arbeitsebene bis zur Leitungsebene, und da sind diese Dinge natürlich dann auch thematisiert worden. Das war ja auch unsere Aufgabe vor Ort, entsprechend rauszufinden: Was sind denn mögliche Punkte, die dann angesprochen werden könnten? Wo gibt es denn Erfolge, und wo gibt es Misserfolge?

Christian Flisek (SPD): Und wie waren die Reaktionen bei diesen Gesprächen von den höheren Ebenen, die Sie zumindest mit überblicken konnten? Waren die in ihrer Haltung wankend nach dem Motto: „Um Gottes willen, jetzt dürfen wir die Zusammenarbeit mit den Amerikanern nicht gefährden. Vielleicht relativieren wir doch irgendwie was an unserem bisherigen Verhalten“, oder - -

Zeuge T. B.: Nein, Richtung Aufweichen des G-10-Gesetzes oder der G-10-Regularien, das war überhaupt kein Thema, sondern es ging eher darum: Wie können wir das Ganze gestalten, dass es trotzdem noch weitergeht? Zu diesen Zeiten, als ich noch dort war.

Christian Flisek (SPD): Können Sie das konkretisieren? Was sind da an Maßnahmen dann ergriffen worden, Gestaltungsmöglichkeiten, um es doch irgendwie noch für die Amerikaner, ich sage jetzt mal, erträglich zu machen, dass sie Ihnen nicht von der Stange gehen, weil man ja ein Interesse hatte an der Technik?

Zeuge T. B.: Tut mir leid. Das weiß ich nicht, was an einzelnen Bereichen oder Teilaspekten dort dann besprochen wurde und in welche Richtung es dann weiterging.

Christian Flisek (SPD): Aber in Ihrer operativen Arbeit haben Sie auch nichts mitbekommen irgendwie, dass man irgendwas, irgendwelche Punkte jetzt verändert hätte und die auch gegenüber den amerikanischen Kollegen kommuniziert hat so nach dem Motto: „Schaut her, wir haben Verständnis dafür, dass ihr vielleicht nicht mehr ganz so begeistert seid wegen des Ertrags, aber wir machen jetzt dies oder jenes“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Nein, an der Stelle nicht. Dazu muss man aber sagen, dass die Testproduktionen, an denen auch dann manuell ausgesiebt wurde, so ziemlich zum Ende meiner Stehzeit da draußen waren, und man hat da halt versucht, noch einen Test an den anderen zu schließen, um mal zu schauen, ob noch ein bisschen mehr kommt oder nicht, und hat noch mal an den Bereich die Dinge gegeben, der quasi die Quelle mit gefüttert hat und also quasi diese Dinge rausgegeben hat. Aber auch diese Dinge waren immer mit einem relativ großen zeitlichen Vorlauf zu betrachten. Da hatte man - sage ich - mit Sicherheit auch ein bisschen Zeit gewonnen. Darum hat es ja noch - ich sage mal - ein Jahr gedauert, bis dann wirklich eingestellt wurde dieser Teilbereich. Also, man hat sich da vermutlich noch ein bisschen über die Zeit gerettet und in der Zeit dann versucht, andere Möglichkeiten zu finden.

Christian Flisek (SPD): Und als es dann eingestellt wurde, was ja im Prinzip heißt, dass dieses Geschäft, Technik gegen Information, dann nicht mehr stattfand, wie war das dann spürbar für Sie bzw. vielleicht dann auch für die Nachfolger? Mit denen steht man ja vielleicht auch in einem gewissen Kontakt dann noch. Gab es da keine Hard- und Software mehr wie früher? Ist da dann sozusagen mit einem bestimmten Datum komplett Lieferstopp gewesen? Wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge T. B.: Nein. Endgültig abgezogen sind die operativen Bereiche ja erst 2012 oder so was oder 2013; irgend so in diesem Teilbereich. Bis dahin hatten die ja noch mitgearbeitet. Die haben zum Teil Mitarbeiter ausgetauscht, die dann nicht mehr unter der ersten Garnitur des jeweiligen Bereichs waren, sondern vielleicht in der zweiten oder dritten Garnitur, also nicht mehr so viel Wissen mitgebracht haben. Aber die haben nach wie vor in dem Bereich Satelliten und vor allem auch - - der Bereich Afghanistan, der ja sehr interessant war auch für den Amerikaner, mit uns dort weiter zusammengearbeitet.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Eine letzte Frage noch. Gab es in dem Zeitraum, den Sie überbli-

cken, eine Phase, in der es dann doch irgendwann einmal dazu kam, dass Daten völlig automatisiert an die Partner übergeben worden sind?

Zeuge T. B.: Ohne dass wir in irgendeiner Form kontrolliert hätten?

Christian Flisek (SPD): Ja, also zumindest, weil man ja auch Filtertechnologie automatisieren kann. Also, ich sage jetzt nicht, ohne jede Kontrolle, sondern weil man eben die Prozesse, die automatisierten Prozesse, so gestaltet hat, vielleicht auch im Laufe einer bestimmten Zeit erst, dass man dann den Eindruck hatte: „Ja, jetzt funktioniert es“, weil es sind ja Mengen, die da operativ jeden Tag anfallen. Das große Interesse ist ja, so was zu automatisieren, weil man eben gar nicht so viel Manpower hat, um das alles da wirklich - - Das ist ja das Ziel. So würde ich es jetzt mal - - Also, ich bin kein Informatiker, aber so würde ich es sehen. Gab es dann mal einen Zeitpunkt, wo nach vielleicht auch Anfangsschwierigkeiten dann die Systeme so liefen, dass - - nicht ohne Kontrolle, wie gesagt, aber die Kontrollinstanzen automatisiert abliefen, sodass Daten wirklich voll automatisiert dann irgendwann am Ende auch weitergegeben worden sind?

Zeuge T. B.: In Teilbereichen. Details dazu dann aber in nichtöffentlicher Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Ich habe es jetzt so verstanden: in Teilbereichen ja und Details dazu dann aber erst nichtöffentlich.

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Okay. Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen nun in die nächste Fragerunde. Diese Fragerunde fängt wieder mit der Fraktion Die Linke an. Frau Kollegin Renner beginnt. Ich darf Ihnen das Wort geben.

Martina Renner (DIE LINKE): Welche Rolle spielte denn das JSA für das European Security Operation Center, ESOC?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: JSA hatte keinen unmittelbaren Kontakt mit dem ESOC.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber mittelbaren Kontakt?

Zeuge T. B.: Die amerikanischen Mitarbeiter hatten Kontakt.

Martina Renner (DIE LINKE): Um was ging es bei dem Kontakt der amerikanischen Mitarbeiter, die ja gleichberechtigter Teil waren in dieser Zusammenarbeit?

Zeuge T. B.: Tut mir leid, das kann ich gar nicht wissen. Angebunden waren die Amerikaner über bestimmte andere Stellen an ihr Heimathauptquartier. Von dort haben die bestimmte Informationen bzw. auch Techniken bezogen. Diese Dinge, die bei uns eingesetzt wurden, die wurden mitgebracht. Diejenigen Dinge, die sie intern verhackstückt haben, haben Sie uns nicht gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei dem operativen Geschäft des BND innerhalb der JSA gab es Interessen bezüglich Nordafrika?

Zeuge T. B.: Nur nichtöffentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, dann machen wir das dann. - Es gibt ein Snowden-Dokument, Primary FORNSAT Collection Operations. Das ist MAT A Sek-4-2k. Dort taucht die Bezeichnung „GARLICK“ auf. Kennen Sie diese Bezeichnung? Ist sie irgendwo verwandt worden?

Zeuge T. B.: Wie?

Martina Renner (DIE LINKE): Also, nicht wie der Knoblauch, sondern mit „ck“ hinten, „GARLICK“. - Kennen Sie nicht?

Zeuge T. B.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Da Sie ja nun schon auf eine lange Berufserfahrung innerhalb des BND zurückblicken, eine etwas allgemeinere Frage: Wie hat sich denn die Änderung des G-10-Gesetzes 2001 auf die Arbeit des BND ausge-

wirkt? Damals waren Sie ja schon mit der Nachrichtenbeschaffung, glaube ich, befasst. Da müsste man ja Gesetzesänderungen irgendwie zur Kenntnis genommen haben.

Zeuge T. B.: Nein, der Bereich, an dem ich damals war, war nicht mit der inhaltlichen Bearbeitung und damit den G-10-Bereichen befasst. Damit kenne ich die Unterschiede nicht zwischen den vor 2001 und nach 2001 eingesetzten G 10.

Martina Renner (DIE LINKE): War auch nicht Gegenstand von Erörterungen damals in dem Jahr?

Zeuge T. B.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ich würde dann an den Kollegen Dr. Hahn das Wort weitergeben. - Danke.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da Sie ja der grandiosen Zusammenfassung von Herrn Kiesewetter vor der nichtöffentlichen Sitzung so uneingeschränkt zugestimmt haben, auch bezogen darauf in dem einen Punkt, dass alles nach Recht und Gesetz - - und G 10 immer eingehalten worden ist usw. - - dass Sie das ja auch so sehen, wollte ich Sie noch mal fragen, ob Ihnen der Vorgang zum Thema Welthungerhilfe bekannt ist - der fiel ja in Ihre Zeit -, wo zwischen Oktober 2005 und April 2008 mehr als 2 000 Telekommunikationsverkehre von Entwicklungshelfern in Afghanistan, deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, durch den BND abgefangen, abgehört, ausgewertet worden sind, ob Ihnen das bekannt ist und wie sich das vereinbart mit der Aussage, die Sie getroffen haben, dass man sich an G 10 beim BND immer ausreichend gehalten hat.

Zeuge T. B.: Mit internationalen Organisationen habe ich mich später im BND - nicht zu dieser Zeit - auseinandersetzen müssen, weil es dann um die Frage ging: Zählt die Funktionsträgertheorie in diesen Bereichen, oder zählt die Personaltheorie? Das war eine juristische Auseinandersetzung, die dann dazu geführt hat, dass diese Juristen einvernehmlich festgestellt haben: „Dürfen wir nicht mehr verwerten“, und dann sind diese gesamten Bereiche aus sämtlichen Erfassungslisten rausgeflogen und auf den G-10-Sperrlisten



Nur zur dienstlichen Verwendung

gelandet. Also, das kann ich zu diesen internationalen Organisationen sagen. Von der Seite her ist es aus der damaligen Sicht - - war es von den Juristen ein legitimes Ziel. Wenn es dann Erfassungen dazu gab, dann war es eine Erfassung, die nicht als G 10 qualifiziert wurde.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und die Mitarbeiter einer Hilfsorganisation sind keine Grundrechtsträger, wenn sie deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind?

Zeuge T. B.: Das müssen Sie mit den Juristen erörtern.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich frage jetzt Sie. Diese Zahlen, die ich genannt habe, stammen ja nicht von irgendwo, sondern aus einem Schreiben des BND, der der Welthungerhilfe das mitgeteilt hat, dass der BND diese Daten erfasst hat und letztlich auch aus deren Sicht am Ende rechtswidrig erfasst hat, trotz G-10-Gesetzgebung.

Zeuge T. B.: Wie gesagt, dieses Schreiben - - Wann, haben Sie gesagt, von wann kommt das?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das Schreiben ist von Dezember 2008.

Zeuge T. B.: Wenn sich Juristen miteinander streiten, in welcher Art und Weise bestimmte Gesetzestexte auszulegen sind, dann kann ich nichts anderes tun, als die momentane Rechtsauffassung dieser Fachleute umzusetzen, nicht mehr und nicht weniger.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und im Zweifel entscheidet man dann gegen den Grundrechtsträger. Im Zweifel entscheidet man gegen die Grundrechte.

Zeuge T. B.: Das ist nicht meine Entscheidung. Das sind die Juristen, muss ich ganz ehrlich sagen. Ich kann nur das umsetzen, was juristisch mir vorgegeben wird. Wenn juristisch festgelegt wird: „Das ist ein Funktionsträger und damit nicht im Rahmen von G 10“, dann ist es zu diesem Zeitpunkt so gewesen. Wenn die anschließend 2008 sagen: „Und jetzt sehen wir das Ganze

doch unter den G-10-Gesichtspunkten“, dann wird halt entsprechend umgeplant.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich würde gerne noch mal weitergeben; jetzt eine Nachfrage dazu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn ich überwacht werde, werde ich dann als Bürgerin oder als Funktionsträgerin überwacht? Was ist denn überhaupt ein Funktionsträger in Ihrer Definition? Also, Sie sagen: Wir haben dann irgendwann diese Funktionsträger aus den Listen herausgenommen. - Funktionsträger, die für staatliche Organisationen tätig sind, für Behörden, für NGOs? Was ist ein Funktionsträger? Können Sie mir das mal erläutern?

Zeuge T. B.: Die detaillierte juristische Erläuterung müssen Sie mit einem Juristen führen. Aber von unserer Seite her ist innerhalb des G-10-Gesetzes zu trennen - grundsätzlich nach den Behelfen her - zwischen Funktionsträgern und persönlichen und juristischen Personen. Persönliche Personen und juristische Personen werden uneingeschränkt vom G 10 geschützt, Funktionsträger nicht. Das ist die Geschichte, die zu diesem Zeitpunkt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Machen Sie mir doch mal ein Beispiel für einen Funktionsträger.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht dazu Herr Akmann von der Bundesregierung.

MR Torsten Akmann (BMI): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wir kennen hier nicht mehr den Untersuchungsgegenstand. - Zum einen.

Zum anderen: Dieser Vorgang Welthungerhilfe ist damals von der G-10-Kommission gebilligt worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch die G-10-Kommission kann Fehler machen.

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, die sitzt aber hier.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber wir untersuchen ja auch nicht nur das behördliche Verhalten, sondern auch die Verantwortung der Politik, und gegebenenfalls untersuchen wir dann eben auch die Frage der Beteiligung von parlamentarischen Entscheidungsgremien.

So, und jetzt würde ich gerne mal ein Beispiel gebildet bekommen, was denn so ein Funktionsträger ist, weil vorhin hatten wir ja auch Beispiele. Also, ich kann mir jetzt immer noch nicht darunter vorstellen, warum ein Entwicklungshelfer in Afghanistan jetzt ein Funktionsträger ist und kein Grundrechtsträger.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bin ich als Bundestagsabgeordneter Funktionsträger?)

Deswegen: Was sind Funktionsträger, die Sie dann ja nicht nur in dem Fall, sondern in anderen Fällen anscheinend aus den Selektoren usw. herausgenommen haben? Was sind das für - - Was sind das - - Was muss ich mir unter diesen Funktionsträgern vorstellen?

Zeuge T. B.: Gut. In dem Fall wirklich wieder ein fiktives Beispiel.

Martina Renner (DIE LINKE): Wieder.

Zeuge T. B.: Wenn Sie eine Firma haben, die nicht als Grundrechtsträger eingestuft ist, also beispielsweise ihren Sitz in Amerika hat, und die hat eine Dependence in Deutschland, und es ist ein Geschäftsführer, der im Rahmen dieser Geschichten auch mit anderen im Rahmen seines Auftrages als Geschäftsführer dieser Firma handelt, dann handelt er als Funktionsträger und wäre nicht geschützt. In dem Moment, wo der sein Telefon niederlegt, seine Frau anruft und sagt: „Ich komme heute eine halbe Stunde später“, wäre er Privatperson, und dieses Gespräch wäre dann wieder geschützt. Das sind so diese Unterschiede in dem einen wie in dem anderen Bereich. Diese Dinge sind Punkte, die sind für uns aus der technischen Sicht sehr schwierig nachzuvollziehen. An diesen Stellen fragen wir

immer unsere Juristen: Wie ist das Ganze zu sehen? Die entsprechenden juristischen Aussagen werden dann im Filter entsprechend umgesetzt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt wäre die Zeit schon wieder leider um.

Martina Renner (DIE LINKE): Das schreit nach einer nächsten Nachfrage in der nächsten Runde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann ich gut nachvollziehen. Ich muss halt nur so ein bisschen auf die Zeitkontingente gucken. - Jetzt kommen wir zur nächsten Fragerunde der CDU/CSU.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wir haben zurzeit keine Fragen. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen dann zur nächsten Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich knüpfe da gleich noch mal an, weil ich das jetzt - - Ich nehme Sie da nicht in Haftung für juristische Bewertungen. Aber mir geht es darum, wie das innerhalb des BND

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Praktisch gemacht wurde!)

- genau, vielen Dank, Herr Kollege - praktisch gemacht wurde. Diese Funktionsträgereigenschaft ist eine Begrifflichkeit, die mir bisher fremd war. Vorhin haben Sie gesagt - das ist ja auch schon mal eine interessante Frage - - Ja, wir werden diese Bewertungen an einer anderen Stelle vornehmen. Aber dieser Ansatz des BND, zu sagen, dass Menschen, die keine deutschen Grund- - also nicht Grundrechtsträger sind, weil sie deutsche Staatsbürger sind [sic!], dass die - Sie haben das so etwas zugespitzt und flapsig gesagt - zum Abschluss freigegeben sind, also dass man sich um deren Grundrechte nicht kümmern muss, das ist juristisch, also, meiner Ansicht nach massiv abwegig. So. Jetzt frage ich mich: Kann es unter dieser Funktionsträgerdefinition, die Sie hier eben benannt haben, sein, dass Deutsche, weil sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

vom BND zu Funktionsträgern umdefiniert wurden, auch zum Abschluss freigegeben wurden? Also, ich meine jetzt so datenschutzrechtlich, privatsphärenmäßig.

Zeuge T. B.: Die Frage kann ich nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das doch gerade am Beispiel der Welthungerhilfe erklärt. Das scheint ja eine feststehende Begrifflichkeit innerhalb des BND gewesen zu sein. Sie haben Menschen, die Grundrechtsträger sind, zu Funktionsträgern erklärt, und dann waren sie keine Grundrechtsträger mehr.

Zeuge T. B.: Wie gesagt, ich habe mich um diese juristischen Feinheiten nicht kümmern können. Ich bin kein Jurist. Ich muss auf die Expertise der Juristen sehen. Es ist nicht so, dass jeder zum Abschluss freigegeben ist - das habe ich anschließend qualifiziert -, sondern es muss ein entsprechender Hintergrund da sein, also ein Auftrag in irgendeiner Form. An der anderen Stelle ist es so, wenn bestimmte Grenzen mir gegeben werden, wer ist auszuschließen, wer ist nicht auszuschließen, dann müssen die Filter entsprechend gestrikt werden, und die Begründung, warum es so ist, muss ein Rechtsanwalt bzw. auch ein Rechtsgutachten geben. Also, an der Stelle muss ich sagen - - Ich sage es ungern, aber bin ich im Grundsatz Erfüllungsgehilfe -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da darf ich mir - -

Zeuge T. B.: - und muss mich an das halten, muss mich an die gängige Rechtsauffassung des BND halten. Wenn die für Unrecht empfunden wird oder entsprechend juristisch auch als Unrecht beschieden wird, dann ist es eine ganz andere Geschichte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da erlaube ich mir die Anmerkung - in aller Vorsicht -, dass meiner Ansicht nach ein deutscher Beamter sich auf diese Zurückziehung nicht berufen kann, sondern Sie müssen eine eigene Einschätzungsprärogative haben.

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist keine Frage!)

- Ja, keine Frage, klar, aber eine Aussage. Also, ich finde es befremdlich, ja?

Zu den Selektoren komme ich gleich noch mal, will aber fragen: Uns hat hier die Datenschutzbeauftragte des BND das letzte Mal die interessante Meinung, die nicht ihre war, aber die der Hausleitung, mitgeteilt, dass bei der Satellitenerfassung das BND-Gesetz nicht einschlägig gewesen sei, weil diese Satellitenerfassung, also die Erfassung von Daten im Weltraum stattfände. Haben Sie das schon mal gehört, diese juristische Einschätzung?

Zeuge T. B.: Sie haben sie gerade im Moment gesagt, und die kam ja auch in der öffentlichen Sitzung der Datenschutzbeauftragten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Aber zu Ihrer Tätigkeit als jemand, der sozusagen dafür zuständig war, als Leiter der JSA-Abteilung, hören Sie jetzt diese juristische Einschätzung zum ersten Mal? - Also, Sie haben sie nicht in beruflichen Zusammenhängen gehört?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Auch einen Streit, den es innerhalb des Hauses gab zwischen der Datenschutzbeauftragten und der Hausleitung, haben Sie nicht mitbekommen?

Zeuge T. B.: Nein, dieser Streit war ja 2013 oder 2014.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie, bei der Glasfasererfassung, am DE-CIX-Knotenpunkt, meinen Sie, dass da das BND-Gesetz oder das deutsche Grundgesetz eine Rolle spielen sollte?

(RA Johannes Eisenberg:
Ich beanstande - - oder ich würde die Frage nicht beantworten! - Gegenruf des
Abg. Christian Flisek



Nur zur dienstlichen Verwendung

(SPD): Würden Sie bitte bei Ihren Kommentaren, Herr Rechtsanwalt, ins Mikrofon sprechen; denn das ist unmöglich zu verstehen!

RA Johannes Eisenberg: Entschuldigen Sie! Ich wollte eigentlich nur dem Zeugen sagen, er soll die Frage nicht beantworten. Die ist doch gar nicht aufklärungsgeneigt, sondern nur der Versuch, den Zeugen wieder herabzusetzen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, es wäre mal die Zeit dafür, von Ihrer Seite was zu sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Frage kann doch auch so formuliert werden, dass kein Dissens hier entsteht und dass der Zeuge sie beantworten kann. Dann haben wir doch die Möglichkeit, auch das zu hören, was wir eigentlich wollen, nämlich den Zeugen. Herr Rechtsanwalt Eisenberg, ich würde vorschlagen, die Kommunikation zum Zeugen und nicht so halb im Raum - - Das führt etwas zu Unklarheit, ob Sie ein Statement abgeben möchten, was nicht geht, oder Ihren Zeugen beraten, was natürlich geht.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich rate dem Zeugen - -
RA Johannes Eisenberg
schaltet das Mikrofon ein)

- Genau das meinte ich. Danke.

RA Johannes Eisenberg: Ich rate dem Zeugen, diese Frage nicht zu beantworten. Sie ist geeignet, ihm zur Unehre zu gereichen. Sie unterstellt ihm nämlich, dass er meint, er müsse weder Grundgesetz noch Normen anwenden bei seiner Beamtentätigkeit. Er ist ja hier nicht als Jurist und als juristischer Experte geladen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mich interessiert halt, wie das innerhalb des BND mit der grundrechtlichen Auffassung läuft. Aber seitdem sozusagen Satellitenabfragen - - seitdem für die nur Weltraumrecht innerhalb des BND gilt, könnte man eben die These vertreten, dass das in anderen Bereichen auch

nicht ganz so relevant ist. Aber der Eindruck verfestigt sich, dass das Recht da eine Variable war.

Aber ich komme mal zu den Selektoren. Was für Selektoren gab es denn, Herr B.? Also, was gibt es alles für unterschiedliche Arten von Selektoren? Da bitte ich jetzt um eine möglichst weitreichende Darstellung.

Zeuge T. B.: Die Selektoren hatten wir schon auf die nichtöffentliche Sitzung geschoben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum das?

Zeuge T. B.: Details zu den Selektoren hatten wir in die nichtöffentliche Sitzung geschoben. Es sind Methoden, die dort preisgegeben werden oder entsprechend angesprochen werden müssen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind nicht dazu in der Lage, hier zu sagen, was überhaupt die Rasterkriterien sind? Das gefährdet das Staatswohl der Bundesrepublik Deutschland, ja?

Zeuge T. B.: Nein, das sind Methoden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge T. B.: Das sind entsprechende Methoden: Wie arbeite ich an diesen Stellen? Mit welcher Methode gehe ich an dieses Problem heran?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist für uns und für alles, was Sie bisher gesagt haben, aber sozusagen extrem relevant, weil die Dinge, die Selektoren, die zur Verfügung stehen und die wir hier diskutieren, das sind natürlich nicht nur Telefonnummern und E-Mail-Adressen, sondern das sind IP-Adressen, Nummern von Computern usw., bei denen die deutschen - -

(Zuruf von RA Johannes
Eisenberg)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Ja, genau, Herr Eisenberg, ich habe mich mit der Materie schon mal befasst, genau. - Aber bei denen ist eben sozusagen die Kontrolle, ob nun Deutsche betroffen sind oder nicht, sehr viel schwieriger, als wenn Sie nun eine 49-Nummer vorweg haben. Deswegen spielt das für die Glaubwürdigkeit des von Ihnen und von Herrn Kiesewetter bestätigten Vorgangs, dass hier alles mit Recht und Ordnung zugegangen ist, eine relevante Rolle. Sonst wird erst im nichtöffentlichen Teil der Sitzung klar, dass Sie das überhaupt nicht klar sagen können, sondern dass Sie hier einen Nebel verbreitet haben, und davor will ich Sie bewahren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu möchte Herr Wolff was sagen.

RD Philipp Wolff (BK): Art und Inhalt der Selektoren betreffen eben auch Fähigkeiten und Erkenntnisse des Bundesnachrichtendienstes; dazu mehr in nichtöffentlicher Sitzung. Es ist dem Staatswohl abträglich, wenn das der Allgemeinheit und insbesondere wiederum Personen bekannt wird, denen das nutzen könnte und die uns nicht wohlgesonnen sind, und deswegen: Eingestuft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hatte den Zeugen so verstanden, dass er uns diese Frage beantworten will, dass er uns also die Antwort nicht schuldig bleiben will, aber nicht in öffentlicher Sitzung, wenn ich das richtig verstanden habe. Also, die Antwort werden Sie geben?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tja, es ist schwierig. Na gut, ich versuche noch einmal im Hinblick auf - - Wir wissen nicht, wie viele Selektoren es sind, und die Öffentlichkeit darf nicht hören, was Selektoren, also was die Rastermerkmale sind, mit denen man hier durch diese Metadaten fischt. Wenn Sie davon sprechen, dass 3 000 E-Mails pro Woche betroffen sind - diese Zahl haben Sie ja genannt -, dann reden Sie von den Daten, die innerhalb von Bad Aibling an die JSA gegangen sind. Korrekt?

Zeuge T. B.: Aus dem Glasfaser.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus dem Glasfaser. Also, ich habe mich bisher so ein bisschen gescheut, das so zu sagen. Ich sage das mal so: Nach meinem Kenntnisstand funktioniert das so: An der Glasfaser wird abgeschöpft, und dann geht es zu einer Stelle des BND; nennen wir sie X. Dann, aus dieser Stelle X, die geographisch ganz woanders liegt als Bad Aibling, geht es nach Bad Aibling. Dann in Bad Aibling, da sind noch mal Selektoren, von denen wir nicht wissen dürfen, was sie sind und so. Dann gehen sie an die JSA. Würden Sie dem erst mal so zustimmen?

Zeuge T. B.: Die Abläufe und Aufbau gerne in nichtöffentlicher Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. - Wenn Sie davon sprechen, dass das 2008 eingestellt wurde, worüber wir hier sprechen: Sprechen Sie davon, dass die Weiterleitung an die JSA eingestellt wurde oder dass das Abfischen an der Glasfaser 2008 eingestellt wurde?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage in dieser Runde.

Zeuge T. B.: Ich war 2008 nicht mehr an der Dienststelle. Dort wurde es definitiv eingestellt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte, was ist eingestellt?

Zeuge T. B.: Dort wurde es definitiv eingestellt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wurde eingestellt? - Darauf müssten Sie jetzt schneller antworten können, weil Sie ja eine feste Meinung dazu hatten. Wurde das Abfischen von Daten an der Glasfaser 2008 eingestellt? Ich meine nicht die Weiterleitung an die JSA. Wurde das Abfischen von Daten an der Glasfaser 2008 eingestellt? - Ja, das ist eine schwierige Frage. Sie haben ja ein paarmal davon gesprochen, dass eingestellt wurde. Meinen Sie damit die Weiterleitung an die JSA, oder meinen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie damit das Abfischen von Daten an der Glasfaser?

(RA Johannes Eisenberg:
Wir brauchen mal eine
kleine Unterbrechung,
Herr Vorsitzender!
Ist das möglich?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, machen wir. Reichen fünf Minuten? - Dann unterbrechen wir für fünf Minuten. Ich habe auch die Frage jetzt weiter laufen lassen, weil ich das schon sehr relevant und spannend fand, dass das jetzt beantwortet wird. Fünf Minuten Unterbrechung.

(Unterbrechung von
17.46 bis 17.54 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die unterbrochene Sitzung geht weiter. Herr Eisenberg, Sie hatten um eine Unterbrechung gebeten. Ich darf Ihnen jetzt das Wort geben und hoffe, die Unterbrechung hat zu Erkenntnissen geführt.

RA Johannes Eisenberg: Herr Vorsitzender, ich habe für den Zeugen zwei Bitten an Sie zu richten. Er wird die Frage trotz Bedenken dagegen, dass die Frage zum Beweisgegenstand gehört, noch beantworten, aber darüber hinausgehende Antworten in öffentlicher Sitzung nicht geben. Ich bitte zu bedenken, dass der Zeuge gerne heute die Vernehmung abschließen würde, andererseits schon erheblichen Belastungen ausgesetzt ist und die Vorstellung, dass er jetzt irgendwo in einem Zeugenraum auf unbestimmte Zeit auf eine nichtöffentliche Sitzung zur Nachtstunde warten muss, deshalb für ihn in besonderer Weise belastend ist, weshalb ich darum bitte, dass Sie die Vernehmung des Zeugen heute dann auch in nichtöffentlicher Sitzung fortsetzen, um sie dann auch heute abzuschließen und eben nicht eine weitere Anreise und ein weiteres Warten zuzumuten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. Der erste Teil gefällt mir sehr gut, und ich freue mich auf die Antwort. Den zweiten Teil entscheiden wir natürlich dann; mal gucken, wie lange dieser Teil der Zeugenvernehmung noch

geht. Stärkung und Pausen sind möglich. Ich verstehe natürlich, bei rund sechs Stunden Zeugen aussage ist das nicht leicht. Ich werde das berücksichtigen, wir werden das berücksichtigen.

Aber ich glaube, das eine oder andere würden wir mit Ihnen gerne noch ansprechen, und wir haben natürlich auch ein hohes Interesse daran, dass die Dinge, die Sie jetzt in der nichtöffentlichen Sitzung angekündigt haben, auch en bloc diskutiert werden können. Wir gucken mal, wie viel Fragen jetzt noch in dieser öffentlichen Sitzung mit Ihnen zu stellen sind. - Dann darf ich Ihnen das Wort für die Beantwortung geben. Wir sind schon ganz gespannt.

Zeuge T. B.: Ich kann auf jeden Fall bestätigen, dass die Weiterleitung nach Bad Aibling eingestellt wurde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich könnte mir vorstellen, dass da noch Interesse an der einen oder anderen weiteren Frage besteht, die ich dann aber auf die nächste Runde verschieben muss. Ich habe schon deutlich überziehen lassen, weil ich das nicht auseinanderreißen wollte. Aber jetzt muss ich dann auf die nächsten Runden verweisen. - Die nächste Fraktion, die jetzt Fragen stellen kann, ist Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Wir haben nur noch Fragen für die nichtöffentliche Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Damit bin ich bei der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde gerne da weitermachen, wo ich vorhin durch die Uhr unterbrochen wurde, nämlich bei der Frage der Funktionsträger, die nicht Grundrechtsträger sind und die dann bis zu einem bestimmten Zeitpunkt wohl auch Gegenstand von operativen Vorgängen waren; so haben Sie es dargestellt. Erstens. Heißt das, sie waren zum Beispiel auch Gegenstand von „Einstellen in Selektoren“? - Ja, nein?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Ich habe keinen dieser Selektoren jetzt im Kopf - - dass es wirklich auch einen dieser Funktionsträger betroffen hätte. Also, von der Seite her: Aus eigener Anschauung kann ich es nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hatten ja dann eine ganz hypothetische Figur gewählt: Wann ist ein Grundrechtsträger Funktionsträger und damit nicht mehr unter dem Schutz des G-10-Gesetzes? Sie sagten zum Beispiel, wenn ein Bundesbürger Geschäftsführer einer deutschen Dependance einer Firma mit Auslandssitz ist - habe ich das richtig verstanden? -, dann ist er in erster Linie Funktionsträger.

Zeuge T. B.: Ich hatte ja von einem Ausländer als Geschäftsführer einer ausländischen Firma beispielsweise in Deutschland gesprochen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge T. B.: Aber Details zu den Funktionsträgern - wann sind sie wie zu rechnen? - müssten Sie bitte den Juristen stellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Werde ich den Juristen stellen. - Aber ich spreche Sie jetzt hier an als wenigstens kommissarischen Leiter auch von Bad Aibling, der ja die Fachaufsicht hatte, in Teilen wenigstens, und der sich, wenn es dort zu Maßnahmen gegen Bundesbürger kommt, sicherlich die rechtliche Dimension durch Juristen hat erläutern lassen. Diese Funktionsträger: Können Sie da noch ein weiteres Beispiel geben? Weil es scheint ja Gegenstand von Beratungen gewesen zu sein. Sie haben davon gesprochen, dass man irgendwann entschieden hat, dass man sie doch überwiegend als Grundrechtsträger betrachtet. Wann war das denn? Nach dem Vorgang, auf den mein Kollege Herr Hahn hingewiesen hat, mit der Welthungerhilfe oder - -

Zeuge T. B.: Ich kann es nicht aus eigener Anschauung sagen. Es muss im Zusammenhang mit der Welthungerhilfe und den damals getroffenen Entscheidungen gewesen sein. Das ist das Einzige, was sich an der Stelle logisch entsprechend anschließt; sonst funktioniert das Ganze nicht.

Aber in der Zeit, in der ich kommissarischer Leiter war, hatten wir noch keine inhaltliche Erfassung, und damit kann man auf jeden Fall auch ausschließen, dass sich diese Problematik gestellt hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Diskussion nach diesem Vorgang - Erfassung von Daten von Mitarbeitern der Welthungerhilfe -, ist sie auch in Besprechungen Thema gewesen? Haben Sie dazu auch Schriftverkehr gesehen?

Zeuge T. B.: Nein, dazu hatte ich keinen Schriftverkehr gesehen. Es ist entsprechend in die Schutzlisten für G 10 umgesetzt worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dort ist was aufgenommen worden? Mitarbeiter von NGOs oder - - Können Sie mir erklären, was daraufhin in diese Schutzlisten aufgenommen wurde?

Zeuge T. B.: Im Endeffekt brauchen Sie die Mitarbeiter nicht einzeln aufführen. Im Endeffekt können Sie diese NGO, die ja meist eigene Domains haben, als solches aufführen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und gab es neben NGOs noch weitere Institutionen, die dann in diese Schutzlisten aufgenommen wurden?

Zeuge T. B.: Es wurden immer diese Dinge umgesetzt, die von den Juristen „als G 10 zu schützen“ eingestuft wurden. Genau diese Dinge sind dann anschließend in diesen Filterlisten verarbeitet worden. Also, wenn es dann irgendwelche anderen Aspekte gab, die eine andere Bewertung wiedergaben, oder es einen neuen Bereich gab, der neu aufgetreten ist, dann sind diese Dinge unverzüglich eingepflegt worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Man hat also im Vorfeld gesagt, ein Mitarbeiter einer NGO oder so kann in Afghanistan überwacht werden, weil er Funktionsträger ist. Was ist mit Journalisten, die in Afghanistan tätig waren? Waren die auch Funktionsträger? - Sie lachen schon wieder. Das mag ich, dass Sie sich darüber freuen, wenn man eine Frage stellt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Nein, ein Journalist ist natürlich kein Funktionsträger, sondern ist - wenn er ein Grundrechtsträger ist, also ein Deutscher - entsprechend zu schützen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist ein Journalist in Afghanistan, der nicht deutscher Bundesbürger ist, zu schützen?

Zeuge T. B.: Aus G-10-rechtlicher Sicht nicht. An der Stelle gibt es im Zweifelsfall politische Bedenken, ob aufgeklärt werden soll oder nicht. Aber das ist keine Entscheidung, die aufgrund von Grundrechten, G 10, zu treffen ist, sondern aus anderen Gesichtspunkten.

Martina Renner (DIE LINKE): Die diversen Gesetze kennen ja neben dem Grundrechtsschutz auch den Schutz von Berufsgeheimnisträgerinnen und -trägern. Das würde in dem Falle ja auf Journalisten und Journalistinnen zutreffen. Wie sind Berufsgeheimnisträger und -trägerinnen, seien sie jetzt deutsche Staatsbürger oder nicht, in Ihrer Praxis bei dem Einsetzen von Filtern und Selektoren beachtet worden?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Herr Wolff vielleicht direkt.

Martina Renner (DIE LINKE): Wollen Sie das beantworten, Herr Wolff?

RD Philipp Wolff (BK): Ich wollte nur ganz zum Zeugen kurz sagen, dass es sich hier meines Erachtens um eine Frage an Sachverständige handelt. Sie müssen Rechtsfragen nicht beantworten, Sie müssen zu Tatsachen antworten. Ich will auch hinzufügen, dass das meines Erachtens nichts mit dem Untersuchungsgegenstand, der sich auf den Bereich der Five Eyes bezieht, zu tun hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hatte die Frage von Frau Kollegin Renner so verstanden, ob Journalisten herausgefiltert werden, nicht welche rechtlichen Grundlagen zugrunde liegen. Ist das richtig?

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Die Frage war, ob die herausgefiltert werden, weil sie ja Träger besonderer Rechte sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie das wissen, dann können Sie darauf antworten. Wenn Sie es nicht wissen, können Sie sagen, dass Sie es nicht wissen. Sie müssen keine rechtliche Bewertung abgeben. Das gefällt mir nämlich auch nicht, weil Sie kein Jurist sind. Aber über Ihr Wissen in diesem Zeitraum, in dem Sie tätig waren, können Sie natürlich berichten, wenn Sie es wissen.

(RA Johannes Eisenberg: Andererseits, Herr Vorsitzender, hatten wir schon vor geraumer Zeit gesagt, dass wir zu dem Inhalt der Selektoren in nichtöffentlicher Sitzung befragt werden wollen! Jetzt wird immer wieder da drin rumgepopelt und immer wieder die Ermüdung des Zeugen genutzt, um ihn dann doch dazu zu bewegen, sich in öffentlicher Sitzung zu Einzelheiten der Selektoren zu erklären! Das ist eigentlich nicht ganz in Ordnung!)

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Herr Eisenberg, die Formulierung „wir wollen befragt werden“ finde ich ein bisschen deplatziert, weil ich Sie nicht, sondern nur den Zeugen befragen möchte. Ich glaube, Sie sind eingangs auch durch den Vorsitzenden darauf hingewiesen worden, dass Sie sich hier lediglich zu Verfahrensfragen und nicht zu inhaltlichen Fragen äußern können. Vielleicht lassen wir dann doch - mit dem Hinweis des Vorsitzenden, den ich zutreffend fand - die Frage, inwieweit Berufsgeheimnisträger, am Beispiel der Journalisten, Journalistinnen, herausgefiltert wurden, durch den Zeugen beantworten.

Zeuge T. B.: Da verweise ich auch auf die nicht-öffentliche Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage mal meinen Kollegen, ob er noch Fragen hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, eine Sache war ja noch ein bisschen offen geblieben. Der Kollege Notz hatte ja gefragt, was denn nun beendet worden ist: die Weiterleitung an die NSA oder das Abgreifen am Kabel? Sie haben gesagt: Beendet wurde das Überweisen oder die Weiterleitung von Daten an die NSA. Habe ich das richtig verstanden, dass im Umkehrschluss das Abgreifen der Kabel nicht beendet worden ist?

Zeuge T. B.: Mir entgeht die Relevanz zum Untersuchungsauftrag.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es geht um die Rechtmäßigkeit des Handelns des Bundesnachrichtendienstes in diesem gesamten Untersuchungsauftrag und demzufolge auch darum, inwieweit dort entsprechende Maßnahmen getroffen worden sind, die nicht auf der Grundlage deutschen Rechts stattgefunden haben.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein!)

- Natürlich geht es darum.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch hier habe ich mal ganz kurz nach. Ich habe die Frage jetzt so verstanden: Es geht nicht um die rechtliche Bewertung, ob der BND rechtmäßig beim Abgreifen von Daten handelt, sondern ob am Knotenpunkt DE-CIX noch Daten abgegriffen werden. War das die Frage?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ob das 2008 ebenfalls beendet wurde. Das ist die Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So habe ich es - - Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will nur erläutern, was der Zeuge hier gesagt hat: nicht zum Zwecke der Weiterleitung an einen Five-Eyes-Staat. Die reinen G-10-Maßnahmen beispielsweise fallen aus unserer Sicht nicht unter den Untersuchungsauftrag, so wie auch die allgemeine Rechtmäßigkeit des Handelns des BND nicht unter den

Untersuchungsauftrag fällt. Unter den Untersuchungsauftrag fällt das, was im Einsetzungsbeschluss steht. Das fällt nicht darunter.

(Zuruf von
RA Johannes Eisenberg)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte jetzt eigentlich keine allgemeine Diskussion über den Einsetzungsbeschluss, in dem natürlich auch die Rechtmäßigkeit des Handelns des BND explizit drinsteht, sondern grundsätzlich die Frage ermöglichen, weil mich die Antwort auf die Frage vom Kollegen Hahn interessiert. Darauf kann man ja dann dementsprechend antworten, wenn Sie dieser Meinung sind. - Kollege von Notz, speziell zum Verfahren jetzt oder sonst - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte zu Herrn Wolff was sagen!)

- Ja, ich verstehe das. Aber wollen wir nicht gucken, ob wir die Frage vom Kollegen Hahn beantwortet kriegen? - Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe sie ja gestellt eigentlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bezog sich die Frage - - so wie ich sie dann etwas anders formuliert habe?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich habe doch schon gesagt, dass der Zeuge außerhalb der Aussagegenehmigung, die sich auf den Errichtungsbeschluss zum Untersuchungsausschuss beschränkt, keine Fragen beantworten darf und auch nicht wird! Er hat doch schon geantwortet, dass dort am Knotenpunkt entnommene Daten nicht mehr an Dritte weitergereicht wurden! Das ist



Nur zur dienstlichen Verwendung

doch eigentlich eine klare Antwort!)

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der Kollege von Notz hat eine klare Frage gestellt, und der zweite Teil ist nicht beantwortet worden. Ich entnehme jetzt der Aussage, dass es also an dem Knotenpunkt weitergeführt worden ist. Das ist ja dann - - Alles andere macht ja keinen Sinn, weil ansonsten hätten Sie einfach Nein sagen können, und die Frage wäre beendet.

Ich habe aber noch einen weiteren Punkt, zu dem ich Sie gerne etwas fragen möchte. Ist Ihnen in der Zeit, in der Sie dort oder überhaupt beim BND gearbeitet haben, bekannt geworden, dass vonseiten der Amerikaner, insbesondere auch NSA, darauf gedrungen worden ist, Zugang zu weiteren, möglichst sämtlichen Punkten, Telekommunikationseinrichtungen zu erhalten, dass man also gedrängt hat, Zugang zu bekommen, um besser und effektiver abhören zu können? Ist Ihnen so etwas bekannt geworden, dass es solche Wünsche seitens der NSA gegeben hat?

Zeuge T. B.: Nein, war nicht meine Ebene.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ist Ihnen nicht bekannt?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut. - Dann habe ich von meiner Seite noch eine letzte Frage. Sie haben vorhin von den Routineverkehren gesprochen, was Telekommunikation angeht, und hatten dann gesagt, die von Ausland zu Ausland sind zum Abschluss freigegeben. Ich will das jetzt nicht noch weiter vertiefen. Sie haben dann aber auch gesagt, es müsse trotzdem so etwas wie einen Hintergrund oder einen Auftrag geben, wenn man diese Telefonate dann eben speichert und weiter bearbeitet, also nicht frei von der Leber weg, sondern es müsse irgendwie so etwas geben. Da möchte ich Sie gerne fragen, ob es aus Ihrer Sicht ausreicht, dass in einem Land oder einer Region mutmaßlich irgendwie bestimmte dubiose Strukturen oder auch gefährliche Gruppierungen tätig sind, um dann alle Telefonate,

die in diesem Bereich geführt werden, einzusammeln und auszuwerten? Ist das aus Ihrer Sicht ein ausreichender Anlass?

Zeuge T. B.: Das ist wieder eine rechtliche Bewertung. Aber aus meiner Sicht ist das kein ausreichender Anlass; denn das ist genau wieder der Punkt: Eine anlasslose Speicherung ist dem BND nicht erlaubt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Darum geht es, genau.

Zeuge T. B.: Das heißt, wir haben entsprechende Suchbegriffe, die einen Auftrag dahinterstehen haben, und nur dann funktioniert auch dieses Ganze; denn sonst werden Sie überschwemmt mit Informationen, die Sie gar nicht haben wollen und gar nicht verwerten können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Jetzt wäre die Zeit um, und wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wir haben keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe auch noch eine Anschlussfrage an das, was der Kollege Notz vorhin gefragt hat. Kann man aus Ihrer Antwort schließen, dass die Leitung dieser Verkehre, die in Frankfurt aufgenommen worden sind, nach Bad Aibling nur den Zweck - nur oder auch; das können Sie ja dann entscheiden - der Weiterleitung an die NSA hatte? Weil als die Weiterleitung eingestellt worden ist - haben Sie ja vorhin gesagt -, da ist jedenfalls nicht noch was nach Bad Aibling geschickt worden.

Zeuge T. B.: Also, das physikalische Netz - - Welche Verbindungen es zu welchen Bereichen gibt? Zu diesem Teilbereich habe ich überhaupt keinen Kontakt innerhalb des BND. Damit ist ein



Nur zur dienstlichen Verwendung

eigener technischer Bereich entsprechend betraut, genauso mit den logischen Verbindungen, die dann auf diesen technischen Verbindungen laufen. Von der Seite her kann ich sagen, dass eine gewisse logische Verbindung gekappt wurde. Aber was danach mit der technischen Verbindung passiert ist oder ob es noch andere logische Verbindungen über die gleiche Leitung gibt, weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber Sie hatten ja als BND, der in Bad Aibling tätig war, die Aufgabe, die Verkehre, die in Frankfurt aufgefangen worden sind, zu filtern usw. und dann an die NSA weiterzugeben. Hatte diese Weiterleitung nach Bad Aibling noch einen anderen Sinn als die Weiterleitung an die NSA? Gab es da noch irgendeinen für Sie bekannten oder sichtbaren, einsehbaren Zweck, vorher jetzt, solange das noch lief?

Zeuge T. B.: Der Zweck war die gemeinsame Bearbeitung. Man wollte Informationen sowohl für die NSA als auch für uns rausgreifen. Also war der einzige Zweck doch nicht die NSA, sondern vor allem auch, dass wir selbst Erkenntnisgewinne hatten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber in dem Augenblick, wo die NSA nicht mehr beteiligt war, wurde nach Bad Aibling nicht mehr geliefert?

Zeuge T. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann kann man die Schlussfolgerung ziehen. - Das wurde ja nicht direkt von Frankfurt nach Bad Aibling geleitet, sondern über den BND - sage ich jetzt mal: ohne Pullach oder - - ist egal; jedenfalls über eine andere Stelle. Ist das zutreffend? Also, die Ableitung erfolgte in Frankfurt, und dann ging das nicht direkt an die NSA, oder doch? Ich meine, zu Ihnen nach Bad Aibling?

Zeuge T. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ging über einen Umweg.

Zeuge T. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und ob danach, nachdem jetzt NSA und die Zusammenarbeit in Bad Aibling wegfielen, diese Verkehre, wenn es welche gegeben hat, noch an diese Stelle, wo Sie es vorher herbekommen haben, gingen: Können Sie da was zu sagen? Gingen also noch Ableitungen an diese andere Stelle des BND zur Auswertung oder, weiß ich was, Speicherung?

Zeuge T. B.: Dazu keine Aussagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sagen Sie nichts. Hier nicht oder grundsätzlich nicht?

Zeuge T. B.: Zumindest nicht hier.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann müssen wir da noch mal gucken. - Jetzt habe ich nur noch mal zu diesen Funktionsträgern - - Das scheint mir so märchenhaft und absurd. Ich will erst mal eine Verständnisfrage stellen. Heißt das wirklich - wir haben ja bisher nur von der Welthungerhilfe geredet -: Jede Firma oder Unternehmen, das im Ausland Niederlassungen hat - - Wenn dann die Mitarbeiter im Ausland tätig sind, fallen die nicht unter den G-10-Schutz, also auch deutsche Staatsbürger?

Zeuge T. B.: Deutsche Firmen fallen unter den Grundrechtsschutz. Das sind juristische Personen des öffentlichen Rechts und sind damit Grundrechtsträger.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber nicht die Welthungerhilfe, oder wie?

Zeuge T. B.: Da müssten Sie einen Juristen fragen. Aber das ist keine - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, ich frage den Praktiker. Also, die Welthungerhilfe fiel doch offenbar - so habe ich Sie vorhin verstanden - nicht unter G-10-Schutz.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die haben auch Handys gehabt!)

Die Leute, die da gearbeitet haben - auch wenn es Deutsche waren, und die waren in Kabul oder sonst wo -, fielen nicht unter G-10-Schutz?

Zeuge T. B.: Wenn sie unter „Funktionsträger“ abgebildet waren, dann fielen sie nicht drunter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will doch nicht wissen „wenn“, sondern es ist doch hier ganz konkret. Die Welthungerhilfe, haben Sie gesagt, fiel nicht unter G-10-Schutz. Ist das richtig, oder habe ich das vielleicht falsch verstanden? Die haben Sie ohne G-10-Schutz bearbeitet?

Zeuge T. B.: In Aibling habe ich dazu nichts gesehen. Ich weiß, dass es Diskussionen darüber gab, ob NGOs unter den G-10-Schutz fallen oder nicht, und zu einem bestimmten Zeitpunkt wurde entschieden: Auch die NGOs fallen unter G-10-Schutz und müssen entsprechend geschützt werden. An der Stelle müssen sie dann in die entsprechenden Filter mit reingenommen werden, damit sie unterdrückt werden. Also, das ist der Ablauf und das - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was war jetzt die Welthungerhilfe?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich muss mal ganz kurz unterbrechen, nur um die Fragestellung richtig einordnen zu können. Haben Sie in Ihrer Zeit in Bad Aibling mit dem Thema Welthungerhilfe zu tun gehabt? Waren Sie damit befasst?

Zeuge T. B.: Nein, meines Wissens nach nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann müsste der Zeuge hier rechtliche Bewertungen abgeben, und das kann er nicht. Er kann nur aus eigenem Erfahren - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann frage ich Sie nach Ihrer Auftragslage. Also, nach dem, was Ihnen Ihre Juristen oder Ihre

Vorgesetzten oder der Präsident gesagt haben: War Ihre Aufgabe, die Daten der Welthungerhilfe und andere NGOs ohne G-10-Schutz aufzunehmen, wenn die irgendwo anfielen, also zum Beispiel bei der strategischen Überwachung?

Zeuge T. B.: Also, die Welthungerhilfe als solches ist kein Ziel. Was will ich mit - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Mitarbeiter natürlich, klar. Das sind immer handelnde Menschen.

Zeuge T. B.: Auch die Mitarbeiter als solches sind kein Ziel.

(Zuruf: Warum haben Sie es denn gemacht? -
Gegenruf von RA Johannes Eisenberg: Das hat er doch gar nicht gemacht!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber der BND hat es doch gemacht. Deshalb kommen wir doch überhaupt auf die Frage. Das ist doch gemacht worden, und Sie sagen ja selber, bei Ihnen gab es diesen Unterschied: Funktionsträger fielen nicht unter G 10. Ich meine, das alarmiert mich wirklich in höchstem Maße, weil: Wo fangen wir da an, wo hören wir da auf? Ist irgendeine Schulinitiative, ist eine Kirche, ist eine Stiftung, die Böll-Stiftung usw. - - fallen die da alle unter Funktionsträger, und werden die da überwacht, auch wenn Deutsche da sind?

Zeuge T. B.: Ich kann dazu keine rechtliche Bewertung abgeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Sie sollen sagen, was für eine - -

Zeuge T. B.: Wir haben es so nicht gemacht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hatten Sie denn für einen Auftrag? Wie war die Lage? Wie war Ihre - -

(RA Johannes Eisenberg: Er hat es doch nicht gemacht!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sagt er doch: Er hat doch
das nicht gemacht!

- Ja, aber er wusste doch, was für Anweisungen in dem Dienst, in dem er tätig war, bestanden. Sie kriegen jetzt ja nicht nur Daten aus Frankfurt, sondern auch aus der strategischen Überwachung, aus Afghanistan und Umgebung, sehr viel und filtern - - Haben da Ihre Filtersysteme aufgrund der G-10-Beschränkungen die Verkehre Welthungerhilfe, NGOs, Stiftungen rausgefiltert, oder haben Sie die ohne G-10-Schutz behandelt?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu hat Herr Wolff eine Wortmeldung.

RD Philipp Wolff (BK): Auch hier muss ich ganz ehrlich sagen: Das hat nichts, aber auch rein gar nichts mit den Five Eyes zu tun.

(Hans-Christian Ströbele
BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Doch!

Wo wir hier im Untersuchungsgegenstand sind, erschließt sich mir nicht. Das ist ein Vorgang, der steht im *Spiegel*. Welthungerhilfe - wir haben gerade noch mal nachgeschaut -: Der Zeuge war nicht damit befasst. Es hat nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun. Man kann den Zeugen hier Stunden quälen. Aber der Sinn erschließt sich mir nicht und auch nicht die rechtliche Grundlage.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN):** Aber Herr Wolff, also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir quälen den Zeugen nicht. Wir gehen hier ja alle ganz, ganz lieb und brav miteinander um. Der Ansatzpunkt für mich ist - deswegen bin ich auch eben reingegangen -: Ist das etwas, was der Zeuge aus eigener Erkenntnis berichten kann?

(RA Johannes Eisenberg:
Nein! Das hat er schon
längst gesagt!)

Wenn er das nicht kann, dann bringt das nichts. Dann müssen wir einen anderen Zeugen dazu fragen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN):** Natürlich. Er kann doch sagen: Gab es eine Anweisung, eine Auftragslage des BND - er war da schließlich der Chef -, wonach solche angenommen worden sind, oder nicht? - Natürlich hat das was mit Massenüberwachung zu tun, weil die verrückte These des Kollegen Kiesewetter wäre ja dann widerlegt. Also, wenn es wirklich so ist: „Funktionsträger dürfen ohne G-10-Beschränkungen, auch wenn sie deutsche Staatsbürger sind - - deren Kommunikation abgefangen werden“, dann ist das eine Massenüberwachung, und zwar ganz kräftig.

Zeuge T. B.: Ich kann dazu nichts sagen, vor allem auch nicht, weil ich nicht weiß, was in den Filtern, G-10-Filtern, in Aibling eingespielt wurde zu dem Zeitpunkt, als ich da draußen war.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN):** Nein, vorher, zu der Zeit, als Sie da waren.

Zeuge T. B.: Ja, als ich da draußen war; denn es hat genau diese Dinge getrennt und hat nämlich - - Den G-10-Schutz und auch die Verteilung der G-10-Identifizierungswortbanken hat man gezielt rausgenommen aus den Erfassungsköpfen, damit das an einer Stelle zusammengefasst ist, damit es nicht manipuliert werden kann von irgendwelchen anderen Bereichen und damit auch an einer Stelle nur gepflegt werden muss. Das sind so mal ganz grundsätzliche Dinge, die einfach auch dem Schutz dienen, weil ich dann universell an einer Stelle auch diese Dinge alle zusammenführen kann. Einen Auftrag, die Welthungerhilfe aufzuklären, haben wir in Aibling ganz bestimmt nicht gehabt.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN):** Aber Sie haben als Auftrag - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielen Dank. Die Zeit ist jetzt schon um einige Minuten überschritten, und ich habe mehrmals die gleiche Antwort auf verschieden gestellte Fragen gehört. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Keine Fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Damit ist für die Fraktionen in einer neuen Fragerunde die Fraktion Die Linke an der Reihe. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben auch keine weiteren Fragen. Damit sind wir bei der Fraktion der CDU/CSU in dieser erneuten Fragerunde.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann sind wir wieder bei Ihnen, meine Damen und Herren von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nett. Vielen Dank. - Ich muss jetzt doch noch mal ganz kurz zu Herrn Wolff was sagen. Deswegen wäre es supernett, wenn er kurz zuhören würde. Verzeihen Sie!

Ich wollte noch mal sagen - nicht dass wir uns hier grundsätzlich missverstehen bezüglich Ihrer Interpretation, dass wir hier nur die Five-Eyes-Staaten untersuchen -: Da müssen Sie noch mal in den Untersuchungsauftrag reingucken. Wir untersuchen auch das Agieren der Five-Eyes-Staaten. Aber es geht uns vor allen Dingen um anlasslose Massenüberwachung - und genau der versuchen wir hier nachzuforschen; das ist unser Auftrag -, und auch die, die der BND gemacht hat. Und wenn er es unter dem Deckmäntelchen einer G-10-Maßnahme gesagt hat - das sage ich an der Stelle auch mal -, dann ist das selbstverständlich unser Arbeitsbereich hier. Sie befinden sich in einem großen Missverständnis, wenn Sie glauben, Sie können dieses Problem wegdefinieren. Das ist nicht der Fall. - B 7. - So. Das wollte ich vorwegschicken und - -

(MR Torsten Akmann
(BMI): Herr Vorsitzender,
dürfen wir was dazu
sagen?)

- Eigentlich nicht, weil - -

(MR Torsten Akmann
(BMI): Wir können den mal
vorlesen, den Auftrag an
der Stelle!)

- Herr Akmann, eigentlich nicht, weil ich durfte eben auch nichts retournieren auf die sinnlose Aussage. Damit müssten Sie jetzt auch einfach mal einen Augenblick leben.

(MR Torsten Akmann
(BMI): Sie sagen etwas, was
nicht stimmt! Lesen Sie
doch einfach mal den Auf-
trag!)

- Ich habe eben auch 15 Minuten gewartet, sagen zu können, was nicht stimmt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich halte erst mal die Uhr an.

(Zuruf von MR Torsten
Akmann (BMI))

Erst mal halten wir die Uhr an. Ich würde jetzt nicht gerne eine Grundsatzdebatte über den Einsetzungsbeschluss führen. Diese würde ich vertagen in die Obleuterunde. Wenn eine Frage nicht vom Einsetzungsbeschluss gedeckt ist, werden wir das punktuell diskutieren, würde ich vorschlagen, und nicht die grundsätzliche Debatte über den Einsetzungsbeschluss führen. Können wir das so handhaben? Dann können wir jeweils an der konkreten Stelle sagen: Das ist gedeckt, oder das ist nicht gedeckt. Denn das wird eine Grundsatzdebatte, die ich aufgrund der Zeit - gleich halb sieben, und wir haben den ersten Zeugen noch nicht mal zu Ende befragt - gern dann in eine Obleuterunde vertagen würde. Ist das akzeptiert? Und wir gehen punktuell jeweils bei der einzelnen Frage in die Diskussion im Zweifel: Ist es vom Einsetzungsbeschluss gedeckt? - Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Also, die Bundesregierung würde sich dann vorbehalten, auch nachzufragen, auf welcher Grundlage diese Frage dann gestellt wird. - Danke.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Klärung solcher Fragen können wir hier gerne im Einvernehmen erzielen. - Ich würde wieder Herrn Kollegen von Notz das Wort geben. Jetzt läuft die Zeit auch erst wieder.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ganz offensichtlich - - Wir haben das ja hier schon festgestellt - uns haben das schon Staatsrechtler hier bestätigt in öffentlicher Sitzung -, dass der BND in Sachen Rechtmäßigkeit fernab von Gut und Böse agiert. Das ist erst mal der Stand der Dinge.

Dann taucht hier heute die offensichtlich juristisch gemeinte - so will ich es mal sagen - Definition des Funktionsträgers auf, der nicht grundrechtlich geschützt sein sollte. So habe ich es verstanden. Da werden wir ja wohl noch nachforschen dürfen mit dem Segen der Bundesregierung, die vielleicht dem Parlament diese Nachfrage genehmigt. Das wäre wirklich ausgesprochen höflich, Herr Akmann, weil das ist absurd juristisch und es ist absurd tatsächlich, und zu tatsächlichen Fragen darf ich den Zeugen Gott sei Dank befragen, übrigens genauso wie zu juristischen Sachverhalten. Das muss man von dem Abteilungsleiter, der eine solche Einheit beim BND führt, schon verlangen können, auch mal eine juristische Frage stellen zu dürfen. Sie müssen sich das mal vorstellen: Wir fragen hier einen hohen BND-Beamten, und in einem Verfahren dürften Sie einem hohen Polizeibeamten nicht die Frage stellen, was er gemacht hat, weil das irgendwie einen juristischen Kontext hat. Das ist eine absurde These, mit der Sie hier auflaufen. Aber sie passt ins Bild.

So. Jetzt frage ich noch mal nach; jetzt geht die Uhr weiter. Jetzt frage ich noch mal nach bezüglich der automatisierten Weitergabe. Herr Zeuge, schließen Sie aus, dass es in allen Bereichen - Signale, Rohdaten, G-10-gefilterte Daten, aufbereitete Daten, Vorprodukte, Meldungen -, dass es in all diesen Bereichen eine automatisierte Weiterleitung irgendeiner Art gab? Schließen Sie das aus?

Zeuge T. B.: Eine unkontrollierte automatische Weiterleitung nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, einfach eine automatisierte Weiterleitung.

Zeuge T. B.: Da hatte ich vorhin schon auf nicht-öffentliche Sitzung verwiesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. Also, Sie schließen das nicht aus. Das ist schon mal gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das hat der Zeuge gerade nicht gesagt. Ich bitte, nicht dem Zeugen etwas zu unterstellen, was er gerade, wenige Sekunden vorher, nicht gesagt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, dann müssen Sie mir jetzt sagen, wie Sie das interpretieren, was er gesagt hat, wenn Sie das jetzt korrigieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich interpretiere das gar nicht. Ich höre es nur.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. Den Eindruck habe ich auch schon länger. - Gut.

(Zuruf des Abg. Christian Flisek (SPD))

Ich habe erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich gehe jetzt wieder die Liste durch.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein!)

- Entschuldigung! - Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich lasse da nicht ab, bevor Sie nicht sagen, dass das mit dem Funktionsträger vielleicht doch ein Irrtum war. Sie haben vorhin von sich aus - das haben wir ja nicht erfunden - irgendwann erklärt auf die Befragung des Kollegen Hahn, als der die Frage gestellt hat nach der Welthungerhilfe, Ihnen sei bekannt - - Sie haben



Nur zur dienstlichen Verwendung

das fast mit dem Brustton der Entrüstung gesagt: Ist doch klar, Funktionsträger sind von dem G-10-Schutz ausgenommen. - So. Jetzt will ich wissen: Wo steht das? Wann ist das Ihnen von wem gesagt worden, und wie kommen Sie darauf? Und dann natürlich die Frage: Auf wen bezieht sich das alles, auf Abgeordnete zum Beispiel, auch ein Funktionsträger?

Zeuge T. B.: Ich kann wieder nur auf den Bereich der Juristen verweisen. Die haben diese entsprechenden Einordnungen getroffen und uns bekannt gegeben, und wir haben sie versucht entsprechend umzusetzen. Also, ich kann an der Stelle nicht mehr sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben Ihnen gesagt: Funktionsträger sind da ausgenommen von der G 10. Haben die Ihnen auch gesagt, was ein Funktionsträger ist?

Zeuge T. B.: Es war mit Sicherheit in einer der Belehrungen, die wir zu G 10 erhalten haben. Aber gleichzeitig wurde bei diesen Belehrungen gesagt: Betrifft eigentlich Bad Aibling nicht, weil an dieser Stelle mit Funktionsträgern gar nicht gearbeitet wird.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie, nicht gearbeitet wird?

Zeuge T. B.: Man wollte möglichst wenig Reibungspunkte in dieser Zusammenarbeit haben und auch möglichst wenig kritische Fälle. Dazu gehört unzweifelhaft auch der Funktionsträger. Also hat man das zwar angesprochen, aber nicht umgesetzt im Sinne von: Jetzt wird beauftragt, dass dort Funktionsträger erfasst werden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann ist Ihnen das von wem gesagt worden, und wurde das auch schriftlich niedergelegt? Dann können wir das ja vielleicht anfordern; dann kriegen wir Klarheit.

Zeuge T. B.: Also, das ist im Rahmen der G-10-Belehrungen durch die - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wann waren die? Wann?

Zeuge T. B.: Die wurden jährlich wiederholt. Also, ich kann jetzt nicht sagen, zu welcher speziellen Belehrung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Rahmen der G-10-Belehrung. Und von wem? Juristen; Sie brauchen den Namen nicht voll zu sagen. Reicht ein Buchstabe, dass wir die - -

Zeuge T. B.: Das ist der Abteilungsjurist der Abteilung gewesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abteilung. Was für eine Abteilung?

Zeuge T. B.: Technische Aufklärung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abteilungsjurist „Technische Aufklärung“. - Und können Sie sagen, in welchem Jahr das war? Also, wir müssen ja sehen, dass wir den richtigen kriegen.

Zeuge T. B.: Irgendwann 2004/2005, in diesem - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2004/2005, interessant. So. - Hat der dann auch gesagt, was Funktionsträger sind, oder haben Sie gefragt: Was ist - -

Zeuge T. B.: Nein, das ist kurz angesprochen worden, aber eben unter der Maßgabe, es solle nicht gemacht werden, möglichst wenig kritische Fälle oder möglichst wenig Fälle, in denen man detailliert dann nachfragen muss, sondern wirklich knallhart: „Das ja, das nein“, und das wäre so ein Punkt gewesen, wo man dann wirklich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, „die fallen nicht unter G-10-Regelungen“, hat er gesagt? - Ich war nicht dabei.

Zeuge T. B.: Also, wie genau diese Belehrung war, weiß ich nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben es so verstanden, -

Zeuge T. B.: Ich habe es so verstanden, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass die nicht unter G 10 fallen. Das ist ja interessant. Also, da haben wir ja noch ein reiches Betätigungsfeld, das rauszubekommen. Kann es auch sein, dass Sie da irgendwas durcheinanderbringen?

Zeuge T. B.: Auch das ist möglich, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Dass das irgendwie vorhin Ihnen irgendwas rausgerutscht ist, um was zu erklären, aber dass das gar nicht so war? Denn Sie können ja bisher auch keinerlei Erklärung geben, außer dass Sie sagen: Funktionsträger sind bei der Welthungerhilfe. - Aber es kann ja nicht ein extra Spezialgesetz für die Welthungerhilfe geben oder eine Vorschrift. Ich weiß nicht, was der BND gegen die Welthungerhilfe hat.

(Zuruf von RA Johannes Eisenberg)

- Bitte?

RA Johannes Eisenberg: Er weiß jetzt nicht, was er dazu sagen soll.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann sagen Sie mir doch noch mal: Kann das denn sein, dass Ihnen da was unüberlegt raus - - umso mehr Sie jetzt gefragt werden, sagen: Ist doch irgendwie - - Habe ich mich geirrt oder - - Dann brauchen wir der Sache nicht nachzugehen. Sonst müssen wir - - Oder jedenfalls will ich das dann beantragen, dass wir den dann hören.

Zeuge T. B.: Auch das ist möglich, dass ich da etwas falsch verstanden habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge T. B.: Wie gesagt, ich bin kein Jurist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie sind doch der Praktiker, der das ausführen soll. Dafür kriegen Sie doch die Rechtsbelehrung.

(RA Johannes Eisenberg: Er doch nicht!)

- Doch, dafür ist er verantwortlich gewesen.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein, in Bad Aibling
kamen die gar nicht vor,
die Funktionsträger!)

- Doch. Das wissen wir doch bei der Welthungerhilfe.

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat er gar nicht gemacht,
die Welthungerhilfe!)

Die ist ja nicht von uns abgehört worden, sondern vom BND.

(RA Johannes Eisenberg:
Auch nicht von ihm! Nicht
in Bad Aibling!)

- Ja, aber er hat das ja erklärt und gerechtfertigt, weil er gesagt hat: Das ist für die Funktionäre oder Funktionsträger.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es fehlen mir jetzt so ein bisschen die konkreten Fragen. Eine Frage wäre: Kamen in Bad Aibling Funktionsträger vor?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will wissen, Herr Vorsitzender - das ist doch eine interessante Frage -: Gibt es da Menschen aus Deutschland, die von der G-10-Regelung ausgenommen sind? Ich habe das zum ersten Mal gehört, dass es da offenbar Menschen gibt. Im Gesetz steht das nicht und im Grundgesetz auch nicht. Jetzt gehe ich der Frage nach: Ist der BND da auf einem völlig falschen Trip, weil irgendein Jurist sich verquatscht hat?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie war die Frage jetzt konkret?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Halten Sie das weiter aufrecht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was hält der Zeuge weiter aufrecht?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie behaupten, dass Sie, der BND, Sie persönlich und der BND, darüber belehrt worden sind, dass Funktionsträger - was auch immer das ist; Ihnen ja nicht erklärt worden - von der G-10-Regelung ausgenommen sind.

Zeuge T. B.: Das habe ich damals zu dem Zeitpunkt so verstanden, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann müssen wir der Frage nachgehen. Müssen Sie vielleicht noch mal kommen.

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist ja eine Drohung!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Jetzt frage ich die anderen Fraktionen, wieder zuerst die SPD: Gibt es inzwischen noch Bedarf an Fragen? - Fraktion Die Linke, Frau Kollegin Renner?

(Martina Renner (DIE LINKE): Nein!)

Fraktion CDU/CSU?

(Roderich Kiesewetter
(CDU/CSU): Nein!)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

Herzlichen Dank.

Damit sehe ich in der öffentlichen Sitzung an Sie keine weiteren Fragen mehr. Ich darf mich ganz herzlich bedanken, dass Sie in öffentlicher Sitzung unsere Fragen - sicherlich zu unterschiedlicher Zufriedenheit - beantworten konnten. Aber ich habe es so verstanden, dass Sie nach bestem Wissen und Gewissen geantwortet haben. Wir würden jetzt fortfahren in der öffentlichen Vernehmung der zweiten Zeugin. Ich bedanke mich

ganz herzlich, dass Sie uns bis jetzt zur Verfügung standen.

(Dr. André Hahn
(DIE LINKE): Herr
Vorsitzender!)

- Hier gibt es einen Wortmeldungsbedarf. Herr Kollege Hahn meldet sich.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich will bloß noch mal a) zu bedenken geben, was die Zeitachse angeht, auch im Blick auf das, was der Rechtsbeistand hier gesagt hat. Die Frage für mich: Ich habe jetzt nicht gezählt; ich würde aber mal grob tippen, dass mindestens bei 50 Fragen in den letzten Stunden gesagt worden ist, dass die in nichtöffentlicher Sitzung beantwortet werden. Wenn wir dazu eine Antwortzeit von zwei Minuten oder von drei Minuten nehmen, die der Zeuge zu jeder dieser Fragen hat, und möglicherweise daraus neue Nachfragen entstehen, dann halte ich es kaum für möglich, das jetzt in einigen Stunden irgendwann anzufangen, vielleicht um 22 oder 23 Uhr. Deshalb bitte ich, einfach zu überlegen, ob wir nicht tatsächlich die nichtöffentliche Sitzung hier anschließen sollten und bei der zweiten Zeugin dann notfalls eine Vertagung beschließen müssten. Also, ich sehe im Moment kaum einen anderen Weg, das vernünftig noch zu Ende zu führen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich sehe eine weitere Wortmeldung vom Kollegen Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich habe volles Verständnis für den Vorschlag, sehe aber auch, dass der Zeuge bereits rund sieben Stunden in den Fragen steht. Wir sind alle noch relativ frisch. Ich halte sehr viel davon, dass wir den Frageschwung, den wir die letzten sieben Stunden entwickelt haben, jetzt auf die Nachfolge von dem Zeugen T. B. beziehen, auf die Frau G. L., sodass wir einfach an dem Plan festhalten und dann möglicherweise die Zeugin G. L. auch nichtöffentlich befragen, nachdem wir unsere nichtöffentliche Beratungssitzung gemacht haben, und dann den Zeugen T. B. eben an einem anderen Tag wieder einberufen. - Danke.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt weiß ich nicht, wer schneller war. Herr Kollege Ströbele, Ladies first? - Ich habe es nicht gesehen. Nicht Ladies first, okay.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, ich kündige an, wenn Sie heute nach 11 Uhr noch verhandeln, werde ich den Saal verlassen und beim Präsidenten intervenieren, dass das weder den Mitarbeitern noch den Abgeordneten zumutbar ist, hier bis nach Mitternacht eine Zeugenbefragung durchzuführen,

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Auch nicht den Stenografen!)

ganz abgesehen davon, dass es auch völlig kontraproduktiv ist. Da können Sie vielleicht irgendwelche Zeit mit gewinnen; aber Sie können mir nicht erzählen, dass da nachts um zwölf oder um eins eine ordnungsgemäße Zeugenbefragung stattfindet. Ich habe schon mal betont, ich würde bei jedem Gericht der Welt recht bekommen, wenn ich sage, dass nach 20 Uhr eigentlich keine Zeugenbefragung mehr sachdienlich sein kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich habe - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das werde ich schriftlich morgen dann machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das ist gut. Ich finde es auch gut, dass Sie das dann morgen machen, weil es ist immer gut, eine Nacht darüber zu schlafen.

Ich habe jetzt einen Antrag zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Flisek, und dann habe ich noch Wortmeldungen von Frau Kollegin Renner und vom Kollegen Kiesewetter.

Christian Flisek (SPD): Wir stellen ja hier fest, dass wir mit der Zeitachse insgesamt ein Problem haben. Ich sage aber auch - deswegen stelle ich einen Geschäftsordnungsantrag -, dass, wenn wir jetzt hier in eine größere Debatte reingehen, wir

das dann wirklich in einer Beratungssitzung machen - das ist der Antrag -, es sei denn, die Debatte ist an dieser Stelle jetzt beendet. Aber wenn der Bedarf ist, dann bitte in einer Beratungssitzung.

Ich möchte nur ergänzen, dass der Zeitplan, den wir hier mit den Zeugen pro Tag vereinbaren, in den Obleute-Runden einvernehmlich so vereinbart ist, und wir jetzt regelmäßig festgestellt haben, Herr Ströbele, natürlich, dass wir damit nicht wirklich klarkommen. Deswegen finde ich es an und für sich ein bisschen daneben, dass Sie jetzt hier so tun, als wären Sie oder die Fraktion, der Sie angehören, da nicht eingebunden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich finde den Geschäftsordnungsantrag sinnvoll, dies in einer Beratungssitzung zu klären. Ich hätte das auch jetzt so vorgeschlagen. Ich dränge aber darauf, dass die Beratungssitzung dann zügig stattfindet. Es ist ein überschaubarer Sachverhalt, der auch in Kürze geklärt werden müsste, entweder einstimmig oder mit Mehrheit, weil sowohl der Zeuge wissen muss,

(RA Johannes Eisenberg:
Der Zeuge kann noch sehr gut heute vernommen werden, sagt er!)

wie es weitergeht, aber auch die weitere Zeugin, die ja bereit steht, wissen muss, wie es weitergeht, und, ich glaube, alle anderen hier im Saal möchten auch wissen, wie es weitergeht. Es gibt ja Leute, die haben noch ein Leben über den Ausschuss hinaus.

Also, damit ist die jetzige Sitzung insoweit unterbrochen. Ich berufe in wenigen Minuten eine Beratungssitzung ein, nämlich ungefähr in fünf Minuten. So lange wird es dauern, dass diejenigen den Saal verlassen, die nicht zur Beratungssitzung hier dabei sein können. Die Sitzung ist damit an dieser Stelle unterbrochen, und wir machen in fünf Minuten mit der Beratungssitzung weiter.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Unterbrechung des
Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 18.39 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Beratung)



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
19.08 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde gerne die unterbrochene Sitzung weiter fortsetzen. Ich hoffe, Herr Eisenberg, Sie haben unseren Zeugen T. B. gut verabschiedet - wir werden ihn ja wiedersehen - und er wartet nicht noch irgendwo.

(RA Johannes Eisenberg: Er bedauert es sehr, dass er wiederkommen muss!)

- Nein, er bedauert sehr, dass er heute nicht noch zu Ende aussagen konnte, und freut sich sicherlich auf den weiteren Termin. Es ist doch eine sehr sympathische Stimmung hier.

Vernehmung der Zeugin G. L.

Ich darf aber jetzt ganz herzlich unsere nächste Zeugin begrüßen, Frau G. L. Ich freue mich, dass Sie bei uns sind.

Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen worden ist. Frau G. L., Sie haben die Ladung am 29. Oktober 2014 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie der Einladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Haben Sie hierzu Fragen?

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich stelle fest, dass Herr Rechtsanwalt Eisenberg als Rechtsbeistand auch Sie begleitet. Eine Vorstellung jetzt ist nicht mehr notwendig, da Sie uns schon in gewohnter Weise die bisherige Sitzung begleitet haben, insbesondere den vorherigen Zeugen. Ich denke, dass Sie das auch mit der jetzigen Zeugin so handhaben werden.

Frau G. L., vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann und dann eben in nichtöffentlicher oder eingestuftem Sitzung die Sitzung fortsetzen kann.

Haben Sie hierzu noch Fragen?

Zeugin G. L.: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen: Zu Beginn Ihrer Vernehmung habe ich Sie zur Person zu befragen. Es folgt die Vernehmung zur Sache. Sie haben nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes zunächst Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Danach werde zunächst ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. - Gibt es hierzu Fragen Ihrerseits?

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich darf Sie bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügen die Angabe der Initialen sowie die Anschrift Ihrer Dienststelle, über die wir Sie erreichen. - Das wäre jetzt der Fall.

Zeugin G. L.: Mein Name ist G. L. Ich bin Mitarbeiterin des Bundesnachrichtendienstes. Die ladungsfähige Anschrift liegt vor.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, die finden wir. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn dies gewünscht ist, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes - wie ich es gerade angesprochen habe - Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Sie haben das Wort.

(RA Johannes Eisenberg, an die Zeugin G. L. gewandt:
Sie müssen sich nicht im Zusammenhang äußern!
Sie können auch Fragen beantworten!)

Sie müssen nicht. Sie können zum Gegenstand en bloc, ohne dass Sie unterbrochen werden mit Fragen, gerne am Stück zu Beginn eine Einführung geben, etwas sagen. Sie müssen das aber nicht. Dann würden wir direkt in die Fragen einsteigen.

Zeugin G. L.: Ich würde dann lieber direkt in die Fragen einsteigen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann darf ich mit den Fragen beginnen. Mich würde etwas mehr einmal zum Tätigkeitsfeld interessieren: Was machen Sie denn beim BND?

Zeugin G. L.: Ich bin im Augenblick in einem Bereich tätig, der sich mit der Entwicklung und dem Betrieb von IT-Systemen beschäftigt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was qualifiziert Sie denn dafür?

Zeugin G. L.: Einerseits als Grundqualifikation mein Studium der Mathematik und andererseits die jahrelange Tätigkeit in diesem Bereich, der auch weitere Ausbildungsmaßnahmen in dieser Hinsicht einschloss.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie nach dem Studium direkt beim BND angefangen, -

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - oder waren Sie erst - - Ja.

Zeugin G. L.: Nein, direkt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Diese erste Anstellung beim BND, war das direkt im Bereich IT oder zum Beispiel Analyse, Auswertung oder Vergleichbares?

Zeugin G. L.: Nein, das war IT-Bereich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie sind direkt in den IT-Bereich gewechselt. - Was speziell im IT-Bereich machen Sie - so als Mathematiker, da kann man ja relativ viel -, aber was konkret? Programmieren Sie?

Zeugin G. L.: Also, ich habe früher programmiert. Jetzt organisiere ich eher den Entwicklungs-



Nur zur dienstlichen Verwendung

bereich und kümmere mich darum, dass die Programmierer und Entwickler ihre Aufgaben erfüllen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie sind fachlich schon noch so auf der Höhe der Zeit, obwohl Sie ja jetzt dann eine übergeordnete Funktion haben, dass Sie auch kontrollieren können, ob die Dinge, die Ihre Programmierer programmieren, noch erfolversprechend sind, -

Zeugin G. L.: Ja, doch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - oder machen Sie nur noch Organisatorisches?

Zeugin G. L.: Nein, nein, nicht nur Organisatorisches.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Den Teil, den Sie programmiert haben und jetzt auch leiten, was wird denn da programmiert?

Zeugin G. L.: In der Regel programmieren wir Anwendungen für die Mitarbeiter für bestimmte Art von Daten, wie damit umgegangen wird, zugehörige Datenbanken usw.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In Ihrem Bereich und nach Ihrer Kenntnis sind die Datenbanken, die dort betrieben werden, hausintern programmiert, -

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - zugekauft oder - -

Zeugin G. L.: Nein, die sind im Prinzip hausintern programmiert, in Teilen mit entsprechender Unterstützung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Von wie viel Datenbanken reden wir da?

Zeugin G. L.: Es ist immer schwierig zu sagen, was man unter einer Datenbank versteht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann erklären Sie es uns: Was versteht man unter einer Datenbank?

Zeugin G. L.: Ich meine jetzt, was die Anzahl angeht. Man kann eine Anwendung entwickeln, sie aber an verschiedenen Standorten einsetzen. Das heißt, wir reden immer von einer Anwendung, die aber in verschiedenen Standorten zum Einsatz kommen kann. Also haben wir physikalisch mehrere Datenbanken, aber eigentlich ein und dieselbe. Deshalb ist das immer so ein bisschen schwierig, das genau zu beziffern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Verstehe ich. - Wenn wir mal die internen Datenbanken wie Personaldatenbank, Urlaubsdatenbank oder weiß ich was rauslassen -

Zeugin G. L.: Das ist nicht Bestandteil meiner Aufgaben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - genau -, von wie viel reden wir denn da, die gleichen Systems sind, aber an verschiedenen Standorten? Also, ich muss sie jetzt nicht mal der Standorte nehmen, sondern nur von der technischen Programmiertheit.

Zeugin G. L.: Derzeit sind in meinem Bereich vier Datenbanken.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das wird aber nicht die Gesamtzahl der im BND geführten Datenbanken sein.

Zeugin G. L.: Nein. Dazu kann ich auch nichts sagen, weil das nicht in meinem Zuständigkeitsbereich liegt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin G. L.: Dafür sind andere Bereiche zuständig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was umschreibt denn Ihren Zuständigkeitsbereich, wo diese vier Datenbanken verwaltet, genutzt werden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: Das ist der Bereich der Technischen Aufklärung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Technische Aufklärung. Umfasst das den Bereich Signalauswertung, den Bereich der Funkfrequenzauswertung, das, was in Bad Aibling gewonnen wird aus dem, was Satelliten abstrahlen?

Zeugin G. L.: Also nicht direkt Signale, sondern das, was nachher aus den Signalen an Informationen gewonnen wird, also erst das, was zu einem späteren Zeitpunkt vorliegt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann würde mich interessieren: Wie funktioniert das denn? Vom Satelliten über die Schüssel - wie geht es denn dann weiter? Weil Sie sagen, das umfasst die Dinge, wenn aus den Signalen etwas - -

Zeugin G. L.: Nein, das ist davor. Wir kommen mit unseren Datenbanken erst später, in der Prozesskette, wenn man so will.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genauso wollte ich den Satz auch bilden. Der war ja noch nicht zu Ende. Also, den Teil, der - - Nachdem die Daten vom Satelliten durch die Schüssel aufgefangen worden sind, lesbar gemacht worden sind, zu lesbaren Einheiten - ich habe das mal „Dokumente“ genannt - zusammengestellt worden sind, dann treten Sie auf?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist da schon was gefiltert vorher, oder machen Sie das Filtern mit Ihren Programmen?

Zeugin G. L.: Es wird in verschiedenen Stufen gefiltert, je nachdem, was als Einheit vorliegt. Sie können auf Signalebene schon filtern. Sie können aber auch dann, wie Sie sagten, wenn der Inhalt lesbar und hörbar vorliegt, filtern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann beschreiben Sie mal, wie das passiert. Was man alles kann, ist ja eine Sache. Aber wie es konkret abläuft, würde mich natürlich interessieren, und

jetzt nicht den Frequenzfilter. Also, wenn ich natürlich bestimmte Frequenzbereiche auswähle, das ist mir klar. Aber ab dem, wo aus den frequenzbeladenen Inhalten jetzt Einsen und Nullen - so ist es eben so schön gesagt worden - gemacht worden sind, welche Filter gibt es da, und welche werden eingesetzt?

Zeugin G. L.: Es gibt einerseits Filter, die positiv arbeiten. Das heißt, man sucht gezielt nach bestimmten Kriterien. Andererseits gibt es auch Dinge, die negativ wirken, so als Beispiel: Ein Spamfilter, das ist eine negative Filterung, die einfach dafür sorgt, dass diese Daten nicht mehr in die Weiterverarbeitung einfließen. Insofern ist das eine Kombination aus positiven und negativ wirkenden Kriterien, die eingesetzt werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, einen Spamfilter setzen Sie auch ein.

Zeugin G. L.: Spamfilter setzen wir auch ein in der Verarbeitung, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das führt mich zu der Frage: Welche Daten werden denn ausgelesen aus dem, was in bestimmten Funkfrequenzen an Daten transportiert wird? Wenn Sie von Spamfiltern reden, reden wir wahrscheinlich von E-Mails.

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Telefonie auch?

Zeugin G. L.: Ist, glaube ich, im Augenblick noch nicht technisch möglich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie hören keine Telefone ab, Telefonate?

Zeugin G. L.: Nein, Spamfilterung bei Telefonie.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so. Okay. Entschuldigung. Dann war ich mit der Frage etwas unpräzise. - Also, es werden E-Mails abgerufen. Den Spamfilter können wir jetzt mal als abgehakt ansehen. Telefonie wird aus den - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: In der Regel positiv vorselektiert, gefiltert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Was noch? Aufgerufene Internet-Webseiten?

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Blogs?

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Soziale Netzwerke?

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt ist es meiner Fantasie anheimgestellt, was mir noch alles einfällt. Ich frage mal andersrum: Fällt Ihnen über Telefonie und Mails noch was ein, was Sie auslesen?

Zeugin G. L.: Faxe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin G. L.: Das wäre es aber im Groben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Und dann programmieren Sie Tools - nenne ich das jetzt mal -, um aus der Vielzahl der Daten diejenigen zu machen, die Sie nutzen wollen und die dann irgendwann als Endprodukt in eine Meldung einfließen? Das ist Ihre Aufgabe?

Zeugin G. L.: Nein, wir programmieren die Anwendungen, mit denen der Bearbeiter dann aus den selektierten Nachrichten die auswählt, die dann der Auswertung zur Verfügung gestellt werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay. Also, das vorherige Filtern, da haben Sie eigentlich gar nichts mit zu tun.

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das Produkt kriegen Sie irgendwann gegeben.

Zeugin G. L.: Wir kriegen das Produkt angeliefert. Wir verwenden oder wir setzen das zwar ein, aber wir definieren den Filter nicht. Das heißt, es ist ein reines technisches Werkzeug, das in der Prozesskette angesprochen wird, und danach die Daten durchlaufen. Also, wir haben selber in dem Prozess der Filterung keinen aktiven Anteil daran. Wir setzen den nur ein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Im tatsächlichen Tagesgeschäft, wie viel Daten laufen denn dann bei Ihnen auf? Sie wissen ja gar nicht, wie viele da mal irgendwann reingekommen sind, weil Sie das nicht mitkriegen. Aber was läuft denn bei Ihnen auf, wenn Sie ins Geschäft kommen?

Zeugin G. L.: Das ist sehr unterschiedlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar.

Zeugin G. L.: Ich kann Ihnen jetzt da keine konkrete Zahl sagen aus dem einfachen Grund, weil wir es an verschiedenen Standorten machen und ich natürlich nicht alle Daten der Standorte kenne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welche Daten kennen Sie denn von welchem Standort?

Zeugin G. L.: Nur das, was im Prinzip bei uns durchläuft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie viel ist das?

Zeugin G. L.: Kann ich jetzt aus dem Kopf nicht sagen, wie viel das ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ja schon so ein Kerngeschäft, Ihr tägliches Kerngeschäft mit diesen Daten dann. Sie sagten ja: Davor weiß ich es nicht. Aber danach dann sind wir im Geschäft mit dem Handling - sage ich jetzt mal -, wie man das dann weiter bedient. - Deswegen dachte ich, ich stelle jetzt eigentlich eine Frage, die nicht völlig aus der Welt gegriffen ist, mit wie viel Daten Sie es denn da so zu tun haben. Kann man das nicht irgendwie ganz grob einordnen? Also, Sie sollen jetzt nichts aus dem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Himmel greifen, aber so grob einordnen, mit was Sie sich da beschäftigen.

Zeugin G. L.: Also, ich würde jetzt im Augenblick nur spekulieren, und das möchte ich eigentlich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das möchte ich nicht. Spekulieren sollen Sie nicht. - Einer der Zeugen hat gesagt, dass aus den verwertbaren Daten, die gewonnen werden, pro Tag 10 Meldungen erstellt werden - 20 Meldungen erstellt werden, Entschuldigung, 20 Meldungen erstellt werden. Können Sie das bestätigen? Ist das etwas, was Ihrer Kenntnis auch entspricht, oder haben Sie da keine Kenntnis von?

Zeugin G. L.: Da muss man auch wieder sagen: Das ist jetzt ein kleiner Ausschnitt an Daten, der zu vielleicht 20 Meldungen geführt hat. Aber insgesamt haben wir natürlich mehr Meldungen pro Tag oder pro Monat, die produziert werden von allen Standorten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie viel sind das dann, die wir tatsächlich dann haben, wenn es mehr als 20 sind?

Zeugin G. L.: Im Augenblick würde ich sagen, liegen wir bei monatlich zwischen 8 000 und 10 000.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Monatlich?

Zeugin G. L.: Monatlich, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Monatlich.

Zeugin G. L.: Pro Tag ist schwer zu schätzen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ich kriege das gleich hin, indem ich das durch 30 teile. - An welchen Standorten werden diese Meldungen denn gewonnen? Es sind ja nicht alle mit dieser Aufgabe beschäftigt.

Zeugin G. L.: An den einzelnen Erfassungsstandorten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die da wären?

RA Johannes Eisenberg: Ich weiß nicht: Ist das noch Beweisgegenstand?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

RA Johannes Eisenberg: Moment mal kurz.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Da würde ich sagen: Das ist ja alles nicht abgeschlossen. Sie fragen ja die aktuelle Tätigkeit der Zeugin aus. Da hat sie keine Aussagegenehmigung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie sagt mir ja auch bereitwillig was dazu. Ich werde sie nicht bremsen.

RA Johannes Eisenberg: Ja, und jetzt bremsst sie und sagt: Das gehört nicht zum Beweisgegenstand und ist auch nicht von der Aussagegenehmigung gedeckt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Dann gehe ich mal zurück.

(Zuruf des Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

RA Johannes Eisenberg: Wie gesagt, das betrifft die aktuelle Tätigkeit der Zeugin. Das ist weder Beweisgegenstand noch von der Aussagegenehmigung gedeckt. Das sind ja alles keine abgeschlossenen Vorgänge.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hatte dann ergänzt: Wenn die Zeugin was sagen möchte, würde ich sie nicht aufhalten.

Dann komme ich doch mal zu dem Zeitpunkt zurück, zur Auslesung von Daten vor - mal rechnen; ist auch schon spät - rund sechs Jahren. Ist Ihnen da bekannt, dass Daten, die aus der Frequenzbewertung generiert worden sind, auch ausgeleitet worden sind an ausländische Dienste?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie ist das erfolgt? Ist das durch ein Tool erfolgt? Ist das - sagen wir mal - automatisiert vor der Filterung erfolgt? Ist das händisch erfolgt? Wie muss ich mir so was vorstellen? Ist da eine Zweigleitung? Wie geht denn so was?

Zeugin G. L.: Also, das Erkennen erfolgt in der Regel automatisiert. Der nächste Schritt ist dann eventuell noch mal eine manuelle Kontrolle dessen, und der Rest wird wieder technisch automatisiert übertragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt stelle ich mir vor, da ist eine E-Mail. Die gelangt durch alle Filter, vom G-10-Filter bis sonst irgendwas, und dann kommt ein Selektor und der sagt: Die wollen wir auch haben. - Wie kommt diese Mail jetzt auch in die Hände der NSA - automatisch, wenn der Selektor passt, oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeugin G. L.: Sie müssen sich das ungefähr so vorstellen wie ein Postverteilungssystem. Das heißt, nachdem alle Prüfungen durchlaufen sind und es - wie soll ich sagen? - vom Partner gewünscht ist, was er durch einen Selektor beschrieben hat, wird es dann über entsprechende Sicherheitsgateways ihm zur Verfügung gestellt. Das heißt, es wird irgendwo abgelegt, wo er es dann entgegennehmen kann und weiter verarbeiten kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie Erkenntnisse darüber, wie diese Selektoren ausgewählt und gegebenenfalls von deutscher Seite aus geprüft werden? Sind Sie damit beschäftigt gewesen?

Zeugin G. L.: Rudimentär.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das heißt jetzt was?

Zeugin G. L.: Dass ich grob das Verfahren kenne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann erzählen Sie es uns grob.

Zeugin G. L.: Jeder Selektor wird daraufhin geprüft, ob er zum Beispiel G-10-relevant ist oder nicht, ob sich eine geschützte Person dahinter verbirgt. Sofern auch keine anderen Gründe offensichtlich dagegen sprechen, wird er in die Erfassung eingestellt. Sollte es Gründe geben, dass zum Beispiel ein Geschützter nach G 10 hier zum Einstellen vorgegeben wurde, wird das natürlich nicht gemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also so wird auch mit den Selektoren verfahren, die der BND von ausländischen Diensten erhält?

Zeugin G. L.: Ja, grundsätzlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Von welchen ausländischen Diensten eigentlich?

Zeugin G. L.: Dazu sage ich nichts. Das gibt meine Aussagegenehmigung leider nicht her.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das ist ja interessant. - Von der NSA? Das gibt die Aussagegenehmigung aber her, oder?

Zeugin G. L.: Das ist ja Bestandteil des Untersuchungsauftrages.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha. Gut. GCHQ wäre das auch, oder nicht?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Ich habe einen hier. Aber da können Sie nichts zu sagen?

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin G. L.: Ich habe nur das allgemeine Verfahren beschrieben, was grundsätzlich angewendet wird.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Jetzt komme ich mal zu einer anderen Frage. Vielleicht ist Ihnen bekannt, dass in der Presse



Nur zur dienstlichen Verwendung

stand, es werden 500 Millionen Verbindungsdaten ausgelesen. Wie würden Sie diese Zahl einordnen? Was heißt das: 500 Millionen Verbindungsdaten? Wo werden die denn - - Wie kommen die zustande? Oder an welchem Schritt dieses Prozesses hat es die 500 Millionen Verbindungsdaten nach Ihrer Meinung oder Erkenntnis - nicht „nach Ihrer Meinung“; Sie sollen nicht spekulieren -, nach Ihrer Erkenntnis gegeben?

Zeugin G. L.: In der Regel vorne, gleich bei der Erfassung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also an der Schüssel, wo aus Funkfrequenzen Einsen und Nullen gemacht werden, wenn ich es mal so bildlich beschreiben kann?

Zeugin G. L.: Es geht dann eher um bestimmte Daten, die bei der Erfassung anfallen. Wenn Sie von Einsen und Nullen reden, gehe ich mal davon aus, Sie meinen Inhalte. Aber diese Metadaten sind ja nicht Inhalte, sondern sind nur grundsätzliche Informationen. Das hängt von der Art der Übertragung ab.

Aber natürlich werden auch diese Metadaten in Form von Nullen und Einsen übertragen, die eine bestimmte Struktur haben oder einen bestimmten Aufbau haben, aus dem man dann die Metadaten ermitteln kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wie viele dieser Metadaten - - Also im Endeffekt kann ich es mir doch dann so vorstellen, dass Sie aus diesen Metadaten dann diese - 8 000 hatten Sie gesagt - 8 000 bis 10 000 Meldungen im Monat herstellen?

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Sondern?

Zeugin G. L.: Metadaten sind, wie der Name sagt, Metadaten. Das, was die Meldungen angeht, da reden wir in der Regel von Inhalten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sowohl als auch, dachte ich.

Zeugin G. L.: Den Inhalten sind natürlich auch Metadaten zugeordnet. Sie haben aber auch Metadaten, ohne dass Sie einen Inhalt dazu haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber in einer Meldung sind sowohl - -

Zeugin G. L.: In einer Meldung sind natürlich auch Metadaten enthalten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie würden Sie denn dann den Begriff „Rohdaten“ beschreiben?

Zeugin G. L.: Rohdaten sind im Prinzip das, was erfasst wird; der Datenstrom, die Signale würde ich als Rohdaten beschreiben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also schon das gesamte Signal, also was an der Schüssel reinkommt und dann nach dem - ich sage es jetzt mal untechnisch - Receiver dann genutzt wird, das alles sind Rohdaten?

Zeugin G. L.: Würde ich als Rohdaten bezeichnen, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also einen einheitlichen Datenbegriff gibt es im Amt nicht. Irgendwie habe ich den Eindruck, jeder versteht da ein bisschen was anderes drunter. - Okay.

Kommen wir mal zu einem ganz anderen Bereich: der leitungsvermittelten Kommunikation. Die leitungsvermittelte Kommunikation wird auch in Bad Aibling ausgewertet, richtig?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es geht um die leitungsvermittelte Kommunikation, die am Knotenpunkt DE-CIX in Frankfurt gewonnen wird, richtig?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Sie wissen wahrscheinlich gar nicht, wo die herkommen. Sie kriegen das nur im - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: Also dazu kann ich jetzt im Detail nichts sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber Sie kriegen die Daten geliefert?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die kriegen Sie vom BND geliefert, also nicht von Bad Aibling, sondern die kriegen Sie von außerhalb, von einer anderen BND-Dienststelle geliefert, richtig?

Zeugin G. L.: Meinen Sie das jetzt in Bezug auf meine jetzige Tätigkeit?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, damals natürlich. Es geht ja um Bad Aibling jetzt.

Zeugin G. L.: Ah ja. - Könnten Sie die Frage noch mal wiederholen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die leitungsvermittelte Kommunikation, die in Bad Aibling ausgewertet wird mit den Tools, die dort für die Frequenzauswertung, für die Signalauswertung genutzt werden - - Da werden ja auch leitungsvermittelte Kommunikationen eingesteuert. Weil ich habe es eben so verstanden, dass die Tools, die in Bad Aibling genutzt werden, dafür auch geeignet sind. Die Daten erheben Sie nicht selber am Internetknotenpunkt DE-CIX, sondern Sie kriegen Sie geliefert - hausintern, BND-intern?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das wollte ich nur wissen. - Ist das mehr als das, was durch die Frequenzauswertung und -erhebung an Daten dann hinterher zur Auswertung zur Verfügung steht, oder ist es weniger?

Zeugin G. L.: Das kann ich nicht sagen. Das ist ja schon etliche Jahre her.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na ja, das geht hier allen so.

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie wissen es nicht mehr?

Zeugin G. L.: Nein. Das weiß ich nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie waren schon damit beschäftigt, konkret? Nur dass ich Ihnen keine Fragen stelle, mit denen Sie gar nicht beschäftigt waren. - Wissen Sie nicht mehr?

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was haben Sie denn gemacht damals - vielleicht mal so gefragt -, genau?

Zeugin G. L.: Also ich war für ein paar Monate Leiterin des Sachgebiets JSA. Das beschäftigte sich einerseits mit - was Sie schon gesagt haben - der Signalanalyse, mit der Nachrichtengewinnung, wie wir es nennen, und mit der Nachrichtbearbeitung. Und alle drei Bereiche waren mir unterstellt. Und ich habe natürlich versucht, die Zusammenarbeit innerhalb des Sachgebietes entsprechend zu regeln und zu organisieren, andererseits natürlich auch die Zusammenarbeit mit den Nachbarsachgebieten, mit den Kunden der Informationen, die gewonnen wurden. Ja, das war es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer waren denn die Kunden?

Zeugin G. L.: Na ja, wenn wir von Meldungen reden, die werden ja der Auswertung zur Verfügung gestellt. Die Auswertung sagt ja, was sie von uns erwartet. Wir machen das ja nicht - - Oder: Insgesamt machen wir es ja nicht ohne irgendwelche Vorgaben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mir fehlt das Verb im Satz. Wir machen das nicht, um irgendwelche Vorgaben - -

(RA Johannes Eisenberg:
„Ohne irgendwelche
Vorgaben“!)

Zeugin G. L.: Ohne irgendwelche Vorgaben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also Ihre Kunden sind die anderen Sachgebiete, die die Auswertung machen. Habe ich das richtig verstanden?

Zeugin G. L.: Nein, das ist die Auswertung, die Auswertung des BND. Das ist unser Kunde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der BND ist Ihr Kunde?

Zeugin G. L.: Nein, die Auswertung des BND.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hatte ich doch gerade gesagt, oder nicht? Habe ich mich falsch ausgedrückt? Ich hatte gesagt - - Die Auswertung gliedert sich doch auch in operative Sachgebiete, oder nicht? Oder vielleicht verstehen wir uns irgendwie falsch. Die Frage war - -

Zeugin G. L.: Ich glaube - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Auswertung: Mit wem arbeiten Sie denn da konkret zusammen? Die Auswertung ist für mich nicht packbar; denn das wird ja in Sachgebiete unterteilt sein, die Auswertung.

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und Sie arbeiten mit den Sachgebieten der Auswertung zusammen, richtig?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah.

Zeugin G. L.: Aber das sind halt sehr viele, weil sehr viele Themenbereiche dort abgedeckt werden. Aber jeder Bereich in der Auswertung kann natürlich von uns Informationen erbitten, wenn wir technisch dazu in der Lage sind, sie zu liefern. Also insofern spreche ich da lieber von der Auswertung, weil es dann die Gesamtheit abbildet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das verstehe ich. - Wie geht man denn da an Sie ran? Was haben die denn damals gewünscht von

Ihnen? Also, bringen die den Selektor zum Beispiel?

Zeugin G. L.: In Teilen, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und in anderen Teilen?

Zeugin G. L.: Formulieren sie konkret ihren Informationsbedarf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Sie haben gesagt zu Anfang, die Programme, die Sie einsetzen, die haben Sie - bitte korrigieren Sie mich - selbst alle entwickelt. Korrigieren Sie mich, wenn ich sie falsch verstanden habe.

Zeugin G. L.: Ja. Aber wir reden jetzt vom Ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, wir reden von „war“, bis 2008.

Zeugin G. L.: Da haben wir keine - - Da habe ich keine Programme geschrieben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin G. L.: Ich habe ja erklärt, was ich im Rahmen meiner Tätigkeit bei JSA gemacht habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und da haben Sie auch keine Programme, wo Sie sagen können, ob sie selbst programmiert waren oder von Dritten kamen?

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie nicht zu sagen?

Zeugin G. L.: Nein, das war damals ein anderes Aufgabenfeld.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also vielleicht fallen den Kollegen bessere Fragen ein. Ich gebe es jetzt mal an die Fraktionen weiter. Ich bin etwas baff; das ist selten der Fall.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir kommen damit zu den Fragen der Fraktionen. Vielleicht zur Erklärung: Die Fraktionen haben einzelne Fragenkontingente, die sich nach der Berliner Stunde ergeben. Danach gibt es Zeitkontingente: Die Union hat 27 Minuten für Fragen jeweils, wenn sie die ausschöpfen möchte, die SPD 17, Die Linke 8 und Bündnis 90/Die Grünen auch 8 Minuten für Fragen an Sie. Die Fragenreihenfolge richtet sich nach dem Prinzip von Rede und Gegenrede, sodass man immer wieder auch einen Wechsel in den einzelnen Fragestellungen hat. Und in der ersten Fragerunde würde jetzt die Fraktion Die Linke mit den Fragen beginnen, dann die SPD, dann Bündnis 90/Die Grünen, dann die CDU/CSU, und ab der zweiten Runde haben wir die Reihenfolge Die Linke, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und die SPD.

Ich würde jetzt anfangen mit der Frau Kollegin Renner, vermute ich, die die ersten Fragen für die Fraktion Die Linke an Sie stellt. Und dann geht es in der Fragerunde so weiter. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Zeugin, ist es richtig, dass Sie von Oktober 2007 bis Februar 2009 Sachgebietsleiterin JSA waren?

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann wäre es nett, wenn Sie uns den entsprechenden Zeitraum bekanntgäben.

Zeugin G. L.: Das war von Oktober 2007 bis Ende Juni 2008.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Vielleicht kann die
Bundesregierung das auf-
klären!)

Martina Renner (DIE LINKE): Vielleicht würde ich mal einen Blick in die hinteren Reihen richten, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen bin ich auch so verstockt gerade gewesen. Das passt nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): - weil wir jetzt gerade festgestellt haben, dass wir einen Widerspruch zu den uns übergebenen - -

Zeugin G. L.: Ich kann das aber vielleicht erklären.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Das ist nett.

Zeugin G. L.: Im Jahr 2008 gab es eine Umorganisation des BND. In dem Zusammenhang wurden besondere Projekte aufgelegt, und ich hatte während oder ab Frühjahr 2008 entsprechende Sonderaufgaben und wurde dann ab Juli 2008 wieder für einige Sonderaufgaben in die Zentrale zurückgeholt und habe dann mein Amt als Sachgebietsleiterin JSA ruhen lassen.

Ich habe mich danach auf einen anderen Dienstposten beworben. Und insofern: Formal wurde ich dann erst umgesetzt zu dem Zeitpunkt, wie Sie ihn erwähnt haben. Aber ich war de facto ab Juli nicht mehr tätig.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind zurück nach Pullach gegangen?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): War danach die Sachgebietsleitung vakant, oder wurde sie kommissarisch wahrgenommen?

Zeugin G. L.: Kommissarisch wahrgenommen von dem Zeugen, der schon befragt wurde, Herr Z.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - In dem Zeitraum, der etwas kürzer jetzt ist, in dem Sie die Sachgebietsleitung innehatten: Wie viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gab es in der JSA?

Zeugin G. L.: Das ist ähnlich schwierig zu beantworten. Diese Struktur war damals im Aufbau. Es wurden Mitarbeiter aus anderen Bereichen der Dienststelle für diese Aufgaben abgestellt, aber



Nur zur dienstlichen Verwendung

eine formale - wie soll ich es sagen? - Zuordnung war nicht immer sofort umgesetzt. Das hat was mit Organisationsplänen zu tun, die etwas länger brauchen, an eine Struktur angepasst zu werden. Aber ich kann mich heute nicht mehr erinnern, wie viele Mitarbeiter es damals waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie eine ungefähre Hausnummer für uns?

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie waren die Sachgebietsleiterin.

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und da war jeden Tag eine wechselnde Zahl von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen?

Zeugin G. L.: Nein. Nein. Aber ich weiß heute nicht mehr, wie viele Mitarbeiter es damals waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es eine Unterstruktur? Also war die JSA dann noch mal in verschiedene Aufgabenbereiche unterteilt?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Könnten Sie die Struktur darstellen?

Zeugin G. L.: Ich hatte es schon erwähnt eingangs: der Bereich der Signalanalyse, der Nachrichtengewinnung und der Nachrichtbearbeitung.

Martina Renner (DIE LINKE): Und in allen diesen drei Bereichen gab es Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die vom BND und von der NSA kamen?

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Könnten Sie sagen, wie die untereinander dann in den einzelnen Bereichen aufgeteilt waren?

Zeugin G. L.: Es ist jetzt wieder sehr schwierig, die Frage zu beantworten, weil Mitarbeiter JSA im Sinne des BND können nur BND-Mitarbeiter sein, aber nicht Mitarbeiter von einem anderen Nachrichtendienst. Es gab Mitarbeiter der NSA, die mit Mitarbeitern - - ganz normal mit Mitarbeitern der Dienststelle zusammengearbeitet haben. Aber sie waren keine Mitarbeiter des BND. Insofern kann man das schlecht abgrenzen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Wo sie dienstrechtlich unterstellt waren, war jetzt nicht meine Frage, sondern ob in allen diesen drei Bereichen - -

Zeugin G. L.: Nein, nicht in allen Bereichen.

Martina Renner (DIE LINKE): Könnten Sie sagen, in welchem Bereich es keine Mitarbeiter der NSA gab?

Zeugin G. L.: Nachrichtbearbeitung.

Martina Renner (DIE LINKE): Da gab es keine Mitarbeiter der NSA?

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Zu dem Zeitpunkt, in dem Sie Verantwortung trugen, gab es auch Externe, also private Firmen und deren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die dort Tätigkeiten ausgeübt haben?

Zeugin G. L.: Das kann ich nicht beurteilen, ob es ein NSA-Mitarbeiter war oder ein von der NSA über einen Vertrag gebundener Fremdmitarbeiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich nehme ja mal an, dass man beim Betreten der Einrichtungen einen Dienstausweis vorzeigen musste, dass man gegebenenfalls - - Ja, es ist ja, denke ich, eine sicherheitsrelevante Einrichtung. Da wird man sich in irgendeiner Form ausweisen. Deswegen, wenn Sie jetzt sagen: Es kann sein, dass die NSA dort mit Contractoren zusammengearbeitet hat. Können Sie sich daran erinnern, dass Contractor dort tätig waren?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: Sie waren ja als solche nicht nach außen hin zu erkennen, wenn sie - -

Martina Renner (DIE LINKE): Die verfügten über einen Ausweis der NSA?

Zeugin G. L.: Die verfügten über einen Zugangsausweis des Geländes. Also, um die Liegenschaft zu betreten, brauchten sie einen entsprechenden Ausweis. Und sie können nur auf das Gelände insgesamt drauf, wenn sie eine entsprechende Berechtigung haben. Und das sind entsprechende Ausweisformen. Da steht aber nicht drauf: NSA.

Martina Renner (DIE LINKE): Was steht da drauf?

Zeugin G. L.: Das weiß ich heute nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Steht da „USA“ mit drauf?

Zeugin G. L.: Das weiß ich nicht.

(RA Johannes Eisenberg:
Sie standen auch nicht am
Eingang?)

- Nein, ich habe keine Torkontrolle vorgenommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte? Ich weiß nicht, was Sie da wieder von der Seite - - Werden jetzt Fragen gestellt vom - -

(RA Johannes Eisenberg:
Sie hat gesagt, sie hat keine
Torkontrolle durchge-
führt! - Christian Flisek
(SPD): Es gibt ein Mikrofon,
Herr Eisenberg! - RA Johan-
nes Eisenberg: Nein, das
hat sie ins Mikrofon ge-
sprochen! - Christian Flisek
(SPD): Aber Sie nicht, Herr
Eisenberg! Ein bisschen
Respekt dem Parlament ge-
genüber! Sie haben es jetzt
schon einmal gehört! Es
reicht mittlerweile! -
Dr. Konstantin von Notz

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Aber Sie haben ohne
Mikrofon gesprochen! - RA
Johannes Eisenberg: Ich
habe ja auch gar nichts ge-
sagt! Ich weiß jetzt nicht,
warum Sie mit mir anfan-
gen zu schimpfen! Ich habe
ja gar nichts gesagt! -
Christian Flisek (SPD):
Weil Sie immer da hinten
rumlungern und immer
irgendwas sagen, was kein
Mensch verstehen kann!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege!

Martina Renner (DIE LINKE): Ohne das Mikrofon anzumachen.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich habe zu der Zeugin et-
was gesagt, und darauf hat
die Zeugin gesagt, sie
macht keine Torkontrolle!
Entschuldigen Sie mal!)

Also Sie haben der Zeugin eine Frage gestellt, aber das ist nicht Ihre Aufgabe hier. Sie hat sie beantwortet; das konnten wir dann vernehmen.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich habe überhaupt keine
Frage gestellt! Sie wissen ja
gar nicht, was ich gesagt
habe!)

Ja, sie hat ja auf eine Frage geantwortet.

(RA Johannes Eisenberg:
Nun behaupten Sie doch
nicht einfach, ich hätte
eine Frage gestellt!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, und jetzt müssen wir wieder alle in dieses Fragen-und-Antworten-System reinkommen. Einer stellte eine Frage -

(RA Johannes Eisenberg:
Ich lasse mich doch nicht
anpöbeln! - Dr. Konstantin
von Notz (BÜNDNIS 90/



Nur zur dienstlichen Verwendung

DIE GRÜNEN): Ich kann Sie gar nicht hören ohne Mikrofon!)

- Herr Kollege von Notz - und diese - -

(RA Johannes Eisenberg: Ich sage doch nur: Ich habe der Zeugin etwas gesagt! Da hat sie geantwortet!)

Herr Eisenberg.

RA Johannes Eisenberg: Na ja, ich sage doch nur: Ich habe der Zeugin etwas gesagt. Das hat sie gar nicht verstanden und behauptet jetzt, ich hätte eine Frage gestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das Schöne ist ja, dass die Regeln hier allen klar sind. Es müsste eigentlich gehen. Und ich würde vorschlagen, wir machen jetzt mit der Frau Kollegin Renner weiter - die ist nämlich beim Fragen an der Reihe - und die Zeugin antwortet. Und, Herr Rechtsanwalt Eisenberg, Sie beraten die Zeugin und müssen dazu nicht das Mikro anmachen. Ich würde vorschlagen, dazu machen Sie das Mikro sogar aus, damit Sie intern beraten können.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn wir irgendwas zur Beruhigung tun können, würden wir es gerne tun.

Wir fragen deswegen, weil wir ja wissen, es gab dort einen besonderen Bereich - die Blechdose -, wo nur eingeschränkte Betretungsrechte bestanden. Waren Sie zum Beispiel mal in dieser Blechdose?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Und wie kam man da rein? Musste man sich da am Eingang ausweisen, oder waren Sie einfach bekannt vom Gesicht?

Zeugin G. L.: Bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Bekannt. Und wenn man an das Tor gegangen ist von Bad Aibling und diesen Ausweis vorgezeigt hat - - Gab es

unterschiedliche Ausweise? Wer stellte die aus, der BND oder die NSA? Ja, man muss ja - - Also ich komme ja wahrscheinlich so nicht einfach dort rein. Also, wenn man dort arbeitet und dort hinein will oder wenn man eine Beschäftigte oder ein Beschäftigter bei einer Firma ist und dort tätig sein will, muss man sich am Tor ausweisen?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Wer stellt diese Zugangsberechtigung aus, der BND, die Bundeswehr, die U.S. Army, die NSA oder wer? Oder alle zusammen, die ich jetzt genannt habe?

Zeugin G. L.: Nein, der Sicherheitsverantwortliche für die Liegenschaft.

Martina Renner (DIE LINKE): Der Sicherheitsverantwortliche für die Liegenschaft?

Zeugin G. L.: Ja, der auch für die Torkontrollen und für die Wache zuständig ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Vom BND?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Der hat auch für die NSA-Mitarbeiter die Ausweise ausgestellt?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und auch für die Contractor-Firmen?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin G. L.: Ja, wahrscheinlich, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Haben Sie bei der Entwicklung von - - In der Zeit, wo Sie dort tätig waren, waren Sie als Sachgebietsleiterin auch mit Auftragsvergabe befasst?

Zeugin G. L.: Mit was?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ankauf von Hardware, Software, Dienstleistungen?

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gar nicht?

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch keine Anforderungen in dem Bereich geschrieben: „Wir brauchen dieses oder jenes“? Das, was da war, wurde benutzt?

Zeugin G. L.: Das ist ein anderes Sachgebiet gewesen, was diese Anforderungen macht.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Das heißt, Sie haben dort Hard- und Software vorgefunden, als Sie begannen?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Und die wurde dann nicht - - Wenn diese ausgetauscht wurden, zum Beispiel, weil Softwareupdates notwendig waren und Ähnliches, waren Sie nicht als Sachgebietsleiterin damit betraut oder befasst oder beteiligt?

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn jemand dort sagte: „Ich brauche ein Update oder einen neuen Rechner oder einen neuen Speicher“, das geht dann komplett an der Sachgebietsleitung vorbei?

Zeugin G. L.: Nein. Also da muss man wirklich aufpassen, dass nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden. Wenn ein Mitarbeiter zum Beispiel einen neuen Arbeitsplatzrechner braucht, dann wird eine entsprechende Bedarfsanforderung bei dem Bereich gestellt, der in der Regel für diese Art von Umsetzung zuständig ist. Und das ist nicht das Sachgebiete JSA gewesen. Dafür gab es einen eigenen Bereich, der sich um solche Beschaffungen gekümmert hat, was auch allgemeine technische Geräte angeht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich rede jetzt von der Datenverarbeitung, die in der JSA stattgefunden hat, für die es spezifische Hard- und Software gab.

Zeugin G. L.: Von der Datenverarbeitung?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeugin G. L.: Ja, das ist aber dann das andere Sachgebiet.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist ein anderes Sachgebiet als - -

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Also in der JSA hat Datenverarbeitung stattgefunden. So viel würden Sie jetzt mir zustimmen, ja?

Zeugin G. L.: Ich glaube, es wäre besser dann, zu definieren, was Sie unter Datenverarbeitung verstehen. Sonst habe ich nämlich das Gefühl, dass wir aneinander vorbeireden.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, dann machen wir es mal anders herum. Dann sagen Sie mir mal, was dort an Datenverarbeitung stattgefunden hat zu Ihrer Zeit, woher die Daten kamen, wie sie dorthin kamen, auf welchen Leitungssystemen, wie die gepackt waren, wie die gespeichert oder gepuffert wurden und wie die verarbeitet wurden.

Zeugin G. L.: Das kann ich im Detail alles nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, Sie müssen es mir nicht im Detail sagen, sondern im Allgemeinen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich möchte darauf hinweisen - Entschuldigung, Frau Kollegin Renner -, dass, wenn Sie meinen, dass Sie bestimmte Dinge nicht in öffentlicher Sitzung darlegen können, Sie darauf hinweisen können, dass das in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung geht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: Ja. Ich habe im Augenblick das Problem, dass ich die Frage nicht richtig verstehe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann müssen Sie fragen, ob Sie die Frage noch mal erläutert bekommen können.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Also wie sind die Daten, die in der JSA verarbeitet wurden, dorthin gelangt, auf welchem physikalischen Weg? Glasfasernetz, eigenes Netz des BND, gemietetes Netz?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin G. L.: Also über die Antennen, die die Signale erfassen, gibt es entsprechende Leitungen zu den technischen Geräten, die die Signale aufbereiten.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Neben der satellitengestützten Datenverarbeitung sind Daten auch aus Abfassen von Glasfaserkabeln verarbeitet worden?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie sind die dorthin gelangt?

Zeugin G. L.: Auch über entsprechende Leitungswege.

Martina Renner (DIE LINKE): Über eigene Leitungswege?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Wurden diese Daten, die dort dann ankamen - - Woher? Aus? Also, wo kamen die Daten her? Wo wurden die erhoben? - Wo die erhoben wurden?

Zeugin G. L.: Vom Satelliten? Oder was meinen Sie jetzt?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, wir reden - - Satelliten hatten wir jetzt. Sie gehen vom Satellit mit einem Kabel in die JSA.

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt reden wir von Glasfaserkabeln.

Zeugin G. L.: Ja. Da kommt ein Signal - da ist ein Glasfaserkabel - und wird genauso verarbeitet wie eines aus dem Satelliten.

Martina Renner (DIE LINKE): Da kommt ein Signal. Und wo wurde das erhoben, das Signal? Das ist ja nicht vom Himmel gefallen. Irgendwo ist das ja erhoben worden. Wo wurde das Signal erhoben, was Sie dann verarbeitet haben?

(Die Zeugin macht eine Handbewegung)

- Was heißt das? In der Luft?

Zeugin G. L.: Am Kabel.

Martina Renner (DIE LINKE): Im Kabel?

Zeugin G. L.: An einem Kabel.

Martina Renner (DIE LINKE): An einem Kabel. Okay.

Zeugin G. L.: An einem Glasfaserkabel.

Martina Renner (DIE LINKE): Wurden die Daten erhoben?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und kamen dann zu Ihnen?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und waren diese Daten, die zu Ihnen kamen - - wurden die dann gespeichert?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: Nach der entsprechenden Aufbereitung, Filterung, Selektion, sofern sie eine gewisse ND-Relevanz hatten, wurden sie dann auch gespeichert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich das Wort an die nächste Fraktion weitergeben.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege Flisek, es ist die SPD-Fraktion jetzt an der Reihe. Sie können Fragen stellen aus Ihrer Sicht. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Zeugin, wie auch immer, alles, was wir hier hören, von Ihnen oder von anderen Zeugen bisher, das ist ja alles ein enormer Aufwand, der da betrieben wird. Können Sie mir mal einfach zur Einleitung aus Ihrer Sicht schildern, welcher Zweck da verfolgt wird? Ich meine, Sie sind da eingebunden in verschiedenen Leitungsfunktionen. Das kostet Steuergeld. Das ist sehr aufwendig. Viele, viele Millionen, vielleicht am Ende sogar über die Jahre Milliarden Daten werden da irgendwie sortiert, verarbeitet, sonst wie weitergeleitet; da kommen wir dann vielleicht gleich noch mal genauer zu. Aber der Zweck - aus Ihrer Sicht -: Wozu macht man das eigentlich?

Zeugin G. L.: In dem Bereich machen wir es, wie ich schon gesagt habe, für unsere Auswertung, die letztendlich dann für die Bundesregierung und die Ministerien die entsprechenden Analysen fertigt. Und wir liefern die einzelnen Bausteine dazu.

Christian Flisek (SPD): Bausteine für Analysen.

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aber jetzt auch aus Ihrer Sicht mal: Das ist ja jetzt sehr abstrakt - „Bausteine für Analysen“. Ich kann das nachvollziehen.

Zeugin G. L.: Informationen, -

Christian Flisek (SPD): Genau, ja.

Zeugin G. L.: - die natürlich erst im Zusammenhang mit anderen Informationen, die vielleicht auf andere Art und Weise beschafft wurden, ein Gesamtbild ergeben, das dann in Form einer Analyse an die Bundesregierung, Ministerien usw. ausgegeben wird.

Christian Flisek (SPD): Aber es geht ja - - Dahinter steht ja auch ein Zweck. Also, die Analysen sind ein Mittel, um Informationen zu irgendwelchen Sachverhalten weiterzugeben. Aber was ist das? Erläutern Sie mir mal - - Oder wenn ich jetzt fragen würde: Sie gehören einer Organisation an, die kostet viele Millionen Euro jedes Jahr Steuergelder, und Sie müssten mich davon überzeugen, dass das sinnvoll angelegtes Geld ist, damit Sie monatlich einen Gehaltsscheck bekommen, Ihre Kolleginnen und wir auch weiter investieren sollen in Infrastruktur. Mich würde mal interessieren - auf den Untersuchungszeitraum bezogen -: Was ist da der Zweck, der dahinter steht?

Zeugin G. L.: Was ich eben schon gesagt habe: Informationen zu beschaffen, relevante Informationen beschaffen.

Christian Flisek (SPD): Gut. Sie haben - - Also, es wurde hier auch geäußert die Tatsache, dass das, was man dort gemacht hat in der JSA - - Zum Gegenstand gab es da ein Tauschgeschäft - ich formuliere das jetzt noch mal so -: Informationen gegen Technik. In Ihrer Zeit: Was gab es da an Zufluss von Technik durch die amerikanische Seite, Hardware wie Software?

Zeugin G. L.: In der Regel Hardware und Software im Bereich der Nachrichtengewinnung zur Aufbereitung entsprechender Signale.

Christian Flisek (SPD): Können Sie das ein bisschen konkretisieren?

Zeugin G. L.: Nicht mehr aus der Erinnerung heraus, was es alles konkret in den einzelnen Bereichen gab.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ich habe das jetzt akustisch nicht verstanden. Sie können sich nicht mehr daran erinnern, oder Sie wollen das - -

Zeugin G. L.: Entschuldigung. Ich kann mich nicht erinnern, was konkret in dem Zeitraum alles an entsprechender Hardware oder Software - -

Christian Flisek (SPD): Ich will auch nicht alles. Mir würden ein paar Beispiele genügen. - Sie können sich an kein einziges Beispiel erinnern?

Zeugin G. L.: Nicht mehr.

Christian Flisek (SPD): Das ist erstaunlich. Das sage ich Ihnen ganz offen und ehrlich.

Zeugin G. L.: Wieso?

Christian Flisek (SPD): Also, wer Leitungsfunktionen hat - - Weil so lange ist das wirklich noch nicht her, und es ist jetzt durch Medienbegleitung natürlich uns allen in einer Weise noch mal gegenwärtig geworden, wo ich auch unterstelle, dass jeder, der in irgendeiner Weise damit beruflich zu tun hat, sich damit auch noch mal beschäftigt und auch das Erinnerungsvermögen - - sozusagen auch noch mal das Ganze auffrischt. Und jetzt zu sagen: „Also mir ist in dieser Leitungsfunktion nicht ein einziges Beispiel gegenwärtig einer Software oder Hardware, die wir von den Amerikanern bekommen haben“, ich finde das also absolut erstaunlich. Sage ich Ihnen ganz offen.

Kennen Sie XKeyscore? Ist Ihnen der Name ein Begriff?

Zeugin G. L.: Der Name ist mir ein Begriff, ja.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie schon mal gehört?

Zeugin G. L.: Das habe ich schon mal gehört.

Christian Flisek (SPD): Ist das unter Ihrer Verantwortung eingesetzt worden?

Zeugin G. L.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein?

Zeugin G. L.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Wissen Sie, wo es eingesetzt wurde?

Zeugin G. L.: Ja, in Aibling.

Christian Flisek (SPD): In?

Zeugin G. L.: In Bad Aibling.

Christian Flisek (SPD): Und von wem?

Zeugin G. L.: Wie „von wem“?

Christian Flisek (SPD): Na ja, von wem? Sie sagen, unter Ihrer Verantwortung wurde es nicht eingesetzt. Sie waren nicht - -

Zeugin G. L.: Nein, das war nicht zu meiner Zeit.

Christian Flisek (SPD): Darf ich gerade mal kurz ausreden? Das wäre sehr schön. Sie haben gerade gesagt - - Also noch mal: Sie sind verantwortliche Leiterin für einen Zeitraum gewesen von JSA?

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): XKeyscore wurde in Bad Aibling eingesetzt.

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie können mir nicht sagen, von wem?

(RA Johannes Eisenberg:
Sie hat gerade gesagt: nicht
zu ihrer Zeit!)

Zeugin G. L.: Nicht zu meiner Zeit.

Christian Flisek (SPD): Ist dann zu Ihrer Zeit ein Nachfolgeprodukt oder ein Vorgängerprodukt von XKeyscore eingesetzt worden?

Zeugin G. L.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Wie hieß das?

Zeugin G. L.: Dazu möchte ich jetzt öffentlich nichts sagen.

Christian Flisek (SPD): Das würden Sie dann uns aber in der nichtöffentlichen Sitzung sagen?

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Okay. Sie wurden uns ja auch als Zeugin benannt, die uns deutliche Angaben machen kann - also zumindest konkretere als bisher bei den beiden Kollegen, die wir vorher gefragt haben - zu der Frage, wie Selektoren eingesetzt worden sind. Also das war einer der Gründe, warum wir Sie ja auch geladen haben. Mich würde jetzt grundsätzlich mal interessieren: Wenn die amerikanische Seite - - Wir hatten also gehört, es gab sozusagen in Bad Aibling eine Endprüfung noch mal auf amerikanischer Seite. Also, die Selektoren kamen in Aibling an, und die amerikanischen Kollegen haben dann dort noch mal eine Endprüfung gemacht. Können Sie das bestätigen?

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wie sah diese Endprüfung aus? Haben Sie da - -

Zeugin G. L.: Das weiß ich nicht. Wir waren nicht dabei.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Aber nach dieser Endprüfung gab es dann eine Übergabe dieser Selektoren an die von Ihnen verantworteten Mitarbeiter?

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und wie ging das dann weiter?

Zeugin G. L.: Dann wurden diese zur internen Prüfung - was ich auch schon geschildert habe -, ob es sich um G-10-geschützte Daten handelt, zur Prüfung weitergegeben.

Christian Flisek (SPD): Wohin?

Zeugin G. L.: An einen entsprechenden Bereich in der Zentrale Pullach.

Christian Flisek (SPD): Und dazwischen haben Sie erst mal gar nichts gemacht? Sie haben also nur die Rolle also im Prinzip des Postboten übernommen, erst einmal?

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und dann wurde dort G 10 geprüft. Die Einheit, die das in der Zentrale gemacht hat, war das die G-10-Einheit?

Zeugin G. L.: Nein, das ist eine technische Prüfstelle, die aber sehr stark mit dieser G 10-Einheit, die in der Regel aus Juristen oder juristisch geschultem Personal besteht, zusammenarbeitet. Das heißt, da hat man immer die Beratung durch den Juristen quasi daneben, auch wenn man nicht in einem Organisationsbereich zusammengeführt wird.

Christian Flisek (SPD): Und der Prüfungsmaßstab für die Selektoren ist ja auch ein viel weitreichenderer als nur G 10.

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): G 10 ist ein Teil, aber - - Können Sie uns erläutern, wie dieser Prüfungsmaßstab aussieht, was da die Parameter sind?

Zeugin G. L.: Ja, lässt sich schlecht in Konkretes fassen. Neben G 10 sind natürlich auch Schutz deutscher Interessen - - die da eine Rolle spielen, die nicht direkt vom G 10 abgedeckt werden, und sonstige Sachverhalte, die nicht im Aufklärungsauftrag des BND liegen.

Christian Flisek (SPD): „Deutsche Interessen“ - ich greife das jetzt mal auf -: Ich meine, Deutschland hat viele Interessen. Wie soll ich mir das vorstellen? Sitzt da ein in deutschen Interessen geschulter Mitarbeiter oder ein Arbeiterteam und entscheidet das? Gibt es Kataloge, was deutsche Interessen sind? Wie läuft diese Selektion anhand eines solchen doch sehr schillernden Überbegriffes ab?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: In Teilen technisch, in Teilen versucht man, durch Recherchen Hintergrundinformationen zu einzelnen Selektoren zu finden?

Christian Flisek (SPD): Es wurde berichtet in den Medien, dass vonseiten der Amerikaner auch mal Selektoren durchsickerten oder auf den Tisch kamen, die zum Beispiel EADS betrafen. Können Sie das bestätigen?

Zeugin G. L.: Das kann ich im Detail nicht bestätigen. Ich weiß es nicht. Ich habe nicht alle einzeln gesehen oder geprüft. Insofern kann ich das weder bestätigen noch dementieren.

Christian Flisek (SPD): Sie haben nicht alle einzeln gesehen oder geprüft, aber ich sage jetzt mal so: Wenn jetzt von amerikanischer Seite ein Selektor auf den Tisch käme, der EADS betrifft, dann gehe ich doch mal - zumindest jetzt abstrakt, das wäre passiert - davon aus, dass das im Haus dann als ein nicht alltäglicher Vorgang bewertet wird und man Ihnen das doch irgendwie zumindest zur Kenntnis gibt, oder nicht? Also jetzt unabhängig davon, ob das jemals war. Aber nehmen wir mal an, jetzt käme Endprüfung Amerika. Da in der Büchse kommt der Selektor zu Ihnen, nicht zu Ihnen konkret, -

Zeugin G. L.: Genau.

Christian Flisek (SPD): - aber in Ihren Bereich, zu irgendeinem Ihrer Mitarbeiter. Der guckt drauf und sagt: Mensch, hoppla, EADS, was wollen die denn? - Dann rufe ich doch mal bei Ihnen an.

Zeugin G. L.: Die Frage habe ich jetzt nicht verstanden. Sie haben geschildert, dass wir - -

Christian Flisek (SPD): Na ja, wenn so ein Fall eintreten würde, ob dann der Mitarbeiter, der so einen Selektor mit einer, was deutsche Interessen betrifft, doch sehr kritischen Fragestellung, ob der dann nicht sozusagen Sie direkt mal informieren würde und sagen würde: „Hier, Frau Zeugin“ - in dem Fall: Frau Chefin - „gucken Sie doch mal, was die Amerikaner wollen, das geht doch nicht“?

Zeugin G. L.: Mit Sicherheit, ja, -

Christian Flisek (SPD): Mit Sicherheit: ja.

Zeugin G. L.: - würde das so gewesen sein.

Christian Flisek (SPD): Ist das irgendwann einmal in Ihrem Zeitbereich, den Sie verantwortet haben, passiert, dass Selektoren, die einen wirtschaftlichen Hintergrund hatten und sensibel waren für deutsche Interessen, von den Amerikanern versucht worden sind einzuspeisen, sodass Sie damit beschäftigt waren oder Kenntnis erlangt hatten, bevor dass dann noch mal an die Zentrale weitergegeben wurde?

Zeugin G. L.: Jetzt muss ich wieder fragen, weil Sie ja eingangs sagten, Sie beziehen sich auch auf meine Aufgabe, die ich vorher wahrgenommen habe, was die Prüfung von Selektoren angeht, allgemein: Ich habe immer so das Problem im Augenblick, dass ich nicht ganz zuordnen kann, welche meiner Aufgaben Sie dann konkret ansprechen.

Christian Flisek (SPD): Im Prinzip immer alle. Weil wir fragen Sie ja hier nicht immer nur auf eine gezielte Aufgabe. Weil das würde ja zu Spitzfindigkeiten führen, Frau Zeugin, ja, wenn ich immer nur eine Frage in Bezug auf irgendeine ganz gezielte Funktion, die Sie dann mal hatten - - Sondern ich stelle in Bezug auf den gesamten relevanten Zeitraum des Untersuchungsausschusses an Sie die Frage, ob Sie in Ihren Funktionen, die Sie hatten, ob in Pullach, bei der Prüfung oder in Bad Aibling draußen, irgendwann einmal Kontakt hatten mit Selektoren, die von Amerika eingespeist wurden, also von den USA eingespeist worden sind, die einen wirtschaftlichen Hintergrund hatten und die für deutsche Interessen sensibel waren.

Zeugin G. L.: Kann ich heute nicht mehr sagen.

Christian Flisek (SPD): Weil Sie sich nicht daran erinnern können?

Zeugin G. L.: Richtig.

Christian Flisek (SPD): Ich verstehe dann allerdings nicht, warum Sie mich dann gerade noch



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal dazu gezwungen haben, noch mal differenzierend zu differenzieren hier. Also das hätten Sie ja gleich sagen können, dass Sie das nicht mehr wissen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das nennt man Zeitspiel!)

- Ja, ich lerne auch gerade dazu, offensichtlich.

Ist Ihnen die Unterscheidung zwischen weichen und harten Selektoren ein Begriff?

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ja?

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Können Sie uns erläutern, was der Unterschied ist aus Ihrer Sicht?

Zeugin G. L.: Ein harter Selektor ist zum Beispiel ein ganz konkretes Telekommunikationsmerkmal. Ein weicher Begriff wäre eher ein rein inhaltlicher Begriff.

Christian Flisek (SPD): Also weich wäre „Taliban“, hart wäre eine Telefonnummer?

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Sind Ihnen in Ihrer Zeit, in der Sie die Verantwortung hatten, weiche Selektoren eingespeist worden?

Zeugin G. L.: Weiche Selektoren kann man in der Regel nicht in die Erfassung einstellen.

Christian Flisek (SPD): Können Sie mir erläutern, warum nicht?

Zeugin G. L.: Weil man bei der Erfassung nur nach technisch-betrieblichen Informationen suchen kann, aber noch nicht in den Inhalten.

Christian Flisek (SPD): Warum differenziert man denn dann zwischen harten und weichen Selektoren überhaupt?

Zeugin G. L.: Um in Teilen bestimmte Informationen oder dort, wo es einfach darum geht, nicht alles in die Bearbeitung zu geben, durch weiche Kriterien noch mal zu präzisieren. Aber das macht nur dann Sinn, wenn man schon eine gewisse Vorauswahl getroffen hat. Es macht keinen Sinn, global in allen E-Mails nach „Taliban“ zu suchen.

Christian Flisek (SPD): Also, man könnte es zwar, aber es macht keinen Sinn?

Zeugin G. L.: Es macht keinen Sinn.

Christian Flisek (SPD): Das heißt aber, es gab vielleicht mal eine Phase, wo man es trotzdem gemacht hat?

Zeugin G. L.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nie?

Zeugin G. L.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Man hat nie weiche Selektoren eingesetzt?

Zeugin G. L.: Doch, aber nur in Kombination mit harten.

Christian Flisek (SPD): Also nur in Kombination. Okay.

Wenn aus Bad Aibling Daten an die Amerikaner übergeben worden sind - vielleicht gehen wir mal vom Ende her; egal jetzt, ob Inhalts- oder Metadaten -, können Sie mal von hinten her erzählen, was sozusagen da die letzten Stufen waren, bevor das stattfand, die in Bad Aibling stattfanden?

Zeugin G. L.: G-10-Prüfung.

Christian Flisek (SPD): In Bad Aibling fand noch mal eine G-10-Prüfung statt?

Zeugin G. L.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Also, der Filter wurde eingesetzt?

Zeugin G. L.: Der Filter, ja.

Christian Flisek (SPD): Gab es noch andere Filter?

Zeugin G. L.: Die Selektoren, die von den Amerikanern eingestellt wurden. Es wurde natürlich nur das weitergegeben, was auch über harte Selektoren eingestellt wurde vorne.

Christian Flisek (SPD): Kam es irgendwann einmal dazu, dass dieser Prozess, einschließlich der Filterung und des Selektoreneinsatzes, völlig automatisiert ablief?

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wann war das?

Zeugin G. L.: Das war schon vor meiner Zeit aktiviert worden -

Christian Flisek (SPD): Können Sie es etwa zeitlich einordnen?

Zeugin G. L.: - für bestimmtes Material.

Christian Flisek (SPD): Muss nicht auf den Monat oder wie auch immer genau, aber etwa zeitlich einordnen?

Zeugin G. L.: Das kann 2005/2006 gewesen sein.

Christian Flisek (SPD): Also als Sie - -

Zeugin G. L.: Das war weit vor meiner Zeit, für bestimmte Erfassungen, dass es schon automatisiert war.

Christian Flisek (SPD): Ich mache jetzt Schluss, weil der Herr Vorsitzender mich schon auf die Zeit hingewiesen hat. Als Sie nach Aibling kamen mit der Verantwortung, -

Zeugin G. L.: Gab es das schon -

Christian Flisek (SPD): - da fand dieser vollautomatisierte - -

Zeugin G. L.: - für Teile. Nicht für alles, sondern für Teile.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, dann ist als nächste Fraktion die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dran. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Zeugin, ich fange vielleicht noch mal ganz kurz an mit der Frage, von wann bis wann Sie die Leitung hatten und ob es für Ihr - also, das haben wir ja jetzt geklärt: vom 01.10.2007 bis zum Juni 2008 - - ob es ein konkretes internes Ereignis gab dafür, dass Sie dann diese Stelle verlassen haben und, wenn ich es richtig verstehe, die JSA in der Zeit niemanden hatte, der das offiziell geleitet hat, diese Einheit.

Zeugin G. L.: Es gab einen kommissarischen Leiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber warum hat man denn die Stelle nicht gleich nachbesetzt oder was war - -

Zeugin G. L.: Weil ich ja diesen Dienstposten noch nicht freigemacht hatte. Aus rein organisatorischen Gründen war ich auch nur kommissarische Leiterin eines anderen Bereiches geworden. Es dauert halt, bis solche Personalmaßnahmen dann formal richtig umgesetzt werden, sodass die Dienstposten dann auch entsprechend nachbesetzt werden können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, ich verstehe. - Also, Sie sagen: Es hat keine äußeren Anlässe, sondern es war rein dienstrechtlich, beamtenrechtlich.

Zeugin G. L.: Rein dienstrechtlich, beamtenrechtlich, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war der Grund. Okay. Sagen Sie - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Weil Sie die erste Zeugin sind, die uns hier mit doch einigen erstaunlichen Gedächtnislücken konfrontiert, wollte ich noch mal fragen, wie Sie sich auf diese Sitzung hier heute vorbereitet haben.

Zeugin G. L.: Also, ich habe mich über das allgemeine Verfahren dieses Ausschusses informiert, aber ansonsten weiter keine Unterlagen eingesehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Sie irgendjemand kontaktiert, Unterlagen einzusehen, oder Ihnen das angeboten?

Zeugin G. L.: Das Angebot bestand, aber ich habe es nicht wahrgenommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum nicht?

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist jetzt auch wieder
nicht richtig!)

Zeugin G. L.: Ich habe lange überlegt, ob ich die Unterlagen, die zur Verfügung stünden, einsehen sollte, habe mich dagegen entschieden aus dem einfachen Grund, weil ich dann nicht mehr sicher sein kann, was ich damals wirklich gesehen habe oder nicht oder was ich erst in dieser Zeit in der Vorbereitung gesehen habe. Das würde ja meine Aussage dann dahin gehend verfälschen, wenn ich jetzt durch das Studium der Unterlagen Informationen hätte, die ich damals aber nicht hatte, und das kann ich nicht guten Gewissens sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da nickt Ihr Rechtsbeistand ganz eifrig, so eifrig, wie er genickt hat, dass die Gewissensauffrischung Ihres Vorgängers, den wir gehört hatten, ganz, ganz wichtig ist für unsere - - Das ist wirklich kurios und erstaunlich, aber nehmen wir es mal so hin.

(RA Johannes Eisenberg:
Der eine macht es so, der
andere so!)

- Ja, Sie haben so recht!

(RA Johannes Eisenberg:
Als Strafverteidiger haben
Sie es lieber so!)

- Das glaube ich, ja, das glaube ich.

Gut. Sie haben vorhin davon gesprochen - und dem wollen wir versuchen etwas auf den Grund zu gehen -, dass pro Monat 8 000 bis 10 000 Meldungen von mehreren Erhebungsstellen weitergegeben wurden - Meldungen pro Monat - in den Jahren 2007 bis 2008.

Zeugin G. L.: Nein, wir hatten aktuell gesprochen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeugin G. L.: Die Frage des Herrn Vorsitzenden zielte auf den Iststand ab, und da habe ich gesagt: 8 000 bis 10 000.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah! Da würde ich jetzt ja mal Herrn Wolff mimen und sagen: Das liegt ja außerhalb unseres Untersuchungsauftrags.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist ja auch be-
anstandet worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann stelle ich die Frage mal: Zu der Zeit, zu der Sie dort die Leitung hatten, wie viele waren es denn da?

Zeugin G. L.: Das kann ich Ihnen im Detail nicht mehr sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mehr oder weniger?

Zeugin G. L.: Eher weniger.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und eine Meldung umfasst was genau?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: Einen Inhalt und Informationen, die zur Zuordnung des entsprechenden auswertenden Bereiches dienen mit einer kurzen Angabe wie einem Betreff.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, eine Meldung kann mehrere Daten umfassen logischerweise?

Zeugin G. L.: Kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele Daten denn maximal?

Zeugin G. L.: Das gibt da keine Einschränkung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es können in einer Meldung 2 Millionen Daten stecken?

Zeugin G. L.: Nein, nein, nein. Das nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber?

Zeugin G. L.: Es können zum Beispiel, sofern der inhaltliche Sachverhalt für die Auswertung dadurch leichter nachvollziehbar ist, indem man verschiedene Nachrichten in einer Meldung zusammenfasst, das heißt die Originalinhalte oder Übersetzungen, sofern sie den Kontext und den Inhalt entsprechend sauber abbilden - - können in einer Meldung zusammengefasst werden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können in einer Meldung 7 000 Daten sein?

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 700?

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Finden Sie das so erschöpfend wie ich? Wollen Sie einfach irgendeine Zahl nennen, die sein kann, weil Sie wissen ja offensichtlich, was - -

Zeugin G. L.: Nein. Das hängt wirklich davon ab - wie soll ich sagen? -, was auch dann für den Auswerter noch auswertbar ist an Informationen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

Zeugin G. L.: Wenn Sie ihm 100 Seiten geben würden, würde er sagen: Das kann ich im Leben alles nicht lesen. - Also versucht man, entsprechende Zusammenstellungen zu machen, die eben einen Sachverhalt in sich abschließend behandeln.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass - -

Zeugin G. L.: Das können fünf sein, das können sieben sein, es können aber auch nur zwei sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber kann es sein, dass hinter einem Datum, was Sie weitermelden, sozusagen die Möglichkeit besteht, in noch eine größere Informationsdatenbank reinzugehen?

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Wissen Sie, das Problem ist: Wir versuchen ja hier, den Zahlen auf die Schliche zu kommen, und das scheint eben definitionsmäßig eine sehr schwierige Sache zu sein.

Anderes Thema: Nach unserer Kenntnis wurde ja die Weitergabe an die Amerikaner, an den AND, im Jahr 2008 beendet.

Zeugin G. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das zu einer Zeit, als Sie noch da waren oder als Sie schon weg waren und das kommissarisch geleitet wurde?

Zeugin G. L.: Es war in einer Zeit, wo ich noch nominell da war, aber schon durch andere Aufgaben mehr in der Zentrale in Pullach war als in der Dienststelle selbst.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das Ganze wird ja einen Vorlauf gehabt haben?

Zeugin G. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum hat man das denn beendet?

Zeugin G. L.: Weil nichts Verwertbares mehr herausgekommen ist aus der Erfassung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotz mehrerer Hundert, mehrerer Tausend weitergegebener Meldungen an die JSA ist nichts Verwertbares dabei rausgekommen?

Zeugin G. L.: Jetzt sind wir wieder bei Begrifflichkeiten. Wir reden von Meldungen, wenn es an die Auswertung geht, weil sie eine feste Struktur, Aufbau und Charakter haben und begutachtet wurden. Das ist nichts, was mit JSA zu tun hatte oder mit der Weitergabe an die NSA.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Oh, dann müssen wir noch mal von vorne anfangen. Wie viele Daten haben Sie denn pro Woche an die NSA weitergegeben?

Zeugin G. L.: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ungefähr?

Zeugin G. L.: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja. Das wissen Sie nicht, weil Sie das noch nie wussten, oder das wissen Sie nicht, weil Sie es nicht mehr genau erinnern? Ich sage noch mal: Also, Sie sollen ja hier die Wahrheit sagen.

Zeugin G. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn man sagt: „Ich weiß es nicht“, und man weiß doch irgendwie, dann - -

Zeugin G. L.: Nein, ich weiß es wirklich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 5? 50? 50 Millionen? 50 Milliarden? 500 Billionen? Wissen Sie nicht?

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist krass. - Sie haben vorhin gesagt, dass zwischen Filterung und Selektoren - - Sie haben das praktisch unterschieden so im Nebensatz. Und jetzt überlege ich, ob da ein Unterschied besteht zwischen Filterung und Selektoren bei Ihnen - definitiv praktisch. Oder ist Filterung - - ist das der Einsatz von Selektoren, die Filterung, die stattfindet?

Zeugin G. L.: Ja, so könnte man es bezeichnen, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das ja so verstanden, dass der Datenfluss folgendermaßen funktioniert: An der Glasfaser - nehmen wir einen schönen Ort in Deutschland, Frankfurt; da habe ich lange gelebt - in Frankfurt werden viele Daten abgezogen. Die werden jetzt weitergeleitet an eine Stelle - nennen wir sie P - des BND, und von dort aus werden sie weitergeleitet nach Bad Aibling zu Ihnen. Würden Sie zustimmen, dass der Datenabfluss von der Glasfaser nach diesem Mechanismus funktioniert?

Zeugin G. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Habe ich Sie richtig verstanden eben in dem Gespräch mit dem Kollegen Flisek vor allen Dingen, dass im Hinblick auf das, was in P passiert - die Filterung, die in P passiert -, Sie eigentlich keinerlei Kenntnisse haben, was dort vonstattengeht?

Zeugin G. L.: Aus Sicht Bad Aibling: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist insofern erstaunlich, sage ich Ihnen, weil Ihr Vorgänger, den wir hier eben gehört haben, der hatte sehr genaue Ansichten, zu meinen zu wissen, was da im Vorwege passiert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: Ach so, ich hatte Sie dann eventuell falsch verstanden. Ich hatte Sie so verstanden, dass man seitens Bad Aibling - - Die Frage war, ob man seitens Aibling wusste, wie die Filterung an der Stelle P aussieht. Und das war nicht der Fall. Seitens Aibling wusste man nicht, wie die Filterung in P aussieht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Und Sie wissen also nicht, ob nach P sozusagen, welcher Umfang von Daten nach P gekommen ist?

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, noch mal eine technische Frage, weil Sie ja die Fachfrau für Selektoren sind meiner Ansicht nach. Ja, kann man doch sagen, mit einem gewissen Stolz auch, wenn Sie von 2003 bis - - also auf jeden Fall viele Jahre für Selektoren zuständig waren, sind Sie für mich eine Fachfrau.

Wie viele Selektoren gab es denn, mit denen man da so agiert hat in Bad Aibling?

Zeugin G. L.: Weiß ich nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie mal eine Zahl, ungefähr.

Zeugin G. L.: Kann ich nicht sagen. Jede Zahl, die ich sage, wäre falsch. Deshalb werde ich keine Zahlen nennen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte plus/minus 150 000.

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was „nein“?

Zeugin G. L.: Ich kann Ihnen keine Zahl nennen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Könnte ja mal einer nachgucken, wie viele das sind!)

Ich kann auch heute nirgends mehr nachgucken lassen, wie viele es zum damaligen Zeitpunkt waren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah.

(RA Johannes Eisenberg:
Die werden gelöscht!)

Zeugin G. L.: Deshalb kann ich Ihnen keine Informationen geben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja praktisch. Da wird nicht Buch drüber geführt, welche - - Da gibt es keinen - - Das ist ja interessant. Die Selektoren, die eingestellt werden, die werden gelöscht, und dann sind sie weg für immer?

Zeugin G. L.: Nein, datenschutzrechtlich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eisenberg weiß es offensichtlich.

(RA Johannes Eisenberg:
Angewandter Datenschutz!)

Der Zeuge Eisenberg, bitte: „Angewandter Datenschutz“.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein, Rechtskenntnisse!)

Zeugin G. L.: Der Punkt ist: Wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt Selektoren eingestellt werden, wo sich dann herausstellt, dass sie nicht das gewünschte Ergebnis bringen - keine ND-Relevanz -, sind diese zu löschen. Auch die Löschung ist natürlich datenschutzrechtlich zu protokollieren. Aber auch dieses Protokoll wird nicht bis in alle Ewigkeit aufgehoben. Das heißt, es besteht im Augenblick keine Möglichkeit, einen Rückschluss darauf zu ziehen, welche Informationen im Jahre 2006, 2007 oder 2008 in Bad Aibling konkret vorgelegen haben, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich sogar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: - auch nicht in der Anzahl, weil man es nicht mehr nachvollziehen kann aufgrund der Aktualisierungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Zeugin, den letzten Halbsatz, davon glaube ich Ihnen kein Wort - und das darf ich Ihnen mal so sagen -, weil Sie nämlich jahrelang dafür zuständig waren, US-Selektoren zu prüfen. Und Sie erzählen mir hier allen Ernstes, dass Sie keine Ahnung haben, wie viele das ungefähr waren.

Zeugin G. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist einfach massiv unglaubwürdig. Sie waren damit jahrelang beschäftigt. Und dann zu sagen: „Ich weiß nicht, ob es 100 000, 100 Millionen waren oder nur 10; ich weiß es nicht“, das ist einfach - - Das müssen Sie doch wissen. Sie haben sich jeden Tag mit diesen Selektoren beschäftigt.

Zeugin G. L.: Ich doch nicht persönlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege, Sie sagt, sie weiß es nicht. Sie weiß es nicht, sagt sie.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie unterliegt hier einer Wahrheitspflicht, und ich darf ja wohl massiv merkwürdigen Aussagen - - da darf ich ja wohl nachfragen. Ich gebe ja der Zeugin nur eine Chance, hier die Wahrheit zu sagen. Ich bin in der guten Sache unterwegs, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur so habe ich es verstanden. Wir müssen das in der nächsten Runde klären, weil die Zeit schon deutlich überzogen ist. Okay, jetzt kommen wir zu den Fragen der nächsten Fraktion. - Es wäre jetzt die Fraktion der CDU/CSU als nächstes mit Fragen dran. Herr Kollege Ostermann, glaube ich.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja, schönen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau L., Sie waren für die JSA, wie Sie es nennen - JSA -, tätig. Was können Sie uns zum Auftrag der JSA sagen?

Zeugin G. L.: Allgemein das, was der Grundauftrag einer jeden Dienststelle ist oder in jedem Bereich: ND-relevante Informationen zu gewinnen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Der Begriff „joint“ bedeutet ja, dass man eine Zusammenarbeit hat.

Zeugin G. L.: Ja.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Mit den Amerikanern in diesem Fall. Wie lief da die gemeinsame Zusammenarbeit ab?

Zeugin G. L.: Unterschiedlich nach den einzelnen Tätigkeitsbereichen natürlich. Nehmen wir den Bereich Signalanalyse: Da saßen dann halt die Experten von beiden Seiten - sowohl von deutscher als auch amerikanischer Seite - und haben versucht, unbekannte Signale zu identifizieren und zuzuordnen. Bei der Nachrichtengewinnung ging es halt darum, dann die eingesetzte Technik entsprechend am Laufen zu halten, um die Nachrichten gewinnen zu können.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Können Sie uns konkrete Fälle nennen, an denen diese gemeinsame Gruppe gearbeitet hat, damit wir uns ein Bild davon machen können?

Zeugin G. L.: Ich wüsste jetzt nicht, wie ich das konkretisieren sollte.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Können Sie das im nichtöffentlichen Teil konkretisieren?

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Der *Spiegel* behauptet in einem Artikel aus dem August des letzten Jahres, dass es für die deutsche Seite keine Möglichkeit und auch kein Anrecht gegeben habe, zu kontrollieren, welche Aufklärungsoperationen die Amerikaner in Bad Aibling durchgeführt haben. Erste Frage: Gehen Sie davon aus, dass die Amerikaner eigene Operationen, Aufklärungsoperationen betrieben haben?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: Also, auch die Amerikaner hatten natürlich ein Interesse daran, Informationen zu gewinnen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Auch in eigener Verantwortung? Nicht nur im Rahmen der JSA?

Zeugin G. L.: Nein. Also, in eigener Verantwortung ging ja nicht.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Nur im Rahmen dieser JSA?

Zeugin G. L.: Nur im Rahmen dieser JSA.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Bestand auf deutscher Seite ein Recht, die Tätigkeit der Amerikaner auf dem Gelände der Mangfall-Kaserne zu kontrollieren?

Zeugin G. L.: Noch mal, bitte. Die Frage habe ich nicht ganz verstanden.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ob ein Recht bestand für die deutsche Seite - also für den BND-Teil -, das zu kontrollieren, was die Amerikaner auf dem Gelände der Kaserne, der Mangfall-Kaserne in Bad Aibling, getan haben. Gab es irgendwelche Kontrollrechte?

Zeugin G. L.: Also, die Mitarbeiter haben gemeinsam gearbeitet. Normalerweise durfte kein amerikanischer Mitarbeiter alleine irgendwelche Aufgaben verrichten. Deshalb waren auch in Teilen die Büros so von der Zusammensetzung her, dass man immer Pärchen gebildet hat. Ansonsten war keine so Möglichkeit, dass die unbeobachtet irgendetwas hätten machen können.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay. Ich komme zu einem weiteren *Spiegel*-Artikel, dieses Mal aus dem Juni 2014. Wir haben ja schon gehört, dass die Amerikaner ihr Personal reduziert haben am Standort Bad Aibling und dass es die sogenannte Blechdose gibt; über die haben wir auch schon gesprochen. Ich möchte Sie bitten, dass Sie einmal die baulichen Gegebenheiten beschreiben auf dem Gelände der Mangfall-Kaserne. Welche Dienststellen waren dort untergebracht?

Zeugin G. L.: Es war die Dienststelle Bad Aibling untergebracht und innerhalb des Geländes, in einem eigenen abgeäunten Bereich, eben dann der Bereich für die Amerikaner - mit eigener Zugangskontrolle.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay. Gut. - Wurde im Rahmen der Zusammenarbeit, über die wir ja gesprochen haben, darauf geachtet, dass die amerikanischen Kollegen keine Daten aus Kommunikation deutscher Staatsbürger oder mit Anfangs- oder Endpunkt in Deutschland erhalten?

Zeugin G. L.: Ja, wurde drauf geachtet. Das war ein wesentlicher Punkt in der ganzen Prüfung. Bevor Daten an die Amerikaner weitergegeben wurden, wurde also diese Prüfung auf G-10-Schutz Deutscher - - sehr großer Wert gelegt und mit allen Mitteln und Möglichkeiten entsprechend durchgeführt. Also, es gab keine Möglichkeit vorher für die Amerikaner, an diese Daten ranzukommen, bevor nicht diese Prüfung erfolgt ist.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): In den Presseberichten hieß es auch, dass in der Mangfall-Kaserne der Deutschlandchef der NSA stationiert gewesen sei. War das zu Ihrer Zeit so?

Zeugin G. L.: Ich kann dazu nichts sagen, welche Position der Mitarbeiter im Rahmen der NSA innehatte. Er war für uns der Leiter dieser Blechdose. Und in welcher Form das in der Organisation der NSA abgebildet war, war mir nicht bekannt.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Wie oft hatten Sie denn Kontakt zu dem Leiter des amerikanischen Teils? Wie häufig haben Sie sich miteinander ausgetauscht?

Zeugin G. L.: Ich nicht sehr oft. Also, man hat sich natürlich auf dem Gelände gesehen, man hat sich begrüßt. Ansonsten nicht sehr oft.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Gab es keine - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: Also, zu meiner Zeit ich selbst persönlich nicht mal einmal die Woche, außer dieses „Hallo“ usw.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Es gab keine Jour-fixe-Termine, dass man sich regelmäßig getroffen hat?

Zeugin G. L.: Nicht mit ihm, sondern dann eher Jour-fixe-Termine im Rahmen der Zusammenarbeit. Also, rein auf der Arbeitsebene gab es natürlich regelmäßige Termine, wo man bestimmte Dinge besprochen hat, die einfach so normales Tagesgeschäft sind.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Nicht auf Ihrer Ebene, -

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): - sondern nur auf der Arbeitsebene. Da gab es ja auch diese Pärchen, von denen wir eben gehört haben. Und die haben dann ja ohnehin - -

Zeugin G. L.: Ja, genau. Und die haben natürlich auch ihre Aufgaben gehabt. Das musste ja auch - wie soll ich sagen? - festgelegt werden, welche Arbeitspläne man sich jetzt macht, wann man was abarbeitet, wie man das zeitlich staffelt usw. Also, ganz normales Tagesgeschäft, das wurde regelmäßig besprochen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay. - Dann ein letzter Fragenkomplex von mir zunächst zu dem Abkommen aus dem Jahr 2002, das die Zusammenarbeit regelte zwischen den beiden Nachrichtendiensten. In diesem Abkommen haben sich die Partner streng auf die Beachtung und Einhaltung gesetzlicher Vorgaben verpflichtet. Allerdings seien im Falle terroristischer Aktivitäten Ausnahmen zugelassen gewesen. Und durch diese Ausnahme sei es möglich gewesen, so wird berichtet, dass abgefangene Signale, auch wenn sie von Deutschen stammen, mit Zustimmung des deutschen Partners verwendet werden durften, sodass man hier die Hintertür dafür geöffnet hat, um von der NSA - - also dass der BND von der NSA Daten über die Kommunikation

Deutscher erhalten habe. Ist Ihnen diesbezüglich etwas bekannt, -

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): - dass das so gehandhabt worden wäre?

Zeugin G. L.: Nein. Das wäre auch ein Widerspruch zu den technischen Maßnahmen, die ja eben dazu eingerichtet wurden, dass das eben nicht weitergegeben wird.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Sind Ihnen weitere Abkommen bekannt, -

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): - die die Zusammenarbeit regeln?

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Das Abkommen aus dem Jahr 2002 ist Ihnen aber präsent?

Zeugin G. L.: Ich habe es vor etlichen Jahren mal eingesehen. Aber den genauen Wortlaut habe ich natürlich nicht mehr in Erinnerung nach all den Jahren.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Wissen Sie, zwischen wem diese Abkommen geschlossen worden sind? War das direkt zwischen den Nachrichtendiensten oder - -

Zeugin G. L.: Das weiß ich nicht. Nein.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Gut. Dann soll es das erst mal mit meinen Fragen gewesen sein. Ich gebe weiter an die Kollegin Lindholz, wenn der Vorsitzende das genehmigt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Absolut.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Ja, Frau Zeugin, in einem Snowden-Dokument vom 10. Juni 2005 heißt es, Schulungen der BND-Mitarbeiter durch NSA-Personal fänden auch im Verlauf realer Auftragsausführungen statt. Aktuell - also 2005 -



Nur zur dienstlichen Verwendung

seien dies ein NSA- und zwei BND-Aufträge. Wissen Sie, ob Sie an Schulungen durch das NSA-Personal in Bad Aibling teilgenommen haben?

Zeugin G. L.: Die Frage habe ich jetzt nicht ganz verstanden.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Ob Sie an Schulungen durch das NSA-Personal in Bad Aibling teilgenommen haben. Gab es Schulungen, an denen Sie teilgenommen haben und die durch - -

Zeugin G. L.: Ich habe an keiner Schulungsmaßnahme teilgenommen. Wenn, war es immer für technisches Personal.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Also, diese Schulungen hat es gegeben, aber Sie haben - -

Zeugin G. L.: Es hat Schulungen gegeben, ja, weil man bei bestimmten Dingen einfach wissen muss, wie man damit umzugehen hat, was technisches Gerät angeht. Und da gibt es natürlich Schulungen. Das ist allgemein üblich.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Sind auch Mitarbeiter, die Ihnen unterstellt waren, geschult worden?

Zeugin G. L.: Ja.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Aber Sie selbst - -

Zeugin G. L.: Die das Gerät natürlich dann auch bedienen mussten - oder was auch immer Charakter der Schulung war. Das ist natürlich sehr allgemein.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Worin wurden denn die Teilnehmer geschult, also auch die Mitarbeiter, die Ihnen unterstellt waren?

Zeugin G. L.: Hängt immer ganz von dem konkreten Schulungsobjekt ab, was zu schulen ist.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Können Sie - -

Zeugin G. L.: Das kann eine Software sein, wo man zum Beispiel erläutert bekommt, welche

Möglichkeiten sie hat. Es kann ein technisches Gerät sein, wo erklärt wird - ganz banal ausgedrückt -, welcher Knopf welche Funktionalität hat, was man damit einstellen kann, wie Geräte anzuschließen sind usw. Das hängt wirklich jeweils davon ab, um was es sich dabei gehandelt hat. Und das kann natürlich sehr vielschichtig sein.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Also rein technische Schulungen?

Zeugin G. L.: Ja.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): In einem Snowden-Dokument vom 22. Mai 2006 wird ein Erfahrungsaustausch zwischen BND- und NSA-Mitarbeitern in Bad Aibling zu den unterschiedlichen Methoden der Auswahl und Filterung von Daten beschrieben. Aus Sicht der NSA müsse der BND sich dem Vorgehen der NSA anpassen - wird dort beschrieben -, und die NSA wolle künftig das Programm Turmoil für die Verarbeitung von DNI nutzen. Können Sie uns erläutern, inwiefern sich die Herangehensweise von BND und NSA bei der Auswahl und Filterung von Daten grundlegend unterscheidet? Gibt es da einen Unterschied?

Zeugin G. L.: Also, 2006 war vor meiner Zeit. Ich kenne auch dieses Programm oder Produkt nicht, was Sie eben erwähnt haben. Insofern kann ich dazu nichts sagen.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Also, zu Ihrer Zeit hat es dieses Programm nicht gegeben?

Zeugin G. L.: Nein, ich war zu der Zeit, die Sie eben erwähnt haben - 2006 -, nicht in Bad Aibling.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Ja, ich habe auch nicht gesagt, dass es im Jahr 2006 stattgefunden hat, sondern ich habe gesagt, dass es in einem Snowden-Dokument beschrieben ist. Also, zu Ihrer Zeit, als Sie dort gearbeitet haben, gab es dieses Programm, von dem ich gesprochen habe, nicht?

Zeugin G. L.: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Gab es denn zu Ihrer Zeit andere Programme und hier einen Erfahrungsaustausch zwischen BND- und NSA-Mitarbeitern über die unterschiedlichen Methoden der Auswahl und Filterung?

Zeugin G. L.: Nein.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Dann liegt uns ein weiteres Snowden-Dokument aus dem Jahr 2005 vor. Dort heißt es:

Das FORNSAT/SCS Mission Management hat der JSA die primäre Verantwortung für zehn Beams auf sieben Satelliten übertragen. Die JSA überwacht diese Beams fortlaufend und speist die daraus resultierenden Metadaten in die Systeme der NSA ein.*

Das geschieht laut Dokument über eine sichere Leitung des JSA zum European Technical Center der NSA in Wiesbaden, und durch das Third Party Guard Device Subsystem des ETC flößen die Daten auf das NSANET. Sagt Ihnen das etwas, und werden bzw. wurden die so erhobenen Metadaten nur in die Systeme der NSA eingespeist oder auch in die Datenbanken des BND?

Zeugin G. L.: Das war vor meiner Zeit. 2005 war ich nicht in Bad Aibling.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Als Sie in Bad Aibling waren, wurden da Ihrer Kenntnis nach Metadaten auch in die Systeme der NSA eingespeist oder auch in die - -

Zeugin G. L.: Metadaten wurden genauso wie Inhalte G-10-geprüft an die Amerikaner weitergegeben.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Konnten BND-Mitarbeiter auf Datenbanken der NSA zugreifen?

Zeugin G. L.: Also, es gab Datenbanken, die lokal in Bad Aibling vorhanden waren. Da konnten sie

natürlich drauf zugreifen. Aber auf - wie soll ich sagen? - die eigentlichen NSA-Datenbanken bestand kein Zugriff, nur auf das Equipment, was vor Ort war.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Was muss ich mir denn unter dem Equipment vorstellen, das da vor Ort war?

Zeugin G. L.: Also, Sie brauchen, um zum Beispiel einen technischen Filterungsprozess durchzuführen, natürlich eine entsprechende - - ja nicht nur die Filtermethode, sondern auch die Bedingungen, und die werden ja laufend aktualisiert. Das heißt, um einen solchen technischen Prozess immer aktuell mit neuen Informationen zu füttern, werden diese Informationen aus einer Datenbank in eine Form gebracht, dass der technische Prozess sie verstehen kann. Und da ist natürlich entsprechend für die Systeme eine Filterung eingerichtet worden.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Und darauf konnten beide zugreifen?

Zeugin G. L.: Ja, weil natürlich das Bedienpersonal auch aus beiden kam. Und man hat ja die Selektoren vorher gegenseitig auch geprüft.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Okay.

Zeugin G. L.: Also, insofern hat man natürlich auch auf diesen technischen Filterprozess und auf das, mit dem die gefüttert wurden, natürlich zugreifen können.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Weil man sich vorher darüber abgestimmt hat?

Zeugin G. L.: Ja.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Ja. Danke schön. - So, dann von mir noch eine letzte Frage: In einem Snowden-Dokument - vermutlich vom Beginn des Jahres 2008 - steht, dass die JSA seit

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats lautet: MAT A Sek-4-1r_DE.pdf.



Nur zur dienstlichen Verwendung

2007 SMS-Daten aus ihrer GSM-Sammelplattform übermittelt hat, und im April 2007 habe die JSA zudem zwei neue SMS-Datenströme für NSA-Analysten initiiert. Die SMS-Daten - täglich über 330 000 SMS-Ereignisse - fließen in DISHFIRE, die dazugehörigen Daten der Anruferereignisse in Fascia. Bei DISHFIRE handelt es sich nach unserer Kenntnis um eine Datenbank, die wohl von der NSA und dem britischen Nachrichtendienst gemeinsam betrieben wird. Fascia ist wohl eine NSA-Datenbank für Metadaten. Sagt Ihnen das etwas, und wenn ja, wie kann man sich den Datenfluss in die genannten Datenbanken vorstellen?

Zeugin G. L.: Also, wie man sich den Datenfluss vorstellen kann, könnte ich jetzt spekulieren, ohne das natürlich genau im Detail zu wissen, was Amerikaner und Briten untereinander ausmachen. Wenn Sie Daten irgendwoher bekommen, können Sie das natürlich in einer Datenbank speichern. Ich hatte am Anfang erläutert, dass wir Datenbankanwendungen haben, die aber identisch an verschiedenen Standorten zum Einsatz kommen. Wenn man jetzt sagt, man speichert die Daten in einem solchen Datenbanksystem, in einer solchen Anwendung, lokal, und man gibt diese Daten an den Partner weiter, kann er sie natürlich in dem gleichen System speichern, technisch gesehen. Die sind aber völlig voneinander getrennt. Ob jetzt ein anderer Partner da wiederum Zugriff drauf hat, das erschließt sich uns natürlich nicht.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Wie wurde oder wird denn sichergestellt, dass keine Daten von deutschen Staatsbürgern in die Datenbanken der NSA eingespeist werden?

Zeugin G. L.: Durch die entsprechenden G-10-Prüfungen. Das heißt, vor Weitergabe an die NSA wurden alle Daten entsprechend geprüft.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Gut. Vielen Dank. Wir haben dann keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich hätte noch ein, zwei Fragen. Wir haben ja noch Zeit. Insgesamt vorab eine Frage: Wenn Sie eine Pause benötigen oder was anderes

zu trinken, als vor Ihnen steht, sagen Sie Bescheid. Beim letzten Zeugen hat die Befragung sechs Stunden gedauert. Von daher fühlen Sie sich frei, zu sagen, wenn Sie - -

(RA Johannes Eisenberg:
Haben Sie denn geistige
Getränke hier zur Hand?)

- Nein, für den Zeugenbeistand haben wir nichts.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein, für die Zeugin!)

Herzlichen Dank für die Nachfrage.

Ich komme zu meinen Fragen in der Sache. Noch einmal - Sie haben es eben gesagt; es tut mir leid, ich habe es nicht mitgeschrieben -: Wie viele Mitarbeiter hatten Sie unter sich?

Zeugin G. L.: Ich habe gesagt, dass ich das - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In der Zeit von Oktober 2007 bis - -

Zeugin G. L.: Ja, habe ich doch gesagt: Ich kann es heute nicht mehr konkret auf die Anzahl Mitarbeiter festmachen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so, ich dachte, Sie hätten eine Zahl gesagt. Entschuldigung.

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich komme zurück mal auf das Thema Schulung. Sie haben gesagt: Es ging um technische Schulungen. - Können Sie das präzisieren, welche Schulungen Ihre Mitarbeiter wahrgenommen haben?

Zeugin G. L.: Das hängt immer davon ab, um welches technische Gerät oder welches Produkt oder welche Software es sich denn gehandelt hat. Natürlich werden die Leute, allgemein gesprochen, in der Bedienung geschult.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und Sie sprachen so schön von „welcher Knopf gedrückt werden muss“.

Zeugin G. L.: Ja, wenn es sich um ein technisches Gerät handelt, das über entsprechende Mechanismen zur Einstellung verfügt, die über Knöpfe abgebildet sind, muss man natürlich wissen, was passiert, wenn man auf welchen Knopf drückt. Wenn Sie eine Software haben, in der es irgendwelche Funktionalitäten gibt, die Sie über eine Menüleiste aufrufen, werden Sie darin geschult, dass man Ihnen erklärt, was verbirgt sich dahinter, wenn Sie da draufdrücken. Es hängt also immer davon ab, wie eine Schulung aufgesetzt wird, was das Eigentliche ist und zu welchem Zweck es eingesetzt wird. Und daran orientiert sich auch der Kreis, der geschult wird.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich verstehe schon, was Sie sagen. Vielleicht verstehen Sie auch, dass ich das etwas konkreter haben möchte. Und wenn mir jemand sagt, welcher Knopf gedrückt werden will, dann frage ich mich: Mit welchen Geräten mit Knöpfen arbeiten Sie beim BND? Meinen Sie vielleicht einen Computer?

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann erzählen Sie mir, welche Geräte im BND Knöpfe haben, die geschult werden.

Zeugin G. L.: Nein. Die Mitarbeiter, habe ich gesagt, werden darin geschult, welchen Knopf sie drücken müssen, um bestimmte Aktionen auslösen zu können, um zum Beispiel eine Frequenz anders einzustellen. Wenn da Knöpfe sind, mit denen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Von welchem Gerät reden wir da?

Zeugin G. L.: Von einem Modem.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie arbeiten mit Modems?

Zeugin G. L.: Die braucht man in der Erfassung, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie arbeiten mit Modems?

Zeugin G. L.: Ja, in der Erfassung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In der Erfassung arbeiten Sie mit Modems?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Diese Modems haben Knöpfe?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. In was für Schulungen wird noch gearbeitet? An welchen Schulungen haben Ihre Mitarbeiter noch teilgenommen? Ich merke, dass das relativ schwierig ist. Aber wir haben die Zeit, bis Sie dazu kommen, uns diese Schulungen zu erklären.

Zeugin G. L.: Habe ich doch bereits gemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Und deswegen bleibe ich an dieser Frage dran. Also, ich habe noch allein sieben Minuten und die Kollegen hier noch ganz, ganz viel.

Zeugin G. L.: Aber noch mal: Es geht um Schulungen von technischem Gerät.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welches Gerät?

Zeugin G. L.: Modems.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Außer Modems?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Beantragen Sie eine Pause?

Zeugin G. L.: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann warte ich auf die Antwort, welche technischen Geräte außer Modems - - an welchen da eine Schulung stattfindet.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin G. L.: Mir fällt kein weiteres Gerät ein. Der ganze technische Prozess wird durch Geräte abgebildet. Die werden ab und zu mal ausgetauscht, und dafür gibt es dann gewisse Schulungsmaßnahmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welche Geräte außer Modems werden ausgetauscht?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand sowie mit einem Vertreter der Bundesregierung)

Haben Sie noch ein Gerät gefunden mithilfe der Bundesregierung?

(RA Johannes Eisenberg: Mit der Bundesregierung haben wir nicht über Geräte gesprochen! - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mikrofon! - RA Johannes Eisenberg: Wir haben mit der Bundesregierung nicht über Geräte gesprochen! - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön! - RA Johannes Eisenberg: Ich bin da ja nicht unterwiesen im Gebrauch der Mikrofone!)

Einmal dieses Bilaterale abstellen. - Wir haben eine Wortmeldung der Bundesregierung. Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Herr Vorsitzender, ich rege an, dass wir mal fünf Minuten unterbrechen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gerne. Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten. Herzlichen Dank.

(Unterbrechung von 20.48 Uhr bis 21.01)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn die Türen wieder geschlossen sind, beginnen wir erneut mit der Sitzung. Die unterbrochene Sitzung wird fortgeführt. Ich danke allen ganz herzlich für die Pause, und ich würde gern zurückkommen auf die Frage, die ich eben gestellt habe. Ich verkürze die Frage etwas dahin gehend: Stimmen Sie mir zu, dass es eine größere Zahl von Schulungen gegeben hat, die im Kern technischer Art waren, sowohl an Geräten als auch an Software?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wunderbar. Dann schließe ich den Fragetext mal ab.

Jetzt komme ich mal zu einer Frage, die Ihnen eben gestellt worden ist. Da wurde gefragt, Turmoil, haben Sie davon Kenntnis, hat es das gegeben?

Zeugin G. L.: Der Begriff sagt mir nichts.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagt Ihnen gar nichts?

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat es auch zu Ihrer Zeit, in der Zeit von Oktober 2007 bis Mitte oder Ende 2008, nach Ihrer Erkenntnis nicht gegeben und ist nicht eingesetzt worden?

Zeugin G. L.: Wie gesagt, ich kenne diesen Begriff nicht. Insofern kann ich dazu nichts sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, wenn Sie da gar nichts zu sagen können, dann bringt das aber auch nichts. - Gut, dann komme ich noch mal auf das Thema, was ich zu Anfang an-



Nur zur dienstlichen Verwendung

geschnitten habe: leitungsvermittelte Kommunikation. Wissen Sie, wie leitungsvermittelte Kommunikation gewonnen wird?

Zeugin G. L.: Im Prinzip; aber ich bin auf dem Gebiet kein Fachmann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin G. L.: Es ist ein Gebiet der Nachrichtentechnik; ich kann es nur ganz grob erläutern. Aber es ist nicht mein Spezialgebiet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es geht dabei auch grob - nur, dass wir ungefähr das Gleiche meinen - um das Abschöpfen von Daten, die durch Leitungen fließen.

Zeugin G. L.: Nein, eben nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Sondern?

Zeugin G. L.: Leitungsvermittelt heißt, dass es eine entsprechende - wie soll ich sagen? - Signalisierung gibt und Datenübertragung der Inhalte. Sie erinnern sich vielleicht mal so in grauer Vorzeit an das Fräulein vom Amt, das dann gewählt hat, und dann eine Leitung geschaltet wurde. Das nennt man leitungsvermittelt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie das dann abgrenzen von diesem anderen Wort, leitungsgebunden?

Zeugin G. L.: Leitungsgebunden wäre eben über ein Kabel übertragen. Nicht leitungsgebunden ist frei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha, jetzt verstehe ich das. So, bei leitungsgebundener Kommunikation, da werden also aus Kabeln Daten abgeschöpft?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zum Beispiel durch das Biegen von Kabeln und - -

Zeugin G. L.: Bin ich kein Fachmann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich auch nicht. Aber die Kabel gehören doch wahrscheinlich alle nicht dem BND, wo diese Daten abgegriffen werden, vermute ich mal?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So. Haben Sie eine Idee, wem diese Kabel gehören?

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aus leitungsgebundener Kommunikation sind aber auch in Bad Aibling Daten ausgewertet worden. Richtig?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Fragt man sich nicht da, wo die herkommen?

Zeugin G. L.: Man fragt sich das schon; aber man bekommt auch nicht immer eine Antwort.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das kenne ich, wenn ich mich so was frage.

(Heiterkeit)

Können Sie ungefähr einschätzen das Verhältnis von dem, was aus Funkfrequenzauswertung analysiert wird, und dem, was aus kabelgebundener Abschöpfung von Daten kommt? Was macht das im Verhältnis aus? Sie haben es eben schon einmal ausgedrückt: Das eine ist mehr, das andere weniger. Welches ist mehr, und welches ist weniger oder gleich?

Zeugin G. L.: Das lässt sich nicht pauschal sagen. Das hängt immer davon ab, welche relevante Kommunikation Sie auf einem Satelliten finden oder in einem Kabel finden, wie das gerade im aktuellen Auftrag ist. Das heißt, das kann sich stetig ändern, dass Sie bestimmte Informationen in dem einen Medium haben und das andere in einem anderen. Das zu gewichten nach Größenordnung, ist nicht machbar so pauschal.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Weil jetzt meine Zeit abgelaufen ist, eine letzte Frage - mir geht das auch so -: Welche Datenvolumina wir da haben, kann man schwer ausdrücken?

Zeugin G. L.: Das ist schwer ausrechenbar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Herzlichen Dank, soweit meine Fragen an der Stelle.

Wir kommen jetzt zu den Fragen von Bündnis 90/Die Grünen, wenn ich das richtig sehe. - Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Frau T. B., Sie haben ja gesagt, Sie seien im Juni 2008 - -

(RA Johannes Eisenberg:
Die Zeugin heißt L.!)

- Ach, Entschuldigung, ich habe noch dieses letzte Schild da gesehen.

(RA Johannes Eisenberg:
Die Stunde ist schon
vorgerückt!)

- Sage ich doch. - Also, Frau G. L., Sie haben gesagt, dass Sie im Juni 2008 ausgeschieden sind.

Zeugin G. L.: Ende Juni habe ich andere Aufgaben wahrgenommen, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun soll genau zu diesem Zeitpunkt auch, nämlich im Juli, dann diese Weitergabe von Informationen an die NSA beendet worden sein. Hat Ihr Ausscheiden damit was zu tun?

Zeugin G. L.: Nein, gar nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reiner Zufall, -

Zeugin G. L.: Reiner Zufall.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass das gerade in dem Monat gewesen ist.

Zeugin G. L.: Ja, das ist wirklich reiner Zufall.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - War Ihnen denn vorher bekannt, dass es Zweifel an dem Ausfiltern der G-10-Betroffenen gegeben hat? Also, wurde bei Ihnen im Bundesnachrichtendienst in Bad Aibling darüber gesprochen, darüber was aufgeschrieben, gab es darüber Sitzungen?

Zeugin G. L.: Sitzungen usw. gab es darüber nicht; aber man beschäftigt sich natürlich, wenn neue Kommunikationsformen auftreten, auch damit, wie man dann in den Fällen eine G-10-Erkennung machen kann. Das ist dann eine Frage der intensiven Beschäftigung: Wie kann ich auch bei neuen Kommunikationsformen G 10 erkennen, was ein ständiger Prozess ist? - Die Landschaft ändert sich, und man muss immer mit dem Schritt halten. Darüber redet man natürlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das sind ja jetzt so allgemeine -

Zeugin G. L.: Ja, das ist aber - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Erörterungen.

Zeugin G. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine jetzt ganz konkret: Hat man da gesagt: „Diese G-10-Filter, die sind nicht richtig funktionstüchtig“, oder: „Da haben wir Zweifel“?

Zeugin G. L.: In dieser Form mir nicht bekannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht bekannt?

Zeugin G. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch nie irgendwie einen Bericht gelesen, -

Zeugin G. L.: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - in dem so was angedeutet wurde?

Zeugin G. L.: Ich habe aber natürlich aus der Presse von einem solchen Bericht gehört.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nichts gehört?

(RA Johannes Eisenberg:
Aus der Presse!)

Zeugin G. L.: Aus der Presse gehört.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, aus der Presse, gelesen, ja, okay. - Haben Sie da auch gelesen, dass behauptet wird, dass der Abteilungsleiter der Technischen Aufklärung beim BND - Juli 2008, also unmittelbar nachdem Sie ausgeschieden sind - ein Resümee der Operation zog mit einer sehr drastischen Schlussfolgerung, nämlich dass die Filter, die die Rechte der Deutschen sichern sollen, nicht richtig funktionieren und dass das der Grund sei, warum man der NSA gesagt habe, man will das nicht fortführen? Ich meine, dass das bei Ihnen - also nehmen wir mal an, das stimmt - nicht bekannt war, ist irgendwie unwahrscheinlich.

Zeugin G. L.: Also, diese Aussage ist mir nicht bekannt außer aus der Presse, die Sie eben zitiert haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und als Sie das zum ersten Mal gelesen haben, dachten Sie, die spinnen, oder?

Zeugin G. L.: Möchte ich keinen Kommentar zu abgeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Und Sie haben auch nie von Kollegen gehört, dass die noch mal zusätzliche Filter einbauen wollten oder eingebaut haben, weil da Zweifel bestand?

Zeugin G. L.: Filterung ist ein vielschichtiger, stufenweiser Prozess, und insofern kann man immer Verfahren optimieren. Aber in dem Kontext,

was Sie eben zitiert haben, ist mir das nicht bekannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist Ihnen denn gesagt worden, warum man das mit der NSA beendet?

Zeugin G. L.: Weil nichts rausgekommen ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeugin G. L.: Weil keine Ergebnisse rausgekommen sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wer hat das festgestellt: der BND oder die NSA?

Zeugin G. L.: Da man ja wusste, was man weitergegeben hatte und in welcher Größenordnung, war abzusehen, dass das irgendwie nicht sehr - wie soll ich sagen? - zielführend war aus Sicht der Zusammenarbeit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von wem abzusehen?

Zeugin G. L.: Insgesamt, wenn man sich das angeschaut hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sich das angeschaut und haben gesagt: Das ist nicht zielführend?

Zeugin G. L.: Ich habe mir das nicht angeschaut.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Man“ haben Sie gesagt.

Zeugin G. L.: „Man“, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer war das?

Zeugin G. L.: Die Leute, die eine entsprechende Beurteilung darüber abgeben, ob eine solche Zusammenarbeit noch weiterbestehen wird unter diesen Umständen, wenn man sich die Ergebnisse anschaut.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wer war das?

Zeugin G. L.: Das war mit Sicherheit die Führung der Abteilung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt sicherlich? Woher wissen Sie das, dass diese Überlegungen angestellt worden sind und wer die angestellt hat?

Zeugin G. L.: Man diskutiert dann intern darüber.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeugin G. L.: Man diskutiert natürlich intern unter den Mitarbeitern darüber.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also haben Sie darüber diskutiert? Wenn Sie immer „man“ sagen, können Sie ja eigentlich nicht betroffen sein.

Zeugin G. L.: Ich habe darüber nicht diskutiert; aber ich habe von solchen Diskussionen gehört.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dass es umgekehrt gewesen ist, dass die NSA gekommen ist und gesagt hat: „Das, was ihr uns da liefert, ist für uns der Mühe nicht wert“?

Zeugin G. L.: Das ist mir nicht bekannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie nie was von gehört?

Zeugin G. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Ihre eigenen Leute haben gesagt: „Da kommt nicht genug bei raus, und deshalb stellen wir das ein“?

Zeugin G. L.: Nein, deshalb wird es vermutlich eingestellt werden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und wer hat sich, also aus wessen Interesse - - „Wir können an die NSA nicht genug liefern und kommen damit unserer Verpflichtung nicht nach“, oder war das eine eigene Überlegung: „Das wollen wir denen nicht zumuten“? Was sollte denn eigentlich beendet werden?

Zeugin G. L.: Diese Zusammenarbeit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur die Zusammenarbeit?

Zeugin G. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder auch das Datenabgreifen in Frankfurt und das Aufarbeiten dieser Daten da nun, Speichern?

Zeugin G. L.: Also diese Art der Zusammenarbeit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur die Zusammenarbeit?

Zeugin G. L.: Ja, mit all dem, was in der Vereinbarung enthalten war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber in der Vereinbarung soll ja enthalten sein - das haben wir immer gesagt, das wurde hier von mehreren Zeugen schon gesagt - immer ein Geben und Nehmen.

Zeugin G. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, die haben Know-how geliefert oder Hardware oder was auch immer -

Zeugin G. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und haben dafür Informationen bekommen.

Zeugin G. L.: Die Daten, die damit gewonnen wurden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber jetzt haben Sie ihnen ja alles geliefert und kriegen da gar keine, das, was sie dafür haben wollten, die USA. Hat man dann die Apparate zurückgegeben?

Zeugin G. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Software irgendwie abgestellt?

Zeugin G. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das Programm denn Ihrer Meinung nach für den BND fortgesetzt worden?

Zeugin G. L.: Welches Programm jetzt?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Ausleiten der Daten in Frankfurt und das Auswerten?

Zeugin G. L.: Können Sie die Frage bitte noch mal wiederholen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also, da ist ja in Frankfurt vom Glasfaserknotenpunkt abgezogen worden.

Zeugin G. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Informationen sind dann über einen Umweg bei Ihnen gelandet in Bad Aibling und weitergegeben worden an die NSA?

Zeugin G. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sagen Sie, man hat bei Ihnen diskutiert und hat dann gesagt: „Wir können da nicht genug liefern, wir beenden das gegenüber der NSA“.

Zeugin G. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das muss ja noch lange nicht heißen, dass auch der BND diese Daten nicht mehr bekommt

und nicht mehr ausgewertet. Also, ist die Auswertung durch den BND, das Abgreifen und Auswerten weitergeführt worden oder nicht? Oder ging es darum, das Ganze zu beenden, also auch das in Frankfurt?

Zeugin G. L.: Das möchte ich nur nichtöffentlich beantworten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da hat auch schon jemand die Hand gehoben.

RD Philipp Wolff (BK): Das hatten wir vorhin schon; da haben wir auch gesagt, dass es aus unserer Sicht nicht von der Aussagegenehmigung umfasst ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich akustisch nicht - -

RD Philipp Wolff (BK): Da haben wir gesagt, dass es aus unserer Sicht nicht von der Aussagegenehmigung umfasst ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht kann man so viel fragen, damit wir wissen, ob wir dazu eine Sitzung brauchen: Könnten Sie denn in nichtöffentlicher Sitzung dazu was sagen, weil Sie vorhin erst gar nicht wussten - -

Zeugin G. L.: Also, wie gesagt, meine Aussagegenehmigung schließt gewisse Informationen aus. Nach Beratung stelle ich fest, dass ich dazu auch nichtöffentlich etwas sagen kann.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie doch was sagen können?

Zeugin G. L.: Nein, dass ich auch nichtöffentlich nichts dazu sagen kann.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt wäre die Zeit des Fragenden leider um, Herr Kollege Ströbele. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD, und der Kollege Flisek könnte Fragen stellen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ich wollte jetzt noch mal zurück zu dem, wo auch meine Befragung beim letzten Mal endete, bei der Frage: Sie haben ja gesagt, als Sie die Verantwortung über JSA übernommen haben, haben Sie schon vorgefunden, wie Sie zum Schluss sozusagen dann noch mal festgelegt hatten, dass zum Teil eine automatisierte Datenweitergabe erfolgte. Da ging dann die Zeit aus, Frau Zeugin, und jetzt will ich da noch mal dran anknüpfen, was Sie gesagt haben - „zum Teil“ -, dass Sie das vielleicht noch mal darstellen und konkretisieren. Also, welche Teile sind automatisiert?

Zeugin G. L.: Leitungsvermittelte Verkehre.

Christian Flisek (SPD): Bitte?

Zeugin G. L.: Leitungsvermittelte Verkehre.

Christian Flisek (SPD): Leitungsvermittelte Verkehre. Können Sie Beispiele dafür nennen?

Zeugin G. L.: Gespräche, Faxe.

Christian Flisek (SPD): Ich will nur den Vorsitzenden darauf aufmerksam machen, dass Herr Wolff die Hand hebt.

RD Philipp Wolff (BK): Ich wollte die Zeugin darauf aufmerksam machen, dass wir das in nicht-öffentlicher Sitzung machen würden, weil die Art der Datenübermittlung meines Erachtens eingestuft ist.

Christian Flisek (SPD): Mit welchem Argument?

RD Philipp Wolff (BK): Welche Daten weitergegeben werden, ist eine eingestufte Information und ist auch zu Recht eingestuft, weil es das Staatswohl betrifft.

Christian Flisek (SPD): Gut, ich denke, das ist okay. - Der Punkt noch mal: Also, wir halten jetzt aber fest, dass grundsätzlich leitungsvermittelte Verkehre dann in der Zeit, als Sie die Verantwortung übernommen haben, bereits automatisiert weitergeleitet worden sind.

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Dieser automatisierte Prozess, ist der dann gepflegt worden? Weil wir haben ja zumindest bei den Zeugenbefragungen vorher gelernt, dass es hier bei dem Bestreben, das zu automatisieren, erhebliche Anlaufschwierigkeiten gab.

Zeugin G. L.: Bitte, wie war Ihre Frage?

Christian Flisek (SPD): Meine Frage war, ob dieser Prozess der automatisierten Datenweiterleitung, der leitungsvermittelten Verkehre, ob der gepflegt wurde, ob man sozusagen immer wieder geschaut hat, ob da alles in Ordnung ist, weil eben wir bei den Zeugeneinvernahmen vorher von anderen Zeugen, Ihren Vorgängern, auch gehört haben, dass es da durchaus bei dem Ziel, das zu automatisieren, Anfangsschwierigkeiten gegeben hat.

Zeugin G. L.: Das betrifft aber nicht das Thema leitungsvermittelt, die Schwierigkeiten und Optimierungen in dem Fall.

Christian Flisek (SPD): Sondern?

Zeugin G. L.: Die andere Art der Vermittlung, paketvermittelt.

Christian Flisek (SPD): Ich muss auch ein bisschen - - Ich brauche immer Zeit, wenn ich versuche, Ihre Antworten dann so ein bisschen zu sortieren. Das ist manchmal auch nicht ganz einfach. Also, bei den Paketvermittelten gab es Anlaufschwierigkeiten?

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und ist denn der Bereich dann irgendwann mal komplett automatisiert worden?

Zeugin G. L.: Im Laufe der Zeit - -

Christian Flisek (SPD): Warten Sie mal! Herr Wolff hebt gerade die Hand.

RD Philipp Wolff (BK): Entschuldigung, aber da wirklich auch nur in eingestufter Sitzung dazu.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: Wir sind nicht schuld diesmal.

Christian Flisek (SPD): Entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche, weil Sie sehen das ja nicht, wenn der Herr Wolff die Hand hebt, Frau Zeugin.

Dann möchte ich einfach jetzt noch mal, bevor wir dann aus unserer Sicht wirklich auch in die eingestufte Sitzung dann gehen müssten mit den weiteren Fragen - - würde ich Sie gerne noch mal fragen: Aus Ihrer Wahrnehmung heraus ist es ja dazu gekommen - - Es ist ja dazu gekommen - können Sie das bestätigen -, dass die Zusammenarbeit dann mit den Amerikanern eingestellt wurde?

Zeugin G. L.: Ja, im Nachgang habe ich das natürlich mitbekommen.

Christian Flisek (SPD): Im Nachgang?

Zeugin G. L.: Ja, weil ich war da ja nicht mehr vor Ort.

Christian Flisek (SPD): Da waren Sie nicht mehr da. Wann war das, als das eingestellt wurde?

Zeugin G. L.: Später im Jahr 2008, also, als ich nicht mehr da war, soweit ich - -

Christian Flisek (SPD): Sie haben Aibling wann verlassen, genau noch mal?

Zeugin G. L.: Anfang Juli 2008.

Christian Flisek (SPD): Anfang Juli?

Zeugin G. L.: Ende Juni, Anfang Juli.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Aber in Ihre Zeit fiel ja dann nicht sozusagen das große Finale, wenn ich das jetzt mal so bezeichnen darf.

Zeugin G. L.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Aber der Weg dorthin, der fiel ja in Ihre Zeit.

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Sie standen ja auch in Kontakt dann mit den amerikanischen Kolleginnen und Kollegen; davon gehe ich aus. Haben Sie da, zumindest was amerikanische Interessen oder Meinungen betrifft, irgendwas aufgenommen, mitbekommen, warum - -

Zeugin G. L.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Lassen Sie mich doch gerade die Frage zu Ende stellen, weil ich habe jetzt den Eindruck, die Frage hätte jetzt auch ganz anders verlaufen können, dass die amerikanische Seite in irgendeiner Weise mit den Ergebnissen unzufrieden war.

Zeugin G. L.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie gar nichts mitbekommen?

Zeugin G. L.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Also, die fanden das alles eigentlich tipptopp, oder was? Oder hat man sich überhaupt nicht darüber unterhalten?

Zeugin G. L.: Darüber hat man sich im Detail nicht unterhalten.

Christian Flisek (SPD): Gar nicht unterhalten?

Zeugin G. L.: Nein, nicht auf meiner Ebene.

Christian Flisek (SPD): Aha. Der Zeuge heute vor Ihnen, der ja genau diese Ebene auch bekleidet hat, hat von erheblichen Misstönen gesprochen, die zu vernehmen waren. Also ich zitiere ihn jetzt.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein!)

- Doch, Misstöne, hat er gesagt, Herr Rechtsanwalt Eisenberg.

(RA Johannes Eisenberg:
Als es abgestellt wurde!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Na ja, ich habe es so verstanden, dass im Vorfeld Misstöne waren, nicht als abgestellt wurde. Ich sage Ihnen ganz offen und ehrlich: Ich habe es eindeutig so verstanden, dass er gesagt hat, im Vorfeld der Beendigung gab es Misstöne. Das heißt, er ist auf derselben Ebene tätig wie Sie, Frau Zeugin, gewesen. Also hat er wohl aus dem Kontakt mit den amerikanischen Kolleginnen und Kollegen mehr gehört und gesehen und sonst wie wahrgenommen, als Sie das jetzt - - Sie haben gar nichts dergleichen?

Zeugin G. L.: Nein, nein.

Christian Flisek (SPD): Ja, also, ich sage es offen: Ich sehe jetzt da keinen weiteren Sinn mehr in der Befragung. Insofern würde ich an dieser Stelle, es sei denn die Kollegin Mittag hat noch was - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage mal rum, ob es jetzt bei der Fraktion Die Linke noch Fragen gibt.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir würden gern eine zweite Runde noch machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Der Zeuge, den wir vor Ihnen gehört haben, hat gesagt, das NSA-Net, also das Leitungsnetz der NSA, lief lediglich in die Blechdose. Ist das richtig?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten vorhin, es gab Datenabfluss an die NSA im Bereich Metadaten und Inhaltsdaten.

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie ist dieser Datenabfluss physikalisch vonstattengegangen?

Zeugin G. L.: Kann ich im Detail nichts zu sagen; dafür ist ein anderer Bereich in der Dienststelle zuständig gewesen, das zu regeln.

Martina Renner (DIE LINKE): In der Dienststelle Bad Aibling?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber es sind ja Daten verarbeitet worden in der Einheit, der Sie vorgestanden haben, in der JSA.

Zeugin G. L.: Aber das ist in der Dienststelle Bad Aibling gewesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, richtig. Und jetzt sind diese Daten wieder an jemand anderes gegangen, und von dort lief dann erst der Datenabfluss an die NSA?

Zeugin G. L.: Nein, ich glaube - -

Martina Renner (DIE LINKE): Dann möchte ich wissen, nachdem die Daten in der JSA verarbeitet wurden, wie der Datenabfluss an die NSA physikalisch vonstattengeht.

Zeugin G. L.: Die wurden an einem entsprechenden Übergabepunkt netzwerktechnisch übergeben.

RD Philipp Wolff (BK): Da muss ich jetzt wirklich unterbrechen. Jetzt sind wir in Sachen, die eingestuft sind. Also, wie der Datenabfluss vonstattengeht, ist eingestuft und bleibt eingestuft, und dazu nur in eingestufter Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, dann machen wir das nachher in nichtöffentlicher Sitzung. - Sie sagten vorhin, Sie waren auch nicht häufig, aber auch in der Blechdose. Was war Gegenstand dieser Besuche in der Blechdose, Arbeitstermine?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Um was ging es da?

Zeugin G. L.: Besprechungen allgemeiner Art über - wie soll ich sagen? - das normale Tagesgeschäft, wenn es irgendwelche Rückfragen gab, auch mal Videokonferenzen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Das letzte Wort habe ich nicht - -

Zeugin G. L.: Videokonferenzen.

Martina Renner (DIE LINKE): Mit wem? Also mit Personen, die nicht in Bad Aibling waren?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Vermutlich aus den USA zugeschaltet, die dann gesagt haben, was? Das kann ich nicht wissen.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin G. L.: Mein Rechtsbeistand hat mich eben darauf hingewiesen, dass ich dafür keine Aussagegenehmigung habe.

(RA Johannes Eisenberg:
Schönes Wetter haben wir in Deutschland, haben sie gesagt!)

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wir untersuchen ja die Zusammenarbeit der NSA mit dem BND, wenn ich das so ganz düster aus unserem Einsetzungsbeschluss noch weiß. Deswegen ist vielleicht interessant, was der Leiterin der JSA zum Beispiel aus den USA in Arbeitsbesprechungen übermittelt wurde.

(Zuruf)

- Ja, könnte wichtig sein.

Ging es da um konkrete Tätigkeit in der JSA, ging es um Bad Aibling? Um was ging es da? Man hatte sich doch nicht über das Wetter unterhalten.

Zeugin G. L.: Dazu möchte ich jetzt nichts sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, das ist nicht so, dass man das so entscheiden kann, ich möchte nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte jetzt auch einhaken. Entweder ist es so, dass wir

hier einen Bereich haben, der nicht in öffentlicher Sitzung gesagt werden kann, oder es ist nicht vom Untersuchungsauftrag gedeckt. Aber es ist jetzt hier nicht eine Frage, dazu möchte ich nichts aussagen.

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es ist eben schon mal gesagt worden: Dazu will ich, möchte ich keine Aussage machen.

(RA Johannes Eisenberg:
Sie hat keine Aussagegenehmigung!)

Entschuldigung, dazu möchte ich keinen Kommentar abgeben. - Das sind Aussagen, die kann ich so nicht akzeptieren. Sie sind als Zeugin geladen.

Zeugin G. L.: Keine Aussagegenehmigung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu haben Sie etwas zu sagen. Oder die Aussagegenehmigung deckt es nicht, so wie Sie es jetzt sagen, oder es ist nur in eingestuft oder nichtöffentlicher Sitzung zu sagen.

(RA Johannes Eisenberg:
Herr Vorsitzender, darf ich mal was sagen?)

- Ja, sehr gerne.

RA Johannes Eisenberg: Die Zeugin hat sich geweigert, die Frage des Abgeordneten Ströbele zu beantworten, was sie gedacht hat, als sie etwas in der Zeitung gelesen hat. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das von der Zeugenpflicht umfasst ist, mitzuteilen, was man denkt, wenn man was in der Zeitung liest. Und eben hat sie deutlich gesagt, dass sie der Auffassung ist, dass von ihrer Aussagegenehmigung die Frage, mit wem sie was in der Blechbüchse besprochen hat, nicht gedeckt ist. Das mag richtig oder falsch sein, aber das ist jedenfalls die Erklärung der Zeugin, und nicht etwa, dass sie aus mangelndem Zeugengehorsam Fragen nicht beantwortet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank, Herr Rechtsanwalt Eisenberg. Das war im Grunde das, was ich auch versucht habe zu sagen. Deswegen sind Sie auch der Zeugenbeistand, weil Sie das so gut auf einen Punkt bringen. Und jetzt weiß ja auch sicherlich die Zeugin Bescheid, dass sie zu den Fragen, die Beweisgegenstand sind, die nicht eingestuft sind, Aussagen zu treffen hat und ansonsten aufgrund dieser Tatsachen, dass es eben möglicherweise eingestufte Sachverhalte sind oder sie auch nichts dazu sagen kann, die Aussagen dann eben nicht treffen kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt Frau Kollegin Renner, und jetzt läuft die Zeit weiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann wiederhole ich jetzt die Frage, weil sie ist vom Aussagegegenstand gedeckt. Wir untersuchen die Tätigkeit der NSA und anderer Dienste in der Bundesrepublik oder gegenüber deutschen Staatsbürgern bei der Datenerfassung, die Zusammenarbeit mit dem BND und gegebenenfalls auch den Austausch von Daten. Das steht alles in unserem Einsetzungsbeschluss. Ich frage deswegen die ehemalige Sachgebietsleiterin JSA, was Gegenstand von Arbeitsbesprechungen mit Vertretern US-amerikanischer Geheimdienste in der Blechdose war, also per Videokonferenz oder auch vis-à-vis, wie auch immer. Ich will nicht wissen, was es für ein Dienstgrad ist. Ich möchte wissen, um was es da ging inhaltlich, ganz allgemein, Herr Wolff.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt ist die Frage gestellt. Besteht die Wortmeldung weiter, Herr Wolff?

(RA Johannes Eisenberg: Es ist keine Aussagegenehmigung!)

RD Philipp Wolff (BK): Ich weise nur darauf hin, dass der Inhalt von operativen Gesprächen mit Mitarbeitern in Bad Aibling natürlich eingestuft ist. Darauf weise ich die Zeugin hin. Da kann man in nichtöffentlicher Sitzung etwas dazu sagen, wenn es operative Zusammenhänge betrifft,

aber nicht in öffentlicher Sitzung. Im Einzelfall mag es Inhalte geben - das weiß ich jetzt aber nicht -, die nicht von der Aussagegenehmigung umfasst sind; aber die Frage stellt sich jetzt erst mal nicht. Inhalt aber in nichtöffentlicher.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, das ist ja jetzt was anderes, als Herr Eisenberg - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Fragestellerin nickt, und dem stimme ich auch zu.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann machen wir das in nichtöffentlicher Sitzung und werden dann auch feststellen, ob es operatives Geschäft betrifft überhaupt. - Was verstehen Sie unter Transitverkehren?

Zeugin G. L.: Transitverkehre sind Verkehre, die nicht in dem Land enden. Also, wenn man sagt, eine Übertragung läuft von Land A nach Land B, dann ist ein Transitverkehr eben ein Verkehr, der nicht in Land B endet, sondern von dort weitergeht, wo nur ein Transit, eine Weitergabe, ein Durchreichen stattfindet. Das nennt man Transitverkehre.

Martina Renner (DIE LINKE): Wurden Daten aus Transitverkehr in der JSA verarbeitet zu Ihrer Zeit?

Zeugin G. L.: Das kann ich im Detail nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Allgemein reicht mir, wenn es im Detail nicht geht.

Zeugin G. L.: Das kann ich nicht sagen, weil ich habe die ganzen Informationen, was zur damaligen Zeit erfasst wurde, nicht mehr im Kopf. Also kann ich es nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Für eine Mathematikerin ist das übrigens ziemlich erstaunlich. - Sagt Ihnen der Begriff „Eikonale“ etwas?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie erläutern, was es ist?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, weil?

Zeugin G. L.: Nichtöffentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Sagt Ihnen „Granat“ etwas?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie erläutern, was es ist?

Zeugin G. L.: Nichtöffentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Das geht jetzt wahrscheinlich so weiter. - Ist die Bezeichnung von Kunden als diejenigen Stellen, die die Daten erhalten, Ihre Wortschöpfung oder die Bezeichnung, die allgemein verwandt wird?

Zeugin G. L.: Nein, das ist keine Bezeichnung, die verlangt wird; aber es ist ein etwas formloser Begriff für unsere Auswertung. Wir sehen die als unsere Kunden an; wir sind Dienstleister, um das mal in allgemeine Worte zu kleiden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist in diesem Gedanken, dass man nur Dienstleister ist, auch ein Stück weit eine Verantwortungsübergabe an andere gemeint? Ich will mal andersherum fragen: Mit den Vorgängen, mit denen Sie befasst sind und für die Sie ja auch als Fachaufsicht Verantwortung haben, geht ja ein relevanter Grundrechtseingriff einher, und viele rechtliche Fragen sind tangiert. Wenn man sich allerdings nur als Dienstleister betrachtet, der Aufträge von Kunden erledigt, sage ich jetzt mal, ist es ein bisschen tiefgestapelt.

(RA Johannes Eisenberg:
Wo ist die Frage?)

Also, jemand erteilt den Auftrag, man macht es, und man fragt nicht viel. Das klingt so danach. Ist das so das Selbstbild, was man hatte?

Zeugin G. L.: Es ist ein Rollenverständnis. Das heißt, das, was wir tun, ist nicht das Abschließende, sondern es ist ein Bestandteil, wir geben einen Service, wir sind Dienstleister für einen anderen Bereich. Das hat jetzt erst mal aus meiner Sicht überhaupt nichts mit einer rechtlichen Wertung zu tun. Auch ein Dienstleister allgemeiner Art muss sich an Regeln, Gesetze und Vorgaben halten. Also, ich würde das jetzt nicht so negativ sehen, sondern das hat mit einem Rollenverständnis zu tun, dass man eben nicht der Endpunkt ist in einer Kette, sondern dass man eine Zuarbeit leistet.

Martina Renner (DIE LINKE): Das hat für mich - - Das korrespondiert auch mit dem Begriff des Bedienpersonals; den haben Sie auch verwandt. Das klingt auch so, man wendet die Technik an und fragt nicht lange, was es ist.

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, es sind keine Vokabeln, die ich aus anderen Zusammenhängen gehört habe, wenn es um Beschäftigte, Beamte innerhalb von Geheimdiensten geht. Bedienpersonal klingt eher so nach: Man guckt nur auf einen kleinen Bereich, da drückt er sein Knöpfchen, und der Rest ist nicht von großem Belang. - Deswegen die Frage: Dieses Bedienpersonal, ist das auch regelmäßig zu rechtlichen Fragen geschult worden?

Zeugin G. L.: Selbstverständlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es dazu auch so etwas wie ein Handout? Also, wurde nur mündlich geschult, oder gab es auch schriftliche - -

Zeugin G. L.: Nein, es gab auch entsprechende Unterlagen, in denen man das nachlesen konnte.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Wer hat diese Unterlagen erstellt?

Zeugin G. L.: Die jeweiligen Schulenden oder der schulende Bereich, wenn es sich um mehr als eine Person gehandelt hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Und der schulende Bereich war welcher Bereich?

Zeugin G. L.: Der für diese entsprechenden Bereiche zuständig ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Da kam der schulende Bereich aus Bad Aibling?

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Der schulende Bereich kam aus?

Zeugin G. L.: Der Zentrale.

Martina Renner (DIE LINKE): Aus der Zentrale in Pullach? - Okay. Die hatten dann Schulungsmaterial mit und haben die Schulungen auch in rechtlichen Fragen durchgeführt?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): War das eine Pflichtveranstaltung oder fakultativ?

Zeugin G. L.: Nein, es ist regelmäßig, es wird in regelmäßigen Abständen durchgeführt.

Martina Renner (DIE LINKE): War bei diesen Schulungsveranstaltungen auch die Datenschutzbeauftragte anwesend? Gab es von Ihnen zu ihr Kontakt? Die Datenschutzbeauftragte des BND kennen Sie? Kennen Sie die Frau?

Zeugin G. L.: Die heutige, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die heutige. Zu Ihrer Zeit?

Zeugin G. L.: Zu meiner Zeit wüsste ich jetzt gar nicht, wer diese Funktion innehatte.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hatten in Ihrer Zeit keinen Kontakt zu jemandem, der im BND zuständig war für Datenschutzfragen?

Zeugin G. L.: Das will ich nicht ausschließen; ich kann nur nicht sagen, welche Person das jetzt war. Deshalb intensiv mit der heutigen - - damals

datenschutzrechtliche Aspekte, G-10-Aspekte wurden natürlich geschult. Es gibt noch weitere Aspekte, die geschult wurden: allgemeine Sicherheitsbelehrungen, Unfallschutz-, Arbeitsschutzbelehrungen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Bei diesen Schulungen, haben dort auch die Mitarbeiter der NSA teilgenommen? Sie haben ja gesagt, es war immer so ein Tandem, man hat dafür gesorgt, dass die im Büro immer so als Tandem saßen. Wurde dann das Tandem geschult oder nur - -

Zeugin G. L.: Die Mitarbeiter. Es ist eine Pflichtveranstaltung für die Dienststelle gewesen. Das heißt aber auch, dass - - Die Mitarbeiter der NSA wurden auch in G 10 geschult, nur dass man natürlich für das deutsche Personal die Schulung auf Deutsch gemacht hat und für die Amerikaner auf Englisch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen mit der Zeit etwas rum. Herzlichen Dank, Frau Kollegin Renner. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion CDU/CSU. Herr Kollege Kiese-wetter.

Roderich Kiese-wetter (CDU/CSU): Die Fragen übernimmt der Kollege Dr. Ostermann.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Frau L., ich möchte einige Fragen stellen zu einem Programm namens Tropic Puma. Sagt Ihnen der Begriff etwas?

Zeugin G. L.: Nein, der sagt mir nichts.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Es soll sich dabei um ein Programm handeln zur Faxverarbeitung, das im Dezember 2007 eingeführt worden sei.

Zeugin G. L.: Das sagt mir nichts.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Im Dezember 2007 waren Sie aber -

Zeugin G. L.: Ja, aber der Begriff sagt mir nichts.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): - Leiterin der JSA.

Zeugin G. L.: Der Begriff sagt mir nichts.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay, gut. - Dann möchte ich noch mal zu sprechen kommen auf die deutschen Interessen, die auch eine Rolle spielen bei der Überprüfung der Selektoren. Wir haben ja gelernt, dass die Selektoren G-10-geprüft werden und im weiteren Verlauf aber auch noch mal zusätzlich auf weitere politische Interessen - so hat es zumindest der Zeuge R. U. ausgedrückt - geprüft werden. Sie haben dazu schon einige Worte gesagt eben. Was mich noch interessieren würde, ist, durch wen die Prüfung erfolgt auf weitere politische Interessen.

Zeugin G. L.: Durch das gleiche Personal, das auch die G-10-Überprüfung macht.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Das sind - so haben Sie eben gesagt - Juristen bzw. juristisch geschulte Mitarbeiter.

Zeugin G. L.: Genau.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): In der Zentrale in Pullach?

Zeugin G. L.: Ja, ja.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Gut. Ich habe keine weiteren Fragen, und wir haben insgesamt keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich habe noch ein, zwei Fragen, eine Frage zu einer Aussage, die Sie eben gemacht haben. Sie haben gesagt, leitungsvermittelte Kommunikation wurde automatisiert weitergeleitet. Ist das richtig?

Zeugin G. L.: Ja, das habe ich gesagt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das ist auch so, oder haben Sie sich versprochen?

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: An wen denn?

Zeugin G. L.: An die NSA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin G. L.: Das habe ich aber, glaube ich, auch schon beantwortet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, deswegen habe ich es mir extra noch mal aufgeschrieben, weil das meine große Frage war. - Gut, ich komme zu einem weiteren Bereich, einfach zur Klärung der Begrifflichkeiten. Sie waren die Sachgebietsleiterin der JSA, richtig?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In diesem von uns jetzt mehrmals benannten Zeitraum? In der JSA sind sowohl als Teams deutsche BND-Mitarbeiter und amerikanische Mitarbeiter gewesen. Richtig?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie weit geht dann Ihre Kompetenz als Sachgebietsleiter für dieses kombinierte Sachgebiet? Hatten Sie Weisungsrecht gegenüber den NSA-Mitarbeitern?

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie stellte sich das tägliche Geschäft so dar für einen Sachgebietsleiter, wenn da in Teams gearbeitet wird, wenn da eng zusammengearbeitet wird? Gab es da noch einen Spiegelsachgebietsleiter von den Amerikanern?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und Sie haben sich regelmäßig zur Sachgebietsleitung aber auch abgesprochen, harmonisiert?

Zeugin G. L.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und Sie waren mit Ihrem Sachgebiet ein Teil der Blechdose, wo auch das - -

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte?

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, nein. - Es gibt noch den Begriff SUSLAG. Der ist ihnen bekannt?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt das, SUSLAG?

Zeugin G. L.: Ich kriege die Abkürzung jetzt nicht zusammen. Ich müsste nachlesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, kein Problem. Das ist die Special US Liaison Activity Germany. Ist das - -Was bezeichnet dieser Begriff, was verbirgt sich dahinter? Ist das was anderes? Es geht mir jetzt hauptsächlich um die Begriffsklärung zwischen JSA, JAC, SUSLAG und Blechdose, dass wir von den gleichen Dingen hier reden, weil die Begriffe sind eben aus meiner Sicht etwas durcheinandergelassen. Was verbirgt sich hinter dieser Special US Liaison Activity Germany?

Zeugin G. L.: Das war im Prinzip ein Teil der Blechdose, wie Sie es nennen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Welche Teile sind denn da noch in der Blechdose?

Zeugin G. L.: Es war der Aufenthaltsort für die Mitarbeiter von JSA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also ist JSA was anderes als SUSLAG?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist SUSLAG vielleicht ein Oberbegriff?

Zeugin G. L.: Würde ich so nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Was unterscheidet dann JSA von SUSLAG?

Zeugin G. L.: Andere Aufgabenbereiche.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich bin ganz Ohr.

Zeugin G. L.: Wie gesagt, das JSA-Personal hat mit den deutschen Mitarbeitern von Bad Aibling zusammengearbeitet. SUSLAG war eine entsprechende Vertretung der NSA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnte man da Verbindungsbüro zu sagen?

Zeugin G. L.: Könnte man so bezeichnen, und es war für die JSA-Mitarbeiter - wie soll ich sagen? - eine Anlaufstelle, wo sie, was weiß ich, ihre Post und sonstige Dinge in Empfang genommen haben, was so interne Sachen waren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Waren die NSA-Mitarbeiter des JSA auch irgendwo dem SUSLAG angegliedert, haben die so zwei Anlaufstellen gehabt, einmal ihre Einplanung beim JSA, und die personelle Pflege lief über das SUSLAG, oder sind das getrennte - -

Zeugin G. L.: Ich würde es getrennt sehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: JAC, Joint Analysis Center. Ist das ein eigenes Sachgebiet gewesen, oder wie muss ich das jetzt verstehen?

Zeugin G. L.: Da habe ich im Augenblick Schwierigkeiten, es einzuordnen, diese Abkürzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also Joint Analysis Center. Das muss ja auch in der Blechdose gewesen sein, das JAC, oder nicht?

Zeugin G. L.: Diese Abkürzung sagt mir jetzt im Augenblick gar nichts.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagt Ihnen gar nichts, okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da gab es jetzt keine Kommunikation zwischen vielleicht Sachgebietsleitern, die gemeinsam in der Blechdose waren?

Zeugin G. L.: Also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn es Ihnen nichts sagt - - Es sagt Ihnen nichts?

Zeugin G. L.: Sagt mir jetzt nichts.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gut, dann wäre ich erst mal mit den Fragen durch, und wir kommen dann zu den Fragen von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Frau Zeugin, ich wollte nur mal fragen, wo Sie heute tätig sind. Das sage ich nicht, weil ich außerhalb des Zeitrahmens mich bewegen möchte, sondern weil wir den Hinweis haben, dass Sie bis zum 31.05.2013 - ich weiß gar nicht, ob ich es sagen darf, wo Sie heute arbeiten - an einer bestimmten Stelle gearbeitet haben seit 2009, und ich überlege, ob Sie nicht vorhin gesagt haben, dass Sie da heute auch noch sind.

Zeugin G. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist so?

Zeugin G. L.: Also, da, wo ich im Sommer 2008 eine erst kommissarische Tätigkeit übernommen habe, die dann umgesetzt wurde im, glaube ich, Februar 2009 - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 18. Februar 2009, genau.

Zeugin G. L.: Diese Tätigkeit übe ich heute noch aus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann die Bundesregierung aufklären, warum sie uns mitteilt, dass sie diese Tätigkeit nur bis zum 31.05.2013 ausgeübt hat?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da müsste jetzt die Bundesregierung - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut, die Frage kann ich ja erst mal zurückstellen. Aber ich wäre froh über eine Beantwortung, weil ja jetzt offensichtlich zwei Daten hier nicht stimmen.

Sie sagten vorhin, Frau Zeugin, dass Sie das Programm XKeyscore nicht kennen.

Zeugin G. L.: Habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, der Begriff ist mir bekannt; -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber - -

Zeugin G. L. - ich habe Informationen darüber, aber es war nach meinem Wissen zu meiner Zeit in Bad Aibling noch nicht im Einsatz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr Vorgänger hat uns gesagt auf die Frage nach XKeyscore - ich lese Ihnen das mal vor -:

Nein, ich kann zu der Funktionsweise XKeyscore nichts sagen. Ich kann so viel zumindest im öffentlichen Bereich sagen: XKeyscore als Begriff und als System ist erstmalig Anfang 2007 aufgetaucht, 2007, ja.

Dann müsste das ja eigentlich in Ihren Zeitbereich reingefallen sein.

Zeugin G. L.: Das hängt davon ab, was man unter „aufgetaucht“ versteht. Es gibt natürlich Planungen allgemeiner Art, wo man schon mal Begriffe vergibt, mit denen man beschreibt, was man da vorhat, ohne dass es auch konkret schon zum Einsatz kommen kann.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich kann jetzt allerdings nicht beurteilen, was mein Vorgänger hier damit gemeint hat. Also, etwas zu hören, dass es etwas gibt, ist etwas anderes, als etwas konkret im Einsatz zu haben. Es gibt ja Planungen, die ziehen sich manchmal über Jahre hin, bis etwas fertig entwickelt wird, und trotzdem hat man dafür schon einen Namen. Also, insofern kann ich jetzt auch keinen direkten Widerspruch da drin erkennen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der SPD vom 14.08.2013, wo gesagt wird vonseiten der Bundesregierung, dass XKeyscore bereits seit 2007 in einer Außenstelle des BND in Bad Aibling im Einsatz ist. Deswegen frage ich mich: Kann es sein, dass Sie nicht wissen, dass dieses Programm damals im Einsatz war, oder haben Sie es vielleicht vergessen, oder schließen Sie aus, dass es im Einsatz war?

Zeugin G. L.: Mir ist aus der Zeit dieser Begriff nicht geläufig. Ich kenne andere Bezeichnungen, aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche denn zum Beispiel?

Zeugin G. L.: Dazu möchte ich jetzt nichts sagen öffentlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber das ist halt echt schwierig, nicht?

Zeugin G. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut, der BND muss wissen, was er hier für ein Bild abgeben will.

Gibt es, gab es für diese Leitungsstellung, die Sie dann 2007 eingenommen haben, eine spezielle Schulung?

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also, man ist da nicht speziell darauf vorbereitet worden, wie diese Kooperation mit den US-Mitarbeitern läuft, oder so?

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, man ist einfach auf diese Stelle gesetzt worden?

Zeugin G. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagt Ihnen der Begriff Border Gateway Protocol Data etwas?

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder Label Distribution Protocol Data?

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abgekürzt BGP und LDP?

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nie mit zu tun gehabt?

Zeugin G. L.: Vielleicht unter einer anderen Bezeichnung, mit diesen Begriffen so nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht darum bei diesen Sachen, Datenpakete im Netz verfolgen zu können, wie diese Datenpakete laufen. Hatten Sie mit so was je zu tun?

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat denn zu Ihrer Zeit Faxverarbeitung stattgefunden?

Zeugin G. L.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie hieß denn das Programm, mit dem diese Faxverarbeitung stattgefunden hat?

Zeugin G. L.: Das weiß ich heute nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber könnte es denn sein, um beim Kollegen Ostermann anzuschließen, dass das vielleicht Tropic Puma - - Ich finde den Namen ja auch absurd, ja, aber - -

Zeugin G. L.: Also, er ist eigentlich so ungewöhnlich, dass man sich den merken kann. Aber, wie gesagt, an diesen Begriff habe ich keine Erinnerung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie ein Programm zur Datenfaxverarbeitung heißen könnte - -

Zeugin G. L.: Kann ich jetzt heute nicht mehr sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie hatten ein Programm zur Faxverarbeitung?

Zeugin G. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Kooperation mit der NSA, hat die nach Ihrer Kenntnis auch an anderen Außenstellen stattgefunden, außerhalb von Bad Aibling?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin G. L.: Nein, nicht mir bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht Ihnen bekannt. Also auch in dem Kontakt und in dem Umgang mit - - Ich stelle mir das ja so vor, dass an diesen Stellen das da auch fluktuiert, und das sind ja teilweise Contractors, die dann heute mal hier und morgen da eingesetzt werden. Da ist Ihnen das nicht begegnet, dass von NSA-Seite vor allen Dingen, aber auch von BND-Seite Leute von anderen Außenstellen,

die da in Kooperationsverhältnissen gearbeitet haben, auch in Bad Aibling waren?

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, warum SUSLAG SUSLAG heißt?

Zeugin G. L.: Nein.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich könnte Ihnen vorlesen, warum es USLAG heißt; aber ich würde eben gern wissen, warum es SUSLAG heißt. Irgendwie ist da ein „S“ dazu gekommen.

Zeugin G. L.: Der Herr Vorsitzende hatte das vorgelesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich weiß.

(RA Johannes Eisenberg:
Fragen Sie den! Der hat es gerade vorgelesen!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Special.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Special“ am Anfang. Special ist okay. - Gut.

(RA Johannes Eisenberg:
Wir sind alle übermüdet!)

- Bitte?

(RA Johannes Eisenberg:
Wir sind alle übermüdet,
bis auf meine Wenigkeit!)

- Nein, Sie machen einen stark übermüdeten Eindruck, weil Sie immer noch nicht den Mikrofonknopf erreichen können, Herr Anwalt. Aber das wird eine Sache sein, die wir heute miteinander nicht mehr geklärt kriegen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(RA Johannes Eisenberg: Ja, da brauche ich eine Schulung!)

- Eine Schulung an Knöpfen ist empfehlenswert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen wieder zurück zum Fragegegenstand, aber nicht mehr mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, denn dort sind die acht Minuten gerade abgelaufen, sondern wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD.- Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Wir haben keinen weiteren Fragebedarf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Die Fraktion Die Linke. Gibt es weiteren Fragebedarf?

Martina Renner (DIE LINKE): Sagt Ihnen der Begriff „Dateianordnung“ etwas?

Zeugin G. L.: Bitte, was?

Martina Renner (DIE LINKE): Dateianordnung.

Zeugin G. L.: Dateianordnung?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeugin G. L.: Sagt mir was.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Gab es zu Ihrer Zeit für die bei Ihnen geführten Dateien Dateianordnungen?

Zeugin G. L.: Das war nicht mein Zuständigkeitsbereich. Ich kann es jetzt auch nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Eine Dateianordnung ist ja laut BND-Gesetz mit Verweis auf Bundesverfassungsschutzgesetz notwendig dort, wo Dateien verarbeitet werden.

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war in der JSA, wo Sie Verantwortung trugen?

Zeugin G. L.: Ja, aber die Zuständigkeit, eine Dateianordnung zu erstellen, um sie dann vorzulegen, war nicht Aufgabe von JSA, -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein?

Zeugin G. L.: - sondern von einem anderen Bereich.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber wenn man Mitarbeiter mit diesen Dateien arbeiten lässt, muss man doch als Fachaufsicht auch sich vergewissern, dass es eine Dateianordnung gibt.

(RA Johannes Eisenberg:
Sie weiß es nicht! Sie darf ja nicht lügen! Dann muss sie sagen, dass sie es nicht weiß!)

Zeugin G. L.: Also, ich kann es nicht sagen, ob die Systeme damals eine Dateianordnung hatten oder nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Können sich nicht erinnern?

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Dateien, die geführt wurden, waren das immer gemeinsame Dateien, oder gab es auch Dateien, die nur durch den BND innerhalb der JSA und nur durch die NSA geführt wurden?

Zeugin G. L.: Ersteres gab es definitiv, Dateien, die nur durch Mitarbeiter des BND geführt wurden. Wie ich bereits ausgeführt habe, war im Bereich der Nachrichtенbearbeitung JSA kein amerikanisches Personal im Einsatz und hatte auch keinen Zugriff auf die damals dort eingesetzten DV-Systeme und Dateien.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie muss ich mir das vorstellen? Waren diese DV-Systeme und Dateien passwortgeschützt, wenn man so zusammen im Büro sitzt als Tandem?

Zeugin G. L.: Bei der Nachrichtенbearbeitung gab es keine Amerikaner.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich meine jetzt für den Bereich Datenerfassung, Datenverarbeitung, da, wo man zusammengearbeitet hat. Das haben Sie ja sehr eindrücklich beschrieben.

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, gut, da hat also man als Tandem gearbeitet, und man war ja wahrscheinlich nicht verpflichtet, seinen Urlaub synchron zu nehmen bzw. gemeinsam die Waschräume aufzusuchen. War denn die Technik, die dort zum Einsatz kam, entsprechend passwortgeschützt, sodass ausgeschlossen werden konnte - -

Zeugin G. L.: Das kann ich heute nicht mehr sagen, wie die Systeme damals in dem Bereich ausgesehen haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber gab es Schutzvorkehrungen dahin gehend, dass Daten nicht unberechtigt durch Mitarbeiter der NSA erfasst werden?

(RA Johannes Eisenberg:
Sie weiß es nicht!)

Zeugin G. L.: Kann ich nichts zu sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat man sich auch keine Gedanken gemacht, dass es vielleicht dort ein Interesse geben könnte, die Daten - -

(RA Johannes Eisenberg:
Sie weiß es nicht mehr!)

Zeugin G. L.: Ich weiß es nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen es nicht mehr. - Neben der Weitergabe von Metadaten und Inhaltsdaten, gab es eine Weitergabe von Rohdaten?

Zeugin G. L.: Das kann ich nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist aber eine ziemlich spannende Frage, nicht?

Zeugin G. L.: Wieso?

Martina Renner (DIE LINKE): Weil man aus Rohdaten Inhaltsdaten auch ableiten kann.

(RA Johannes Eisenberg:
Sie weiß es nicht!)

Zeugin G. L.: Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen es nicht mehr?

Zeugin G. L.: Nein.

(Zuruf: Tolle Leiterin
BND! - RA Johannes Eisenberg:
Sie hat gesagt, sie weiß es nicht!)

Martina Renner (DIE LINKE): Das hat jetzt nichts mit Erschöpfung zu tun, wenn man so nach den Fragen ringt, sondern man sucht eine, wo man sich irgendwie auch nur einen Funken verspricht, dass sie auch beantwortet wird.

(RA Johannes Eisenberg:
Sie weiß es nicht!)

Die Programme, die eingesetzt wurden - haben Sie am Anfang ausgeführt -, waren zum Teil auch Eigenentwicklungen?

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein? Waren nur durch die US-Amerikaner zur Verfügung gestellt, ausschließlich?

(Die Zeugin berät sich mit
ihrem Rechtsbeistand)

- Ich frage nicht Sie, Herr Eisenberg. Also, das ist wirklich störend,

(RA Johannes Eisenberg:
Aber ich höre zu!)

dass da die ganze Zeit irgendwie gebrabbelt wird irgendwie. - Also, die eingesetzten Programme, stammten die alle von den US-Amerikanern, oder waren darunter auch Entwicklungen des BND, JSA, Ihre Zeit?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin G. L.: Nein. Also, JSA-Entwicklungen gab es in dem Fall nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, in der JSA. Also, nur damit wir uns verstehen: Ich meine nicht den BND allgemein, ich meine nicht Bad Aibling allgemein, ich meine JSA.

Zeugin G. L.: Ja, aber - -

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Programme, die dort eingesetzt waren, waren das alles Programme vonseiten der US-Amerikaner, oder waren auch Programme des BND dort darunter?

Zeugin G. L.: Das kann ich jetzt so nicht mehr sagen. Ich weiß nicht mehr, was alles im Einsatz war.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist ja nun nicht 20 Jahre her.

Zeugin G. L.: Ja, sieben.

Martina Renner (DIE LINKE): Sieben. Sie waren Sachgebietsleiterin und wissen nicht, welche Programme eingesetzt waren.

Zeugin G. L.: Nicht alle. Gut, ich weiß nicht mehr, welche alle eingesetzt waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Zeugin G. L.: Das heißt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Dann erfrage ich nur Ihr Erinnerungswissen. Die erinnerlichen Programme, waren die alle durch US-Amerikaner dort - -

Zeugin G. L.: Die, an die ich mich erinnern kann, waren amerikanische Programme.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es auch Modifikationen, die man dort dann vorgenommen hat?

Zeugin G. L.: Dazu kann ich Ihnen nichts sagen, Modifikationen.

Martina Renner (DIE LINKE): Modifikationen an Programmen, ja. Die gibt es.

Zeugin G. L.: Gibt es, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Aber das wissen Sie nicht mehr, ob - -

Zeugin G. L.: Ist üblich, dass bestimmte Pakete auch mal angepasst werden und modifiziert werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie haben mich doch verstanden; das ist ja wunderbar.

Zeugin G. L.: Das ist gang und gäbe.

Martina Renner (DIE LINKE): Gang und gäbe?

Zeugin G. L.: Aber ich kann Ihnen nicht sagen, welches Programm zu welchem Zeitpunkt wie modifiziert wurde.

Martina Renner (DIE LINKE): Wären Sie in der Lage, einen Quellcode zu lesen?

Zeugin G. L.: Das kommt darauf an.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie Quellcodes zu diesen Programmen gelesen?

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben andere Mitarbeiter auch diese Fähigkeit besessen, Quellcodes zu lesen?

Zeugin G. L.: Also, man muss dazu sagen, Quellcodes können in unterschiedlichen Programmiersprachen geschrieben sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das weiß ich.

Zeugin G. L.: Ich kann nicht alle Programmiersprachen; also könnte ich nur bestimmte Quellcodes in bestimmten Programmiersprachen lesen. Das gilt auch für Mitarbeiter.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Wären Sie denn - - Hätten Sie denn technisch Zugang zu den Quellcodes der Programme der US-Amerikaner gehabt, wenn Sie gewollt hätten?

Zeugin G. L.: In Einzelfällen vielleicht, aber in Gänze kann ich es nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe erst mal keine Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der CDU/CSU.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir haben in öffentlicher Sitzung keine Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt kämen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben in öffentlicher Sitzung keine Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen dann zur Fraktion der SPD. - Jetzt kämen wir wieder zur Fraktion Die Linke. - Ich merke, es gibt keine weiteren Fragen mehr in öffentlicher Sitzung.

Dann darf ich mich insoweit ganz herzlich bedanken, darf mich bedanken für die Beantwortung der Fragen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder die Nichtbeantwortung!)

Es gibt noch einen Geschäftsordnungsantrag. Können wir die Sitzung beschließen, oder gehört das noch als Teil zur Sitzung?

(Roderich Kiesewetter
(CDU/CSU): Das kommt
darauf an!)

- Okay, Herr Kollege Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Zunächst einmal vielen Dank, auch im Namen meiner Arbeitsgruppe, für Ihre Bereitschaft, hier zu sein, Frau Zeugin; aber es war nicht erhellend.

Der Geschäftsordnungsantrag lautet, jetzt in eine Beratungssitzung überzugehen, wenn die Zeugin verabschiedet ist, und in dieser Beratungssitzung das Thema zu beraten, das wir eigentlich später in nichtöffentlicher Sitzung beraten wollten. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich eine Rückfrage dazu stellen: Was ist denn mit dem nichtöffentlichen Teil der Vernehmung der Zeugin jetzt?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich denke, dass das sinnvoll ist,

(Martina Renner (DIE
LINKE): Ja, genau!)

nur dass wir den Teil, den wir jetzt noch zwischenschalten wollten, jetzt machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, okay, ich verstehe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das kann man auch dann mit Raum, Umzug etc. planen. Dann bleiben wir einfach sitzen, heißt das in der Konsequenz, nicht? - Okay.

Dann darf ich mich erst mal ganz herzlich bei Ihnen bedanken, Frau Zeugin. Ihnen wird von diesem Teil der Sitzung das angekündigte Protokoll zugeschickt zum Gegenlesen, nenne ich das jetzt mal. Ansonsten danke noch mal für Ihre Aussage, danke auch an den Zeugenbeistand Herrn Eisenberg.

Damit ist diese Sitzung insoweit geschlossen. Sie sollen bitte nicht den Bundestag verlassen. Es schließt sich nach der kurzen Beratungssitzung ein weiterer Teil in nichtöffentlicher, gegebenenfalls geheimer Sitzung an, damit wir die Fragen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die nicht in der öffentlichen Sitzung geklärt werden konnten, noch klären können.

(RA Johannes Eisenberg:
Die Zeugin ist nicht mehr
vernehmungsfähig! Ich
stelle den Antrag, ihre
Vernehmungsfähigkeit zu
untersuchen!)

- Da die Sitzung jetzt geschlossen ist, wäre es gut, diesen Antrag anfangs der kommenden Sitzung im nichtöffentlichen Teil zu stellen. Dann werden wir dementsprechend Beschluss fassen.

(RA Johannes Eisenberg: ...
(akustisch unverständlich)
jetzt um halb elf! Dazu
müsste ein Arzt hierher
kommen!)

- Im gegebenen Falle haben wir einen Parlamentsarzt, eine Ärztin; die ist auch im Haus. Herzlichen Dank.

(RA Johannes Eisenberg:
Das kann man ja jetzt schon
machen!)

- Wenn Sie den Antrag stellen, ärztliche - -

(RA Johannes Eisenberg:
Dann können Sie doch den
Arzt jetzt ... (akustisch
unverständlich)!)

- Alles klar, danke schön.

(Unterbrechung von
22.05 bis 22.08 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nehmen Sie bitte Platz. - Nach Rücksprache mit dem Zeugenbeistand verstehe ich es so, dass die Zeugin nicht mehr vernehmungsfähig ist, sodass er beantragt - Sie haben eine Zeugenvernehmung hinter sich, die anstrengend war; aber bitte sagen Sie es uns selber -, die Vernehmung jetzt abubrechen. Ist das richtig?

Zeugin G. L.: Also, ich habe Konzentrationsprobleme. Ich habe seit halb eins auf meine Befragung gewartet, die erst sehr spät begonnen hat. Inzwischen muss ich sagen, dass ich einfach auch Probleme habe, die volle Aufmerksamkeit hier an den Tag zu legen. Das ist einfach ein langer Tag für mich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das verstehen wir. Die Bitte, wenn ich es richtig verstanden habe, aufgrund dieser Begründung die Zeugenvernehmung für heute abubrechen, ist dann der Antrag. - Okay.

Ich halte das für nachvollziehbar. Das ist auch, glaube ich, geboten. Wenn Sie das so empfinden, dann haben wir da nicht anders drüber zu urteilen. Das ist Ihre persönliche Empfindung. Danke, dass Sie es so direkt angesprochen haben. Es bringt nichts, damit hinter dem Berg zu halten, und dann kommen Angaben, die Sie vielleicht ohne Ermüdung anders getroffen hätten. Ich darf Ihnen auch dafür ganz herzlich danken. Wenn ich das allenthalben sehe, können Sie nach Hause.

Zeugin G. L.: Ich danke für das Verständnis.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auf jeden Fall. - Dann darf ich Sie ganz verabschieden aus diesem einen Sitzungsteil. Ich bedanke mich für Ihre Aussagebereitschaft. Es könnte allerdings sein, dass wir Sie noch mal laden; ich halte das nicht für ausgeschlossen. Okay. Ganz herzlichen Dank.

Herzlichen Dank, Herr Rechtsanwalt. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

(Schluss: 22.12 Uhr)